

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW — 23



Ende des Sozialstaats?

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West).

Redaktion: Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas B. Westphal.

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1984.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Juni 1984

Die spw erscheint 1984 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Bellagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West.

Inhalt

Editorial	131
Aktuelle Kommentare	
<i>Jürgen Schröder-Jahn</i> Glotz! und Wende! Kategorische Imperative zur Medienpolitik?	133
<i>Wolfgang Zellner</i> Die Organisation einer regierungsfähigen SPD für die große Koalition	135
<i>Andreas B. Westphal</i> Frankreich auf der Suche nach der verlorenen Zukunft	137
Analysen: Wirtschaftsprogramm / Marxistische Theorie / Ideologischer Kampf / Wohnungspolitik	
<i>Detlev Albers und Arno Brandt</i> Vom wirtschaftspolitischen Programm der Herforder Thesen zu den Hannoveraner Leitsätzen	141
<i>Fiete Saß</i> Integrationismus und Reformismus	149
<i>Ulrich Schöler</i> »Otto Bauer — nein danke«? Historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten	153
<i>Eberhard Göbel und Beate Guthke</i> »Ein Tag ohne BILD ist für mich kein Tag ...«	167
<i>Burkhard Exner und Michael Kortz</i> Für die Entwicklung eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts	174
<i>Stefan Krätke</i> Zur Reform städtischer Wohnungsbaugesellschaften	181
Diskussionsschwerpunkt: Ende des Sozialstaats?	
<i>Dieter Scholz und Bruno Zwingmann</i> Sozialabbau in der Bundesrepublik	189
<i>Eckart Reidegeld</i> Umriss (wirtschafts-)liberaler Sozialstaatskritik	195
<i>Michael Opielka</i> Ökologisch und sozial — das gehört zusammen. Anmerkungen zu einem grünen Sozialstaatsverständnis	206
<i>Jürgen Egert</i> Gesundheitspolitik contra Anbieterinteressen. Fortschrittliche Sozialpolitik am Beispiel des Gesundheitswesens	211
<i>Bruno Zwingmann</i> Neuorientierung sozialdemokratischer Sozialpolitik? Anmerkungen zum Zwischenbericht für ein neues sozialpolitisches Programm der SPD	221

Dokumentation

Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung	231
--	-----

Berichte

Frank Heidenreich

»Ära Hartung« zu Ende.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 13. bis 15.4.1984	237
---	-----

Matthias Zipser

Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema

»Selbsthilfe — ein Weg zurück oder ein Modell für die Zukunft?«	241
---	-----

Briefe an Redaktion und Autoren	245
--	-----

Besprechungen

<i>Albers, Detlev</i> : Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci (<i>A.G. Frei</i>)	247
--	-----

<i>Gransow, Volker</i> : Mikroelektronik und Freizeit (<i>H. Glaser</i>)	249
--	-----

<i>Heseler, Heiner, und Hans Jürgen Kröger (Hrsg.)</i> : »Stell dir vor, die Werften gehören uns« (<i>H.-G. Hofschien</i>)	250
--	-----

<i>Köpfer, Ernst Dieter</i> : Gewerkschaften und Außenpolitik (<i>J.M. Becker</i>)	253
--	-----

<i>Klönne, Arno</i> : Die deutsche Arbeiterbewegung (<i>J. Wollenberg</i>)	254
--	-----

Über die Autorinnen und Autoren	256
---------------------------------------	-----

Editorial

»Heute den Sozialstaat gegen den Sozialabbau zu verteidigen, ist ein undankbares Geschäft für die Linke«, schrieb Michael Krätke 1982 in dieser Zeitschrift (*spw* 17, 409). Nur auf den ersten Blick kann überraschen, wie gering die Erfolge des Widerstands gegen »Rotstift« und soziale Demontage bisher wiegen. Zu vielen — auch potentiell Betroffenen — gilt das ökonomische Argument der Rechten als stichhaltig, wonach der »Aufschwung« sparsame Staatshaushalte erfordere und den Abbau sozialer Sicherungssysteme zum »Sachzwang« mache. Maßnahmen regierender Sozialdemokraten, die in mancher Hinsicht Wege beschritten, welche heute um so entschiedener gegangen werden, scheinen die Alternativlosigkeit konservativ-liberaler Politik gerade noch zu belegen. Und die gesellschaftliche »Philosophie« der Rechten, ihr Konzept von Freiheit in individueller Selbstverantwortung, muß ernster genommen werden als ein lärmendes ideologisches Trommelfeuer, dessen Verursacher schon bald »entlarvt« werden, wenn ihnen erst einmal die Munition ausgegangen sein und der Pulverdampf sich verzogen haben wird.

Wir, die wir an sozialpolitischen Sicherungen festhalten, seien die »Konservativen«, sagen die Konservativen. In der Tat muß unser Kampf komplexer angelegt sein, als es die Erfordernisse des Abwehrkampfes unmittelbar nahelegen. Kritiklose Sozialstaatsverteidigung formuliert eine falsche Perspektive. Denn der *bürgerliche Sozialstaat* ist sowohl Resultat von Kämpfen der organisierten Arbeiterbewegung als auch Integrationsleistung der Herrschenden. Die Linke sah daher in sozialpolitischen Sicherungen traditionell mehr als die passivierende Kompensation von Schäden und Risiken, die der Kapitalismus beständig erzeugt.

Der Themenschwerpunkt dieses Heftes sucht Klärungen in diesen Problemfeldern. Einen Überblick über Maßnahmen und Auswirkungen sozialer Demontage geben *Dieter Scholz* und *Bruno Zwingmann*. Wir dokumentieren Ergebnisse einer DGB-Studie, die der Desintegration von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung nachgeht. *Eckart Reidegeld* untersucht die gesellschaftspolitische Konzeption der Rechten auf dem Terrain der Sozialpolitik. Seine Warnung vor leichtfertiger Unterschätzung verlangt nach angemessenen Gegenstrategien. Standpunkte der Grünen und ihre Diskussionen über eine ökologische Sozialpolitik umreißt *Michael Opielka*. Nicht seine These vom Umbau des Sozialstaats selbst, sondern die Perspektive dieses Umbaus ist heftig umstritten. Vor dem Hintergrund zahlreicher Projekte in den letzten Jahren ist der Stellenwert von »Selbsthilfe« zu einer Kernfrage der Sozialpolitik geworden. Hierauf geht auch SPD-MdB *Jürgen Egert* im Rahmen seines Beitrags über Ziele und Schwerpunkte einer Reform des Gesundheitswesens ein. Unterschiedliche Auffassungen über den Sinn von Selbsthilfe und die diesbezügliche Funktion der Genossenschaftsidee bestehen in der SPD; auf einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung mit hochrangiger Beteiligung, von dem *Matthias Zipser* berichtet, wurde darüber ausführlich diskutiert.

Aber nicht nur offene Diskussionen, auch neue Festschreibungen bestimmen die weitere Entwicklung der SPD. Die Vorlage eines neuen sozialpolitischen Programms der Partei ist für uns Anlaß zu einer grundsätzlich kritischen Analyse. Wir veröffentlichen hierzu einen Beitrag des WSI-Mitarbeiters *Bruno Zwingmann*. Die Linke in der SPD muß eigne Orientierungspunkte für künftige sozialdemokratische Sozialpolitik setzen.

Obwohl sie Teil einer praktizierten alternativen Sozialpolitik wären, behandelt dieses Heft sozialpolitische Perspektiven der 35-Stunden-Woche nicht. Wir verweisen hierzu nochmals auf die in dritter Auflage im *spw*-Verlag erschienene Broschüre der WSI-Mitarbeiter *Gerhard Bäcker* und *Reinhard Bispinck*: 35-Stunden-Woche, Argumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für mehr Zeit zum Leben.

Mit einem kurzen Beitrag repliziert *Fiete Saß* (SHB-Bundesvorsitzender) auf den Artikel von *Kurt Neumann* und *Andreas Wehr* im letzten Heft. Auf dem Feld der Reformismus-Theorie wird über die Politik von Marxisten in der SPD und ihre Bündnismöglichkeiten gestritten. Die Weiterentwicklung marxistischer Programmatik in der Wirtschaftspolitik mit den »Hannoveraner Leitsätzen« stellen *Detlev Albers* und *Arno Brandt* dar. *Andreas Westphal*, unser seit einem Jahr in Paris weilendes Redaktionsmitglied, schreibt Kritisches über die gegenwärtige Politik der französischen Regierung und die Perspektiven der Linken.

* * *

Das vorliegende Heft ist das erste, das unter Mitarbeit neuer Redaktionsmitglieder zustandekam. Im Januar hat sich die Redaktion um *Jürgen Blume* (Jahrgang 1960), *Andreas Wehr* (Jahrgang 1954) und *Klaus-Peter Wolf* (Jahrgang 1951) erweitert. Der Herausgeberkreis hat daher Klaus-Peter Wolf für die Dauer seiner Redaktionstätigkeit von der Wahrnehmung der Funktion des *spw*-Mitherausgebers entbunden. Für den aus der Verlagsleitung ausscheidenden Dieter Scholz (er bleibt Mitglied der Redaktion) wurde *Andreas Wehr* von der letzten ordentlichen Gesellschafterversammlung vom 3. März dieses Jahres neu in die Geschäftsführung gewählt.

Frank Heidenreich

Aktuelle Kommentare

Jürgen Schröder-Jahn

Glottz! und Wende!

Kategorische Imperative zur Medienpolitik?

Damen und Herren! Der Medienzirkus präsentiert Ihnen die artistische Sensation der Saison! Einen salto mortale direkt aus dem Stand! Mit Kabelnetz und ganz schön doppelbödig!

DAS MEDIENPOLITISCHE AKTIONSPROGRAMM 1984 — die neuen Grundsätze der SPD zur Medienpolitik:

Für das Kommerzfernsehen! Tusch!

Für den direktstrahlenden Rundfunksatelliten! Tusch!

Für eine Korrektur in den Mitteln der Medienpolitik! Tusch!

Beifall — vor allem von der falschen Seite. Pfiife von links. Unruhe auf der Gewerkschaftsbank.

Da sitze ich und staune. Wie wendig sie doch noch ist. Die gute alte Tante SPD.

Glottz!

Glottz soviel die Mattscheibe hergibt!

Wende!

Wende Dich ab von den alten Grundsätzen zum Schutz des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems!

Natürlich nur unter einer Bedingung. Einer »absoluten Bedingung« für alle kommerziellen Programme: einer Garantie auf den »inneren Pluralismus«.

Was immer das nun schon wieder ist!

Vielleicht Ausgewogenheit — wie in den bestehenden nicht-kommerziellen öffentlich-rechtlichen Programmen?

Wo es doch schon jetzt zwischen Isar und Spree einen Loewenanteil an Gewogenheit — statt Ausgewogenheit — gibt.

Und wem die öffentlich-rechtlichen Herren immer mehr gewogen sind, das wird einer staunenden Zuhörer- und Zuschauerschaft täglich anschaulich und hörbar vorgeführt. Alles was recht(s) ist!

Da sitzen wir nun auf der harten Gewerkschaftsbank, sehen uns den salto mortale von Peter Glottz an und sind — wie die meisten SPD-Parteiartisten in der Medienzirkuskuppel — ratlos. Die Nummer war uns neu: Aber sie wurde schließlich vom Bundesgeschäftsführer auf dem Medienpolitischen Kongreß der SPD am 29. März höchstpersönlich vorgeführt. »Die Existenz und Entwicklung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten muß gesichert werden!« Bravo!

Aber: »Der zukünftige Finanzierungsrahmen für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und auch für *neue private* Programmveranstalter muß möglichst bald klar und deutlich aufgezeigt werden.« Hoppla! »Wir wollen dafür sorgen, daß erstens die Arbeitsplätze für deutsche Journalisten und deutsche Künstler gesichert werden und daß zweitens in den in unserem Land ausgestrahlten Programmen eine Auseinandersetzung mit unseren Problemen und unserer Kultur stattfinden kann.« Akrobat schön! Aber: »Es wird nicht belie-

big viele zusätzliche Fernseh-Vollprogramme in der Bundesrepublik geben. Das eine oder die zwei, die in den nächsten Jahrzehnten entstehen mögen, müssen — ebenso wie die Programme von ARD und ZDF — eine Mischung bleiben. Das schließt einzelne Spezialkanäle nicht aus.« Also, wenn das keine gelungene Wende ist?

Ob sie wirklich gelingen wird, muß der Bundesparteitag der SPD entscheiden. Ich bin Zuschauer und nicht Partei(mitglied). Aber auch ich fühle mich auf meiner Gewerkschaftsbank zur Zeit recht unwohl. Da haben wir bei der Rundfunk-Fernseh-Film-Union ein schönes medienpolitisches Programm. Seit 1976 schon. Es tritt ein »für den Betrieb von Hörfunk und Fernsehen *ausschließlich* in öffentlich-rechtlicher Form und für die Unabhängigkeit des Hörfunks und des Fernsehens von kommerziellen Interessen.«

Und dann haben wir auch noch ein nicht einmal zwei Jahre altes Konzept Neue Medien: »Sollten sich trotz der gravierenden sozialen und politischen Bedenken die neuen Medien gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchsetzen, muß zumindest ihre Nutzung durch private Betreiber *ausgeschlossen* sein.«

Da sitzen wir nun und werkeln zusammen mit den Kollegen von der IG Druck und Papier an der neuen großen gemeinsamen Mediengewerkschaft. Ein schönes Modell. Schade nur, daß es immer noch die Größe einer Spielzeugetisenbahn hat, die auf der Spur 00 läuft. Und der große medienpolitische Zug ist schon abgefahren — nicht gerade in unsere Richtung. Nun schwingt sich auch noch die SPD drauf. Nur ja den Anschluß nicht versäumen!

RFFU — das heißt bei manchen unserer Gegner: Rundfunk-Fernsehen-Festangestellten-Union! Dabei sind unter unseren 18 500 Mitgliedern fast 3 500 Freie. Keine fürs Alter versorgte, durch Tarifverträge geschützte Unkündbare, sondern von Justitiaren Gesperrte, von Parteibuch- und Proporzabteilungsleitern Behinderte, auf Produktionsdauer Beschäftigte. Bestenfalls arbeitnehmerähnlich — wie die Heimarbeiter. Wie weiland Brecht in Hollywood gehen wir »jeden Morgen auf den Markt, wo Lügen gekauft werden, und reihen uns hoffnungsvoll ein in die Reihe der Verkäufer«.

Und nun wird der Markt größer. Wir werben neue Mitglieder. Beim Münchener Kabelpilotprojekt, bei der Ludwigshafener Anstalt für Kabelkommunikation: Hallo, Kollegen! Wir sind zwar in unserem medienpolitischen Konzept gegen Eure Arbeitsplätze, aber kommt doch ruhig trotzdem in unsere gewerkschaftlichen Arme! Wir schützen Euch vor Ausbeutung, wir kämpfen für Euch um Tarifverträge! Schizophren?

Nicht schizophrener als die nun offengelegte Bewußtseinsspaltung bei der SPD. Wir sind keine Partei, sondern ein Interessenverband für alle unsere Mitglieder, von Parteien unabhängig. Und wenn wir uns so umsehen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann fragen wir uns, was so über die letzten Jahre aus der schönen demokratisch-pluralistischen Idee geworden ist — stellenweise unter aktiver Mithilfe der SPD-Machtträger. Und dabei kommt uns der Verdacht, daß die medienpolitische Wendé des Parteivorstands nichts weiter ist als der Versuch, auch bei den neuen Programmen wenigstens einen Zipfel Macht wieder in die Hand zu bekommen.

Wir sind mißtrauisch geworden — aufgrund schlechter Erfahrungen. Und deshalb werden wir uns einen eigenen Kurs suchen müssen. Wir, die RFFU, und der ganze DGB. Wie könnte der aussehen?

Wir werden an der öffentlich-rechtlichen Kontrolle über Hörfunk und Fernsehen festhalten. Wir werden versuchen, unseren tarifpolitischen Einfluß bei den neuen Kabelpilotträgern und privaten Programmbetreibern zu verstärken. Wir werden für die Einhaltung der Meinungsfreiheit, der Meinungsvielfalt auch bei privatwirtschaftlichen Programman-

biern kämpfen. Selbst wenn es ein Kampf gegen Windmühlenflügel sein sollte. Wir werden gegen die ständig wachsende Abhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von politischen Machthabern eintreten.

Wir werden uns etwas einfallen lassen müssen. Darüber denken wir zur Zeit nach. Die Tricks der wendigen Medienartisten im SPD-Parteivorstand sind vielleicht recht spaßig anzusehen. Nur — wir können darüber nicht lachen.

Wolfgang Zellner

Die Organisation einer regierungsfähigen SPD für die große Koalition

Die große Koalition ist in den Führungsetagen der Partei wieder ein Thema. »In der SPD scharren einige mit den Hufen, haben es offenbar eilig, mitregieren zu können. Die große Koalition macht sie besoffen.« (»Vorwärts«, 26.4.84) Niemand in der SPD-Führung traut sich schon, die große Koalition offen zu befürworten, kaum jemand will sie ausschließen, und einige bereiten sie systematisch vor.

Hans-Jochen Vogel ist nicht deswegen gegen die große Koalition, weil er linke Politik gegen rechts durchsetzen will, sondern weil er die »nationale Notsituation« oder »Zwangslage«, in der für ihn eine große Koalition in Betracht kommt, »weit und breit nicht erkennen kann.« Oder noch nicht erkennen will? Glotz wird im Disput mit dem möglichen Partner Geißler schon präziser: »Wenn mehrere kleine Parteien, beispielweise zwei, existieren, und eine Mehrheitsbildung andersherum nicht möglich ist und eine wirtschaftlich oder sonstwie gefährliche Situation gegeben ist, dann ist selbstverständlich auch eine große Koalition denkbar.« (»Spiegel«, 2.4.84) Und der Parteivorsitzende revidierte auf der Organisationspolitischen Tagung der SPD Anfang April die von ihm ausgesprochene grundlegende Alternative des Bündnisses der Kräfte links der CDU:

»Was für eine alberne Mißdeutung eines notwendigen Satzes in einer Fernsehsendung nach der hessischen Wahl. Ich habe damals eine statistische Feststellung gemacht, nämlich die Feststellung, daß es 'diesseits' der Union im Lande Hessen eine Mehrheit gab. ... Man nehme bitte zur Kenntnis: Ich will eine offene SPD und keine, die sich abkapselt.« (SPD-Intern, 7/1984)

Wen wundert's da noch, daß die SPD im Münchener Stadtrat wie selbstverständlich den CSU-Bürgermeister wählt?

Zu denjenigen, die systematisch eine große Koalition möglich machen wollen, zählt Peter Glotz. Er hat als erster führender Politiker der SPD einen umfassenderen Politik- und Bündnisentwurf vorgelegt: »Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken« (Siedler-Verlag, Berlin/West 1984). Glotz' Ausgangspunkt ist die sakrosankte Stellung des Privateigentums an den Produktionsmitteln: »Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert und daß sie eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betreibt.« (33) Eine vernünftige Profitrate muß also her, und ebendiese sieht Glotz mittelfristig gefährdet: »Die Exportorientierung gerät in die Krise.« (106) Da dem so ist, sieht Glotz die Hauptaufgabe darin, die westdeutsche Industrie umfassend zu modernisieren, um die internationale Konkurrenz- und Profitfähigkeit der westdeutschen Monopole längerfristig zu sichern. Da diese Konzeption aber der von Späth und Riesenhuber zum Verwechseln ähnlich sieht,

muß das berühmte Wörtchen »sozial« herhalten: »Ihr Ziel kann weder blinde Modernisierung noch statische Gleichgewichtswirtschaft sein; ihre Chance ist eine Politik der sozial gesteuerten Innovation.« (118) Glotz' Konzept ist so dürrig geraten, daß Geißler genüßlich fragen kann: »Wer soll steuern? Verstaatlichung lehnt Glotz ab, unter Hinweis auf das Desaster der Linken in Frankreich. Die Gewerkschaften?« (»Spiegel«, 30.4.84) Die Antwort von Glotz: »Es ist klar: Die flächendeckende Modernisierung kann nicht der Staat zuwege bringen, sondern nur der Markt.« (127) Und Geißler begeistert: »Recht hat er! Dies alles sind die klassischen Positionen der CDU.« (»Spiegel«, 30.4.84)

Glotz will Arbeitszeitverkürzung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die 35-Stunden-Woche interessiert ihn dabei weniger, in seinem Buch erwähnt er sie kaum. Sein Blick schweift weiter: »Wenn es uns gelingt, die Arbeitszeit in den nächsten Jahrzehnten deutlich — beispielsweise unter die 30-Stunden-Grenze — zu drücken, dann entsteht die Möglichkeit, einen Teil der heutzutage professionalisierten Sozialarbeit wieder in die Familien — oder jedenfalls in überschaubare Lebensgemeinschaften — zurückzuholen.« Dieser Perspektive preßt Glotz eine ungemein »befreiende Utopie« ab: »Aber wer das schaffte, der könnte ... die Kostenexplosion des Sozialstaates eindämmen. Wäre das nicht ein gewaltiger Beitrag zur Sanierung des 'sozialen Netzes'?« (155/156) Es wäre dies in der Tat ein gewaltiger Beitrag; aber nicht zur Sanierung des 'sozialen Netzes', sondern zum Sozialabbau durch Reprivatisierung von Sozialleistungen. Und in seiner Gewalttätigkeit würde dieser Beitrag noch alles in den Schatten stellen, was sozialliberale Kabinette je angerichtet haben.

Glotz' Konzept besteht aus »Modernisierung« und Arbeitszeitverkürzung. Oberstes Prinzip ist die Zusammenarbeit mit dem Kapital (»antagonistische Kooperation«), die Vermeidung von Klassenkampf. Das ist weder »Politik links von der CDU« noch überhaupt linke Politik. Es ist dieselbe Politik, die Schmidt begonnen hat, an der die sozialliberale Koalition gescheitert ist und die jetzt verschärft von der Rechtsregierung fortgeführt wird. Da die Krise aber tiefer ist als damals, sind auch die Zumutungen solcher Politik an die Reduzierung des Lebensniveaus der Bevölkerung größer: Von Reallohnverlust oder -steigerung ist keine Rede mehr, Sozialabbau ist selbstverständlich, der Erwartungshorizont bei der Arbeitslosigkeit wird auf das vage Versprechen, sie zu reduzieren, heruntergewürgt. Positiv begründen kann Glotz seine Politik denn auch kaum mehr. Seine Hauptbegründung ist die Warnung vor dem »Stellungskrieg« (33), dem Klassenkampf.

Solche Politik bedeutet das Aus für jedes Bündnis links der CDU. Sie geht auf Abgrenzung zu den Grünen und auf Konfliktkurs zu den Gewerkschaften. Die »Zeit« schätzt insgesamt die wirtschaftspolitischen Papiere der SPD ein als »intellektuell etwas anspruchsvoller als die Vorlage der CDU für ihren Parteitag« (27.4.84). Dorthin geht auch das Bündnis, das auf Basis solcher Politik geschlossen werden kann.

Glotz unterscheidet »drei soziale Bündnisse der Zukunft«. Das Löwenthal-Modell lehnt er ab. Die Zusammenarbeit von Grünen und SPD, für ihn »Symbiose von Arbeiterbewegung mit den neuen sozialen Bewegungen«, findet seine Zustimmung auch nicht. Statt dessen plädiert er für ein »Bündnis zwischen traditioneller Linken, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale«. (123) Gemeint ist wohl die Mehrheit der akkumulationsfähigsten Monopole. Sozial entspricht dieses Bündnis der »antagonistischen Zusammenarbeit« der sozialliberalen Koalition. Aber eine für die SPD koalitionsfähige FDP schließt Glotz selbst aus. Von den Grünen meint er, »daß sie auf Bundesebene 1987 nicht mehr existieren werden« (»Spiegel«, 2.4.84). Glotz' Ausgangsfrage — »Wie kann die Sozialdemokratie zum organisierenden Zentrum eines neuen Bünd-

nisses werden?« (26) —, auf den Punkt gebracht, hat eine Antwort: Wenn die SPD sich der Zusammenarbeit mit Kräften verweigert, die links von ihr stehen, dann kann sie nur mit solchen zusammenarbeiten, die rechts von ihr stehen. Eine absolute Mehrheit der SPD im Bundestag hat es auch ohne Grüne noch nie gegeben und wird es mit einer Glotz-Politik ohnehin nie geben. Das Resultat für eine SPD-Regierungsbeteiligung heißt deswegen große Koalition.

Dem steht auf längere Sicht auch überhaupt nicht im Wege, daß sich die SPD in den sicherheitspolitischen Positionen wesentlich von der CDU unterscheidet. Denn dies betrifft vor allem die Atomkriegsfrage. Verzicht auf Pershing II und Cruise Missiles, Verzicht auf den Ersteinatz nuklearer Waffen und Schaffung atomwaffenfreier Zonen sind Positionen, die auf die Verhinderung eines Nuklearkriegs zielen und die — nicht automatisch, sondern nur mit ungeheurem Druck der Friedensbewegung — eines Tages auch Positionen der CDU und eines Teils der Monopole werden können. Glotz geht denn auch fest davon aus, daß die CDU objektiv nicht in der Lage ist, ihre heutige Politik der Raketen und der Unterordnung unter US-Interessen durchzuhalten. Mit seinen Vorschlägen »No First Use« und »zweite Ostpolitik« will er den sicherheitspolitischen Konsens von morgen mit der CDU markieren: »Daß Kurt Biedenkopfs Idee vom notwendigen Konsensus in der Sicherheitspolitik meine Überlegungen beeinflußt hat, ist von Anfang an deutlich sichtbar.« (177) Die Glotz-Idee einer stärkeren Vertretung von BRD-Interessen innerhalb der NATO in Kombination mit dem stärkeren Ausbau der BRD-Rüstungsindustrie (um nicht mehr in Amerika einkaufen zu müssen) dürfte auch Strauß interessieren.

Glotz' »Arbeit der Zuspitzung« ist eine Werbeschrift für die Zustimmung der SPD zur Zusammenarbeit mit dem Kapital und in der Konsequenz auch mit der CDU. Was Glotz vorgelegt hat, ist klassische sozialdemokratische Integrationspolitik. Aber da für eine solche Politik der Spielraum enger wird, verkommt sie zwangsweise zur Apologie der großen Koalition. Seine Schrift und die von der Parteiführung weitgehend geteilte Linie der Politik, die sie ausdrückt, sind eine Herausforderung an die Linke.

Andreas B. Westphal

Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft ...

*Man kann die französische Wirtschaft
nicht umwandeln,
ohne daß das französische Volk
an dieser Umwandlung teilnimmt.*

General de Gaulle, 1945

Die Parteibüros der französischen Sozialisten werden mit Steinen beworfen. Die lothringischen Arbeiter fordern den Rücktritt Mitterands. Drei Jahre sind vergangen seit dem Mai 1981, der in erster Linie kein Ausdruck der Hegemonie der Linken, sondern Sieg einer Negativkoalition angesichts der bedrohlichen Ergebnisse Giscardscher Politik war. Die historische Hypothek des 1977 durch den PC verursachten Bruchs der Linksunion und der damit verbundenen Zerstörung der Dynamik der linken Massenbewegung lastete schwer auf der Handlungsfähigkeit der neuen Regierung. Die Gewerkschaften, das linke Volk und

das nicht-linke Volk, das Mitterrand mitgewählt hatte, verhielt sich passiv, wollte von der Regierung eine Verbesserung der Lebenssituation erhalten, ohne sich selbst in Bewegung zu setzen. In einer solchen strategischen Situation hätten Impulse zur Organisierung von Massenbewegungen, die für die Errichtung einer Hegemonie der Linken notwendig sind, von der Regierung und den sie tragenden Parteien kommen müssen. Doch die Sozialisten pflegten die aus deutschen Ländern sattsam bekannte sozialdemokratische Passivierungsstrategie: »Wählt Ihr uns nur, wir werden an Eurer Stelle schon das Beste für Euch tun!«

Der Linkskeynesianismus des Jahres 1981 war gleichzeitig politischer Kitt der Regierungsparteien und Mittel, die Gewerkschaften im Stadium des hoffnungsvollen Abwartens zu halten. Doch dieser Linkskeynesianismus erwies sich als gewollt oder ungewollt naiv, die erhöhte Kaufkraft ging in erhöhte Importe, das Außenhandelsbilanzdefizit stieg. Diese Entwicklung war schon Ausdruck der Nichtrealisierung des eigenen Programms: Im *Projet socialiste* von 1980 hieß es noch, jede Maßnahme der Nachfrageerhöhung muß von außenhandelspolitischen und industriepolitischen Maßnahmen begleitet werden, die ein Anwachsen des Außenhandelsdefizites verhindern. Doch Keynesianismus in einer heutigen Welt und Freihandelsideologie passen schlecht zusammen.

Im Frühjahr 1982 mit dem ersten »Härte-Plan« (= Sparprogramm) und im Frühjahr 1983 mit dem zweiten »Härte-Plan« machte sich die Abwesenheit von der Regierung in Richtung auf Elemente einer sozialistischen Transformation vorantreibenden Massenbewegungen und die Abwesenheit der Hegemonie linker wirtschaftspolitischer Konzepte selbst in der Regierung und der Leitung der sozialistischen Partei geltend. Die Neoklassik eines Monsieur Delors zerfraß mehr und mehr, was an Substanz an sozialistischer Strategie gebildet worden war. Wesentliches Mittel zur Reduzierung des Außenhandelsdefizites wurde die Reduzierung der inländischen Nachfrage und damit die zunehmende Verschlechterung der Lebenssituation des französischen Volkes. Von nun an wurde die Passivierung der sozialen Basis der Linken für die Sozialisten in der Regierung immer notwendiger, man grub sich immer tiefer ein in den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit von Massenbewegungen für die sozialistische Transformation einerseits und der zunehmenden Unvereinbarkeit der eigenen konkreten Politik mit solchen Massenbewegungen andererseits und zerstörte so mehr und mehr die eigene soziale Basis.

Die Deflationspolitik hat neben ihren katastrophalen beschäftigungspolitischen Auswirkungen noch die Eigenschaft, in fundamentalem Widerspruch zur von den Sozialisten angestrebten Umstrukturierung des industriellen Geflechts Frankreichs zu stehen. Die Kaufkraftenerhöhung des Jahres 1981 mußte in der praktizierten Form ein erhöhtes Außenhandelsdefizit nach sich ziehen, da Frankreich in strategisch wichtigen Bereichen nicht über einen kohärenten Produktionsapparat verfügt, so z.B. einen großen Teil seiner Werkzeugmaschinen aus der BRD und einen sehr großen Teil seiner elektronischen Bauteile und Geräte aus den USA und Japan importieren muß. Die Hierarchie innerhalb der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung (IAT) macht sich auch auf einer gebrauchswertmäßigen Ebene geltend. Die Interpenetration der kapitalistischen Ökonomien bewirkt eine Destrukturierung der dominierten nationalen Produktionssysteme, indem sich multinationale Konzerne Verfügungsgewalt über einzelne Produktionssegmente verschaffen und ihre technologischen Normen den nationalen Unternehmen aufherrschen können. Für die dominierten Ökonomien wird die Bildung von kohärenten und in nationaler Verfügbarkeit befindlichen Produktionsketten immer schwieriger und damit weniger die quantitative als die qualitative Befriedigung der Binnennachfrage mit nationalen Produkten in den strategisch wichtigen Branchen besonders in Phasen konjunktureller Belegung unmöglich.

So wird im Rahmen einer sozialistischen Strategie die Realisierbarkeit linkskeynesianischer Konzepte nur noch im Rahmen eines angebotspolitischen Konzeptes möglich sein, das auf eine Umgestaltung der in die gebrauchswertmäßige Ebene des Produktionsprozesses eingegrabenen Hierarchie der IAT durch die Konstituierung von kompletten Produktionsketten in der Perspektive der Stärkung der Kohärenz des nationalen Produktionsapparates abzielt. Ein solches Konzept ist allerdings im deflationistischen Kontext der Politik der französischen Regierung unrealisierbar — wo nicht investiert wird, kann auch das industrielle Geflecht nicht umstrukturiert werden. Zudem hat Industrieminister Fabius, die nationalisierten Unternehmen, das einzige in diesem Rahmen noch verbleibende Instrument einer industriellen Umstrukturierung, verpflichtet, das betriebswirtschaftliche finanzielle Gleichgewicht bis 1986 wiederherzustellen, was den Verzicht auf für die Errichtung von kompletten Produktionsketten notwendige Großinvestitionen, die nicht profitträchtig in der kurzen Frist sein können, bedeutet. Das Konzept der Produktionsketten spielt denn auch für die industriepolitische Praxis der Jahre 1983 und 1984 keine Rolle mehr. Das einzelne Unternehmen wurde von den Herren Delors und Fabius sorgsam wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, die Kostenbelastung der Unternehmen und die staatlich geförderte Diffundierung von produktivitätsfördernden Spitzentechnologien, egal, ob sie von nationalisierten Unternehmen oder von ausländischen multinationalen Konzernen stammen, die Hauptsorge der gesamten Wirtschaftspolitik, die damit, außer vielleicht in einigen sozialpolitischen Nuancen, fast vollständig der bundesdeutschen Wirtschaft angeglichen ist.

Die vielleicht besonders traurige Entwicklung in der französischen Stahlindustrie ist lediglich ein Beispiel für die grundlegende Aufgabe anfänglicher wirtschaftspolitischer Ziele. Hatte Mitterand noch 1981 die Aufrechterhaltung von Produktion und Beschäftigung im Stahlbereich versprochen, herrschte in den ersten zwei Regierungsjahren der Attentismus. Die ungeheuren Defizite der Stahlkonzerne wurden weiterbezahlt, die Überprüfung und Einleitung von vom PC und der CGT gemachten Rekonversionsvorschlägen unterblieb, und eine Ansiedlung von Industrien in den betroffenen Gebieten wurde ebenfalls nicht vorgenommen. Erst Anfang 1984 wurde der Abbau von über 35 000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie im Rahmen einer drastischen Kapazitätsreduzierung beschlossen. Angesichts der langfristigen europäischen Überkapazitäten richtet sich die Kritik nicht gegen eine Kapazitätsreduzierung an sich, sondern gegen den bisherigen Rekonversionsattentismus und den deflationistischen Kontext, in dem eine industrielle Umstrukturierung in den betroffenen Gebieten in einem für die dort lebenden Menschen relevanten Zeitraum nicht mehr möglich erscheint. Doch ein großer Teil des Aufgebens einer auf die Stärkung der Kohärenz des nationalen Produktionsapparates und damit auf die Bedingung der Möglichkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik ausgerichteten Strategie spielt sich zumindest für die bundesdeutsche Öffentlichkeit im Stillen ab, wenn z.B. ein Kooperationsvertrag zwischen dem nationalisierten Unternehmen CGE und dem größten Büromaschinenhersteller Europas, Olivetti, abgeschlossen wird, der nicht auf die Stärkung der französischen Produktionskompetenzen etwa im Bereich der elektronischen Schreibmaschinen, sondern auf den Verkauf von italienischen Maschinen und Bauteilen unter der Flagge eines französischen Unternehmens hinausläuft.

Seit Mitte 1983 und besonders seit den im März 1984 beschlossenen Maßnahmen im Stahlbereich funktioniert das Passivierungsdispositiv der französischen Sozialisten nicht mehr. Auch in der sozialistischen Partei werden Stimmen laut, die angesichts der aktuellen Wirtschaftspolitik einen Sonderparteitag fordern. Jetzt entstehen Massenbewegungen —

aber gegen die Regierung. Damit scheint die Bildung eines hegemoniefähigen linken Blocks, der allein Garant einer langfristig angelegten sozialistischen Transformationsstrategie sein kann, immer mehr ausgeschlossen. Massenbewegungen mit verschiedenen, jeweils für sich nicht hegemoniefähigen ideologischen Konzepten, eine Regierung mit einem ideologischen Konzept, das mit einer sozialistischen Transformation nichts zu tun hat — Elemente einer strategischen Situation, aus der heraus ein Gewinn der 1986 anstehenden Parlamentswahlen so gut wie ausgeschlossen erscheint. Der PC wird von sich aus die Regierung nicht verlassen, und er tut gut daran, denn wie sich die Politik der Sozialisten in der Regierung auch verändert hat, werden die in der Mehrheit befindlichen ideologischen Kräfte das Austreten des PC aus der Regierung als opportunistisch am Fang oppositioneller Wählerstimmen ausgerichteten Schritt weg von einer zwar harten, aber dennoch einzig realistischen Regierungspolitik darzustellen wissen. So bleibt das Verweilen der ohnehin sehr schwach repräsentierten Kommunisten in der Regierung weitgehend von der Einschätzung einiger Regierungssozialisten über den passivierungsfördernden Nutzen der Kommunisten abhängig. Doch diese müssen und wollen immer mehr an der Aktivierung von gesellschaftlichen Kräften arbeiten, mit denen sie über ihre Programmatik verbunden sind. Doch egal, ob die sich aus dieser Situation ergebende Dynamik die Regierung schon vor 1986 sprengen wird oder die Wahlen verloren werden — Frankreich wurde zum Schauplatz, auf dem die Hoffnung von Millionen von Menschen auf eine bessere Zukunft zerstört wurde, auf dem auch die partielle Vorbildfunktion, die die französische Linke mit ihren in den siebziger Jahren entwickelten Ansätzen einer Einheitsdynamik etwa für bestimmte Teile der bundesdeutschen Linken gewonnen hatte, aufhört zu existieren. Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft kann und muß dennoch gerade in Frankreich gegraben werden. So müssen die französischen Erfahrungen über die Unvereinbarkeit von hegemonialer linker Blockbildung und Passivierungsstrategien, über die Notwendigkeit des Getriebenwerdens einer Linksregierung durch nichtstaatliche Massenbewegungen und über die Notwendigkeit einer die Kohärenz des nationalen Produktionsapparates fördernden angebotspolitischen Strategie dringend zur Strategiebildung der bundesdeutschen Linken, insbesondere auch der sozialdemokratischen Linken, herangezogen werden.

Analysen

Detlev Albers und Arno Brandt

Vom wirtschaftspolitischen Programm der *Herforder Thesen zu den Hannoveraner Leitsätzen*

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß mit den nahezu alle kapitalistischen Länder erfassenden Krisenerscheinungen eine Bruchstelle markiert ist, die den Übergang zu neuen gesellschaftlichen Formen der Akkumulation und Kapitalverwertung vorbereitet.¹ Ebenso wie in den zurückliegenden großen Krisen der kapitalistischen Entwicklung, die jedesmal tiefgreifende Veränderungen in den hegemonialen Strukturen innerhalb und zwischen den kapitalistisch verfaßten Gesellschaftssystemen hervorbrachten und das Verhältnis von Ökonomie und Politik strukturierten, ist auch nach Abschluß der gegenwärtigen Stagnationsperiode mit qualitativ neuen Organisationsformen und Institutionen der ökonomischen und politischen Regulierung zu rechnen. Zu denken wäre in dieser Hinsicht z.B. an die weitere Entwicklung der multinational operierenden Konzerne, an die Versuche internationaler wirtschaftlicher und politischer Integration oder an die sich abzeichnenden Segmentierungs- und Fragmentierungsprozesse auf den nationalen Arbeitsmärkten.

Die gegenwärtigen Probleme des kapitalistischen Produktionssystems sind aber nicht nur das Ergebnis einer Überakkumulationskrise internationalen Zuschnitts — bewegen sich nicht nur auf der Ebene des Verwertungsprozesses. Hinzu kommt eine tiefgreifende Krise der stofflichen Beziehungen im kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsprozeß mit weitreichenden Konsequenzen für die innere und äußere Natur des Menschen. Offensichtlich ist der Kapitalismus in den fortgeschrittenen Industrieländern an einen Punkt gelangt, wo der Widerspruch zwischen der Mehrwertproduktion und den naturgebundenen Produktionsbedingungen des Kapitals existentielle Gefährdungen für die Gattung Mensch annimmt.² Die Fesselung der Produktivkräfte — von der Marx gesprochen hat³ — verschafft sich ebenso Geltung in ökonomisch-sozialen wie in stofflich-energetischen Erscheinungen der kapitalistischen Vergeudung und Verelendung.⁴ Die kapitalistische Profitsteuerung bedingt somit auch die systematische Verletzung des Stoff- und Energieaustausches zwischen Mensch und Natur. Sichtbarster Ausdruck dieses ökologischen Desasters sind die aktuell weltweit konstatierbaren blindwirkenden Eingriffe in den Naturhaushalt mit der Folge einer unwiederbringlichen Zerstörung der genetischen Ressourcen, der katastrophalen Ernährungslage bei beschleunigtem Bevölkerungswachstum in den Ländern der sogenannten Vierten Welt und schwer abschätzbare Konsequenzen für die klimatischen Lebensbedingungen der gesamten Erdbevölkerung.

Eine weitere Krisenzuspitzung ergibt sich in dieser Situation durch die grundlegend veränderten militärischen Optionen, die mit der Existenz nuklear-technologischer Hochrüstungspotentiale verbunden sind. Im Atomzeitalter bleibt die klassische Ausstragungsform der imperialistischen Länder zur Regulierung ihrer inneren Widersprüche im Sinne einer kriegerisch-gewaltsamen Konfliktlösung vorerst blockiert, es sei denn, sie würde selbst bei Strafe des eigenen Untergangs vom Imperialismus gewählt werden. Zumindest solange den gegenwärtigen Anstrengungen der imperialistischen Hauptmacht USA, die Strategie einer Kriegsführungsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion rüstungspolitisch umzusetzen,

nicht Einhaltung geboten wird, ist mit weiteren Verwerfungen in den krisengeschüttelten Ökonomiesystemen zu rechnen, die auf andere innerimperialistische Lösungsformen drängen.

So wenig nach den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung ein Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise aus der ihr eigenen Widersprüchlichkeit erwartet werden darf, so wenig ist vorab entschieden, ob sich innerhalb des Kapitalismus tatsächlich eine neue Stabilisierung in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit herstellt, die die Bedingungen für eine weitere Periode politischer und ökonomischer Stabilität setzt. Wenn auch die Durchsetzungschancen für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative illusionslos eingeschätzt werden müssen, bleibt prinzipiell die Möglichkeit der Annäherung an eine neue ökonomische Logik erhalten, die den Lebensinteressen der großen Bevölkerungsmehrheit Geltung verschafft, den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur vom destruktiven Potential kapitalistischer Produktivkraftentwicklung befreit, die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen überwindet und eine Perspektive auf die Überwindung der Gegensätze zwischen den Völkern des »Südens« und des »Nordens« eröffnet.

Die gegenwärtige Krise ist weltweit in dem Sinne, daß sie den kapitalistischen Weltmarkt in seinen drei Formen des Waren-, Produktiv- und Finanzkapitals und seiner politischen Institutionen erfaßt hat. Die Beseitigung der ihr zugrundeliegenden Momente geht zweifellos weit über die Kräfte eines einzelnen Landes hinaus.⁵ Die Überwindung der Krise in der Form einer Annäherung an eine neue ökonomische Logik wird hingegen den Ungleichzeitigkeiten in den von nationalen Besonderheiten und spezifischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen geprägten Ländern Rechnung tragen müssen. So entschieden gerade angesichts der Internationalisierung des Krisenzusammenhangs auf eine Koordination und Kooperation der internationalen Arbeiterbewegung gedrungen werden muß, so nachdrücklich ist angesichts der herrschenden Massenarbeitslosigkeit und den um sich greifenden Verelendungsprozessen in den einzelnen Ländern gerade auch auf die eigenständige Aufgabe der jeweils nationalen Arbeiterbewegungen zu verweisen, den Krisenwiderstand zu entwickeln, neue, dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand entsprechende Bündnisse herzustellen und den Weg zu einer Durchbrechung der herrschenden Profitlogik zu öffnen.

Anforderungen an eine sozialistische Wirtschaftsprogrammik

10 Jahre nach Einsetzen der gegenwärtigen Stagnationsperiode gelingt es der bundesdeutschen Linken immer noch nicht, den in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit entstandenen Basiskonsum (z.B. die vermeintliche Überlegenheit privat-dezentraler Ökonomiesysteme, Leistungs- und Bescheidenheitsideologien) nennenswert zu erschüttern. Im Gegenteil, seit dem 6. März 1983 scheint das Herrschaftsgefüge zugunsten des Bürgerblocks vorläufig in hohem Maße stabilisiert. Ob die Stabilität des Bürgerblocks dauerhaft trägt, wird einerseits von den künftigen ökonomischen Entwicklungsbedingungen abhängen; also von der Frage, wie lange die Krise als *ökonomische* Restrukturierungsperiode zur Herausbildung günstiger Verwertungs- und Akkumulationsbedingungen andauern wird. Dabei ist kaum mehr in Frage gestellt, daß selbst bei einer neuerlichen Phase forcierter Akkumulationsdynamik mit einem hohen Anteil an Arbeitslosigkeit und einer weiteren Zerstörung der inneren und äußeren Natur des Menschen zu rechnen ist. Andererseits ist die Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft davon abhängig, wie sich die Restrukturierungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen von Politik und Ökonomie vollziehen und welche Widerstandsebenen dabei entwickelt werden.

Entscheidende Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der (Un-)Fähigkeit klas-

senbewußter Kräfte von links zu, Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Widerstandsebenen herzustellen und neue Bündniskonstellationen wirksam werden zu lassen. Sozialistische Wirtschaftspolitik bedeutet daher vor allem Verzicht auf jegliche technokratische Problemlösungsstrategie. Sie zielt vielmehr auf die Subjekte, die sozialen Bewegungen als Träger sozialer und ökonomischer Veränderungen und orientiert sich damit an den Interessen- und Bedürfnislagen der den Veränderungsprozeß tragenden Klassen, Gruppen und Individuen.

Die mit der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion gewachsene Komplexität der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen hat neben der Arbeiterbewegung ein soziales Potential entstehen lassen, das sich der Unvereinbarkeit ihrer politischen Leitvorstellungen mit den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr bewußt wird. Es entwickelt aber gleichsam »neue« Ebenen der Kritik an bürgerlichen Lebens- und Produktionsformen, insbesondere an den verschiedenen Zugriffsbereichen staatlicher Intervention und Regulierung. Wirtschaftspolitik, die sich in eine Strategie gesellschaftlicher Umwälzung einordnet, hat der Vielfalt der auf Veränderung drängenden sozialen Bewegungen Rechnung zu tragen und zugunsten eines Konsenses zwischen den verschiedenen Widerstandsebenen zu vermitteln. Ihr fällt damit die Aufgabe zu, ein »soziales (in der Konsequenz sozialistisches) Projekt« auszuarbeiten, das den hegemonialen Konsens zwischen Arbeiterbewegung und »neuen sozialen Bewegungen« ermöglicht. Die Aufkündigung des herrschenden Basiskonsenses kann nur gelingen, wenn gesellschaftspolitisch und ökonomisch ausgewiesene Alternativen bereitgestellt werden, die die Gangbarkeit eines anderen gesellschaftlichen Entwicklungspfades begründen. Darin liegt die grundlegende Bedeutung wirtschaftspolitischer Diskussion, wie sie gerade in den letzten Jahren von marxistischen Sozialdemokraten geführt wird und angesichts der beginnenden Pogrammdenbatte der SPD neu ins Blickfeld rückt.

In jüngerer Zeit liegt mit den »Hannoveraner Leitsätzen«⁶ ein neuer programmatischer Beitrag zur wirtschaftspolitischen Diskussion marxistischer Sozialdemokraten vor, mit dem der Versuch unternommen worden ist, zentrale Schwachstellen bisheriger Programmausarbeitungen zu überwinden und in seinem Grundmuster insbesondere den linkssozialdemokratischen Diskussionsstand zur Wirtschaftspolitik weiterzuentwickeln. Unverkennbar liegen den »Hannoveraner Leitsätzen« vor allem drei Programmkonzeptionen zugrunde, die in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Diskussion — wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung — eine Rolle spielen. Angesprochen sind die wirtschaftspolitischen und -theoretischen Aussagen der *Herforder Thesen*,⁷ die alljährlichen Veröffentlichungen der Memorandum-Gruppe⁸ und das 1981 auf dem Lahnsteiner Bundeskongreß verabschiedete wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzprogramm der Jungsozialisten.⁹

Als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit der Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Programmpunkte der *Herforder Thesen* begonnen wurde, betrat der Kreis der damaligen Autoren bei der Formulierung ihrer langfristigen ökonomischen Transformationsvorstellungen für die Bundesrepublik weitgehend Neuland. Was in den Thesen unter Bezug auf theoretische Positionen der CERES-Gruppe in der französischen PS und programmatische Aussagen des Austromarxismus als Grundlage einer jeden »neuen ökonomischen Logik« entwickelt wurde, dürfte heute nicht nur unter marxistischen Sozialdemokraten kaum mehr strittig sein; es ist in seinen Kernaussagen auch in späteren wirtschaftspolitischen Programmaussagen immer wieder aufgenommen worden. Vom Grundsatz ebenso unstrittig erscheint uns die in den Thesen angelegte Verknüpfung unmittelbar grei-

fender wirtschafts- und sozialpolitischer Alternativen mit langfristig konzipierten Veränderungsperspektiven:

»Alle Versuche, noch auf der Grundlage der kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu einer entscheidend an den Interessen der Arbeitnehmer orientierten Wirtschaftspolitik zu kommen, müssen notwendig auf Grenzen stoßen. Alle Forderungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Stärkung der Massenkaukraft und für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte, um nur einige Beispiele zu nennen, sind ständig bedroht, durch Gegenoffensiven des Kapitals wieder zunichte gemacht zu werden. Deshalb kommt es auch in der Bundesrepublik darauf an, die erreichten Teilerfolge im Kampf gegen das Kapital auszubauen bis hin zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsordnung. Ziel dieser grundlegenden Veränderung muß sein, daß im betrieblichen wie im überbetrieblichen Bereich die Entscheidungsbefugnisse der Gesellschaft übertragen werden, indem das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beseitigt wird. Die Grundlagen hierfür sind die Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft, die Verwirklichung echter Mitbestimmung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften und die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Planung.«¹⁰

Konzeptionelle Probleme tauchen aber dann auf, wenn die Voraussetzungen und Folgen der in den *Herforder Thesen* aufgelisteten kurzfristigen nachfrageorientierten Forderungen bzw. Vorschläge zur Finanzierung der gewünschten Nachfrage in das Blickfeld gerückt werden und entsprechend die Verbindungsglieder zu den weiterreichenden Vorstellungen enger gefaßt werden sollen. Noch stärker stellen sich die Probleme, wenn kurzfristig nicht nur mit Hilfe erhöhter staatlicher Ausgaben quantitative Beschäftigungswirkungen im Vordergrund stehen sollen, sondern sich bereits in kurzfristiger Sicht die Notwendigkeit von Eingriffen in die Produktion unter dem Eindruck zugespitzter sektoraler Ungleichgewichte und ökologischer Krisenerscheinungen stellt. Unter diesen Vorzeichen ist prinzipiell bereits hier und jetzt die Frage einer alternativen Industrie- und Produktionspolitik einschließlich erweiterter Planungskompetenzen anzugehen.

Unbeschadet der hier genannten Defizite bleibt es aber das unbestreitbare Verdienst der *Herforder Thesen*, die Grundelemente jener »neuen ökonomischen Logik« herausgearbeitet und die wirtschaftspolitische Diskussion innerhalb der sozialdemokratischen Linken überhaupt erst wieder in Gang gebracht zu haben. So ist auch im wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramm der Jungsozialisten eine produktive Verarbeitung der in den Thesen enthaltenen wirtschaftspolitischen Programmaussagen unverkennbar. Wenn auch noch völlig unzulänglich, so findet im Juso-Grundsatzprogramm insofern eine Erweiterung statt, als mit ihm erste Schritte in Richtung auf eine Verknüpfung ökonomischer und ökologischer Problemstellungen und auf eine Thematisierung der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung gegangen werden:

»Aus diesen Gründen gilt, daß neben den sozialen und ökonomischen Problemen gerade auch die Umweltfrage eine grundsätzliche Umorientierung und Veränderung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische erforderlich machen. Nur so kann die Umwelt von der Gefährdung durch kapitalistische Profitinteressen befreit werden. Deshalb werden die Forderungen der Jungsozialisten nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Versicherungen und Banken, gesamtwirtschaftlicher demokratischer Planung und Mitbestimmung durch die Fragen des Umweltschutzes in zusätzlicher Weise aktuell. ... Auf dieser Grundlage ist auch die Voraussetzung für einen sozialen und technischen Fortschritt geschaffen, der die Bedürfnisse und Lebensinteressen respektiert und fördert. Solche technischen Neuerungen aber, die die sozialen und technischen Umweltprobleme erhöhen und nicht schmälen, sind abzulehnen.«¹¹

Für die weitere wirtschaftspolitische Diskussion ist damit die Erkenntnis gewonnen, daß

ohne Berücksichtigung der stofflichen Seite des Produktionsprozesses gerade in sozialistischer Perspektive keine Aussagen über ökonomische Zielgrößen getroffen werden können.

Gegenüber den *Herforder Thesen* und dem wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzzprogramm der Jungsozialisten konzentrieren sich die Veröffentlichungen der Memorandumgruppe schwerpunktmäßig auf die Ausarbeitung kurzfristig greifender, im wesentlichen keynesianisch ausgerichteter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wenngleich auch hier auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planungs- und Lenkungsinstrumente anstelle privater Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Produktionsapparat hingewiesen wird.¹² Wesentlich stärker noch als bei den *Herforder Thesen* fällt allerdings die starre Trennung zwischen kurz- und langfristigen Forderungen ins Gewicht, die sich z.T. durch die weitgehend quantitative, auf monetäre Größen gerichtete Orientierung der Memorandumvorschläge erklären läßt.¹³ So unschätzbar bedeutsam die Arbeit der Memorandumgruppe auch für die politische und gewerkschaftliche Diskussion und Programmarbeit geworden ist, ihr konzeptionelles Problem bleiben die einseitige Akzentuierung des Realisierungsaspekts als die bestimmende Ursache der Krise und die aus dieser Krisenanalyse abgeleiteten rein nachfrageorientierten Alternativvorstellungen sowie die nach wie vor nicht mit der notwendigen Konsequenz erfolgende Berücksichtigung der ökologischen Krise. »Die 'Strategie qualitativen Wachstums' ist zwar gegen unkontrolliertes Wachstum gerichtet, bleibt aber Wachstumsstrategie. Humanisierung und Ökologisierung der Produktion erfordern aber nicht nur die Qualifizierung der Zuwächse, sondern auch das Zurückschrauben von Produkten und Produktionsformen, die diesen Zielen widersprechen.«¹⁴

Man mag einwenden, daß angesichts der Beschäftigungskrise in der Grundorientierung an quantitativen Zielgrößen gerade die Stärke der Memorandum-Gruppe liegt und ihre starke Beachtung insbesondere in der gewerkschaftlichen Diskussion der weitgehenden Ausblendung der stofflichen Produktionsvoraussetzungen und -folgen geschuldet ist. Wir halten diesem Einwand die Auffassung entgegen, daß ganz abgesehen von dem real vorhandenen Problemdruck erst dann eine Verknüpfung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Widerstandsebenen und damit breit angelegte soziale Bündnisse möglich sein werden, wenn ein inhaltlicher Konsens in den zentralen Anliegen der verschiedenen Bewegungen hergestellt werden kann.

Das »Neue« in den Hannoveraner Leitsätzen

Mit den *Hannoveraner Leitsätzen* liegt keine fertige wirtschaftspolitische Programmausarbeitung vor, die den Anspruch erheben könnte, auf die Vielzahl bislang ungelöster Probleme einer sozialistischen Transformationsstrategie bereits zufriedenstellende Antworten geben zu können. Im Umgang mit den *Leitsätzen* ist daher immer wieder auf ihren vorläufigen Charakter zu verweisen, der selbst wieder zu weiteren intensiven Programmarbeiten herausfordert, um die zweifelsohne vorhandenen Lücken zu schließen. Dennoch scheint uns mit den *Leitsätzen* der Versuch gelungen zu sein, konzeptionelle Probleme der bisherigen Programmdebatte, die sich auf das Verhältnis von kurz- und langfristigen Forderungen, von Ökonomie und Ökologie sowie von Nationalstaat und Weltmarkt beziehen, zumindest in Angriff genommen zu haben.

In Anknüpfung an die bisherigen Programme wird zunächst sowohl an der Notwendigkeit eines grundlegenden Bruchs mit der Entwicklungslogik der kapitalistischen Produktionsweise als auch an der Konzeption kurzfristig greifender staatlicher Ausgabenpro-

gramme festgehalten. Im Sinne einer qualitativen Wachstumspolitik und arbeitszeitpolitischer Strategien wird die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zum Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Strategiebildung genommen. Das Neue der *Hannoveraner Leitsätze* besteht dann jedoch in dem Versuch, die aktuellen wirtschaftspolitischen Alternativen in den strategischen Zusammenhang einer »Selektiven Wachstumspolitik« zu stellen und damit wesentliche Bestandteile eines »sozialen Projektes« zu formulieren, auf dessen Grundlage neue Bündniskonstellationen zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen herstellbar sind. Mit der Konzeption einer »selektiven Wachstumspolitik« geht es um die bewußte gesamtgesellschaftliche Entscheidung darüber, welche wirtschaftlichen Bereiche und Branchen unter welchen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen auszudehnen, zu begrenzen und zurückzunehmen sind und in welche Richtung das System der Produktivkräfte zu entwickeln ist.¹⁵ »Selektive Wachstumspolitik« heißt demnach sowohl aktive Beschäftigungspolitik in den Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs (durchaus im Sinne einer expansiven Wachstumsstrategie) bei gleichzeitiger sektoraler Reorganisation der krisengeschüttelten Branchenstrukturen als auch unmittelbare Umstellung der Produktion dort, wo ökologische Folgewirkungen in unvertretbarem Ausmaß verursacht werden oder gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen werden soll. In Abgrenzung zum Konzept einer qualitativen Wachstumspolitik, die sich lediglich eine Umstrukturierung der Wachstumfelder zum Ziel setzt, soll auch eine Rücknahme der für Menschen und Umwelt unverträglichen Produktionsbereiche (z.B. PVC, Asbest, Automobil, Atomenergie) in Angriff genommen werden. Gesamtwirtschaftlich positive Wachstumsraten sind durch eine so konzipierte wirtschaftspolitische Strategie keineswegs ausgeschlossen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, daß unter dem Blickwinkel des gesamtwirtschaftlichen Bedarfs derzeit brachliegende Wachstumfelder von so großem Ausmaß erschlossen werden können, daß die Rücknahme von Teilbereichen der Produktion überkompensiert werden kann.

Wichtiger noch als die ökonomische Plausibilität einer solchen wirtschaftspolitischen Konzeption erscheint uns die prinzipielle Möglichkeit, mit dem Konzept einer »selektiven Wachstumsstrategie« eine Zielvorstellung zu formulieren, die unterschiedliche Grundorientierungen der gesellschaftlichen Bewegungen integrieren kann. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen einerseits und die Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität andererseits werden nicht als unüberbrückbare Gegensätze gedacht, sondern bilden integrale Bestandteile einer wirtschaftspolitischen Strategie, die die traditionelle Nachfragepolitik um eine alternative Angebotspolitik erweitert. Daß eine derartige Strategie zur Beeinflussung der Angebotsbedingungen unter kapitalistischen Verhältnissen nur außerordentlich schwer gestaltet werden kann und mit heftigsten Gegenreaktionen der Kapitalseite konfrontiert sein wird, dürfte unstrittig sein.

»Dieser Prozeß der Herausbildung eines neuen Verhältnisses von Ökonomie, Ökologie und Politik ist harmonisch nicht zu etablieren. Es bedarf daher um so mehr einer organisierten und kampfbewußten Arbeiterbewegung und einer Verständigung mit anderen sozialen Bewegungen, um den zur Beantwortung kapitalistischer Gegenstrategien notwendigen sozialen Druck zu verstärken.«¹⁶

Unter dieser Voraussetzung kann eine Strategie der »Selektiven Wachstumspolitik« bereits unter kapitalistischen Bedingungen verfolgt werden. Einen Weg aus der Krise eröffnet sie aber nur dann, wenn sie sich der Begrenztheit systemimmanenter Initiativen bewußt und daher auf den Bruch mit der herrschenden kapitalistischen Logik ausgerichtet ist.¹⁷

In den *Hannoveraner Leitsätzen* wird zwar eine binnenwirtschaftlichen Orientierung

Vorrang gegeben, um dem Dilemma einer Politik des »beggar my neighbour« zu entkommen, dennoch werden auch die nationalen Handlungsschranken in einer sich krisenhaft durchsetzenden Weltmarkt Konkurrenz unter dem Gesichtspunkt von außerwirtschaftlichen Absicherungsstrategien thematisiert. In einer Zeit, in der bei fallender Profitrate im Zuge der Internationalisierung des Finanzkapitals der »Prozeß der monetären Akkumulation ... den Prozessen der realen Akkumulation davonläuft«¹⁸, wird der Profit durch den Zins förmlich ausgehebelt. Immer mehr Unternehmen der kapitalistischen Industrieländer gehen unter Ausnutzung internationaler Zinsdifferenzen dazu über, sich an der Aufblähung der internationalen Finanzmärkte zu beteiligen, und beschwören damit die Gefahr eines neuen »schwarzen Freitags« herauf. Dieser Prozeß wird zudem durch die zur Finanzierung ihrer gigantischen Rüstungsprogramme betriebene Hochzinspolitik der USA forciert.¹⁹ Kehrseite dieser Entwicklung ist die katastrophale Verschuldungssituation vor allem der Schwellenländer der sogenannten Dritten Welt, die sich in einer Zeit niedriger Zinsen ihren Industrialisierungsschub aus den Mitteln der internationalen Finanzmärkte finanzierten und angesichts steigender Zinsen und rückläufiger Exportchancen in den Abgrund gerissen werden. Parallel dazu geht eine Marginalisierung von immer größer werdenden Teilen der Kontinente des Südens, die in den zurückliegenden Jahrzehnten keinerlei Handhabe gegen Massenhunger und -verelendung entwickeln konnten und derzeit durch ungezügelter Eingriffe in den ökologischen Haushalt der dortigen Regionen von Umweltkatastrophen größten Ausmaßes bedroht sind.

»Durch die Internationalisierung der Kapitalmärkte sowie die Zinsdifferenzen öffnet sich ein eklatanter Widerspruch zwischen ertragsrationalem Anlageverhalten von Gewinnbeziehern einerseits und den Anforderungen an binnenwirtschaftliche Entwicklungsstabilisierung zur Sicherung von Beschäftigung andererseits.«²⁰

Auch für die Bundesrepublik Deutschland mit ihren zweifelsohne überdurchschnittlichen Wettbewerbsvorteilen²¹ bleibt die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes nicht ohne Konsequenzen. Eine zur herrschenden Wirtschaftspolitik querliegende Politik ökonomischer Alternativen kann sich bei den gegebenen Macht- und Ohnmachtszentren auf internationaler Ebene nicht auf die Anwendung nationalstaatlicher Planungs- und Lenkungsinstrumente beschränken, wenn sie nicht den von ihr eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs durch gegenläufige Weltmarktentwicklungen zunichte machen lassen will. Diese Notwendigkeit einer Überschreitung der »Staatsgrenzen« wird von den *Leitsätzen* aufgegriffen, wenngleich auch hier nur vorläufige Diskussionsergebnisse festgehalten werden, die einer weiteren Konkretisierung und Erweiterung bedürfen.

Dem Prozeßcharakter der *Hannoveraner Leitsätze* folgend, muß sich die weitere Diskussion und Programmarbeit nach einer Phase der kritischen Überprüfung des konzeptionellen Rahmens auf die Ausarbeitung der einzelnen Programmelemente und auf die Schließung der zweifelsohne vorhandenen inhaltlichen Lücken konzentrieren. Dabei sind vor allem die struktur- und produktionspolitischen Orientierungen auf die Lösung der real anstehenden Krisen- und Konfliktfelder zu beziehen (Stahl, Werften, Rüstungsindustrie, Automobilindustrie etc.). Wesentliche inhaltliche Ergänzungen sind durch die Einbeziehung monetärer Absicherungsprobleme (Inflation) und durch die Aufnahme sozialpolitischer Lösungsstrategien vorzunehmen. Wichtiger noch erscheint uns aber die Ausarbeitung aktionsorientierter Handlungsanleitungen für den gewerkschaftlichen Kampf wie für die sozialdemokratische Kommunal- und Landespolitik zu sein. Die beginnende Diskussion über die Chancen und Ausgestaltungsmöglichkeiten eines regionalen Krisenwider-

standes gibt unseres Erachtens die Richtung an, in die eine eigenständige wirtschaftspolitische Handlungsorientierung auf Landes- und Gemeindeebene gehen könnte, gerade solange die bundesstaatliche Ebene nicht direkt beeinflussbar ist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD (= *spw*-Sonderheft 2), Berlin/West 1980, S.27; Altvater, E.: Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells, in: Hoffmann, J., (Hrsg.): Überproduktion, Unterkonsumption, Depression, Hamburg 1983, S. 217ff.
- 2 Vgl. Immler, H.: Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?, in: *Das Argument* 82, Berlin/West 1973, S.814
- 3 Vgl. Marx, K.: Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859), MEW, Bd.13, S.8f.
- 4 Vgl. Tjaden, K.H.: Was heißt: Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse?, in: *MOZ* 5/1983, S.46
- 5 Vgl. Albers, D.: Zentrale strategische Probleme des Bruchs mit der Profitlogik in den kapitalistischen Metropolen, in: Albers, D., (Hrsg.): Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, Berlin/West 1982, S.70
- 6 Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Hannover: Hannoveraner Leitsätze — Den Ausweg aus der Krise suchen!, in: *Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr* (= *spw*-Sonderheft 4), Berlin/West 1983, S.55ff.
- 7 Herforder Thesen, a.a.O., S.103ff.
- 8 Vgl. insbesondere: Memorandum '80: Gegen konservative Formierung — Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980; Memorandum '82: Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung — Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1982; Memorandum '83: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung — Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Köln 1983
- 9 Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren — Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten (Lahnstein 1981), in: *Sozialistische Tribüne* (Sonderausgabe), Bonn 1981
- 10 Herforder Thesen, a.a.O., S.109
- 11 Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren ..., a.a.O., S.59f.
- 12 Vgl. Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung — Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1979, S.105ff.; Memorandum '83, a.a.O., S.192ff. Anmerkung: Die im folgenden entwickelte Kritik bezieht sich vor allem auf die Memoranden von 1983.
- 13 Vgl. Ernst-Pörksen, M.: Bewegung in der alternativen Wirtschaftspolitik — Memoranden und das Wirtschaftsprogramm der Grünen, in: *spw* 20/1983, 6. Jg., Berlin/West, S.292f.
- 14 Ernst-Pörksen, M., a.a.O., S.295
- 15 Vgl. Hannoveraner Leitsätze, a.a.O., S.56
- 16 Hannoveraner Leitsätze, a.a.O., S.73
- 17 Vgl. Hannoveraner Leitsätze, a.a.O., S. 74
- 18 Altvater, E., a.a.O., S. 235
- 19 Hickel, R.: Der Höhenflug des Dollars und die Hintergründe, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/1983, S.1256
- 20 Hickel, R., a.a.O., S.1263
- 21 Vgl. Ehrig, D.: Die westdeutsche Wirtschaft im Weltmarktzusammenhang: Gesunkene internationale Wettbewerbsfähigkeit?, in: *Sozialistische Tribüne*, 1/1983, S.32

Fiete Saß

Integrationismus und Reformismus

Eine Antwort auf Neumann und Wehr in *spw* 22

Die »Wende« im Herbst '82 und die Bestätigung der Rechtsregierung am 6. März '83 markieren einen tiefen Einschnitt in der politischen Entwicklung der BRD, eine nachhaltige Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts. Damit war und ist allen linken Kräften die Aufgabe der Neueinstellung auf veränderte Bedingungen einer neuen Etappe gestellt. Während Teile der Rechtssozialdemokratie unverdrossen die »Prioritäten einer neuen Mehrheitsbildung« im konsequenten Abschotten der Partei nach links bestimmen, haben weitsichtigere Teile des integrationistischen Flügels und reformistische Kräfte aus unterschiedlichen Interessen zu neuen programmatischen Überlegungen ausgeholt, die sich unübersehbar auf die realen sozialen, politischen und ökonomischen Probleme sowie die demokratischen Massenbewegungen beziehen. Marxisten in der SPD stehen damit vor der Aufgabe, nicht nur die neuen gesamtgesellschaftlichen Bedingungen nach der »Wende« sowie Aufgaben und Ziele linkssozialdemokratischer Politik unter den Bedingungen der Rechtsregierung zu bestimmen, sondern auch das Zerbrechen der sozialliberalen Koalition und neuere Tendenzen in der SPD im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen wie innersozialdemokratischen Entwicklungen zu begreifen und aktuelle Orientierungen für die innerparteiliche Auseinandersetzung zu erarbeiten.

Es ist nicht überraschend, daß in der Diskussion darüber sowohl verschiedene Erklärungen als auch Orientierungen vertreten werden. Eine Schwäche dieser Diskussionen ist die meist undifferenzierte Verwendung des Reformismus-Begriffs für alle nichtmarxistischen Teile der Sozialdemokratie, ungeachtet der gegensätzlichen subjektiven Ziele und objektiven Funktionen der solcherart subsumierten integrationistischen und reformistischen Kräfte. Sind Schmidt und Apel Reformisten? Die Antwort auf diese Frage ist mehr als ein Spiel um Definitionen oder Personen. Es geht um die Tiefe und Schärfe innersozialdemokratischer Differenzierungslinien und die daraus abzuleitenden Konsequenzen.

Die Herforder Thesen, auf die sich diese Verwendung des Reformismusbegriffs beruft, spiegeln in einzelnen Aussagen durchaus ein Bewußtsein der Problematik wieder, ohne die dabei entstehenden Widersprüche aufzulösen. Dies ist eine der in den Herforder Thesen noch nicht zufriedenstellend ausgearbeiteten Fragen, auf die der SHB in seinem Diskussionsbeitrag vom Oktober 1981 aufmerksam gemacht hatte. Auch Neumann und Wehr haben in ihrer späten Erwidering diesen Widerspruch nicht gelöst, sondern es vorgezogen, ihn zu überspielen¹ und hinter bestimmte Aussagen der Herforder Thesen zurückzugehen. Wenn über die dabei zum Ausdruck kommenden unterschiedlichen Einschätzungen jetzt diskutiert wird, ist das gut so. Indiskutabel allerdings ist es, daß Neumann und Wehr die Behauptung für opportun halten, der SHB »borge« sich seine Autorität in der Diskussion über die Herforder Thesen »von Lenin«. Wer die Diskussion mit dem SHB sucht, muß sich schon an den SHB und seine Stellungnahmen halten. Wer zweieinhalb Jahre Zeit hatte, seine Worte zu wählen, um dann in diese Kerbe zu hauen, muß sich Rückschlüsse auf seine Intentionen gefallen lassen. Doch darum soll es hier nicht gehen.

Was Neumann und Wehr kritisieren, ist die unter anderem vom SHB vertretene Unterscheidung der drei Hauptströmungen der Sozialdemokratie, die als integrationistische, reformistische und marxistische bezeichnet werden. »Die reformistische Position begreift

die angestrebten Reformen als Mittel der Interessenvertretung zum Zweck der allmählichen Überwindung des Kapitalismus. (...) Sie negiert das Ziel der politischen Machtergreifung der Arbeiterklasse.«² »Der Integrationismus ordnet Arbeiterinteressen diesem Ziel (Stabilisierung des kapitalistischen Systems, F.S.) unter, das reibungslose Funktionieren der kapitalistischen Profitproduktion gilt dieser Position als Voraussetzung zur vermeintlichen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung.«³

Auch Neumann und Wehr ist das »Spannungsverhältnis zwischen antikapitalistischen und integrativen Momenten reformistischer Politik«⁴ gut bekannt, aber sie weigern sich, unter zweifelhafter Berufung auf die Herforder Thesen, darin »völlig unausgewiesen und idealistisch zwei verschiedene politische Organisationen oder auch nur politische Flügel in einer Organisation [zu] sehen«.⁵ Anders die Herforder Thesen: »Anknüpfend an sozial-integrative Konzeptionen profiliert sich selbstbewußt innerhalb der SPD ein rechter Parteiflügel, der mit den Traditionen der Sozialdemokratie wenig, mit der Bewahrung der kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen jedoch viel zu tun hat.«⁶ Auch die Frage, »warum die unterschiedlichen Konzeptionen innerhalb der Arbeiterbewegung gerade nach dieser definitorischen Scheidelinie abgegrenzt werden müssen«,⁷ ist nicht nur an den SHB, sondern auch an die Herforder Thesen zu richten, die, ohne diese »Auffassung zu begründen«, feststellen: »Für die bundesdeutsche Sozialdemokratie lag bislang die Scheidelinie für die Parteiflügel bei der Alternative »Verbesserung« des Kapitalismus und Integration der Arbeitnehmer in dieses System oder Veränderung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen, die weitgehend in Auseinandersetzungen um die Größe und Schnelligkeit von Reformschritten zum Ausdruck kam.«⁸

Diese Zitate, denen weitere hinzugefügt werden könnten, mögen genügen, um hier nochmals auf die von Neumann und Wehr überspielte Widersprüchlichkeit des Reformismusbegriffs der Herforder Thesen aufmerksam zu machen.

Was ist nun der Sinn einer klaren Unterscheidung von Integrationismus und Reformismus? Wenn es so ist, daß die Marxisten in der Sozialdemokratie ihr politisches Handeln auf das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der BRD beziehen, in der der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufgehoben ist, dann muß der Kompaß bei der Einschätzung der verschiedenen inner- (und außer-)parteilichen Kräfte und ihrer Konzeptionen in der Frage liegen, wie diese Kräfte subjektiv und objektiv zu unserem sozialistischen Ziel und den darauf hinführenden Bewegungen stehen. Wenn es so ist, daß »die kranke Welt (...) nicht zu kurieren (ist), ohne daß die Privilegien und Vorrechte der herrschenden Klassen in Frage gestellt und schließlich beseitigt werden«⁹, dann gibt es hinter dem bunten Gewimmel der Oberflächenerscheinungen eine tiefe Differenzierung zwischen denen, die den »sozialen Frieden« und die »Sozialpartnerschaft« beschwören, um die Massen ins staatsmonopolistische System zu integrieren, und andererseits denen, die mehr oder weniger tatkräftig Hand anlegen wollen an die »Privilegien und Vorrechte« der Herrschenden, ohne sich dabei von Rücksichten auf »unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit«, »ordnungspolitische« oder sonstige Interessen der Monopole letztlich aufhalten zu lassen. — Und wenn es so ist, daß der historisch notwendige Übergang zum Sozialismus nur durch eine zum historischen Subjekt, zur Klasse »für sich« gewordene Arbeiterklasse erzwungen werden kann, dann ergibt sich eine nochmalige Differenzierung zwischen den reformistischen Kräften einerseits, die den Klassenkampf auf der Grundlage unentwickelten Klassenbewußtseins und letztlich illusionärer Konzepte führen, und den marxistischen Kräften andererseits, die ihr Handeln bewußt dem Ziel der Öffnung des Weges zum Sozialismus zuordnen.

Diese objektiv gegebenen Differenzierungslinien realisieren sich mehr oder weniger klar im Selbstverständnis und den Diskussions- und Handlungszusammenhängen der verschiedenen Flügel und Kreise in der Sozialdemokratie. Zu Recht machen Neumann und Wehr darauf aufmerksam, daß diese Differenzierungslinien im politischen Alltagsbetrieb häufig den Akteuren nicht ins Bewußtsein treten, ja daß direkt widersprüchliche Momente im Denken und Handeln (in diesem Falle: der sozialdemokratischen) Individuen anzutreffen sind. Auch dies ist eine Erscheinungsform »unterentwickelten Selbstbewußtseins« der Arbeiterklasse, dem in der Tat nicht mit »Schubladen« beizukommen ist, sondern nur mit Klärungsprozessen, deren Motor nur die politische Praxis sein kann. Weil Schritte nach links immer nur möglich sind als Parteinahme gegen die Herrschenden, für die eigenen Interessen und die der Massen, d.h. mit Entscheidungen verbunden sind, bedarf es klarer Alternativen und der Polarisierung in den Hauptfragen: Frieden und Arbeit, Kampf gegen rechts, auch in der innerparteilichen Auseinandersetzung.

Das dazu nicht im Widerspruch stehende und gerade auf dem Hintergrund der Rechtsregierung sehr ernst zu nehmende Anliegen von Neumann und Wehr, »unter den 'ideologischen Verkrustungen' richtige Elemente an einer bestimmten Position aufzuspüren und an ihnen anknüpfend politisch-praktische Gemeinsamkeiten zu formulieren«,¹⁰ macht es meines Erachtens in keiner Weise erforderlich, zur Vorstellung eines Kontinuums zwischen integrationistischen und reformistischen Positionen überzugehen. Denn dies verwischt den objektiven Klasseninhalt integrationistischer Politik mit dem unverdienten Kompliment, auch integrationistische (in der Terminologie von Neumann/Wehr: reformistische) Politik sei »immer tendenziell antikapitalistisch, da sie erfolgreich nur sein kann, wenn es ihr gelingt, Kapitalinteressen zurückzudrängen oder doch einzuzugrenzen«. ¹¹ Demgegenüber hat die Erfahrung, etwa der »Haushaltsoperationen« '81 und '82, gezeigt, daß integrationistische Politik nicht zögert, Monopolinteressen gegen die Interessen der Arbeiterklasse massiv durchzusetzen, und selbst um den Preis des Verlustes der Regierungsmacht nicht bereit ist, in den Hauptfragen den Interessen der Herrschenden zuwiderzuhandeln.

Wovor wir uns meines Erachtens hüten müssen, ist eine zu enge Herangehensweise, die die Probleme der Entwicklung von Klassenbewußtsein vor allem als innersozialdemokratische Fragestellung auffaßt. Tatsächlich sind durch die Rechtsregierung und die von ihr mitverantwortete Verschärfung der internationalen Lage sowie den in der Geschichte der BRD beispiellosen Aufschwung demokratischer Massenbewegungen neue Fakten auch im Massenbewußtsein geschaffen worden, deren Konsequenzen und Chancen wir auch für die innersozialdemokratische Entwicklung noch viel zu wenig diskutieren.

Anmerkungen

- 1 Auszugsweise dokumentiert in: *spw* 14, 5.Jg., Berlin/West 1981, S.91ff.
- 2 Diskussionsbeitrag des SHB zu den »Herforder Thesen«, in: Sozialistische Reihe 25, Ergebnisse der 22.o.BDV in Bonn, 24./25.10.81, S. 136.
- 3 Ebd.
- 4 Neumann, K., und A. Wehr: Reformismus in der Krise — Krise des Reformismus?, in: *spw* 22, 7.Jg., Berlin/West 1984, 14ff.
- 5 Ebd.
- 6 Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD (*spw*-Sonderheft 2), Berlin/West 1980, S.97.
- 7 Neumann/Wehr, a.a.O., S.66.
- 8 Herforder Thesen, a.a.O., S.49.
- 9 Bebel, A.: Die Frau und der Sozialismus, Frankfurt/M. 1981, S.407.
- 10 Neumann/Wehr, a.a.O., S.69.
- 11 Ebd.

ARGUMENT-VERLAG



**GESCHLECHTER-
VERHÄLTNISSE**

Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik

Internationale Marxismus-Feminismus-Diskussion;
Probleme einer autonomen sozialistischen
Frauenpolitik; Familie und Politik der
Arbeiterbewegung.

Argument-Sonderband AS 110, 1984



**ZERREISSPROBEN-
AUTOMATION
IM
ARBEITERLEBEN**

Zerreißproben

Automation im Arbeiterleben

Empirische Untersuchungen,
Teil 4: Arbeit und Privatleben,
Arbeitsbeziehungen, Geschlechter-
verhältnisse.

Argument-Sonderband AS 79, 1983

Arbeitsteilung und Frauenpolitik

C. Cockburn: Weibliche Aneignung der Technik;
K. Hauser: Frauen-Macht-Politik; R. Meyer:
Gewerkschaftliche Frauenpolitik; H. Rose:
Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit.

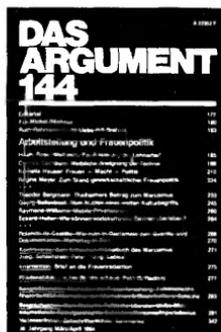
12,80/f.Stud. 9,80 DM (Abo: 10,60/8,30)

erscheint Ende Mai '84:

Ökonomie der Alternativen - Alternativen der Ökonomie

mit Beiträgen von R. Bahre,
F. Beckenbach, J. Berger,
M. Lück u.a.

Alternative Wirtschaftspolitik 5
Argument-Sonderband AS 104, 1984



Argument-Sonderbände
je 17,60/f. Stud. 14,80 DM
(Abo: 14,60/12,60)

ARGUMENT-Vertrieb, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Ulrich Schöler

»Otto Bauer — nein danke«?*

Historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten

Wer in den Reihen marxistischer Sozialdemokraten Otto Bauer zitiert oder sich gar in einem Aufsatz allgemein auf den Austromarxismus bezieht, darf sich der Kritik sicher sein. Allerdings findet diese nur in geringem Maße in *spw* selber statt. Vielmehr hört man den Unmut eher am Rande politischer Arbeit. Da wird mit dem Hinweis darauf, es mit »diesem Bauer« leid zu sein, die *spw*-Abo-Kündigung angedroht. Da werden am Rande von Tagungen des Hannoveraner Kreises marxistischen Sozialdemokraten ironisch »Bauer-Renegaten-Zimmer« eingerichtet oder »Otto Bauer — nein danke«-Plaketten getragen. Sicher könnte man über solche Kindereien einfach hinweggehen. Dennoch glaube ich, daß ein solches Ignorieren für die marxistische Linke in der Sozialdemokratie eher schädlich wäre. Dies führt nämlich dazu, daß vorhandene ideologische Differenzen innerhalb der marxistischen Linken nicht in ihrem Kern sichtbar und diskutabel werden, sondern verschoben und schwer durchschaubar als Scheingefechte an anderer Stelle wieder auftauchen¹ und selbst Vorwürfe nicht ausschließen wie den, daß sich einzelne mit ihren Vorschlägen in gefährliche Nähe zu Intentionen der rechtslastigen SPD-Parteiführung begeben.²

Dieser Beitrag soll dazu dienen, die Differenzen transparent zu machen, die meines Erachtens im Spektrum marxistischer Sozialdemokraten vorhanden sind. Er soll dazu einladen, darüber die Diskussion aufzunehmen, nicht mit dem Ziel des Kampfes gegeneinander, sondern dem der Verständigung untereinander und mit dem Respekt davor, daß jeder der Beteiligten auf seine Weise darum bemüht ist, zu einer Fortentwicklung marxistischer Positionen in der Sozialdemokratie beizutragen. Daran wird sich zeigen, ob es uns auch in der internen Auseinandersetzung gelingt, dem zunächst nur papiernen Anspruch der Herforder Thesen gerecht zu werden, die Existenz unterschiedlicher marxistischer Strömungen zu akzeptieren,³ aber dennoch zu einem Prozeß fortschreitender Selbstverständigung zu kommen, der auch als Ziel eine Vereinheitlichung in Form der Weiterentwicklung hat.

Vor einem weiteren vorschnellen Urteil muß gewarnt werden. Die Notwendigkeit einer solchen Aufarbeitung von Differenzpunkten ist nicht deswegen entstanden, weil Teile der marxistischen Linken aus einer aktuellen »modischen Attitüde« heraus begonnen hätten, den Austromarxismus zu rezipieren, während es vorher diese Differenzen nicht gegeben hätte. Im Gegenteil: Ähnliche Fragestellungen haben bereits Anfang bis Mitte der 70er Jahre eine Rolle gespielt. Das »Neue« an den jetzigen Auseinandersetzungen liegt nur darin, daß die unterschiedlichen strategischen Ansätze wenigstens teilweise in ihrer historischen Dimension aufgearbeitet worden sind. Darin liegt aber zugleich ein erheblicher Vorteil; indem diese Auseinandersetzungen als historisch gewachsene begriffen werden, wecken sie möglicherweise bei vielen der jüngeren Genoss/inn/en die Neugier auf diese Zusammenhänge und tragen so dazu bei, das Verständnis für aktuelle wie historische Streitfragen innerhalb der Linken zu vertiefen.

* Der Beitrag ist die stark gekürzte Fassung einer Arbeit, die unter gleichem Titel, herausgegeben von der Juso-Hochschulgruppe Bremen, gerade im dvk-Verlag, Berlin/West, erschienen ist.

Nun begründet dies natürlich für sich genommen noch nicht die Tatsache, daß es ausge-rechnet der Austromarxismus, diese besondere — zugleich in sich durchaus heterogene — Schule marxistischen Denkens in Österreich (insbesondere in der Zwischenkriegszeit) sein muß, auf dessen theoretische Reflexionen man sich bezieht. Dies geschieht ja nicht nur im Rahmen des linken Flügels der SPÖ (was aus »geographischen« Gründen leicht verständlich wäre), sondern auch in den programmatischen Entwürfen der marxistischen CERES-Gruppe in der Sozialistischen Partei Frankreichs sowie insbesondere in den »Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD«. ⁴ Wir stehen heute vor der Suche nach »der Revolution im Westen«, d.h. nach den Formen des Übergangs zum Sozialismus in den kapitalistischen Ländern Westeuropas. Dies war die Aufgabenstellung, der sich — natürlich neben anderen — auch die Austromarxisten und insbesondere Otto Bauer nach der erfolgreichen Oktoberrevolution einerseits und dem Scheitern der Revolutionen in den westeuropäischen Ländern widmeten. ⁵ Sowohl heute als auch im Österreich der zwanziger Jahre steht (stand) aus den unterschiedlichsten (auch außenpolitischen) Gründen die Frage einer Nachahmung der gewaltsamen Machtübernahme entsprechend der Oktoberrevolution nicht zur Debatte. Beide Situationen sind aber auch insofern vergleichbar, als die Arbeiterklasse im Österreich der zwanziger wie in der BRD der achtziger Jahre in ihrer erdrückenden Mehrzahl auf die sozialdemokratische Partei orientiert ist (bei jeweils nur kleinen Kommunistischen Parteien), und diese Partei im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Polarisierung einer arithmetischen Mehrheit im Parlament nahertückt. Schließlich sind beide Situationen dadurch gekennzeichnet, daß sie die (für größere Zeiträume betrachtet) jeweils heftigsten und andauernden ökonomischen Krisen als ihren Hintergrund haben.

Aus dieser Vergleichbarkeit, die natürlich zu keinerlei schematischen Übertragungsver-suchen verführen darf, ergibt sich allerdings zunächst nur eine potentielle Brauchbarkeit der theoretischen Rezepte der österreichischen Linksozialdemokraten. Der italienische Kommunist *Pietro Ingrao* illustriert die Aktualität Bauers und des Austromarxismus an folgenden vier Punkten:

- der Bauerschen Kritik des »demokratischen Optimismus«, des unkritischen Vertrauens der Sozialdemokratie der zwanziger Jahre auf die Mechanismen der formalen Demokratie
- seiner differenzierten Faschismusanalyse
- seiner Erfassung des Verhältnisses zwischen Intellektuellen und Partei
- sowie der strategischen Entwürfe zur Überwindung des Bruchs zwischen sozialdemokratischer und leninistischer Tradition in der Arbeiterbewegung. ⁶

Bezogen auf Otto Bauer gibt es hier einen weiteren Gesichtspunkt. Anders als bei vielen anderen sozialistischen Theoretikern ergeben sich aus seinem eigenen Werk die Ansatzpunkte zur Trennung der »toten Buchstaben« von den »noch heute lebendigen Lektionen«. Bei ihm haben wir heute den Vorteil, seine Schriften unter Einbeziehung der Selbstkritik zu lesen, »die er im Exil selbst an den vorhergehenden Grundpositionen der sozialdemokratischen Parteien und damit auch gegenüber seinem eigenen politischen Wirken vorgenommen hat.« ⁷

Wenn dennoch vor einer Rezeption des Austromarxismus im Rahmen der sozialdemokratischen Linken mit allen nur denkbaren Argumenten gewarnt wird, so findet man den Ausgangspunkt dafür in an verschiedenen Stellen veröffentlichten Beiträgen von Christoph Butterwegge wieder. ⁸ Er hat über einige Jahre hinweg die beginnende Austromarxismus-Rezeption (und auch die an dieser Stelle vernachlässigte von Antonio Gramsci) be-

gleitet und wohl entscheidend zu dem Bild beigetragen, das sich in oft herber Kritik an dieser Rezeption äußert. Gleichsam als Kontrast zu seinen Beiträgen sollen hier einige Aufsätze von Wolfgang Abendroth herangezogen werden,⁹ (dem in vieler Hinsicht sicherlich die Rolle eines »Wegweisers« für die wiedererstandene marxistische Linke in der Sozialdemokratie zukommt), anhand derer gezeigt werden kann, daß eine kritische Rezeption des Austromarxismus durchaus eine Perspektive hat.¹⁰ Aus dieser Gegenüberstellung soll dann — unter Verarbeitung weiterer Diskussionsbeiträge und Einbeziehung der strategischen Positionen der *Herforder Thesen* — im einzelnen entwickelt werden, wie wir die theoretischen Arbeiten vor allem Otto Bauers für uns fruchtbar machen können.

1. Kritik: Bauer und der Austromarxismus sind praktisch gescheitert

Eines der zentralen Argumente Butterwegges ist, der Austromarxismus und Otto Bauer seien praktisch gescheitert. Die österreichische Sozialdemokratie habe »weder 1914 den Ersten Weltkrieg verhindert, der von Österreich ausging, noch den Sturz der Donaumonarchie 1918/19 zur Errichtung des Sozialismus genutzt«,¹¹ ja sogar eine »konterrevolutionäre Haltung« eingenommen. Sie habe sich »trotz der Forderung ihrer Massenbasis, mit dem Klassenfeind 'russisch zu reden', ... nicht für den Bruch, sondern für ein Bündnis mit der Bourgeoisie und ihrem Staat«¹³ entschieden. Schließlich habe sie es versäumt, »die Machtübernahme des Austrofascismus unmöglich«¹⁴ zu machen. Otto Bauer ist für ihn derjenige, der sie »in den Abgrund, zur bedingungslosen Kapitulation vor dem Faschismus führte«.¹⁵

An dieser Stelle müssen wir uns auf den Vorwurf der bedingungslosen Kapitulation der SDAP bzw. Bauers vor dem Faschismus beschränken. Ihm ist im Rahmen der Butterweggeschen Argumentation der größte Stellenwert beizumessen. Sicherlich hat das schrittweise Zurückweichen der SDAP seit dem 15. Juli 1927¹⁶ bis hin zur Niederlage in den Februarkämpfen 1934 das Aufkommen der faschistischen Bewegung begünstigt. Die SDAP verharrte zu lange in ihrem Glauben, die Heimwehrfaschisten würden aus Furcht vor den sozialdemokratischen Machtpositionen und ihrer Wehrbereitschaft den Boden der Demokratie nicht verlassen. Wie Hindels zutreffend ausführt, ist »der 15. Juli 1927 ... vor allem deshalb eine wichtige Etappe auf dem Weg zum 12. Februar 1934, weil sich damals zeigte, daß der Staatsapparat gegen die Sozialdemokratie eingesetzt werden kann«.¹⁷ Er ist der Ausgangspunkt dieses ständigen Zurückweichens vor dem Gegner, durch das »der Bürgerkrieg nicht vermieden werden (konnte), aber die eigenen Reihen ... entmutigt, demoralisiert (wurden)«.¹⁸ Auch Abendroth sieht zunächst ein der SPD ähnliches Versagen der SDAP in den Jahren bis 1934.¹⁹ Ausgehend von der Kritik an dieser »selbstmörderischen Passivität« der österreichischen Parteiführung und auch Otto Bauers schreibt er aber weiter:

»Sie (die Februarkämpfe, U.S.) haben übrigens damals gleichwohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Übergang nicht nur der Kommunistischen Internationale, sondern fast der gesamten europäischen Arbeiterbewegung zur Einheits- und dann zur Volksfrontpolitik bewirkt, und es bleibt Otto Bauers Verdienst, das (und also seine eigenen Fehler vorher) damals sogleich verstanden zu haben, ohne sich durch die (von ihm durchaus erkannten) negativen Seiten der innersowjetischen Politik Stalins und von seiner Bejahung des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR abbringen und in den antibolschewistischen (und daher auch antikommunistischen) Wahn des rechten Flügels des Sozialistischen Arbeiter-Internationale verstricken zu lassen.«²⁰

Für Butterwegge gibt es eine derartig differenzierte Beurteilung Bauers nicht. Er differen-

ziert noch nicht einmal zwischen der Haltung der SPD-Führung und der Bauers zur Frage der Einheitsfront, also bei den Schlußfolgerungen, die aus dem Sieg des Faschismus gezogen wurden. Gerade hier hätte er sich durchaus auf eine Reihe marxistisch-leninistischer Autoren beziehen können, die in diesem Punkt — auch wenn sie ansonsten Butterwegges Einschätzung teilen, daß es sich bei Bauer um einen Vertreter des »Sozialreformismus« handelt — ein durchaus positives Bild Bauers zeichnen. Da heißt es, daß er zu Schlußfolgerungen gelangte, »die auch der KPÖ Anknüpfungspunkte für ihre Einheitsfrontinitiativen boten«,²¹ daß er zu »bemerkenswerten Einsichten ... in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten« gekommen sei,²² daß mit den von ihm, dem Menschewisten Dan und dem französischen Sozialisten Zyromski verfaßten Kriegsthesen »eine Ausgangsbasis für gemeinsame Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf um den Frieden hätte entstehen können«, da die Verfasser darin Positionen bezogen hätten, die in wichtigen Grundfragen des Kampfes gegen den Krieg »Parallelen zur Politik der KI [Kommunistische Internationale, U.S.] besaßen«. ²³ Derartige Einsichten sucht man bei Butterwege vergebens.

Ein weiterer bedeutender Aspekt, der mit die politische Praxis des Austromarxismus ausmachte, gerät bei Butterwege völlig aus dem Blickfeld: Welche politische Konzeption war es, die die SDAP zu der »allen anderen Parteien der internationalen Arbeiterbewegung ... nach Mitgliedschaft, organisatorischer Schlagkraft und ideologischer Geschlossenheit« weit überlegenen Partei werden ließ?²⁴ Antworten hierauf, die für die heutige Zeit allergrößte Aktualität besitzen, die für die sozialdemokratischen Parteien und die Arbeiterbewegung heute Wege aufzeigen, wie bereits innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft der Kampf um die Hegemonie erfolgreich geführt werden kann, wie politischer Kampf, kulturelle Arbeit und Kommunalpolitik miteinander verknüpft werden können, interessieren Butterwege nicht. Seines Erachtens täte »die Juso-Linke besser daran ... , sich die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus anzueignen, als Detailkenntnisse über die Mitgliedsstärke sozialdemokratischer Fußballverbände der Zwischenkriegszeit zu erwerben«. ²⁵

Nun geht es denjenigen, die durch eine »kritische Aufarbeitung der 'gewaltigen' historischen Erfahrung des Austromarxismus und der Arbeiterkultur im Roten Wien ... wichtige Orientierungshilfen«²⁶ erwarten, wohl kaum um derartige Detailkenntnisse. Vielmehr stellt sich heute die Frage (und zur Formulierung dieser Frage hat das »Entdecken« Antonio Gramscis und des Austromarxismus ein ganzes Stück beigetragen), auf welche Weise die bisherigen strategischen Vorstellungen einer Transformation erweitert werden können. Mit den Stichpunkten »neue soziale Bewegungen«, »Alternativkultur« usw. sind wir — ob wir das wollen oder nicht — mit der Frage neuer Bündniskonstellationen und der Durchdringung unseres Politikverständnisses mit dem Aspekt der Erringung einer auch kulturellen Hegemonie noch im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft konfrontiert. Dies bedeutet gerade nicht das Abschiednehmen von den bisherigen Erarbeitungen hinsichtlich der ökonomischen Analyse unserer Gesellschaftsformation und der daraus entwickelten Konsequenzen. Aber es gilt sie zu ergänzen und zu erweitern bezogen auf bisher vernachlässigte oder neu auftretende Fragestellungen. Wiederum stichpunktartig seien hier einige (sicher nicht alle) Ansatzpunkte genannt:

1. Die Politik der Luxusbesteuerung der Reichen zur Finanzierung von Sozialleistungen im Roten Wien gilt es, in unsere Formen des Kommunal- und Landessteuerrechts zu »übersetzen« und so in eine Politik revolutionärer Reform- und Steuerpolitik zu integrieren.

2. Die im Roten Wien entwickelten Gemeindewohnungsbauten bieten Anschauungsunterricht gleich in mehrfacher Hinsicht:

- Sie sind eine (auch architektonische) Alternative zu den uns hinlänglich bekannten und verhassten Wohnsilos.
- Sie sind vorbildlich in ihrem Ansatz der Ausgestaltung einer sozialen Infrastruktur.
- Sie zeigen einen Weg, wie der Warencharakter der Wohnung noch unter kapitalistischen Bedingungen aufgehoben werden kann.
- Sie sind, wenn auch noch unterentwickelte, Ansatzpunkte für neue Formen des Zusammenlebens (Einküchenhäuser usw.) und können als Vorbilder für kommunale Projekte von Innenhofbebauung/-gestaltung genutzt werden.

3. Die Durchdringung des gesamten Alltags inklusive des Freizeitbereichs durch die sozialdemokratischen Kulturorganisationen zeigt Ansatzpunkte für eine mögliche Aufhebung der heute immer noch vorherrschenden Trennung von Beruf, Familie, Freizeit und Politik. »Von der Wiege bis zur Bahre« sozialdemokratisch organisiert zu werden heißt auch, den Menschen der ideologischen Beeinflussung durch die Bourgeoisie in allen ihren Formen so weit als möglich zu entziehen.

4. Die Verbindung von politischer Schulung, konkreter Bildungspolitik, künstlerischer Erziehung mit politischen Alltagskämpfen fördert die Entwicklung von massenhaftem Klassenbewußtsein als Voraussetzung jeglicher revolutionärer Politik.

2. Kritik: der Austromarxismus ist antimarxistisch/revisionistisch

Der Versuch Butterwegges, die sozialdemokratische Linke mit aller Macht von einer Rezeption des Austromarxismus fernzuhalten, basiert noch auf weiteren apodiktischen Ururteilen, die, wenn sie zuträfen, jeden Marxisten zu Recht von diesem Unternehmen Abstand nehmen ließen. Für ihn ist der »Austromarxismus ... nicht nur in sich widersprüchlich, sondern geradezu antimarxistisch«,²⁸ was er dann auch gleich mit Adlers und Bauers »kleinbürgerlicher Denkweise und dem Unverständnis gegenüber dem praktischen Siegeszug des Marxismus in Gestalt des Leninismus«²⁹ untermauern zu können meint. Glücklicherweise ist seine Argumentation im Laufe der Zeit etwas rationaler geworden. Wieder in Kenntnisnahme der völlig anders gelagerten Einschätzung Abendroths schreibt er nun: »Der Austromarxismus war weder authentischer noch Anti-Marxismus; er muß ... kritisch rezipiert werden.«³⁰ So begrüßenswert dieser Fortschritt in der Beurteilung Butterwegges ist — da er ansonsten in einem Verständnis schreibt, in dem es nur *den* Marxismus gibt, bleibt hier reichlich im Dunkeln, was wohl unter einem nicht authentischen Nicht-Anti-Marxismus zu verstehen ist. Aber bleiben wir noch einen Moment bei der Frage *des* Marxismus. Indem Butterwegge — allerdings zumeist unter Verweis auf Vertreter des »Marxismus-Leninismus« — jeweils nur *eine* Denk- oder Lesart der Texte der Klassiker zu akzeptieren bereit ist, verfallen alle anderen Denkansätze, die sich vor allem bestimmter Teile der Leninschen Weiterentwicklung des Marxismus verweigern, der Ausgrenzung oder Ablehnung. Gelingt es ihnen nicht, bestimmte Kategorien »des wissenschaftlichen Sozialismus zu rekonstruieren«,³¹ sind sie nicht authentisch marxistisch. Über die Notwendigkeit, den Marxismus als wissenschaftliche Methode aufzufassen, schrieb Franz Mehring:

»Marxisten in dem Sinne, worin Marx selbst kein Marxist sein wollte, gibt es in der Partei nicht und kann es in ihr nicht geben; das Schwören auf die Worte der Meister ist nur das traurige Schicksal jeder Schule, die eine endgültige Wahrheit letzter Instanz kennt. Irgendeine Wahrheit dieser Art kennt der Marxismus eben nicht. Er ist kein unfehlbares Dogma, sondern eine wis-

senschaftliche Methode. Er ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theorie entgegenstellen könnte; er ist vielmehr der proletarische Klassenkampf in Gedanken erfaßt; er ist aus den Dingen selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihnen; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit.«³²

Diese »klassische« Sicht, den Marxismus nicht als abgeschlossenes Lehrgebäude aufzufassen, sondern ihm selbst eine innere Entwicklungsdynamik zuzuschreiben, die auch — wie Mehring sagt — Revisionen zuläßt, hat schon bei Lenin eine Verengung erfahren. Er schrieb in einem Artikel zum 30. Todestag von Karl Marx (1913):

»Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung ...«³³

Die Diskrepanz zu Mehrings Auffassung ist offensichtlich. Dieser wendet die Prinzipien der Dialektik auf den Marxismus selbst an, was wohl auch den Intentionen von Marx entspricht, und was sichtbar wird, wenn man in seine Feuerbachthesen hineinschaut:

»Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und *der Erzieher selbst erzogen werden muß*.« (Hervorhebung vom Verf.)³⁴

Der zuvor genannte Aspekt der Verengung des Marxismusverständnisses bei Lenin (der ihn aber ansonsten nicht daran hinderte, die dialektische Methode des Marxismus auf gesellschaftliche Verhältnisse anzuwenden), bot den Ausgangspunkt für spätere weitere Dogmatisierungen und Verengungen. Der gängige Sprachgebrauch marxistischer Theoretiker aus sozialistischen Ländern kennt denn auch — wie dort einschlägige Lehrbücher — keinen Marxismus als solchen mehr, sondern nur noch einen »Marxismus-Leninismus«. Die Etappen in diesem Prozeß ideologischer Verknöcherung können hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Für unseren Zusammenhang muß es reichen, noch einmal stellvertretend für die heutige Situation die Position Horst Kleins zu zitieren (auf den sich ja auch Butterwegge an den Nahtstellen seines Marxismus-Leninismus-Verständnisses bezieht). Für ihn besitzt der Marxismus »weltanschaulichen Charakter«, er identifiziert ihn mit der jeweiligen kommunistischen Partei, wenn er »die in Gestalt der Leninschen Partei vollzogene Verschmelzung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus« behauptet,³⁵ und er referiert zustimmend einen Beschluß der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau von 1957, in dem noch von der »allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus« die Rede ist.³⁶ Die Frage des Marxismus wird damit zu einer Frage der unerschütterlichen Wahrheit von Beschlüssen kommunistischer Parteinstanzen.

Dagegen gilt es festzuhalten: Der Marxismus ist keine endgültige Wahrheit, er birgt in sich aufgrund seines dialektischen Charakters und der Notwendigkeit einer jeweils neu vorzunehmenden aktuellen Anwendung die Möglichkeit verschiedener Ausprägungen (oder wenn man so will: Schulen marxistischen Denkens). Daß diese Einsicht sich nun auch mehr und mehr im Rahmen kommunistischer Parteien verbreitet, beweist Ingrao:

»Wenn es erlaubt ist, eine Lehre aus den leidvollen Erfahrungen zu ziehen, die die westeuropäische Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht hat, dann würde ich sie wie folgt formulieren: die Überzeugung, daß eine bestimmte Partei, Gruppe oder ein bestimmter Teil der europäischen Arbeiterbewegung das Monopol auf die Wahrheit besitzt, ist nun endgültig verloren gegangen.«³⁷

Die dennoch weiterhin verbreitete Reduktion des Marxismus auf nur *eine* Denk- und Lesart, den Marxismus-Leninismus, hat auch etwas damit zu tun, daß er in diesem Verständnis unhistorisch mit einer Weltanschauung gleichgesetzt wird. Worin das Problematische an dieser unhistorischen Sicht liegt, zeigt Abendroth:

»Aber bedarf nicht dieser Begriff der 'Weltanschauung' kritischer Klärung, die sehr genau zwischen dem damaligen und dem heutigen Stand wissenschaftlicher Entwicklung differenziert und den methodischen Ansatz des Marxismus für den gegenwärtigen Stand wissenschaftlicher Forschung fruchtbar macht, also die Schranken, die für den historischen Marx und den historischen Engels durch den damaligen Stand wissenschaftlicher Kenntnisse gesetzt waren, aufhebt?«³⁸

Dabei weist er zugleich darauf hin, daß die Methode der materialistischen Dialektik natürlich nicht von jedem Inhalt abstrahiert werden kann. Dies ist aber der gleiche Ansatz eines Marxismusverständnisses, wie es Otto Bauer entwickelt, wenn er schreibt:

»Wir aber sollten bei Erkenntnissen aus dem Jahre 1847 und 1867 stehenbleiben können, obwohl sich doch die Erfahrungen, die die historisch-ökonomische Erkenntnis verarbeitet, seither wesentlich entwickelt und bereichert haben? Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts wird von dem Sozialismus des 19. Jahrhunderts verschieden sein: Was heute eine Krise des Marxismus zu sein scheint, es ist nichts anderes als der schmerzhafteste Prozeß der Anpassung des Sozialismus an eine von Grund auf umgewälzte Welt.«³⁹

Was es für uns heute heißt, den Marxismus in diesem Sinne »historisch zu denken«, ihn sowohl einem Verständnis von unparteiischer Beliebigkeit als bloßer Methode als auch einer Dogmatisierung als einer der historischen Betrachtung entzogenen Weltanschauung zu entreißen, hat Detlev Albers entwickelt:

»Sich die allgemeine Theorie des historischen Materialismus, eben seine Weltanschauung in der von Marx und Engels begründeten Form zu eigen zu machen, und zwar authentisch, ohne Abstriche, Verwässerungen oder Mixturen mit anderen theoretischen Positionen, das verbietet jede Denkhaltung, die den Marxismus für einen abgeschlossenen, fix und fertigen Wissensbestand erklärt ... Mit den Einsichten von Marx in der Gegenwart seiner wie unserer Zeit zu denken versuchen, das verlangt, die Erfahrungen des historischen Prozesses, der sich unter unseren Augen vollzieht, bis in die Gesamtheit der zuvor erkannten gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zurückzuübersetzen, keine der Marx'schen Einsichten von einer solchen kontinuierlichen Überprüfung auszunehmen, sie weiterzuentwickeln, wo nötig, zu überwinden, aber eben dadurch in ihrer gesellschaftsverändernden Antriebskraft zu erhalten.«⁴⁰

Kehren wir nach diesem Exkurs zu Butterwegges Beurteilung des »Marxistischen« am Austromarxismus zurück. Für Max Adler hielt er zunächst folgende Charakterisierungen für zutreffend: »Abkehr vom Marxismus unter Beibehaltung seiner Terminologie. Formalisierung und quallenartige Aufblähung des Staatsbegriffs« sowie »Begriffsakrobatik«. Das hält ihn aber nicht davon ab, an gleicher Stelle Adler als »noch am ehesten in der Tradition des orthodoxen Marxismus«⁴¹ stehend zu bezeichnen. Später sieht er die Sinnhaftigkeit einer Austromarxismus-Rezeption vor allem in einer »Rehabilitation« Max Adlers.⁴²

Abendroth hingegen geht von einer völlig anderen Einschätzung aus. Für ihn ist der Austromarxismus eine »Schule marxistischen Denkens«.⁴³ Bauers »sozialtheoretisch gewichtigste Leistungen ... weisen aus, daß seine Art der Handhabung der marxistischen Methode es ihm ermöglicht, zeitgeschichtlich Probleme in ähnlich sicherer und fast klassischer Weise darzustellen, wie es einst Marx und Engels in ihren zeitgeschichtlichen Schriften gelungen war.«⁴⁴ An anderer Stelle zählt er Bauer neben Gramsci zu den »Klas-

sichern des Marxismus«, der »stets an den marxistischen Prämissen seiner Überlegungen festgehalten hat«.45 Zu gleichen — ebenfalls von Butterwege gänzlich verschiedenen — Ergebnissen gelangt er in Bezug auf Max Adler: »Dieser begründete ... in Die Staatsauffassung des Marxismus, 1922, und Politische oder soziale Demokratie, 1926, eine neue Form marxistischen Denkens über das Problem des Staates ...«46 Eine Sichtweise übrigens, die die Möglichkeit einer schöpferischen Fortentwicklung des Marxismus auf verschiedenen Wegen anerkennt und sich damit wohlthuend vom Verständnis Butterweges abhebt. So gerät denn auch nach Abendroth Adlers »Verbindung von Kant und Marx ... nicht mit den Grundlagen marxistischen soziologischen Denkens in Konflikt und führt ihn keineswegs zu revisionistischer Kritik des Marxismus«.47

3. Kritik: der sogenannte »dritte Weg« ist eine Sackgasse

Wir haben an anderer Stelle gezeigt, daß das, was Butterwege alles in sein Verständnis eines dritten Weges verpackte, eine unzulässige Vermengung revisionistischer und marxistischer Theorietraditionen war. Nur so war es ihm auch möglich, den Austromarxismus mit Positionen zu identifizieren, die »der Illusion sozialer Korrekturmöglichkeiten am Kapitalismus mit systemsprengender Perspektive aufsitzen« bzw. eine »schrittweise Reformierung der Gesellschaft und des Staates« erreichen wollten. Für diejenigen, die die bekannten Reizworte »Reform und Staat«-Diskussion bei den Jungsozialisten noch in Erinnerung hatten, war damit das Thema »Austromarxismus« abgehakt. Zur Desavouierung des Begriffes »dritter Weg« ist er sich nicht zu schade, mit dem platten Argument, dieser sei vom Bundesamt für Verfassungsschutz erfunden,48 eine Diskussionsmöglichkeit von vornherein abzuwürgen. Den einzig erwähnenswerten Versuch einer Argumentation macht er mit folgendem Hinweis:

»Entweder bildet der revolutionäre Kampf auf der Grundlage des Marxismus im Unterschied zum reformistischen Flickwerk den einzigen Weg, auf dem die Systemüberwindung möglich ist, und es wäre unsinnig, einen zweiten bzw. dritten Weg gehen zu wollen, oder jede Nation findet ihren eigenen Weg zum Sozialismus — dann gibt es deren mehr als drei! In Wahrheit steht die sozialdemokratische und Juso-Linke vor der Alternative: marxistische, revolutionäre oder reformistische Politik. Ein Mittelding gibt es nicht ...«49

Nun haben wir bereits gesehen, daß spätestens mit dem Aufkommen einer besonderen Lesart des Marxismus, dem von Stalin geprägten Leninismus, sich das Spektrum des revolutionären Sozialismus auffächert. Diese Veränderungen im Spektrum des Marxismus beschreibt auch Abendroth:

»Der Marxismus, hervorgegangen aus der Gedankenwelt des kapitalistisch industrialisierten Europa, war im Verlauf seiner Anpassung an die Bedingungen des industriell zurückgebliebenen Rußland ... zum Leninismus geworden«, den später der Stalinismus zu einem abgeschlossenen System dogmatisierte.⁵⁰

Butterwege selbst verweist uns auf historische Leitfiguren, die in konkreten historischen Situationen unterschiedliche Entscheidungen hinsichtlich ihrer Organisationszugehörigkeit trafen: Luxemburg (SPD, Spartakusbund, KPD), Liebknecht (ebenso), Levi (SPD, Spartakusbund, KAG, USPD, SPD), Rosenfeld (SPD, USPD, SPD, SAPD) und Seydewitz (SPD, SAPD, KPD, SED). Ihre gemeinsamen Differenzen bezogen sich gegenüber der reformistischen Mehrheit der SPD darauf, ob deren Weg der sozialen Reformen überhaupt als Weg zum Sozialismus angesehen werden könne, und gegenüber der bolschewistischen KPD (nach dem Tode Liebknechts und Luxemburgs) darauf, ob ihre Vorstellung der direkten Übertragbarkeit der russischen Erfahrungen und ihrer Parteidoktrin auf

westeuropäische Verhältnisse richtig sei. Gerade weil um die Frage der Nachahmbarkeit des russischen Modells in der internationalen Arbeiterbewegung so heftig gerungen wurde, macht es sich Butterwegge zu einfach, wenn er das Problem durch die Möglichkeit vieler national unterschiedlicher Modelle hinwegretouchiert. Letztendlich nimmt er nicht nur gegen Bauer, sondern mindestens auch gegen Levi, Rosenfeld und Seydewitz Stellung, wenn er Bauer entgegenhält, es habe nur »angeblich« die Notwendigkeit bestanden, für Österreich eine von der Oktoberrevolution abweichende Transformationsstrategie zu begründen.⁵¹ Er zeigt damit, daß für ihn das Problem der nationalen Besonderheiten überhaupt nicht eine derartige Rolle spielt, daß sich daraus wirklich unterschiedliche Wege zum Sozialismus ableiten ließen. Noch deutlicher wird dies wiederum bei Klein, der sich heftigst gegen »eine Vielheit von sogenannten nationalen Sozialismen« zur Wehr setzt,⁵² und — durchaus nicht im Sinne der geschilderten Position Lenins — von der »allgemeingültigen Bedeutung« der Oktoberrevolution spricht. Sowohl Butterwegge als auch Klein vertreten hier Positionen, die hinter das zurückfallen, was mittlerweile Konsens auf den internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien darstellt: nämlich die Tatsache, daß jede der Parteien entsprechend den nationalen Bedingungen »die Richtungen, die Formen und Methoden des Kampfes«⁵³ zu bestimmen hat. Abendroth präzisiert diesen Gedanken an anderer Stelle und schreibt, daß es

»des eindeutigen Bekenntnisses zum je eigenen, durch die nationale Partei und nach ihren Bedingungen und ihrer Geschichte zu definierenden Weg in Richtung auf den Sozialismus (bedarf), der nicht an irgendwelche 'Modelle', die unter anderen Voraussetzungen entstanden sind, gebunden sein kann ...«⁵⁴

Butterwegge bemüht sich zudem nicht im geringsten, das korrekt wiederzugeben, was diejenigen, die den Begriff »dritter Weg« verwenden, darunter verstehen. Unmittelbar anschließend an die eingangs dieses Abschnittes zitierte Passage schreibt er:

»... ein 'dritte' Möglichkeit neben der, sich mit sozialen Korrekturen am Kapitalismus zufriedenzugeben, und der, das Kapitalverhältnis grundsätzlich in Frage zu stellen und für seine Aufhebung zu kämpfen, hat die Arbeiterbewegung nicht ...«⁵⁵

Daß der Vorwurf, sich mit sozialen Korrekturen am Kapitalismus zufriedenzugeben, auf viele in der Sozialdemokratie zutrifft, aber nicht auf Otto Bauer, hätte Butterwegge leicht bei etwas eingehenderer Lektüre feststellen können: »Zeiten der Teuerung und der Krise ... lehren die Arbeiterklasse, daß es nicht genügt, Auswüchse des Kapitalismus zu beschneiden, daß sie vielmehr seine Wurzeln ausrotten muß.«⁵⁶ Bei all diesen Abgrenzungsschreibereien ist Butterwegge aber durchaus bekannt, daß sich diejenigen, die den Begriff »dritter Weg« im Anschluß an Max Adler (und nicht an Günther Nollau) verwenden, der Problematik seiner Mißdeutungen bewußt sind. Heidenreich bemerkt dazu zutreffend (und Butterwegges Darlegungen unterstreichen das noch):

»Der Versuch des Herausbrechens, der Ausgliederung des Begriffs »dritter Weg« aus dem rechtssozialdemokratischen Diskurs von der 'dritten Alternative' zu Kapitalismus und Kommunismus wird schwerfallen, da sein Gebrauch umgehend langwierige, inhaltliche Konkretisierung verlangt, um falschem Verdacht zu begegnen.«⁵⁷

Unter anderem deswegen plädiert er für die Verwendung des von Otto Bauer geprägten Begriffs des »integralen Sozialismus«, auch weil dieser die Bündnisorientierung der fraglichen Strategie besser auf den Begriff bringe.⁵⁸ Gleichwohl hat diese Frage auch eine internationale Komponente insoweit, als sich auch unter westeuropäischen Kommunisten der Begriff »dritter Weg« eingebürgert hat. Sei den 1978 veröffentlichten Thesen zum 15. Parteitag der KPI gehört er zu deren Vokabular. These 7 lautet:

»Es ist vonnöten, Lösungen nachzugehen, die auf die nationalen Charakteristiken und die Bedingungen der heutigen Epoche eingehen und die den Zügen und den grundlegenden Bedürfnissen entsprechen, wie sie den industriell entwickelten Gesellschaften gemein sind, die von parlamentarisch-demokratischen Institutionen regiert werden, wie dies heute in den Ländern Westeuropas der Fall ist. — Es geht also, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Erfahrungen, darum, Prozesse sozialistischer Veränderungen einzuleiten, die sich aber von jenen unterscheiden, wie sie in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern nach der Oktoberrevolution vorangebracht wurden. In diesem Sinne sprechen wir, was Europa anbelangt, von einem dritten Weg.«⁵⁹

Das Spezifikum des »dritten« Weges ist, daß er die Parallelen in den entwickelten kapitalistischen Ländern insbesondere Westeuropas herauszuarbeiten sucht und dafür die Möglichkeit eines »demokratischen Wegs zum Sozialismus« sieht. In diesem Sinne können beide Termini synonyme Verwendung finden, stellt der demokratische Weg zum Sozialismus in den *Herforder Thesen* die für die BRD vorgenommene Konkretisierung des »dritten« Weges dar. Er bezeichnet eine revolutionäre Strategie, denn der Begriff Revolution ist auch im Marxschen Sinne durchaus nicht an die Anwendung physischer Gewalt gebunden.

Fassen wir zusammen: Butterwegges Auseinandersetzung mit dem Inhalt des Terminus »dritter« Weg führt nicht weiter, da er sich auf seinen Begriffsinhalt nicht wirklich einläßt. Sein Versuch, ihn auf das Gleis des Reformismus abzuschieben, ist kein Beitrag, um eine Verständigung unter Marxisten herbeizuführen.

4. Kritik: Otto Bauer hatte ein klassenneutrales Staatsverständnis

Nach Auffassung Butterwegges hing Otto Bauer »Neutralitätsvorstellungen über den Staat« an, er akzeptierte »die marxistische Lehre vom Klassencharakter des Staates nur, um ihn anschließend für revolutionäre Übergangsphasen zu suspendieren.«⁶⁰ An dieser Argumentation Butterwegges fällt auf, daß er die grundlegende Tatsache, daß Bauer diese marxistische Lehre während der gesamten Zeit seiner politischen Tätigkeit akzeptiert hat, nicht als Hintergrund wertet, auf dem seine Lehre vom »Gleichgewicht der Klassenkräfte« zu verstehen ist, sondern letztere dafür benutzt, sie zum Inbegriff des Bauerschen klassenneutralen Staatsverständnisses zu stilisieren. Hören wir zunächst einmal etwas über Bauers grundsätzliches Staatsverständnis:

»... als sozialistische Parteien lehren ... [die Arbeiterparteien] zugleich auch die Volksmassen, daß auch der demokratische Staat ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse bleibt, solange die Arbeiterklasse selbst und allein nicht stark genug ist, die politische Macht zu erobern.«

Und an gleicher Stelle warnt er vor illusionären Hoffnungen auf eine ausschließlich parlamentarisch ausgerichtete Strategie: »Wir dürfen ihre [der Arbeitermassen, U.S.] Hoffnung nicht allzusehr auf die Gaben des Parlaments richten, das zwar ein demokratisches, aber doch ein bürgerliches Parlament ist.«⁶¹ Diese Staatseinschätzung hat er auch in späteren Jahren beibehalten, was Abendroth zu folgender Einschätzung veranlaßt:

»Beiden [Bauer und Gramsci, U.S.] war ... vor allem eins gemeinsam: Sie stellten ihr Denken darauf ein, man müsse den Weg zum Sozialismus ... vor allem dadurch freikämpfen, daß man ... die Arbeiterklasse zum Einblick in ihre eigenen Interessen, zu Klassenbewußtsein im Sinne des Bewußtseins ihrer historischen Aufgabe führe und keine Illusionen über die Interessen des Monopolkapitals und der Staatsmacht, wenn sie im Bündnis mit ihm frei darüber verfügen könne, dulde ...«⁶²

Diese Einschätzung wird auch von heftigen Kritikern Bauers geteilt. Leser schreibt, daß Bauer im Staat »nicht ein Mittel des Klassenausgleichs wie Renner, sondern ein Mittel der Klassenherrschaft« erblickt habe.⁶³

Halten wir fest: Grundsätzlich kann bei Bauer entgegen Butterwegges Darstellung von einem klassenneutralen Staatsverständnis nicht die Rede sein.

* * *

Wir wären damit bei der Frage angekommen, wie mit den dargelegten Differenzen im Rahmen der marxistischen Linken in der Sozialdemokratie weiter umgegangen werden kann. Zunächst läßt sich feststellen, daß es zum einen das breite Bestreben gibt, die programmatischen Positionsbestimmungen aus den Anfängen der 70er Jahre (Strategiepapiere der Jungsozialisten Hamburgs und Berlins von 1971) weiterzuentwickeln, und zwar sowohl bezogen auf neue Fragestellungen (Ökologie, Wachstum, neue soziale Bewegungen, kulturelle Hegemonie, Frauenfrage, Nord-Süd-Problematik usw.) als auch unter bewußter Auf- und Einarbeitung bisher verschütteter Traditionslinien (Austromarxismus, auch Gramsci). Ausdruck dieser produktiven Weiterentwicklung sind die beiden Fassungen der *Herforder Thesen*. Dies steht in notwendigem Gegensatz — und derartige Tendenzen sind sicherlich auch zu erkennen — zu einer Position, die sich darauf beschränkt, die einmal als richtig erkannten Rezepte auf neu auftretende Fragestellungen anzuwenden.

Dabei erscheint mir eines wichtig. Es gilt für uns alle auch herauszuarbeiten, warum die ideologischen Gefechte innerhalb der marxistischen Linken derartige Schärfe annehmen, warum mit derartig starkem Geschütz operiert wird, daß dem anderen bei der geringsten Abweichung gleich die »Abkehr vom wissenschaftlichen Sozialismus« attestiert wird, daß ideologische Differenzpunkte zu Ausgrenzungen jedweder Art führen.

Als wohl wesentlichster Faktor muß hier eine bestimmte Periode von schmerzhaften Erfahrungen gerade für die Marxisten in der SPD genannt werden: die Regierungsära Schmidt. Sie hat zum einen zu einer ideologischen Degenerierung der gesamten Sozialdemokratischen Partei geführt, was aber andererseits nicht ohne Auswirkungen auf die Linke in ihr bleiben konnte. Sie hat ferner die Auswirkung gehabt, daß auf so gut wie allen Feldern gesellschaftlicher Auseinandersetzung die Linke in die Defensive gedrängt wurde, nichts anderes mehr als Abwehrkämpfe geführt wurden. In einem solchen gesamtgesellschaftlichen Klima gedeiht auch kein nach vorne gerichteter, solidarischer Dialog unter Marxisten. Aber dies reicht als Erklärung sicher nicht aus. Die Zuspitzung der Krisensituation erfolgte auch in Frankreich und Italien Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, und dennoch wurden dort — parteiübergreifend — vorwärtsgerichtete ideologische Debatten im Rahmen der Linken geführt, die nicht von derartigen Ausgrenzungsgefechten begleitet waren.

Wir müssen lernen, mit dem Dissens umzugehen. Einheit läßt sich nicht erzwingen. Im Gegenteil: produktiv genutzt, können divergierende Auffassungen in Einzelfragen gerade zur positiven Weiterentwicklung von Positionsbestimmungen beitragen. Voraussetzung dafür ist, daß man sich in der Diskussion aufeinander bezieht, keine Ausgrenzung vornimmt, den anderen ernst nimmt und wissenschaftlich wie politisch redlich miteinander umgeht. Vergleichbares beschrieb Frank Deppe als etwas, was wir von Wolfgang Abendroth lernen können:

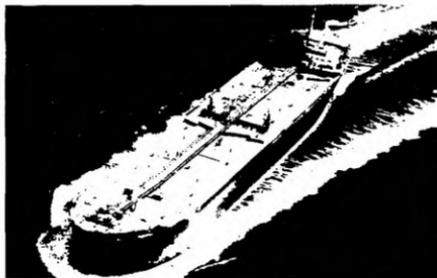
»Dazu gehört ... die Bereitschaft, die Vielfalt von Positionen und Strömungen in der Arbeiterbewegung ernst zu nehmen und das Ziel ihrer politischen Einheit als Moment eines historischen Kampfes und Lernprozesses zu begreifen.«⁶⁴

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu meinen Aufsatz: Schluß mit den Scheingefechten. Einige Anmerkungen zur »Bremer Diskussion« um eine Revision des Godesberger Programms, in: *spw* 21, 6.Jg., Berlin/West 1983, S. 451ff.
- 2 Vgl. Hofschens: Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlniederlage?, in: *spw* 20, S. 353.
- 3 Vgl. Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD (*spw*-Sonderheft 2), 2.Aufl., Berlin/West 1981, S. 58.
- 4 Vgl. ebenda, S. 6.
- 5 Vgl. zu diesem Zusammenhang z.B. Albers: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus, Berlin/West 1983, S. 11.
- 6 Ingrao: Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken, in: Albers u.a. (Hrsg.): Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt/M. 1981, S. 17.
- 7 Albers: Otto Bauer und die Konzeption des »Integralen Sozialismus«, in: ders. u.a. (Hrsg.): Otto Bauer und der »dritte« Weg, Frankfurt/M., New York 1979, S. 33f.
- 8 Butterwege: Austromarxismus — Mode oder Methode? Teil I in: Sozialistische Korrespondenz 22/1979, S. 17ff. (zit. 1979a); Teil II in: ebd., H.23/1979, S. 16ff. (zit. 1979b);
ders.: Demokratieverständnis und Transformationsproblematik, in: *frontal* 1/1980, S. 30f. (zit. 1980a);
ders.: Der »Austromarxismus« und seine Wiederentdeckung in der Gegenwart, in: *frontal* 2/1980, S. 40ff. (zit. 1980b);
ders.: Marxismus und/oder Austromarxismus?, in: *spw* 8, 3.Jg., 1980, S. 87ff. (zit. 1980c);
ders.: Zur Kritik des Austromarxismus und seiner »Wiederentdeckung« in der Gegenwart, in: ders.: Marxismus, SPD, Staat, Frankfurt/M. 1981, S. 115ff. (zit. 1981a);
ders.: Gramsci und der Austromarxismus. Zur Renaissance zweier Politiktheorien der Zwischenkriegszeit, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, S. 126ff. (zit. 1981b);
- 9 Abendroth: Adler, Max, in: Bernsdorf/Knospe (Hrsg.): Internationales Soziologielexikon, Stuttgart 1980, S. 2f. (zit. 1980a);
ders.: Bauer, Otto, ebd., S. 21 (zit. wie vor);
ders.: Renaissance des »klassischen« Austromarxismus. Zur ideologischen Entwicklung in der Sozialdemokratie, in: Deppe/Gerns/Jung (Hrsg.): Marxismus und Arbeiterbewegung — Josef Schleiße zum 65. Geburtstag. Frankfurt/M. 1980, S. 95ff., wiederabgedruckt in: *spw* 8, S. 97ff. (zit. 1980b);
ders.: Die Bedeutung von Otto Bauer und Antonio Gramsci für die Diskussion der Eurolinken, in: Albers/Cal/Chevènement/Ingrao (Hrsg.): Kapitalistische Krise und Strategie der Eurolinken, Berlin/West 1982, S. 25ff. (zit. 1982)
- 10 Dabei wird noch zu zeigen sein, daß auch Butterwege in seinen Beiträgen, allerdings ohne es immer offen zuzugestehen, aufgrund der Lektüre eines der Artikel Abendroths erhebliche Positionsveränderungen vorgenommen hat.
- 11 Butterwege, 1980c, S. 92.
- 12 1981a, S. 116.
- 13 1981b, 136.
- 14 1980c, S. 92.
- 15 Ebd., S. 93.
- 16 Nach dem Freispruch für drei Mitglieder der rechten Frontkämpfervereinigung, die ein Mitglied des sozialdemokratischen Schutzbundes und einen Jungen erschossen hatten, kam es zu Massendemonstrationen und Straßenschlachten, die fast 100 Todesopfer und zwischen 500 und 1000 Verletzten forderten, vgl. Kulemann: Am Beispiel des Austromarxismus, Hamburg 1979, S.347ff.
- 17 Hindels: Austrofascismus und Klassenkämpfe in Österreich, in: *spw* 22, 7.Jg., Berlin/West 1984, S.33.
- 18 Hindels, in: Albers u.a. (Hrsg.): Otto Bauer ..., ebd., S.22.
- 19 Abendroth, 1982, S.29.
- 20 1980b, S. 103f.
- 21 Hilde: Die Politik der revolutionären Sozialisten Österreichs in den Jahren 1934-1938, in: Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie, Halle, Bd.1, 1978, S. 117.
- 22 Glasneck: Die Sozialistische Arbeiter-Internationale zwischen antifaschistischem Kampf und antikommunistischer Reaktion in den Jahren 1935 bis 1937, in: ebd., Bd.4, 1980, S. 66.
- 23 Mayer: Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und die Aktionseinheit mit den Kommunisten, in: ebd., Bd.7, 1981, S.86.
- 24 Butterwege, 1980c, S.92 (im Anschluß an Krätke, ebd., S.81).
- 25 Ebd., S.95.
- 26 Frei, Alfred G.: Rotes Wien. Austromarxismus und Arbeiterkultur — Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919-1934, Berlin/West 1984, S.135.
- 27 Entfällt.
- 28 Butterwege, 1979b, S.40, Hervorhebung im Text.
- 29 Ebd.; diese Beurteilungen Butterweges sind noch seiner ersten Phase der fast ausschließlichen Anlehnung an den DDR-Wissenschaftler Klein geschuldet (was Krätke, ebd., S.76/77, aufzeigt), den er an dieser Stelle auch zitierend wiedergibt. Zur Illustration des Niveaus, auf dem sich dessen Argumentation bewegt, seien hier einige Kostproben gegeben, die Butterweges Urteil z.T. noch übertreffen. Klein spricht von der »austromarxistischen Marxfälschung«, von seinem »zutiefst antimarxistische(n) und bürgerliche(n) Klassencharakter«, den es zu »entlarven« gelte. Der Austromarxismus ist ihm »eine Spielart des rechten Opportunismus« (S.269), seine Ideen reflektieren nur »die widersprüchlichen Interessen der österreichischen Bourgeoisie« (S.278), sind »systemstabilisierend« (S.284), er ist nur »pseudosozialistisch« (S.282), nimmt einen »reaktionären Standpunkt« ein (S.297) usw. Die Reihe ließe sich fortführen (vgl. Klein: Die philosophischen Ideen des »Austromarxismus« und ihre Rezeption im gegenwärtigen rechten Revisionismus und Sozialreformismus, in: Autorenkollektiv: Philosophischer Revisionismus. Quellen, Argumente, Funktionen im ideologischen Klassenkampf, Berlin/DDR 1977, S.269ff.)
- 30 Butterwege, 1981b, S.141. Dies bezieht sich aber nur auf die unter 1980b zitierte Arbeit Abendroths. Gänzlich verschwiegen wird dem Leser dieser Arbeit, daß sich Butterwege hier auf vorherige eigene entgegengesetzte Beurteilungen bezieht, wenn er nun davon spricht, der Austromarxismus sei nicht antimarxistisch.

- 31 1981b, S.142; zur Stichhaltigkeit dieses Vorwurfs an Bauer s.u.
- 32 Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie; 2.Teil, Berlin/DDR 1960, S.700.
- 33 Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, LW Bd.19, 3/4.
- 34 Marx: Thesen über Feuerbach, MEW Bd.3, S.5f.
- 35 Klein, a.a.O., S.297.
- 36 Ebd., S.306.
- 37 Ingrao: Probleme ..., a.a.O., S.18/19.
- 38 Abendroth: Rezension, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 17.Jg., April 1966, S.251.
- 39 Bauer: Marx als Mahnung, in: BW Bd.9, S.50.
- 40 Albers: Den Marxismus historisch denken, in: Aktualisierung Marx, Argument-Sonderband (AS) 100, Berlin/West 1983, S.35.
- 41 Butterwege, 1979b, S.18.
- 42 1981a, S.166, wobei er aber offenläßt, ob sich diese Rehabilitation auf seine eigenen oben zitierten Abqualifizierungen Adlers bezieht.
- 43 Abendroth: Der theoretische Weltkommunismus, a.a.O., S.245.
- 44 Abendroth, 1980a, S.22.
- 45 1982, S.28,27.
- 46 1980a, S.3.
- 47 Ebd., S.2. Völlig anders beurteilen dies allerdings Sandkühler/de la Vega: Austromarxismus. Texte zu Ideologie und Klassenkampf, Frankfurt/M. 1970, S.11, die diese Rückkehr zu Kant als Verlassen des Bodens der materialistischen Dialektik bezeichnen und den Austromarxismus als »rechten Flügel« innerhalb der marxistischen Sozialdemokratie bezeichnen (ebd., S.10).
- 48 Butterwege, 1980c, S.94/95.
- 49 1981a, S.126.
- 50 Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1973, S.105.
- 51 Butterwege, 1981b, S.139. Eine derartige Betonung des »Modellcharakters« der Oktoberrevolution findet sich selbst bei Lenin nicht. Er spricht davon, daß die Bolschewiki »unter Ausnahmeverhältnissen« zur Macht gelangten und schließt daraus: »Es wäre lächerlich, unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen, sich einzubilden, sie hätte eine Reihe genialer Entdeckungen gemacht und eine Menge sozialistischer Neuerungen eingeführt ... Wir haben praktische Erfahrungen in den ersten Schritten zur Zerstörung des Kapitalismus in einem Land, in dem Proletariat und Bauernschaft in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen, weiter nichts.« (Lenin, Schlußwort zum Bericht über das Parteiprogramm, 19. März, VIII. Parteitag 1919, LW Bd.29, S.176, 178)
- 52 Klein: Die philosophischen ..., a.a.O., S.294.
- 53 Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969. Dokumente. Berlin 1969, S.52.
- 54 Abendroth: Die Chance der Eurokommunisten, in: konkret 8/1976, S.6.
- 55 Butterwege, 1981a, S.126.
- 56 Bauer: Gefahren des Reformismus, in: Werkausgabe Bd. 8, S.353.
- 57 Heidenreich: Bericht vom 2. Otto-Bauer-Symposium, in: spw 6, 3.Jg., Berlin/West 1980, S.101ff.
- 58 Vgl. ebd., S.104.
- 59 Die italienischen Kommunisten, Auslandsbulletin, Sonderausgabe 1978, Thesenentwurf für den XV. Parteitag der IKP, S.9.
- 60 Butterwege, 1979a, S.17.
- 61 Bauer: Gefahren des Reformismus, a.a.O., 353, 355
- 62 Abendroth, 1982, S.28.
- 63 Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien/Frankfurt/Zürich 1968, S.159.
- 64 Deppe: Wolfgang Abendroth zum 75. Geburtstag, in: Arbeiterbewegung und Wissenschaftsentwicklung, Köln 1981, S.14.

– NEUERSCHEINUNG März 1984 –



Wolfgang Krumbein (Hrsg.)

Und er bewegt sich doch ...

*Der sozialdemokratische Tanker
zwischen Bürgerblock
und Alternativbewegung*

Sovec

160 S., ISBN 3-923147-12-0

DM 12,80

Erst im Verlauf einer hier skizzierten konkreten Linkswendung der SPD und einer mit notwendigen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformkonzepten programmatisch stabilisierten Grünenpartei wird sich das Projekt eines Fortschrittsblocks stückweise realisieren lassen. Wenn es bereits jetzt zu Projekten einer begrenzten Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen kommt, ist das zwar grundsätzlich zu begrüßen. Das hessische Beispiel wird jedoch die damit verbundenen Gefahren für die Perspektive eines Fortschrittsblocks schnell aufzeigen: Regierungszweckbündnisse zugunsten der SPD ohne nennenswerte politische Gegenleistungen werden die Grünen eher vorzeitig verschleifen als in die Lage versetzen, sich programmatisch links von der SPD zu stabilisieren und zu ihr ein Verhältnis produktiver Konkurrenz zu entfalten.

Bestellungen an:
SOVEC-Versand, Auf dem Lohberge 23, 3400 Göttingen

Eberhard Göbel und Beate Guthke

»Ein Tag ohne BILD ist für mich kein Tag ...«

Dieser Aufschrei, mit dem ein empörter *Bild*-Leser Günter Wallraffs Anti-Springer-Arbeit kommentierte, drückt die Bedeutung und Anziehungskraft dieses Blattes auf seine Leser aus. Ausgehend davon haben wir uns gefragt, was *Bild* täglich leisten muß, um 11 Millionen Leser an sich zu binden. Unter den *Bild*-Lesern befinden sich nicht wenige SPD-Wähler und sicherlich auch zahlreiche SPD-Mitglieder, denen häufig klar sein dürfte, daß vieles in *Bild* gelogen oder wenigstens verdreht ist — nicht den wirklichen Ereignissen entspricht. Wir möchten rauskriegen, warum *Bild* dennoch so beliebt ist, warum *Bild* die verschiedenen Anti-*Bild*-Kampagnen fast unbeschadet überstanden hat und schließlich, ob — und wenn ja, was — die Linken von *Bild* lernen könnten.

Erfahrungen beim Lesen von BILD

Um die Wirkungsweise von *Bild* zu begreifen, haben wir zunächst einmal nichts anderes getan, als uns beim Lesen dieser Zeitung kritisch selbst beobachtet. Obwohl wir dieses Blatt nicht zu Informations- oder Unterhaltungszwecken lesen wollten, sondern um zu untersuchen, wie *Bild* Fragen von »Arbeit und Gesundheit« anpackt, haben wir sehr schnell gemerkt, daß wir dabei viel mehr Artikel gelesen haben, als für unsere Frage nötig gewesen wäre!

Ohne es zu wollen, haben wir uns immer wieder von einigen Artikeln sozusagen »mitreißen« lassen: Nicht nur die Überschriften machen neugierig (z.T. weil sie widersinnig sind, Unglaubliches andeuten), auch die Artikel selbst sind fesselnd, spannend geschrieben. Obwohl sie fast immer mit wenigen Worten auskommen, regen sie die Phantasie an, erzeugen das Gefühl, dabeigewesen zu sein. Die Bilder wirken häufig genauso: manchmal sieht man fast gar nichts drauf (weil unscharf) und kann daher wieso nur mit viel Phantasie etwas erkennen. Selbst wenn man weiß, daß viele solcher *Bild*-Geschichten frei erfunden sind, liest man sie doch mit ungläubigem Staunen und bewundert vielleicht sogar den Erfindungsreichtum und die Skrupellosigkeit der *Bild*-Schreiber. Die Geschichten sind oft so fesselnd, daß man den Alltag rings herum für Augenblicke vergessen kann, und manchmal muß man alle Kräfte aufbieten, um sich von diesem Blatt loszureißen. Als besonders schlimm empfanden wir, daß wir uns ungewollt viele Sachen merkten, die uns eigentlich gar nicht interessierten, z.B. Einzelheiten irgendwelcher Prominentengeschichten. Ob man will oder nicht, es bleibt also was hängen. Uns ist durch diese persönliche Erfahrung beim *Bild*-Lesen klargeworden, wieso einige Kollegen diese Zeitung grundsätzlich nicht anfassen oder angucken: es ist reiner Selbstschutz! Dadurch, daß *Bild*-Artikel ein Nachempfinden und Nacherleben verschiedenster Situationen ermöglichen und dabei die Phantasie der Leser ankurbeln, ist das Leseerlebnis für Augenblicke z.T. viel intensiver als das Anschauen eines Fernsehfilms.

Welche Inhalte/Themen behandelt BILD?

Fragen wir uns nun, welche Lebensbereiche und Themen von BILD behandelt werden: Was kommt alles in der BILD-Zeitung vor? Die kürzeste Antwort hierauf wäre ein (allerdings nicht sehr vielsagendes): *alles!* Dies ließe aber vermuten, *Bild* sei also doch »ausgewogen«, »pluralistisch«! Also müssen wir uns das Ganze genauer ansehen, Schwerpunkte bilden, d.h. das, was auf den ersten Blick wie ein Chaos aussieht, sortieren und ordnen:

1. »Große und kleine Politik« in Form von meist sehr kurzen Notizen, kurzen Kommentaren und Interviews. Dabei fällt auf, daß häufig sogenannte Sachinformationen mit Geschichten aus dem Privatleben von Politikern vermenschlicht sind, also bruchlos in »Klatsch & Tratsch« übergehen.

2. Ein weiterer (verhältnismäßig viel größerer) Bereich kommt den »Aktualitäten aus aller Welt« zu. In dieser sehr großen Gruppe wird über außerordentliche Ereignisse berichtet (Katastrophen, Morde, Skandale, Sportereignisse, Sensationen), und zwar auf eine Art und Weise, die einem das Gefühl vermittelt, »dabeigewesen zu sein«. Diese Authentizität wird nicht einmal von Fernseh-Life-Übertragungen übertroffen.

3. Der dritte große Komplex könnte »unmittelbar praktische Lebenshilfen« genannt werden und enthält zahlreiche Tricks und Tips zur Organisation des Alltags ... hierunter finden wir: Einkaufstips, Pflege von Blumen, Pflanzen, Tieren, Zweierbeziehungen, Partnersuche, Mode, Kosmetik, Miet- und Wohnungsfragen, Arbeits- und Sozialrecht, »rund ums Auto«, Arbeit und Gesundheit, besonders Arbeitsunfälle, Gesundheitstips (von Aerobic bis Zugluft), »Fernsehen wird durch *Bild* erst schön«, neueste Video-Renner.

4. Die vierte große Gruppe müßte »Wunschträume, Idole, Mystik« überschrieben werden. Hierunter werden behandelt

- Sportidole, Prominentengeschichten (manchmal mit Farbbildern)
- die »Traum-Gruppe«: -urlaub, -ferien, -frau, -mann, -haus, -auto, -job usw. sowie umgekehrt: Erotik-, Lebens-, Video- ...
- Glücksspiele: einerseits von *Bild* organisierte, andererseits sämtliche sonstigen (Lotto, Toto usw.), wobei selbstverständlich jeweils die Gewinner, die Glückskinder vorgestellt werden ...
- Okkultismus, Ufos, Horoskope, Sternzeichen, Wünschelrute, Kartenlegen, Hexen — kurz: sämtliche Aberglauben und Unerklärliches, meist in Form von sehr anschaulichen Geschichten ...

5. Schließlich gibt es noch die sehr wichtige Abteilung »Einzelschicksale«. Dort wird darüber berichtet, wie »das Schicksal« einzelnen Prominenten, aber auch ganz »normalen« Menschen wir dir und mir gut oder böse mitgespielt hat ... (diese Gruppe umfaßt übrigens auch Tier-Schicksale!). Für solche vom Schicksal heimgesuchten Menschen und Tiere veranstaltet *Bild* ziemlich regelmäßig »Hilfsaktionen«, an denen sich häufig auch die Leser beteiligen; auch Rubriken: »*Bild* kämpft für Sie« und »*Bild* kämpft für Arbeitslose« gehören hierher. (Bei diesen oft dramatischen Geschichten fällt auf, daß die einzelnen [ob Mensch oder Tier] stets mit Namen, Altersangaben, Wohnort und Bild vorgestellt werden!)

6. Natürlich fehlt auch die »Unterhaltung im engeren Sinne« nicht: Hierunter fallen mehrere Witzecken, wie z.B. »Kennen Sie den?«, »Heute schon gelacht?« sowie Kreuzwörterrätsel (mit Gewinnchance!).

BILD ist mehr als eine Zeitung

Wenn man diese Inhalte von *Bild* — vor allem in ihrer Gewichtung zueinander — mit anderen Zeitungen vergleicht, fällt auf, daß *Bild* gar keine Zeitung im üblichen, d.h. bürgerlichen Sinne ist. Deshalb erscheint es uns auch sinnlos, *Bild* als »Zeitung« (wie z.B. die Frankfurter Rundschau) zu behandeln und zu bewerten — was sämtliche *Bild*-Kritiker immer wieder tun! Dagegen spricht unter anderem, daß *Bild*-Leser selbst auf die Frage, weshalb sie *Bild* lesen, nicht an erster Stelle antworten: »um mich zu informieren«, sondern: »zur Unterhaltung«!

Was aber ist *BILD* dann? Wir behaupten: viel mehr als nur eine Zeitung, nämlich eine von konservativer Seite produzierte Form »proletarischer Öffentlichkeit«. Was ist darunter zu verstehen? *Bild* greift täglich die massenhaften alltäglichen Bedürfnisse, Ängste, Sorgen, Nöte, Probleme, Wünsche, Träume und Freuden der sogenannten »einfachen Menschen« auf, und zwar in einer Form, die jeder versteht. Die *Bild*-Sprache ist (anders als in »normalen«, bürgerlichen Zeitungen) einfach und originell, die gewohnte Umgangssprache von Millionen Arbeitenden, Arbeitslosen, Hausfrauen, Rentnern usw. *Bild* knüpft an massenhafte alltägliche Erfahrungen und die damit verbundenen Gefühle der sogenannten »schweigenden Mehrheit« an und greift die tausendfachen Wunschträume von Millionen, die sogenannten »Kleinen Fluchten« auf. Die Erfahrungen dieser Millionen sind — wie nicht anders zu erwarten — sehr vielfältig, verschieden, oftmals in sich widersprüchlich, mehrdeutig, »schillernd«. Z.B. sind viele gegen Ausländer im allgemeinen, was sie aber nicht davon abhält, einem ausländischen Kollegen oder Nachbarn zu helfen; viele wissen, daß *Bild* lügt, und lesen dennoch täglich *Bild*. *Bild* bietet in den Betrieben (und darüber hinaus) Gesprächsstoff: zahlreiche Möglichkeiten und Anlässe, miteinander zu reden, sich gemeinsam zu ärgern, aufzuregen, zu wundern, zu freuen. Das erleichtert den Kontakt mit anderen vor allem, wenn man nicht über's Wetter oder über persönliche Dinge reden will. Untereinander nennen viele Kollegen *Bild* nicht *Bild*, sondern einfach »die Zeitung«!

Vom Springer-Konzern produzierte »proletarische Öffentlichkeit« meint hier also, daß *Bild* wie kein anderes Medium in diesem unserem Lande die proletarische Kultur aufgreift, ihr damit sogar erst eine »Öffentlichkeit« verschafft und diese zugleich stark mitgestaltet und organisiert.

Wie Freunde und Bekannte auf *BILD* reagieren

An dieser Stelle müssen wir nochmal auf eine persönliche Erfahrung zu sprechen kommen: Da wir *Bild* seit mehr als zwei Jahren ziemlich regelmäßig auswerten, liegen bei uns zu Hause natürlich öfter mal *Bild*-Zeitungen herum. Das ist auch unseren Gästen nicht entgangen — sehr häufig Leute aus dem linken Spektrum. Die konnten sich natürlich nicht verkneifen uns mitzuteilen, wie widerlich und ekelhaft sie dieses Blatt finden. Aber damit nicht genug: Diese Verachtung haben sie ganz spontan auch auf uns übertragen und uns zu verstehen gegeben, daß sie es ganz einfach »unanständig« finden, »sowas« zu lesen bzw. in der Wohnung zu haben. Sie konnten sich nicht einmal beruhigen, als wir ihnen sagten, daß wir *Bild* lesen, um sie kritisch auszuwerten. Vermutlich haben sie uns das nicht abgenommen. Nun sind wir keineswegs »Fans« von *Bild* oder finden es toll, *Bild* zu lesen. Aber es hat uns doch sehr betroffen und nachdenklich gemacht, daß der spontane Ekel gegenüber diesem Blatt so ohne weiteres auf seine Leser, immerhin täglich 11 Millionen Menschen, übertragen wird.

Wie entsteht Springers Welt-BILD?

Die eigentliche Frage ist nun aber: »Wie knüpft *Bild* an diese millionenfachen Erfahrungen und Bedürfnisse an?« Oder anders gefragt: »Wie kommt das von Springer gewünschte Welt-*Bild* zustande?«

Um dies herauszukriegen, müssen wir gewissermaßen die Machart von *Bild* mit der Lupe untersuchen, d.h. einzelne Artikel auseinandernehmen, sehen, wie sie gebaut sind und wie die beabsichtigte Wirkung erzeugt wird. Das haben wir bisher nur mit einigen Artikeln gemacht, die im weitesten Sinne was mit »Arbeit und Gesundheit« zu tun haben. Wir

glauben aber, anhand dieser Textuntersuchungen *allgemeine Bauprinzipien* herausgefunden zu haben, die man für sämtliche *Bild*-Themen nachweisen kann.

Bei diesen Textuntersuchungen sind wir zunächst auf ein überraschendes Ergebnis gestoßen: Waren wir angetreten, um zu beweisen, daß *Bild* ausländerfeindlich, arbeiterfeindlich, gewerkschaftsfeindlich, reaktionär, revanchistisch, antikommunistisch, d.h. eben ein »Kampfblatt der Unternehmer« sei, so mußten wir sehr schnell feststellen, daß sich solche Behauptungen an keinem einzigen *Bild*-Satz ohne weiteres festmachen lassen. Wir konnten also nicht einfach einen Satz herausgreifen und sagen: Das ist eine eindeutig gewerkschaftsfeindliche Aussage! Oder: Dieser Satz ist rassistisch!

Aber trotzdem sind die obigen Behauptungen vollkommen richtig! Das Verblüffende an *Bild* ist nämlich, daß das Wichtigste (jedenfalls was die politische Wirkung angeht) gar nicht *in*, sondern *zwischen* den Zeilen steht! Die *Bild*-Artikel sind nämlich so gebaut, daß das von Springer gewünschte Weltbild gewissermaßen als Ergänzung zum eigentlichen *Bild*-Text von den Lesern selbsttätig im Kopf produziert werden muß. *Bild* stellt sozusagen das Material zusammen und ordnet es so, daß sich die Leser selbst aktiv ein »Bild« machen können! Dieses »Bild« ist allerdings keineswegs beliebig, denn das Material dazu wird so ausgewählt, angeordnet und bereitgestellt, daß trotz oder gerade durch das selbständige Mitdenken der *Bild*-Leser ein *Bild*-Weltbild« dabei herauskommt. So gesehen, sind *Bild*-Artikel eine Art »Halbfertigware«: Geliefert werden die Grundbausteine und Versatzstücke für Meinungen und Lebenshaltungen, die Montageleitung dafür befindet sich in Form des Alltagsverstandes in den Köpfen der Leser. Das »fertige« *Bild*-Weltbild entsteht also erst *beim Lesen*, wird von den Lesern *selbst produziert*. Auf diese Weise entsteht die beabsichtigte Wirkung: Die Leser fühlen sich in ihren alltäglichen Erfahrungen und den dadurch gefestigten Urteilen, Vorurteilen, Haltungen und Meinungen von *Bild* bestätigt und identifizieren sich mit diesem Blatt. Es ist »ihre« Zeitung, es sind »ihre« Erfahrungen, Wünsche, »Kleinen Fluchten«; sie empfinden es gewissermaßen als Teil »ihrer« Kultur. Keine andere Zeitung ermöglicht ihnen, sich auf diese Weise »wiederzufinden«, sich bestätigt zu fühlen. Ihre Bedürfnisse, Ängste, Wünsche, Erfahrungen kommen sonst nur in leblosen, nichtssagenden Statistiken zum Ausdruck — wenn überhaupt.

Natürlich ist das mit Hilfe von *Bild* täglich auf's Neue von den Lesern produzierte *Welt-Bild* keineswegs frei von Widersprüchen: im Gegenteil, es ist sogar voll davon! Das ist kein Wunder, denn um von den Millionen Lesern als »ihr« Blatt anerkannt zu werden, müssen *sämtliche* Erfahrungen aus möglichst allen Lebensbereichen darin vorkommen, auch wenn sie noch so widersprüchlich sind! Die besondere Leistung von *Bild* besteht nun darin, daß die Widersprüche dieser alltäglichen Erfahrungen, des Alltagsverstandes so angeordnet werden, daß sie sich gegenseitig blockieren und so die Handlungsfähigkeit der Leser auf bestimmte Weise beschränken. *Bild* erlaubt ganz bewußt, »die Faust in der Tasche zu ballen« und gegen »die da oben« »wir-hier-unten«-Sprüche zu klopfen, jedenfalls solange dies nicht in gesellschaftsveränderndes Handeln »ausartet«.

Das mit Hilfe von *Bild* täglich auf's Neue bestätigte »der-kleine-Mann-ist-sowieso-immer-der-Angeschissene«-Bewußtsein hat eben eine zentrale Bedeutung im Selbstverständnis der *Bild*-Leser. *Bild* kann es sich leisten, auch solche Erfahrungen seiner Leser zu bringen, die diese täglich knallhart daran erinnern, daß sie die »Verdammten«, »Angeschissenen« und »Ausgebeuteten« sind. Würde dies zu leugnen versucht oder einfach weggelassen, wäre *Bild* nicht *Bild*! *Bild* hat sich nämlich zur Aufgabe gemacht, zu verhindern, daß solche spontanen Einsichten, Erkenntnisse gesellschaftlicher Wirklichkeit dazu führen, diese Wirklichkeit massenhaft und gemeinschaftlich »von unten« zu verändern. Deshalb

wird spontanes Klassenbewußtsein von *Bild* aufgegriffen, bestätigt und damit zugleich »entschärft«: *Bild* ist voll von Berichten über Ungerechtigkeiten, Verarschungen, Gemeinheiten, denen ganz normale Menschen ausgesetzt sind. Und indem sich die Leser täglich über die Schlechtigkeit der Welt, die Korruption der Gewerkschaften, die Selbstüchtigkeit von Politikern, die Lahmarschigkeit von Bürokraten aufregen, ärgern und in Wut geraten, können sie sich »ihrer Seele Luft machen«, nach Herzenslust herumfluchen, um schließlich zum tausendsten Male festzustellen, daß »man sowieso nichts dagegen machen kann«.

BILD hilft über den grauen Alltag

Diese von *Bild* täglich bestätigte und damit »verdoppelte« Erfahrung des »Angeschissen-seins« hinterläßt verständlicherweise ein Gefühlsgemisch aus Wut, Ohnmacht und Selbsthaß. Um nun das »seelische Gleichgewicht« wieder einigermaßen ins Lot zu bringen, bietet *Bild* Trost, Hoffnung, Zerstreung und täglich neue Gegenstände zum ersatzweisen Ärgern, aber auch zum Wundern:

- Geschichten über »Prominente«, denen das »Schicksal« (oft in Form von Krankheiten) »übel mitgespielt« hat (*Moral*: »Geld macht nicht glücklich« oder »Gesundheit kann man nicht kaufen«)
- Geschichten über Leute, die »es« geschafft haben, z.B. »einen Millionär geheiratet«, »im Lotto gewonnen« oder »Fußballstar geworden«, die also entweder »Schwein« gehabt haben oder sich mit Fleiß, Ausdauer und Entbehrungen emporgearbeitet haben (*Moral*: »Man darf die Hoffnung nicht aufgeben« und »Ohne Fleiß keinen Preis!«)
- Geschichten über »Außenseiter« und »Abartige« (vom faulen Studenten, der »auf unsere Kosten lebt« bis hin zum Mörder, für den man sich die Wiedereinführung der Todesstrafe wünscht), über die man lang und breit diskutieren und sich furchtbar aufregen kann (*Moral*: »Unter Adolf hätte's das nicht gegeben!« oder »Wenn das mein Sohn /meine Tochter wäre, tät' ich ihn/sie eigenhändig erschlagen!«)
- Geschichten von »einfachen« Menschen und »armen« Tieren, denen es übel ergangen ist und für die *Bild* »Hilfsaktionen« startet: *Bild* macht sich so zum Stellvertreter und Anwalt der Entrechteten und Unterdrückten (jedoch streng begrenzt auf Einzelfälle oder von Naturkatastrophen bedrohte Menschen) (*Moral*: »Eigentlich geht's uns doch noch gut!« und »Wenn alle Stricke reißen, gibt's immer noch BILD!«)
- Geschichten über mysteriöse Begebenheiten, die sogar die Wissenschaftler (die sonst immer so tun, als wüßten sie alles!) vor Rätsel stellen: Übersinnliches und Überirdisches zum Grübeln und Wundern (*Moral*: »Was es nicht alles gibt zwischen Himmel und Erde!« und »Wie klein sind dagegen die eigenen Sorgen und Probleme!«)

Mit solchen Geschichten macht *Bild* zweifellos den Alltag vieler *Bild*-Leser unmittelbar erträglicher. Wenn man sich dies klarmacht, versteht man den Satz: »Ein Tag ohne *Bild* ist für mich kein Tag!« Und indem *Bild* das Sich-Abfinden mit dem alltäglichen Schlamassel organisiert, verhindert es zugleich, daß sich die *Bild*-Leser selbst aktiv für eine Veränderung und Verbesserung ihrer alltäglichen Lebensbedingungen einsetzen.

Was wir hier hoffentlich gezeigt haben, ist, daß *Bild* viel raffinierter und vielschichtiger gebaut ist als die meisten (vor allem die Intellektuellen) glauben. Es ist zu einfach, *Bild* einfach als »Droge« abzutun, die irgendwelche »niederen Instinkte« befriedigt. Das liegt ungefähr auf der selben Wellenlänge, wie die Faschismusforschung, die sich vorstellt, daß ein (im Kern gutes) Volk von einem durch und durch verdorbenen »Führer« verführt wurde!

Schließlich können wir anhand von *Bild* lernen, daß man ein komplettes Weltbild ver-

mitteln, »rüberbringen« kann ohne Schlagworte und Phrasendrescherei. Die Bemühungen der Linken, ein »richtiges (natürlich wissenschaftlich begründetes) Weltbild« unter's Volk zu bringen, wirken dagegen wie Faustkeil-Propaganda!

Besonders überraschend fanden wir, daß *Bild* seinen Lesern mehr selbständiges Denken zutraut als sämtliche linken Zeitungen ihren Lesern! Die meinen immer noch, ihre Leser seien grundsätzlich denkfaul und aufklärungsbedürftig, und deshalb müsse man ihnen möglichst genau und auf unmißverständliche Weise sagen, was man »rüberbringen« will. Daher kann man dann in einigen Blättern in jedem Artikel lesen, wie gemein und gefährlich der »Imperialismus« ist und wie unumenschlich der »Kapitalismus«!

Angst vor Arbeitslosigkeit Epileptiker nahm Job auf Dach an — Anfall in 18 m Höhe



hpw. Berlin, 15. Juli
„Weißt du, ich bin nicht ganz gesund, für mich ist es schwer, eine Arbeit zu finden“, hatte Norbert B. (28) aus Britz seinem Kollegen Herbert Sitzmann (42) erzählt, „Gottlob hab' ich jetzt diesen Job.“

In seiner Angst wieder arbeitslos zu werden, hatte Norbert B. aber einen riskanten Fehler gemacht: Er verschwieg einem Dachdeckermeister, daß er Epileptiker ist, Anfälle bekommt, die das Bewußtsein vorübergehend ausschalten. Er bekam die Stelle als Arbeiter auf dem Dach...

Mit drei Kollegen fuhr Norbert B. gestern früh zu einem Mietshaus an der Dresdener Straße in Kreuzberg, stieg im Hinterhaus auf ein Gerüst hinauf.

Drei Stunden arbeitete der kranke Mann (er ist geschieden) mit seinen Kollegen 18 Meter hoch über der Straße an dem kaputten Dach.

Dachdecker Sitzmann sagt: „Plötzlich kippte Norbert nach vorn, rutschte das schräge Dach immer schneller hinunter auf die Regenrinne zu. Er schlug wild um sich, der ganze Körper zitterte.“

Im Bruchteil einer Sekunde erkannte Sitzmann die Gefahr,

klitterte seinem neuen Kollegen blitzschnell hinterher und packte ihn am Handgelenk. 20 Minuten hielt er den tobenden Kranken auf dem Dach fest.

Dann kam die alarmierte Feuerwehr, zog Norbert B. durch die Dachluke in Sicherheit. Er kam in die Klinik.

Ein Feuerwehrmann: „Wenn der Kollege nicht so schnell reagiert hätte, wäre der Arbeiter unweigerlich abgestürzt. Das hätte er nicht überlebt.“

Herbert Sitzmann: „Als ich da oben in schwindelnder Höhe mit dem Tobenden kämpfte, hatte ich schreckliche Angst. Aber als alles vorbei war, hatte ich ein überwältigendes Gefühl. Ich hatte einem Menschen das Leben gerettet.“

»Epileptiker nahm Job auf Dach an — Anfall in 18 m Höhe ...

1. In der Überschrift wird ein Drama angedeutet, dessen Ausgang ungewiß ist — man wird neugierig, will es genau wissen. Das Bild, das einen Mann in merkwürdiger Haltung an einer Dachrinne zeigt, gibt auch keinen Aufschluß, man kann nur ahnen, daß sich auf dem Dach etwas Dramatisches abgespielt hat ...

2. Im Artikel wird dann die Beziehung zwischen den beiden Überschriften aufgeklärt. Zugleich wird »Norberts« Verhalten bewertet: Es war ein »riskanter Fehler«, aus Angst vor Arbeitslosigkeit bei der Einstellung seine Krankheit zu verschweigen!

Durch »Norberts« Äußerung (in wörtlicher Rede!) zu seinem Kollegen kann man richtig mitfühlen, wie froh er war, diesen (für ihn so gefährlichen) Job überhaupt gekriegt zu haben. Man kann verstehen, daß der Epileptiker seine Krankheit verschwiegen hat, und sieht aber auch ohne weiteres ein, daß das ein »riskanter Fehler« war. Dieses Fehlverhalten hängt zwar mit Arbeitslosigkeit zusammen, aber ein Fehler war es eben doch! »Das hätte er nicht tun dürfen«, denkt sich der Leser, während er zugleich das Handeln des Kranken voll versteht, nachempfinden kann, wie ihm zumute gewesen sein muß bei dieser Entscheidung!

3. Ganz beiläufig und ein bißchen belehrend wird dann für alle, die nicht wissen, was »Epilepsie« ist, erläutert, daß Epileptiker »Anfälle kriegen, die das Bewußtsein vorübergehend ausschalten«. Und nun, wo sich alle die drohende Gefahr selber ausmalen können, wird noch mal betont, daß dieser kranke Arbeiter »die Stelle auf dem Dach bekam ...« Die Pünktchen lassen Böses ahnen!

4. Nun, wo die Leser wissen, woher die Gefahr droht, wird übertrieben genau geschildert, wie alles geschah: Zeit und Ort werden exakt benannt, mit wachsender Spannung lesen wir, wie »Norbert« im Hinterhaus das Gerüst hochsteigt, um in 18 m Höhe an dem kaputten Dach zu arbeiten ...

5. Was nun geschieht, schildert sein Kollege »Herbert Sitzmann« (in wörtlicher Rede): Wie er »Norbert« umkippen und abrutschen sieht, wie er selbst reagiert, seinen Kollegen rettet. An keiner Stelle wird gesagt, daß er sich dabei selbst in Gefahr begab, das macht die Situation ohnehin deutlich ...

6. »Nach 20 Minuten« — das scheint etwas lange — kommt schließlich die Feuerwehr und bringt »Norbert« in Sicherheit und in die Klinik. Als Fachmann für Gefahren bestätigt nun »ein Feuerwehrmann« (was wir schon ahnten), daß *Norbert* ohne seinen Kollegen zu Tode gestürzt wäre!

7. Zum Schluß gesteht Herbert Sitzmann, welch »schreckliche Angst« er hatte und daß trotzdem »einem Menschen das Leben retten« schöner sei »als ein Sechser im Lotto!« — Dieser Traum von Millionen wird hier mit einer Arbeitssituation verknüpft, damit alle nachempfinden können, wie dieses »überwältigende Gefühl« gewesen sein muß. Und alle, die ihrem mal wieder nicht gewonnenen »Sechser im Lotto« nachtrauern, können sich mit dem Gedanken trösten, daß es im Alltag Dinge gibt, die genauso »erhebend« sein könnten ...!

8. Wir sehen also: Die Bildgeschichte hat eine ausgefeilte Dramaturgie, sie geht unter die Haut, weil sich jeder in die Situation reindenken und einfühlen kann.

9. Daß ein Kollege ohne zu überlegen hilft, erfüllt die Leser mit Freude und bestätigt zugleich ein Verhalten, das für sie ganz selbstverständlich ist: Wenn ein Kollege in Gefahr ist, heißt es eben zu packen ... Und das Gefühl, sich auf die anderen verlassen zu können, wenn's drauf ankommt, veröhnt ein wenig mit den grauen Seiten des Arbeitsalltags!

10. Am Anfang des Artikels war — unausgesprochen — die Rede von einem sozialen Skandal: aus Angst vor weiterer Arbeitslosigkeit verschweigt ein Kranker seine Krankheit, um einen Job zu kriegen, der für ihn auch noch lebensgefährlich ist! Am Ende des Artikels ist unsere Aufmerksamkeit auf einen ganz anderen Gegenstand »umgelenkt« worden: Nun erfahren wir, wie schön es ist, »einem Menschen das Leben zu retten«.

11. Die Art und Weise, wie hier Arbeitslosigkeit mit Krankheit verknüpft wird, macht die Arbeitslosigkeit fast unmerklich zum Problem einer Randgruppe: »Klar«, sagt sich der Leser, »wenn man so krank ist, ist es sicherlich sehr schwer, eine Arbeit zu finden«. Und sehr viele Leser werden die Arbeitslosen dann wieder in zwei Gruppen einteilen: in die, die »einen Grund haben« (z.B. weil sie krank sind) und in die, die »im Grunde bloß zu faul« sind, sich einen Job zu suchen ..., die angeblich gar nicht arbeiten wollen!.

Burkhard Exner und Michael Kortz

Für die Entwicklung eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts Ausgangslage und Entwicklungsmerkmale

Widerstand gegen die vorherrschende unsoziale Bau- und Wohnungspolitik, wie sie bereits die SPD/FDP-Regierung zu verantworten hatte und nun von der Bonner Rechtsregierung noch energischer und konsequenter vorangebracht wird, zeigte und zeigt sich bei Sozialdemokraten, Grünalternativen, Gewerkschaftern, Mieterorganisationen und -initiativen sowie zuletzt insbesondere mit der Instandsetzerbewegung, die Signale setzen und Teilerfolge erringen konnte, auch wenn sie schließlich in Aktion und Reaktion steckenblieb. Bei häufig mangelnden wohnungspolitischen Perspektiven und unzureichender Verknüpfung und Verbreiterung des Widerstands flachte dieser zusehends ab. Dabei stehen wir erst *am Anfang* der »neuen« Wohnungsnot!

Hinweise auf einige Tendenzen mögen dies belegen. Zum *Verhältnis von Miete und Einkommen*: Die tatsächlichen Wohnkosten (Miete, sogenannte Mietnebenkosten, Gas- und Stromkosten sowie andere auf den Mieter abgewälzte Kosten wie Klein- und Schönheitsreparaturen) steigen ständig überproportional. Hingegen sinken die Reallöhne, die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger steigt — ebenso die Zahl der Räumungsklagen (1983 um 40% im Vergleich zum Vorjahr). In den Städten mit über 500 000 Einwohnern mußte 1983 für eine freifinanzierte Neubauwohnung durchschnittlich eine Kaltmiete von 10,20 DM/m² gezahlt werden. Das bedeutet, daß die Mehrzahl der Mieter solcher Wohnungen mehr als 30% ihres Einkommens für die Kaltmiete aufbringen mußten — 15% der Mieter sogar über 40% ihres Einkommens. In Hamburg mußten 82% und in München 88% der Mieter einer freifinanzierten Neubauwohnung mehr als 10,- DM/m² für die Kaltmiete aufwenden. Im neueren Sozialwohnungsbau beträgt die sogenannte Kostenmiete ca. 20 DM/m² monatlich (in West-Berlin bis zu 30 DM/m²). Die durchschnittliche Bewilligungsmiete (also das, was der Sozialmieter am Anfang als Kaltmiete zahlt) lag im Jahre 1983 bei 6,- DM/m². Es läßt sich somit folgende Rechnung über die tatsächlichen Wohnkosten der Bewohner einer neueren Sozialwohnung durchschnittlicher Größe (75m²) anstellen:

Kaltmiete	450,- DM
sog. Mietnebenkosten (v.a. Heizung)	160,- DM
Gas und Strom	100,- DM
Bagatell- und Schönheitsreparaturen	80,- DM
	790,- DM mtl.

Angenommen, es steht den Bewohnern (im statistischen Durchschnitt 2,46 an der Zahl) dieser durchschnittlichen Sozialwohnung nur der Nettolohn eines Metallfacharbeiters von 1 600,- DM zur Verfügung, so macht dies die Hälfte des verfügbaren Einkommens aus. Legen wir eine Kaltmiete von 8,- DM/m² (im Sozialen Wohnungsbau keineswegs unüblich) bzw. 10,20 DM/m² (freifinanzierter Neubau) zugrunde, so wird die Wohnung erst bezahlbar, wenn zwei Bewohner dieser Wohnung ein eigenes Einkommen haben. Im Falle von Arbeitslosigkeit oder langer Krankheit kann die Wohnung kaum oder gar nicht gehalten werden. Noch verheerendere Rechnungen ließen sich mit den Einkommen von Auszubildenden, Rentnern und Studenten anstellen.

Angesichts dieser Beispiele erscheint die amtliche Statistik, die ausweist, daß der BRD-

Bürger im Schnitt nur 16% seines Einkommens für Miete bezahlt, als völlig irreführend. Dennoch bildet sie eine Grundlage der herrschenden Wohnungspolitik, welche erklärt, daß ein Anteil von 20-25% des Einkommens für die Miete sozial vertretbar und anzustreben ist. Ein Mietenanstieg von 25-56% läßt sich so statistisch rechtfertigen.

Der Bestand an Sozialwohnungen wird weiter drastisch reduziert. Neubau von Sozialwohnungen findet nur in geringem Umfang statt, hingegen fällt mit dem Ablauf der gesetzlichen Bindungen in den nächsten zehn Jahren die Hälfte des Sozialwohnungsbestandes als Sozialwohnungen einfach weg. Sie werden in den »Markt« entlassen mit den Folgen von Mietenanstieg und Umwandlung in Eigentumswohnungen.

Die konservative staatliche Wohnungspolitik setzt auf weitere Verbesserungen der Profitbedingungen im Wohnungssektor auf Kosten der Mieter (»mehr Miete — mehr Mietwohnungsbau«). Die Mittel dazu sind vor allem »Vereinfachungen« des Mieterhöhungsverfahrens, Staffelmiete, Zeitmietverträge und weitere Steuererleichterungen. Zu den Steuererleichterungen einerseits gehört vor dem Hintergrund des allgemeinen Sozialabbaus der staatliche Griff in die Taschen der Mieter andererseits — etwa durch die Anhebung der Zinssätze für öffentliche Darlehen im Sozialwohnungsbau, die sofort auf die Mieter abgewälzt wird. Der Staat soll sich noch mehr aus dem Wohnungsmarktgeschehen heraushalten, seine mieterschützenden Eingriffe sollen zurückgefahren werden. Möglicherweise bleibt zuletzt nur noch das Wohngeld als völlig unzureichendes staatliches Instrument übrig (sog. Subjektförderung). Die Frage des Wohnungsmangels soll offensichtlich über Mietpreispolitik und Mietenexplosion »gelöst« werden. Allerdings wurde vieles von dem, was jetzt an unsozialer Wohnungspolitik neu spürbar wird, bereits von der alten SPD/FDP-Koalition auf den Weg gebracht.

In dieser Situation werden in Sozialdemokratie und Gewerkschaften, bei den Grün-Alternativen und in der reformerischer orientierten Fachwelt eine Reihe von Vorschlägen diskutiert: verstärkte Förderung des Sozialen Wohnungsbau, Reform der Wohnungsbaufinanzierung, insbesondere durch Rückkehr zum öffentlichen Baudarlehen, Senkung der Baukosten durch Verzicht auf Fahrstuhl, Garagen u.a., Reform bzw. Wiederbelebung des Genossenschaftswesens, Verwaltungsgenossenschaften der Mieter, Mietermodernisierung und Eigenleistung der Mieter u.v.m. Die sogenannte Fehlbelegungsabgabe wurde inzwischen von den Konservativen mitdurchgesetzt.

Zu vielen dieser Vorschläge wäre Kritik anzumelden, wichtig aber ist: wir brauchen mehr als Einzelvorschläge — so gut diese sein mögen. Wir brauchen ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept gegen die Wohnungsnot, das sowohl der demokratischen und sozialen Bedarfssicherung in der Wohnraumversorgung dient als auch gleichzeitig Arbeitsplätze sichert, welches also Wohnungspolitik zugleich als Bestandteil einer aktiven Beschäftigungspolitik begreift. Um zu einem solchen Gesamtkonzept zu gelangen, ist zuvor notwendig, daß die ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen der Wohnungsnot erfaßt werden, wobei der Kreis der rein fachlichen wohnungswirtschaftlichen Betrachtung weit überschritten werden muß.

Ursachen der Wohnungsnot

Die Ursachen der Wohnungsnot liegen vor allem darin, daß die Wohnraumversorgung hauptsächlich dem Kapital überlassen ist, in der vom Kapitalismus bestimmten allgemeinen Stadtentwicklung (die mit der Trennung der städtischen Funktionen das Wohnen in Randzonen abdrängte und abdrängt) und nicht zuletzt in der unsozialen Wohnungspolitik des bürgerlichen Staates. Die Wohnraumversorgung in der BRD unterliegt den Gesetzmä-

Bigkeiten des »freien Marktes«, also dem *Profitprinzip*. Nicht das soziale Ziel, Wohnen zu schaffen und zu erhalten, steht im Vordergrund, sondern das ökonomische Ziel der Kapitalanleger, eine möglichst hohe Verzinsung des eingesetzten Kapitals zu erwirtschaften. Gibt es profitablere Anlagemöglichkeiten, steht der Wohnungsbau im Abseits. Auch Genossenschaften können sich nur sehr wenig diesen vorgegebenen Bedingungen entziehen. Betrachten wir die ökonomischen Determinanten des Wohnungsbaus — Boden-, Bau- und Kapitalmarkt — sowie die staatliche Wohnungspolitik.

Bodenmarkt: Die Bodenpreise steigen ständig überproportional. Die jeweilige Höhe ist bestimmt durch die Nutzungsmöglichkeit und damit die Profiterwartung, die das betreffende Grundstück bietet. Je nach Lage, möglicher Nutzungsart und Bebauungsdichte des Bodens bildet sich ein Bodenpreis heraus, der Ausdruck der Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals im Rahmen kapitalistischer Konkurrenz um die Flächennutzung ist. Hinsichtlich des Wohnungsmangels ist maßgebend, daß das so erreichte Bodenpreisniveau in einem Gebiet selektiv wirkt: Weniger profitable Nutzungen werden ausgeschlossen; der Sozialwohnungsbau etwa bleibt auf der Strecke, er wird in Randlagen abgedrängt.

Baumarkt: Ebenso wie die Bodenpreise steigen auch die Baupreise ständig überdurchschnittlich, obwohl die Preisverteuerungen der Einzelfaktoren (Löhne, Material usw.) wie die Produktivitätsentwicklung dem gesellschaftlichen Durchschnitt entsprachen. Dies liegt zum einen an der geringen Wettbewerbsintensität auf dem Baumarkt (Kartellierungen) und zum anderen daran, daß die Wohnungsnachfrage weitgehend mietpreiselastisch ist und die Bauträger Baupreissteigerungen akzeptieren, da sie ihre Kostensteigerungen entweder auf die Miete oder über staatliche Förderungsmodelle auf den Staat abwälzen können.

Kapitalmarkt: Für Wohnungsbautätigkeit und Mietpreisniveau spielen die Finanzierungskosten im Wohnungsbau eine dominierende Rolle. Sie machen z.B. im neueren Sozialwohnungsbau ca. 3/4 der sogenannten Kostenmiete aus (also eigentlich eine Finanzierungsmiete). In West-Berlin erreichte diese Kostenmiete 1983 fast den Betrag von 30,- DM/m² monatlich. Hier fließen bis zu 23,- DM/m² monatlich den Geldgebern, im wesentlichen den Banken, zu. Auf diese Weise ist die Lage auf den nationalen und internationalen Kapitalmärkten (Hochzinspolitik), zumal bei dem derzeitigen System der Wohnungsbaufinanzierung und seiner Abhängigkeit vom Kapitalmarkt, entscheidend mitverantwortlich für das Erliegen der Neubautätigkeit und für die Mietenexplosion.

Staatliche Wohnungspolitik: Zwar konnten in der Vergangenheit eine Reihe von Forderungen der Arbeiterbewegung nach Mieterschutz und Wohnungsbau durchgesetzt werden, jedoch sind die gegenwärtigen staatlichen Eingriffe unzureichend und unsozial. Zwei Merkmale zur Verdeutlichung: 1. Die *Verteilungswirkung* der staatlichen Bauförderung begünstigt eindeutig einkommensstarke Schichten und verschärft die Wohnungsnot der Einkommenschwächeren. Die Hälfte aller Vergünstigungen fließt den Haushalten im oberen Drittel der Einkommensskala zu, während das untere Drittel weniger als ein Fünftel erhält. Dies ist vor allem bedingt durch steuerpolitische Eingriffe (Steuervergünstigungen, Abschreibungen) und durch den Vorrang der Wohnungseigentumsförderung. So fließen drei Viertel aller Mittel in die Eigentumsförderung; hier wird auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kräftig vorangetrieben. Die Eigentumsförderung hat wichtige ideologische Funktionen: Wohneigentum soll die Identifikation mit den Prinzipien kapitalistischer Wirtschaft stärken, und es soll disziplinieren. Wer Wohneigentum abzuzahlen hat, kann sich den Verlust des Arbeitsplatzes schon gar nicht leisten. 2. Das Kapital hat und behält unangetastet *die zentralen Entscheidungsbefugnisse* in der Wohnraumversorgung (Boden, Wohnungsbestand und Produktionsmittel). Es entscheidet nach

seinen Verwertungserwartungen, was, wann, wo und wie gebaut wird. Das Profitprinzip ist zementiert.

Weitgehende Einschränkungen der Verfügungsgewalt des Haus- und Grundbesitzes bestanden mit Mietpreisbindung und Wohnraumbewirtschaftung nach dem II. Weltkrieg, zum Teil bis in die siebziger Jahre hinein. Sie wurden kontinuierlich abgeschafft, weil sie nur als vorübergehende Maßnahmen gedacht waren, die die damalige akute Wohnungsnot auf Kosten einer Kapitalfraktion (des Haus- und Grundbesitzes) lindern sollten, um die Reproduktion der Arbeitskraft und damit die Verwertung des Kapitals insgesamt zu sichern. Der Rückzug des Staates aus der Wohnungspolitik geht auch heute noch weiter.

Umriss eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts¹

Nur eine grundlegende, breit angelegte und konsequente Umorientierung, d.h. die Abwendung vom kapitalistischen Mietwohnungsbau, kann der Wohnungsnot und der Krise der Bauwirtschaft ernsthaft begegnen; denn Wohnungsbaukrise und Wohnungsnot sind im System kapitalistischer Wohnraumversorgung angelegt. Die soziale Aufgabe der Wohnraumversorgung darf nicht privaten Anlegern überlassen bleiben, die sich in erster Linie an ihren Gewinnerwartungen orientieren und die der Staat mit die Gewinnerwartung steigernden Maßnahmen (Subventionen, Preisgarantien usw.) zu »steuern« vorgibt. Vielmehr ist die Befriedigung des Bedürfnisses nach menschenwürdigen Wohnverhältnissen als eine gesellschaftliche und öffentliche Aufgabe zu begreifen. Notwendig sind zunächst nachhaltige Eingriffe in die Produktions- und Preisgestaltung des Wohnungs»marktes«. Die Kommunalisierung von Grund und Boden, Mietwohnraum und Mietwohnungsbau ist unumgänglich.

Wesentliche Bestandteile eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts müssen daher sein:

1. Kommunalen Wohnungsbau

Im Vordergrund des Mietwohnungsbaus muß der Kommunale Wohnungsbau stehen, bei dem die Städte und Gemeinden unter starker Kontrolle und Mitbestimmung von Mietern, Mietervertretungen und Gewerkschaften selbst als Bauträger auftreten sowie die Wohnungen auf Dauer selbst bewirtschaften und vermieten.² Das bisherige System des Sozialwohnungsbaus ist entsprechend umzustellen, statt — wie auch bei den Jungsozialisten allzu oft — unkritisch die Forderung nach »mehr Sozialwohnungsbau« zu erheben.³ So sind diese Wohnungen dauerhaft als Sozialwohnungen verfügbar. Die öffentlichen Mittel kommen ausschließlich der Förderung der Wohnraumversorgung zugute und dienen nicht der privaten Eigentumsförderung der Bauherren wie beim bisherigen Sozialwohnungsbau mit den Folgen von Mietexplosion und Umwandlung nach Ablauf der Sozialbindungen (kein »Eigentum zum Nulltarif«). Auf diese Art und Weise ist die höchstmögliche Wirksamkeit der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau gewährleistet. Spätestens nach sieben Jahren wird die Belastung des öffentlichen Haushalts bei gleichem Bauvolumen sogar zunehmend geringer als beim herkömmlichen Sozialen Wohnungsbau.⁴ Kostenmieten von 4-7 DM/m² monatlich sind denkbar und erlauben soziale Kaltmieten von 3 DM/m² monatlich bei nur noch einem Fünftel der heutigen Subventionsrate.

Häufig wird lediglich gefordert, die Finanzierung des Sozialwohnungsbaus umzustellen auf mehr und günstigere Darlehen der öffentlichen Hand (Rückkehr zum Baudarlehen). Dies aber ist keine Alternative zum Kommunalen Wohnungsbau; denn so verbleibt die Verfügungsgewalt bei den privaten Bauherren mit den Gefahren von Mietexplosion und

Umwandlung nach Sozialbindungsablauf. Private Renditen der Bauherren würden weiterhin subventioniert. Verfügungsgewalt bei den privaten Bauherren mit den Gefahren von Mietexplosion und Umwandlung nach Sozialbindungsablauf. Private Renditen der Bauherren würden weiterhin subventioniert. Auch würde erst das zinslose Vollkreditdarlehen des Staates zu einer wirklich drastischen Verringerung der sogenannten Kostenmiete führen. Zusätzlich sind für die Bestände des Sozialwohnungsbaus, insbesondere für die vom Ablauf der Sozialbindung demnächst betroffenen, entsprechende Kommunalisierungsstrategien zu entwickeln.

2. Vorrang für den Mietwohnungsbau in der staatlichen Wohnungsbauförderung

Die Förderung des Wohneigentums zu Lasten des Mietwohnungsbaus im Verhältnis von 3:1 (und damit zugleich der Umwandlung und Mietervertreibung) muß umgekehrt werden. Abschreibungsmöglichkeiten sind zu streichen und die Finanzmittel vor allem in den Kommunalen Mietwohnungsbau zu lenken. Nur so kann die bisherige Verteilungswirkung, die eindeutig zugunsten der einkommenstärkeren Schichten geht, verändert werden. Der Kommunale Wohnungsbau kann so einen breiten Anfang nehmen und bleibt nicht nur ein »Modell-Versuch«.

3. Langfristige Planung zur Sicherung eines eindeutig definierten Wohnungsbedarfs und zur Verstetigung der Baukonjunktur

Der Wohnungsmindestbedarf ist politisch neu zu definieren. Mindestens ein Wohnraum pro Kopf plus ein Wohn-/Gemeinschaftszimmer pro Haushalt (Küche und halbe Zimmer sind nicht mitzuzählen) sind erforderlich. Innen-WC und Dusche sind als Mindestausstattung zu betrachten. Diese Mindestversorgung ist längst nicht erreicht und muß durch Reparatur und Modernisierung der Wohnungsbestände sowie durch Wohnungsneubau (insbesondere Kommunalen Wohnungsbau) geschaffen werden. Eine Erneuerungsrate (Neubau und Reparatur) von 2 bis 3% (500000-750000 Wohnungen) jährlich ist notwendig, um wenigsten den zahlenmäßigen Erhalt des Wohnungsbestandes sicherzustellen. Doch dies allein wird gar nicht ausreichen, um die oben angegebenen Mindestanforderungen zu erfüllen; denn selbst bei absinkender Bevölkerungszahl ist bis zum Jahr 2000 mit einer steigenden Zahl von Haushalten zu rechnen.

Langfristige Programme des Neubaus, der Instandsetzung und Modernisierung müssen den so zu ermittelnden Wohnungsbedarf sicherstellen und sind geeignet, die Baukonjunktur zu verstetigen. Immerhin macht der Wohnungsbau die Hälfte des Gesamtbauvolumens aus. Je mehr der Staat (unter direkter demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung von Gewerkschaften und Mietern bzw. Mieterorganisationen) die Entscheidungsbefugnisse im Wohnungsbau in der Hand hält, desto mehr kann er über den Wohnungsbau auch eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben.

4. Demokratisierung der Wohnraumversorgung

Eine umfassende und für die Hauseigentümer zwingende Mietermitbestimmung muß für alle Wohnungsarten, alle Ebenen (Haus, Unternehmen und Kommune) sowie alle Phasen der Wohnraumversorgung und der Mietverhältnisse (Bauplanung, Vermietung, Bewirtschaftung, Instandsetzung, Modernisierung, Kündigung, Abriß usw.) eingerichtet werden. Mieterräte müssen das Recht zur Akteneinsicht bei allen Vorgängen haben (»gläsernes Haus«). Wesentliche Entscheidungen dürfen nur mit ihrer Zustimmung wirksam sein. Schon bei Planung und Bau müssen Mieter bzw. Mieterorganisationen beteiligt sein.

5. Mietpreisbindung

Ein »freies Aushandeln« der Mietpreise, das sich als Zwangswirtschaft für den Mieter darstellt, darf es nicht geben. Daher sind die derzeitigen Mietenspiegel in politische festgelegte Tabellenmieten umzuwandeln, um so zu einer gesetzlichen Bindung der Miete zurückzukehren, wie sie vor Einführung der »Weißen Kreise« bestand. Damit eine solche Mietpreisbindung nicht durch unterlassene Instandhaltung unterlaufen werden kann, ist die Wohnungsaufsicht zu verschärfen. Mieterträge müssen das Recht erhalten, die Instandhaltung und Instandsetzung mit staatlicher Unterstützung selbst in die Hand zu nehmen sowie einen entsprechenden Teil der Miete einzuziehen. Generell ist ein Teil der Miete gesetzlich an den Zweck der Instandhaltung und Instandsetzung zu binden.

6. Einkommensabhängige Wohnwertmiete

Die Mieten müssen nach sozialen Kriterien festgelegt werden, d.h. sie müssen sich sowohl am Wohnstandard der jeweiligen Wohnung als auch am verfügbaren Einkommen des Mieters orientieren. Zudem sind sie nicht rein einzelobjektbezogen (wie bei der jetzigen sogenannte Kostenmiete des sozialen Wohnungsbaus), sondern möglichst gesamtgesellschaftlich zu ermitteln. Im Kommunalen und Sozialen Wohnungsbau ist die einkommensabhängige Wohnwertmiete umgehend einzuführen. Für den Wohnungsbestand der Kommunen ist die gesellschaftliche Ermittlung der Miete anhand eines »Mietenpooling« unter Berücksichtigung der Entschuldungsgewinne der kommunalen Wohnungsunternehmen durchzuführen.

7. Bodenreform und Bodenpreisbindung

Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke ist von einer offensiven Bodenvorratspolitik der Kommunen abzulösen. Auf ihrem Boden baut die Kommune selbst — Kommunaler Wohnungsbau. Die Bodenpreise sind gesetzlich zu binden. Enteignungsmöglichkeiten für Fälle spekulativen Umgangs mit Grundstücken und Wohnraum sind zu schaffen.

8. Eigenbetriebe in der Bau- und Baustoffwirtschaft

Im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik ist die Ausweitung des öffentlich-produktiven Sektors unumgänglich. Kommunale Eigenbetriebe im Baugewerbe sichern und schaffen Arbeitsplätze, greifen in den Produktionsbereich der Wohnraumversorgung ein und können Kartellierungen in der Baubranche entgegenwirken. Sie sollen Bau- und Baustoffpreise senken sowie durch Wiederverwendung von Material zur Schonung von Ressourcen beitragen.

9. Regionale Bau- und Mietenfonds

In unter demokratischer Kontrolle von Gewerkschaften und Mieterorganisationen arbeitende Bau- und Mietenfonds sind verschiedene Finanzmittel einzuspeisen, vor allem die bisherigen öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau, objektbezogene Sondersteuern auf leistungslose Wertsteigerungen von Grundstücken und Versicherungen, später die erzielten Mieteinnahmen des Kommunalen Wohnungsbaus und die Einnahmen der Eigenbetriebe im Baugewerbe. Sie dienen der Finanzierung des Kommunalen Wohnungsbaus, günstiger Kredite an Genossenschaften und Mietervereinigungen, der weiterhin notwendigen öffentlichen Mittel für den bisherigen Sozialwohnungsbau sowie der Eigenbetriebe des Baugewerbes und des Bodenankaufs der Kommunen.

Mit den günstigen Krediten an Genossenschaften und Mietervereinigungen soll die Re-

aktivierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefördert werden. Langfristig muß so ein *öffentlicher Bereich* aus Kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbau geschaffen werden, der den Wohnungssektor *dominiert* und den kapitalistischen Mietwohnungsbau weiter zurückdrängt.

10. Attraktive, kommunikative und humane Wohnformen

Der Kommunale Wohnungsbau muß auch von seiner Form her eine attraktive Alternative zum herkömmlichen Wohnungsbau sein, wozu ihm die Mietermitbestimmung und -mitplanung verhelfen kann. Gemeinschafts- und Sozialeinrichtungen, Räume für Sport (Tischtennis), Hobby (Bastelkeller) und Haushalt (Waschmaschinenraum), für Versammlungen und Feiern, Grünflächen und Gartenanlagen nicht nur zum Ansehen, sondern zum Benutzen und Mitmachen, Spielflächen, Fahrradkeller und vieles andere mehr sollten selbstverständlich werden. Die Geschoszzahlen sind niedrig zu halten, und eine ökologische, insbesondere energiesparende Bauweise muß Grundlage sein. Raumaufteilungen sind möglichst variabel zu gestalten (Möglichkeiten beweglicher Wände sind zu erproben und fortzuentwickeln). Ebenso könnten die Wohnungsgrößen zu variieren sein, eine Chance für Wohngemeinschaften und Großfamilien. Das alles bedeutet keine Abwendung vom industriellen Wohnungsbau — im Gegenteil. Es bedeutet die Fortentwicklung der industriellen Wohnungsbauproduktion und die Entwicklung einer intelligenten, bedürfnisorientierten und demokratischen Architektur. Der Kommunale Wohnungsbau mußte dabei Vorreiter sein.

Aktuelle Aufgaben

Das hier skizzierte wohnungspolitische Gesamtkonzept, das allerdings kritisch diskutiert und weiter konkretisiert werden muß, kann zweierlei heute schon leisten:

Für die unmittelbar anstehenden wohnungspolitischen Aufgaben — Pflege des Wohnungsbestandes, Neubau, Erhalt und Ausbau des Mieterschutzes — können wohnungspolitische Einzelvorschläge daraufhin überprüft werden, ob sie sich in ein solches Konzept gegen Marktmacht und Profitprinzip einfügen oder ihm wenigstens näherkommen, oder ob sie eher in andere, womöglich reaktionäre Konzepte passen.

Zudem könnte deutlicher ins Bewußtsein von Betroffenen, Gewerkschaften und Sozialdemokratie gerückt werden, daß »es auch anders geht«. Konkrete Alternativen zur herrschenden Wohnungspolitik, die die Möglichkeit eines deutlichen Umschwenkens aufzeigen und den Zusammenhang von einer alternativen Wohnungspolitik und einer aktiven Beschäftigungspolitik belegen, sind dringend nötig, um Mieter, Mieterinitiativen und -organisationen, Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Grün-Alternative zu mobilisieren.

Anmerkungen

- 1 Die hier dargelegten Vorschläge stammen zum großen Teil aus der Arbeit des AK Wohnungspolitik der Berliner Jungsozialisten.
- 2 Vgl. dazu eingehend Stefan Krätke, in: *spw* 12, S.19ff.
- 3 So forderte etwa noch der in geänderter Fassung beschlossene Antrag B 2 (Südbayern — Titel: »Gegen die soziale Demontage — Für Vollbeschäftigung und 35-Stunden-Woche«) auf dem letzten Juso-Bundeskongreß »die verstärkte Handhabung des sozialen Wohnungsbaus« (S.7), um den Mangel an billigem Wohnraum zu beheben.
- 4 Vgl. Anhang zur 2. Fassung des Programms »Vollbeschäftigung und Lebensqualität« für Berlin/West.

Stefan Krätke

Zur Reform städtischer Wohnungsbaugesellschaften*

In der wohnungspolitischen Reformdiskussion wird in jüngster Zeit wieder die Auffassung vertreten, daß bereits durch eine *stärkere Einbeziehung* vorhandener städtischer Wohnungsbaugesellschaften Verbesserungen im Sozialen Wohnungsbau erzielt werden könnten, wenn diese Gesellschaften von der Kommune nur »ausreichend kontrolliert und programmiert« würden.¹ Zugleich wird aber konstatiert, daß sich die gemeinnützigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften von den kommunalpolitischen Entscheidungsgremien bisher gerade nicht ausreichend kontrollieren und programmieren ließen und den Sozialen Wohnungsbau nach »eingefahrenen« betriebswirtschaftlichen Grundsätzen betrieben.² Es wird immer wieder außer acht gelassen, daß die städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit politischer Absicht von der Gemeindeverwaltung verselbständigt und ebenso bewußt in die betriebswirtschaftlichen Zwänge einer Kapitalgesellschaft eingebunden worden sind, um die befürchtete »Bürokratisierung« eines Wohnungsbaus in eigener Regie der Gemeindeverwaltung zu vermeiden.³ Ohne eine *strukturelle* Reform der Organisation und Wirtschaftsführung kommunaler Wohnungsunternehmen kann jedoch keine relevante Veränderung ihrer Finanzierungs- und Mietpolitik und keine Demokratisierung der Wohnungsverwaltung erreicht werden.

Zur Kritik sozialdemokratischer Genossenschaftskonzepte

Große Beachtung hat das von sozialdemokratischer Seite in Berlin (West) erarbeitete Konzept zur Reform städtischer Wohnungsbaugesellschaften gefunden.⁴ Dies Konzept zielt auf eine Dezentralisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und auf die Übertragung ihrer Wohnungsbestände an kleine Genossenschaften. Dabei war zunächst der Verkauf dieser Wohnungsbestände an *Eigentümer*-Genossenschaften vorgesehen. Die vorgesehenen Finanzierungsbedingungen, wie 10-15% »Eigenkapital« des Mitglieds für den Kaufpreis der Wohnungen in Form von Genossenschaftsanteilen, das »Restkaufgeld« in Form »angemessener« Tilgungsraten und 4%iger Verzinsung als monatliche Belastung (zuzüglich Bewirtschaftungskosten), dürften für den größten Teil der Bewohner mit niedrigen Einkommen und ohne Ersparnisse bzw. »Eigenkapital« nicht tragbar sein. Die Mieter der zur genossenschaftlichen Eigentumsbildung vorgesehenen Wohnungen müßten (nach Berechnungen des Juso-Arbeitskreises »Plänen — Bauen — Wohnen«) »statt heute 3 bis 4 DM/m² monatlicher Kaltmieten (...) als Genossen unter günstigen Bedingungen mindestens 7,50, in der Regel aber 12,50 DM/m² monatlich bezahlen.«⁵ Die Verkaufserlöse des an Genossenschaften veräußerten Wohnungsbestandes sollen zur Finanzierung von zusätzlichen Neubau-Sozialwohnungen eingesetzt werden, obwohl bekannt ist, daß man für die Finanzierung einer einzigen Neubauwohnung gleich mehrere ältere Wohnungen verkaufen müßte. Soweit der Verkauf darauf hinzielt, hohe Erlöse für die Kommune (bzw. das Land) zu gewährleisten, müßten die Kaufpreise der Wohnungen (bzw. die Genossenschaftsanteile) möglichst hoch veranschlagt werden, womit sich das *Genossenschaftsmodell* sehr schnell als ein Modell für *Besserverdienende* erweisen würde. So wird bei dem Genossenschaftsmodell vorübergehend betont, daß »niemand gezwungen werden soll, einer Genossenschaft beizutreten, um in seiner Wohnung bleiben zu können«. Alle diese Bewohner aber, die sich nicht an einer Genossenschaft beteiligen können oder wollen, erhalten durch dieses Modell keineswegs »mehr Demokratie«, sondern einen neuen

Eigentümer — in Form einer privaten Eigentümergemeinschaft, die weder durch diejenigen Mieter, die nicht Genossenschaftsmitglieder sind, noch durch die Öffentlichkeit einer wirksamen Kontrolle zugänglich ist. Demgegenüber ist zu betonen, daß eine Demokratisierung der Wohnungsverwaltung auch ohne Eigentumsübertragung an Genossenschaften realisierbar wäre. Darüber hinaus ist das Konzept als »genossenschaftliche« Variante einer Politik der Privatisierung städtischer Sozialwohnungen zu kritisieren, die aus finanziellen Gründen eine Verdrängung zahlreicher Bewohner dieser Bestände mit sich bringen würde.⁶ In einer neuen, modifizierten Form des Konzepts⁷ wird nun zugestanden, daß die städtischen Sozialwohnungen nicht nur an Eigentümergenossenschaften, sondern auch an Verwaltungsgenossenschaften der Bewohner übertragen werden könnten.

Als Grundanliegen des Reformkonzepts wird die »Entbürokratisierung« der städtischen Wohnungsbaugesellschaften herausgestellt. Mit dem Ziel einer Entbürokratisierung wurde interessanterweise *früher* begründet, daß gemeindeeigene Sozialwohnungsbestände von unternehmerisch verselbständigten kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bewirtschaftet werden müßten.⁸ Nachdem diese Gesellschaften infolge ihrer weithin beabsichtigten privatunternehmerischen Betriebsführung »abgewirtschaftet«, d.h. ihre Legitimation als Träger einer sozialen Wohnungsversorgung weitgehend eingebüßt haben, will man mit dem gleichen Argument der Entbürokratisierung im Falle der Übertragung an Eigentümergenossenschaften eine Reprivatisierung gemeindeeigener Wohnungsbestände durchsetzen. Eine tragfähige Reform städtischer Wohnungsbaugesellschaften kann sich nicht darauf beschränken, den Mietern künftig Mitbestimmungs- (oder Selbstverwaltungs-)möglichkeiten einzuräumen, denn eine demokratisierte Wohnungsverwaltung nützt den Mietern wenig, wenn sie gleichzeitig die Miethöhe neuer Sozialwohnungen und die künftigen Mietsteigerungen im Sozialwohnungsbestand nicht tragen können, wenn also das vorgelagerte System der Finanzierung und Mietenkalkulation nicht wesentlich verändert wird. So »ist das Problem der 'sozialen Orientierung' der Betriebspolitik 'öffentlicher Betriebe' mit der Verbesserung der Artikulationsmöglichkeit der Konsumenten/Bürger (d.h. hier: der Gruppe derjenigen, denen die Leistungen des Unternehmens gewidmet sind) nicht gelöst. (...) Das ist politisch zwar sinnvoll, entwirrt aber das Problem der konkreten Bestimmung einer sozial orientierten Unternehmenspolitik nicht.«⁹ In diesem Sinne haben die SPD-Vorschläge zur Dezentralisierung und genossenschaftlichen Verwaltung der Sozialwohnungsbestände städtischer Wohnungsbaugesellschaften den entscheidenden Mangel, daß sie keine Lösung für die größeren Probleme der Finanzierungs- und Mietenpolitik dieser Unternehmen enthalten. Solange aber kommunale Wohnungsunternehmen als verselbständigte Kapitalgesellschaften geführt werden, kann man auch nicht die damit strukturell vorgegebene betriebswirtschaftliche Ausrichtung überwinden, d.h. auf Kapitalmarktfinanzierung, Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne verzichten. Ohne solche konkreten Veränderungen der Wirtschaftsführung öffentlicher Unternehmen im Wohnungssektor kann man heute keine Sozialwohnungsbestände mehr erhalten, die für Mieterhaushalte mit niedrigen Einkommen auf Dauer finanziell tragbar sind. Aus diesen Gründen gehören zu einer grundlegenden Reform der städtischen Wohnungsbaugesellschaften (wie auch des Sozialen Wohnungsbaus insgesamt) Veränderungen der kommunalen Trägergesellschaft, die auch im wohnungswirtschaftlichen Bereich neue Wege eröffnen.

»Mietenpooling« als Element »alternativer« Wohnungspolitik

Das Konzept für einen kommunalen Wohnungsbau ist zunächst für Neubaufaufgaben entwickelt worden,¹⁰ enthält aber auch Ansatzpunkte für die erforderlichen Veränderungen

im Bereich des vorhandenen älteren Sozialwohnungsbestands. Rein quantitativ sind die älteren Sozialwohnungsbestände für eine soziale Wohnungsversorgung von größerer Bedeutung als die Neubauwohnungen der nächsten Jahre. Soweit diese älteren Sozialwohnungsbestände zu großen Anteilen mit Hilfe zinsverbilligter öffentlicher Baudarlehen finanziert worden sind, hatten sie im Vergleich zu den heutigen Neubausozialwohnungen niedrige »Kostenmieten«. Ältere Sozialwohnungen sind zudem schon mehr oder weniger weitgehend entschuldet, d.h. von den Tilgungs- und Zinsausgaben für den aus Kapitalmarktkrediten gewonnenen Finanzierungsanteil befreit. Nichtsdestoweniger wird in der Kostenmiete solcher Sozialwohnungen weiterhin eine Kapitalverzinsung in gleicher Höhe veranschlagt, d.h. es werden Zinsen für ein fiktives Fremdkapital angesetzt.¹¹ Es handelt sich dabei um »Entschuldungsgewinne« des Bauträgers, mit deren Hilfe eine beträchtlich erhöhte Eigenkapitalverzinsung erzielt werden kann. Die Mieter dieser älteren Sozialwohnungen bezahlen nicht etwa eine reduzierte Sozialmiete, sondern mindestens die für den ursprünglichen Neubau kalkulierte »Kostenmiete«, einschließlich der darin enthaltenen Gewinnbestandteile, namentlich die erhöhte Eigenkapitalverzinsung des Bauträgers. Infolge der relativ niedrigen Baukosten und günstigen Finanzierungsbedingungen ist jedoch die Kostenmiete von älteren Sozialwohnungen meist niedriger als die Anfangsmiete der zur Zeit fertiggestellten Neubausozialwohnungen. Doch die relativ günstigen Kostenmietteneiveaus werden nicht beibehalten: Staat und Bundesländer verschaffen sich über die älteren Sozialwohnungsbestände Einnahmeverbesserungen, welche direkt mieterhöhend wirken. Damit wird gleichzeitig angestrebt, die Mieten alter Sozialwohnungen auf das Niveau der teuren Neubausozialwohnungen anzuheben, die zunehmend schwer vermietbar werden. Die Ausschaltung der »Mietpreiskonkurrenz« älterer Sozialwohnungen erfolgt zum einen durch sogenannte Fehlbelegungsabgaben, am deutlichsten aber durch die nachträgliche Zinserhöhung für die in älteren Sozialwohnungen enthaltenen öffentlichen Baudarlehen. (Nach dem Wohnungsbindungsgesetz in der Fassung vom Juli 1982 und dem 2. Wohnungsbaugesetz in der Fassung vom Dezember 1981 sind die Landesregierungen ermächtigt, für öffentliche Baudarlehen, die vor 1960 vergeben worden sind — damals in der Regel zu einem Zinssatz von 0,5% zuzüglich 1% Tilgung — künftig durch Verordnung einen Zinssatz von bis zu 8% zu veranschlagen).

Mit diesen staatlichen Einnahmeverbesserungen sollen zugleich Finanzierungsmittel für die kostspielige Neubauförderung gewonnen werden. Die staatlich verordneten Zinserhöhungen für ältere Sozialwohnungsbestände beinhalten nichts anderes als eine *zusätzliche* Gewinnerzielung (neben Entschuldungsgewinnen) aus Sozialwohnungen, die allerdings nicht beim Wohnungsbauträger selbst verbleibt, sondern vom Staat angeeignet wird (wobei deren Verwendung nicht mehr wirksam kontrolliert werden kann). Die Gewinnerzielung der öffentlichen Hand aus Sozialmietwohnungen konzentriert sich in besonderem Maße auf diejenigen Wohnungsbestände, die sich im Besitz städtischer Wohnungsbaugesellschaften befinden, weil bei diesen sowohl Eigenkapital als auch staatliche Baudarlehen letztlich aus öffentlichen Haushaltsmitteln stammen (die ökonomisch keinem Zwang einer Kapitalverzinsung unterliegen). Hinzu kommt, daß mit der nachträglichen Höherverzinsung öffentlicher Baudarlehen ein Tilgungszuwachs einhergeht, wodurch diese Darlehen vom Bauträger erheblich schneller abgelöst werden können, mit der Folge, daß sich der Bindungszeitraum der betreffenden Sozialwohnungen verkürzt. So ergibt sich ein zusätzlicher Anreiz zur vorzeitigen Ablösung öffentlicher Baudarlehen und damit eine beschleunigte Umwandlung von Sozialmietwohnungen in »frei« vermietbare Wohnungen oder gar in Eigentumswohnungen.

Eine »alternativen« Wohnungspolitik stellt sich demgegenüber die Aufgabe, die relativ preisgünstigen älteren Sozialwohnungsbestände als Reservoir einer sozialen Wohnungsversorgung zu erhalten, d.h. nicht nur vor der Umwandlung in Eigentumswohnungen zu schützen, sondern vor allem vor ständigen Mietpreissteigerungen zu bewahren. Dies muß notwendigerweise eine veränderte wohnungswirtschaftliche Behandlung der Sozialwohnungsbestände umfassen, kann also nicht allein mit Konzepten einer »Entbürokratisierung« der Verwaltung solcher Bestände erreicht werden. Ein politisch am ehesten greifbarer und quantitativ bedeutsamer Ansatzpunkt sind dabei die Bestände der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Auf Grundlage des Konzepts für einen kommunalen Wohnungsbau im Bereich von Neubaufaufgaben erschließt sich ein Konzept zur »Kommunalisierung« der Sozialwohnungsbestände städtischer Wohnungsbaugesellschaften. Die dazu erforderlichen wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen umfassen

1. die Rücknahme und den künftigen Verzicht auf eine nachträgliche Zinsanhebung für öffentliche Baudarlehen. Die öffentlichen Finanzierungsmittel dürfen nicht mehr ohne Rücksicht auf die Anforderungen einer sozialen Wohnungsversorgung für rein fiskalisch begründete Einnahmeverbesserungen mißbraucht werden. Im Falle der Sozialwohnungsbestände städtischer Wohnungsbaugesellschaften sind die eingesetzten öffentlichen Finanzierungsmittel als ein öffentliches Sondervermögen mit sozialpolitischen Zwecksetzung zu behandeln, d.h. nach haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen ohne Anspruch auf eine Kapitalverzinsung zu bewirtschaften. Dazu gehört auch

2. der Verzicht auf Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne bei älteren Sozialwohnungsbeständen, die keine finanziellen Verpflichtungen für Kapitalmarktkredite zu tragen haben. Nach diesen haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen werden z.B. die kommunalen Wohnungsbestände in Großbritannien bewirtschaftet.¹² Zu einem vollständigen Gewinnverzicht für ältere Sozialwohnungsbestände in kommunalem Besitz gehört auch eine Neubewertung der verwendeten Grundstücke, in der Weise, daß nicht mehr an Marktchancen orientierte »Verkehrswerte« einkalkuliert werden, sondern nur noch die ursprünglichen Kaufpreise Berücksichtigung finden. Das Wegfallen von Tilgungs- und Zinsausgaben für Kapitalmarktkredite kann bei Sozialwohnungen in öffentlichem Besitz ohne weiteres für entsprechende Mietpreisreduzierungen genutzt werden. Hiermit wird eine »Bewirtschaftungskosten-Miete« auch für ältere Sozialwohnungsbestände angestrebt. Dies kann allerdings beim gesamten Sozialwohnungsbestand städtischer Wohnungsbaugesellschaften, von dem ein Teil noch nicht entschuldet ist, also noch Tilgungs- und Zinsausgaben für Bankkredite zu tragen hat, erst in zwei Stufen realisiert werden:

3. Nach einem Verzicht auf die Veranschlagung von Eigenkapitalzinsen im gesamten Sozialwohnungsbestand der städtischen Gesellschaften und dem entsprechenden Verzicht auch auf Entschuldungsgewinne (d.h. auf Aneignung erhöhter Eigenkapitalzinsen) bei älteren Beständen ist als erster Schritt ein »Mietenpooling« im gesamten Sozialwohnungsbestand dieser Gesellschaften vorzunehmen. Danach sollen die *gesamten* Einnahmen die *Summe* der laufenden Ausgaben im Sinne der finanzwirtschaftlichen Kostenrechnung decken. Zur Deckung der gesamten Ausgaben dienen zunächst die schon bisher gewährten laufenden Objektsubventionen, die jetzt allerdings auf den Gesamtbestand verteilt werden. Die restlichen Ausgaben sind durch Mieteinnahmen aus bestandsbezogenen Durchschnittsmieten zu decken. Bei der ersten Stufe des Mietenpooling, die der Praxis des kommunalen Wohnungsbaus in Großbritannien entspricht, könnte bereits eine Durchschnittsmiete erreicht werden, die weit unterhalb der hohen »Sozialmieten« von neuen Sozialwohnungsbeständen und solchen Beständen liegt, die schon mehrere Mietsteigerungen

durch Subventionsabbau erfahren haben, aber auch unter den Mieten der ältesten Sozialwohnungsbestände bleibt. Wird der bisherige periodische Abbau der laufenden Objektsubventionen beibehalten, ergibt sich durch Verteilung des Subventionsabbaus auf den Gesamtbestand immerhin ein wesentlich verringerter jährlicher Mietanstieg. Die längerfristig anzustrebende zweite Stufe des Mietenpooling im kommunalen Sozialwohnungsbestand ist erreicht, wenn auch die verbliebenen Tilgungs- und Zinsausgaben für den kreditfinanzierten Teil des einbezogenen Sozialwohnungsbestands entfallen, so daß die Mieter im gesamten kommunalen Sozialwohnungsbestand nur noch die durchschnittliche Bewirtschaftungskosten-Miete aufbringen müssen. In dieser Phase können laufende Objektsubventionen ganz entfallen.

Die zweite Stufe kann jedoch nur erreicht werden, wenn zusätzlich erstellte *Neubausozialwohnungen* nicht mehr mit Kapitalmarktkrediten finanziert werden und damit keine Neuverschuldung des kommunalen Sozialwohnungsbestandes mehr eintritt. In beiden Stufen des Mietenpooling wird eine vollständige Deckung der anfallenden laufenden Ausgaben erzielt; darüber hinaus können alle öffentlichen Finanzierungsmittel, die in den älteren Sozialwohnungen enthalten sind (Baudarlehen), weiterhin über Tilgungsbeträge an den öffentlichen Haushalt zurückgezahlt werden. Es entfällt aber die Gewinnerzielung beim Träger, so daß Neubauinvestitionen immer wieder aus öffentlichen Haushaltsmitteln vorfinanziert werden müssen.

In das Mietenpooling sollten nicht nur alle Sozialwohnungsbestände, sondern auch die *Altbauwohnungsbestände* dieser Gesellschaften einbezogen werden. Dadurch könnte die Durchschnittsmiete noch weiter gesenkt werden, selbst wenn in den Altbaubeständen höhere Instandhaltungsausgaben erforderlich sind als in Sozialwohnungsbeständen. Auf der Basis einer durch »pooling unter Gewinnverzicht« bestimmten Durchschnittsmiete wäre anschließend eine *einkommensbezogene* Mietendifferenzierung sinnvoll und möglich. Andererseits ermöglicht die Abkehr von der bisherigen objektbezogenen Mietenkalkulation, daß sich die Mieter des Sozialwohnungsbestandes besser solidarisieren und koordinieren können, da sie zu *gleichmäßig* Betroffenen werden.

4. Die angegebenen Maßnahmen können nicht realisiert werden, wenn man die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in ihrer bisherigen Unternehmensform als Kapitalgesellschaften beläßt. Städtische Kapitalgesellschaften sind strukturell auf eine rein betriebswirtschaftlich ausgerichtete Finanzierung und Mietenkalkulation festgelegt. Selbst wenn im günstigsten Fall ihre Gewinnerzielung nur zum Zwecke der Gewinnverwendung für Neubaufgaben im Sozialen Wohnungsbau erfolgt, können sie dabei keine tragbaren Mieten einhalten, d.h. maßgeblichen Anforderungen einer sozialen Wohnungsversorgung nicht gerecht werden. Eine Bewirtschaftung der Sozialwohnungsbestände kommunaler Wohnungsunternehmen nach Grundsätzen der öffentlichen Haushaltswirtschaft würde voraussetzen, daß die kommunalen Wohnungsunternehmen *als Kapitalgesellschaften aufgelöst* werden und ihre Sozialwohnungsbestände in eine andere Form kommunaler Trägerschaft übertragen werden. Wie im Falle der für kommunale Neubaufgaben benötigten Trägerkonstruktion müßten auch die vorhandenen kommunalen Sozialwohnungsbestände in der Form eines kommunalen Sondervermögens verwaltet und bewirtschaftet werden.¹³ Auf Grundlage dieser Form der Trägerschaft wäre wie im Falle der Neubaufgaben eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Wohnungsverwaltung zu verwirklichen. Dabei kommt vor allem eine Übertragung von Zuständigkeiten und Mitteln zur Hausbewirtschaftung an *Verwaltungsgenossenschaften* der Bewohner in Frage, wie es bei den management-cooperatives im Rahmen des kommunalen Miethausbesitzes in Großbri-

tannien praktiziert wird. In vielen Fällen ist es allerdings nicht nötig, daß die Bewohner zur Selbstverwaltung extra eine Verwaltungs-*Genossenschaft* in traditioneller genossenschaftlicher Rechtsform gründen. Der einfachste Weg besteht in der Möglichkeit, daß die Gemeinde als Eigentümer mit den Bewohnern einen sogenannten »*Hausverwaltungsvertrag*« abschließt, nach dem im einzelnen festzulegende Bewirtschaftungs- und Verwaltungsaufgaben einschließlich der dazu erforderlichen finanziellen Mittel in die Selbstverwaltung der Bewohner übergeben werden. Die Hausgemeinschaft der Bewohner müßte sich zu diesem Zweck die rechtsfähige Form eines Vereins geben. — Durch die »Kommunalisierung« der Sozial- und Altbauwohnungsbestände städtischer Wohnungsbaugesellschaften könnten in relativ kurzer Zeit und ohne besondere Erwerbskosten umfangreiche Wohnungsbestände von Verwertungsansprüchen befreit und für eine sozial orientierte kommunale Wohnungspolitik eingesetzt werden. Die betreffenden Wohnungsbestände würden nicht nur vor der Umwandlung und vor ständigen Mietsteigerungen geschützt; ihre Bewirtschaftung nach haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen, durch »Mietenpooling unter Gewinnverzicht«, gewährleistet auch eine beträchtliche Reduzierung der Durchschnittsmieten im *gesamten einbezogenen* Sozialwohnungsbestand. Auch die neueren Sozialwohnungen würden also die Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten mit niedrigen Einkommen nicht mehr überfordern. Die Bildung von bestandsbezogenen Durchschnittsmieten führt insbesondere zur Beseitigung der extrem hohen Mietspitzen, die zur Zeit in Teilen der neueren Baujahrgänge gegeben sind. Dennoch kann *auf Basis* der niedrigen Durchschnittsmiete eine behutsame Mietenstaffelung mit Bezug auf die Einkommen der Bewohnerhaushalte und unterschiedliche Wohnungsstandards eingeführt werden. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit, Fehlbelegungsabgaben zu erheben — eine Mietenreduzierung im Sozialwohnungsbestand eröffnet jedoch die Möglichkeit, zu verhindern, daß Sozialwohnungen künftig schon wegen hoher Mieten von vornherein mit höher verdienenden Haushalten fehlbelegt werden (müssen). Die »Entzerrung des Mietengefüges« im Sozialwohnungsbestand *nach unten* verlangt von den einbezogenen öffentlichen Unternehmen Gewinnverzicht und vom öffentlichen Haushalt Zinsverzicht für die früher bereitgestellten Baudarlehen, kommt aber ohne zusätzliche Objektsubventionen aus. Die gewährten laufenden Ertragssubventionen können wie bisher auch im Rahmen des »pooling« nach und nach abgebaut werden, nur daß der Subventionsabbau keine relevanten Mietsteigerungen mehr auslösen wird. Auf der anderen Seite kann trotz reduzierter Durchschnittsmieten mit den einbezogenen Wohnungsbeständen ein revolvierender Fonds aus »Solidarbeiträgen« der Bestandsmieter aufgebaut werden, der in kurzer Zeit einen relevanten Umfang erreichen würde und für Neubauten oder Erneuerungsmaßnahmen einsetzbar wäre. Dieser neue Umgang mit den Wohnungsbeständen städtischer Wohnungsbaugesellschaften wird je nach ihrem bisher erreichten Anteil am gesamtstädtischen Wohnungsangebot den Teilmärkten preiswerter Mietwohnungen beträchtlich erweitern und damit auch auf die gesamtstädtische Mietpreisentwicklung einen dämpfenden Einfluß nehmen.

Ergebnisse von Modellrechnungen für Berlin (West)

Modellrechnungen, die sich auf den Sozialwohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin (West) beziehen,¹⁴ zeigen beispielhaft, wieweit ohne zusätzliche Subventionen die durchschnittliche Miethöhe im Sozialwohnungsbestand durch ein »Mietenpooling unter Gewinnverzicht« *reduziert* und gleichzeitig die extremen Mietunterschiede innerhalb des Bestandes aufgehoben werden können. Ihre *Ergebnisse* ermöglichen folgende Feststellungen:

- Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin beziehen für ihre Wohnungsbestände im Bezugsjahr 1982 Einnahmen in Höhe von insgesamt 977 Mio DM. Die Bewirtschaftungskosten dieser Wohnungsbestände umfassen 45,7%, die Ausgabenbelastung für Fremdkapitalzinsen 37,7% der Einnahmen. Es bleibt ein finanzieller Überschuß in Höhe von 161 Mio DM bzw. 16,6% der Einnahmen. Ein Teil der Überschüsse wird als Gewinn von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften angeeignet, ein anderer Teil wird als Kapitalzins für öffentliche Baudarlehen an den Landeshaushalt abgeführt. Nach Ansätzen des Berliner Haushaltsplans (1983) handelt es sich dabei 1982 um ca. 93 Mio DM (d.h. 57% der Überschüsse). Offensichtlich wird ein Teil der laufenden Subventionen nur dafür aufgewendet, daß die beteiligten öffentlichen Träger finanzielle Erträge vorweisen können, statt für eine effektive Reduzierung der Mieten im gesamten Wohnungsbestand der städtischen Gesellschaften.
- Die gegebene Durchschnittsmiete im gesamten Wohnungsbestand der städtischen Gesellschaften (einschließlich Altbauwohnungsbestand) beträgt 4,95 DM/m² monatlich. Wegen der extremen Mietunterschiede innerhalb dieses Bestandes (Mietspitzen bis zu 8,30 DM/m² monatlich) handelt es sich um einen fiktiven Durchschnittswert, der nur dann praktische Bedeutung erhalten würde, wenn die von den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vorgeschlagene »Unternehmensmiete« tatsächlich durchgesetzt würde. Die Bewohner des einbezogenen Altbaubestandes müßten in diesem Fall jedoch mit drastischen Mietsteigerungen rechnen, da sie einfach die unverändert teuren Neubaubestände mittragen würden.
- Ein Mietenpooling unter Verzicht auf Entschuldungsgewinne und Kapitalverzinsung öffentlicher Finanzierungsmittel und unter weiterer Verwendung der bisher gewährten laufenden Ertragssubventionen, die auf Gesamtbestand verteilt werden, ermöglicht eine bestandsbezogene Durchschnittsmiete von 3,79 DM/m² monatlich. Dieses Mietpreisniveau würde für alle einbezogenen Wohnungen reale Geltung haben und nicht nur wesentlich niedriger liegen als die derzeitigen Mieten für Neubau-Sozialwohnungsbestände, sondern auch niedriger als die Altbaumieten bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Dabei sind die Fremdkapitalkosten weiterhin gedeckt, die vor allem auf den neueren Sozialwohnungsbeständen lasten und erst nach und nach im Zuge der Entschuldung reduziert werden. Im Rahmen eines Mietenpooling müssen auch die Mieter der Altbaubestände die bei den Neubaubeständen entstandene Ausgabenbelastung für Fremdkapitalzinsen mittragen; umgekehrt müssen die Mieter der Neubaubestände die höheren Instandhaltungskosten der Altbaubestände mittragen. Diese Ausgleichsprozesse innerhalb des gesamten Wohnungsbestands erfolgen jedoch auf der Basis, daß die Mieten durch Zinsverzicht der beteiligten öffentlichen Träger für alle einbezogenen Wohnungen *reduziert* worden sind. Weil im Rahmen des vorliegenden Modells die tatsächlichen Ausgabenbelastungen für Fremdkapitalkredite, die noch vom *bisherigen* Finanzierungs- und Förderungssystem verursacht wurden, ausdrücklich miteinbezogen sind, ist es gerechtfertigt, in das Modell auch die *dafür* bereitgestellten laufenden Ertragssubventionen mit einzubeziehen. Der bisherige jährliche Subventionsabbau bleibt davon in seiner finanziellen Größenordnung unberührt. Künftig erstellte Neubausozialwohnungen könnten annähernd das gleiche Mietpreisniveau erhalten, wenn sie in diesen Rahmen einbezogen und ohne Kapitalmarktmittel finanziert werden. Die Einführung des »Mietenpooling unter Gewinnverzicht öffentlicher Träger« im Wohnungsbestand städtischer Gesellschaften (ca. 190000 Wohnungen) würde in Berlin das Angebot *preiswerter* Mietwohnungen mehr als verdoppeln,

und damit den für Haushalte mit niedrigen Einkommen geeigneten Wohnungsteilmarkt über die vorhandenen Substandard-Altbauwohnungen (ca. 150 000 Wohnungen mit »schlechter Ausstattung«, darunter ein großer Teil mit Instandhaltungsmängeln¹⁵) hinaus wesentlich erweitern.

- Nach ca. 30 Jahren wird eine 2. Stufe des Mietenpooling erreicht, bei der die gesamten Ausgaben für die Bewirtschaftung des einbezogenen Wohnungsbestands mit einer Durchschnittsmiete von 3,17 DM/m² monatlich gedeckt werden können (ohne Berücksichtigung künftiger Erhöhungen bei Betriebs- und Instandhaltungskosten), unter der Bedingung, daß die nach und nach wegfallenden Fremdkapitalkosten nicht auf Kosten der Bewohner durch eine Verzinsung der eingesetzten öffentlichen Mittel ersetzt werden. Dabei können die gewährten laufenden Ertragssubventionen in gleichem Umfang wie bisher reduziert werden und noch vor Erreichen der 2. Stufe ganz entfallen. Gleichzeitig können die niedrigen bestandsbezogenen Durchschnittsmieten in den Grenzen der sonst üblichen Abschreibung auch einen »Solidarbeitrag« der Bestandsmieter enthalten, aus dem ein kumulativ anwachsender Fonds zur kapitalmarktunabhängigen Finanzierung von Neubau- und Erneuerungsinvestitionen entsteht.

Anmerkungen

- * Dieser Artikel enthält Vorarbeiten zu einem Kapitel eines Buchs, das im Sommer 1984 im VSA-Verlag, Hamburg, erscheint: Krätke, S., R. Hirsch-Borst und F. Schmolz: Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie — Neue Wege für die Kommunale Wohnungspolitik.
- 1 Vgl. Steinbach, H.: Handlungsspielräume einer eigenständigen Wohnungspolitik unter Einbeziehung kommunaler Wohnungsunternehmen, in: Habermann-Nießé, K., u.a. (Hrsg.): Alternativen in der Wohnungspolitik, Bielefeld 1983.
 - 2 Vgl. ebd.
 - 3 Vgl. Rieger, W.: Wesen und Wirken gemeindlicher Wohnungsunternehmen, in: Gemeinnütziges Wohnungswesen, 7. Jg., 1954, S.109ff.
 - 4 Vgl. Söthe, P.: Wohnungspolitik und Genossenschaftsgedanke — historische Erfahrungen als Perspektive, in: Albertz, H., u.a. (Hrsg.): Lokal 2000, Reinbek 1983.; Vogel, H.-J., und P. Sötje: Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfe — Elemente einer neuen Wohnungspolitik, in: Bauhandbuch 1983, Berlin/West. 1983; Hellweg, U., und Chr. Neustüb: »Vergenossenschaftlichung« des Wohnungsbestandes?, in: Stadtbauwelt 75/1982.
 - 5 Vgl. Berliner Stimme v. 8.5.1982, S.6.
 - 6 Vgl. Hirsch-Borst, R., S. Krätke und F. Schmolz: Stadterneuerung ohne Spekulanten, Berlin/West 1982, S.266ff., 285ff.
 - 7 Vgl. Vogel, H.-J., und P. Sötje, a.a.O.
 - 8 Vgl. Rieger, W., a.a.O.
 - 9 Thiemeyer, Th.: Öffentliche Unternehmen als Instrumente einer sozial orientierten Wirtschaftspolitik, in: Meißner, W., J. Kosta und J. Welsch (Hrsg.): Für eine ökonomische Reformpolitik, Frankfurt/M. 1981.
 - 10 Vgl. Krätke, S.: Neue Wege der Förderung und Organisation des Wohnungsbaus, in: Habermann-Nießé, K., u.a. (Hrsg.): Alternativen in der Wohnungspolitik, Bielefeld 1983 — Alternative Kommunalpolitik, Sonderheft 2.
 - 11 Vgl. Winter, G., U. Barth und B. Schlemmermeyer: Die Kostenmiete, Hamburg 1982; Heuer, J.H.B.: Lehrbuch der Wohnungswirtschaft, Frankfurt/M. 1979, S.311.
 - 12 Dazu ausführlich: Krätke, S.: Kommunalisierter Wohnungsbau als Infrastrukturmaßnahme, Frankfurt/M., Bern 1981.
 - 13 Winter, Barth und Schlemmermeyer (a.a.O., bes. S.81ff.) schlagen vor, aus den Sozialwohnungsbeständen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen ein »Sondervermögen« zu bilden — allerdings mit dem vorrangigen Ziel, zu sichern, daß erzielte Gewinne (insbesondere aus der Eigenkapitalverzinsung) tatsächlich wieder für den Sozialen Mietwohnungsbau verwendet werden. Hier soll das von bestimmten Vertretern der »Gemeinnützig« hochgehaltene Prinzip einer »Gewinnerzielung der Gewinnverwendung wegen« effektiv durchgesetzt, nicht aber die Gewinnerzielung im Rahmen einer sozialen Wohnungsversorgung selbst in Frage gestellt werden.
 - 14 Die Modellrechnungen können in knapper Form meinem Beitrag in der Zeitschrift »Alternative Kommunalpolitik« 5/1983, Bielefeld, S.30-33, entnommen werden.
 - 15 Vgl. GEWOS: Wohnungsmarktanalyse Berlin, Nachfrage- und Angebotssituation auf dem Berliner Wohnungsmarkt, Berlin/West. 1982, S.5.

Diskussionsschwerpunkt

Dieter Scholz und Bruno Zwingmann

Sozialabbau in der Bundesrepublik

Der Abbau von Sozialleistungen und die Beschneidung von sozialen Rechten der Arbeitnehmer müssen seit mehreren Jahren bilanziert werden. Sie erfolgen heute vor dem Hintergrund eines sogenannten »Wirtschaftsaufschwungs« mit steigender Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen. Bei aller Notwendigkeit, in dieser Situation um die Bewahrung von sozialen Rechten zu kämpfen, sollte nicht vergessen werden, daß der Sozialabbau nicht von einem Optimum sozialer Sicherung in der Bundesrepublik ausging, sondern in zentralen Bereichen noch katastrophale Mängel herrschten. Beispiele dafür sind die Mängel in der psychiatrischen Versorgung oder das Fehlen einer menschenwürdigen Existenzsicherung bei den Kleinstrentnerinnen.¹ Erst recht gilt dies für die individuellen und kollektiven Arbeitnehmerrechte im Arbeitsschutz, dem Arbeitsrecht wie auch für das Zentralthema der betrieblichen und unternehmensweiten Mitbestimmung. So wichtig einzelne Reformschritte hier auch waren, so kann wohl nicht geleugnet werden, daß die Verwirklichung der zentralen strategischen Grundforderungen der Gewerkschaften und auch der SPD hier noch ausstanden.

1. Maßnahmen, Bereiche und Verlauf des Abbaus von Sozialleistungen und sozialen Rechten

Sozialabbau muß als breit angelegte gesellschaftliche Strategie von Maßnahmen zur Umverteilung und zum Abbau von sozialen Rechten analysiert werden, in deren Zentrum die Politik der Bundesregierung steht. Ebenso müssen aber auch die Politik von Ländern und Kommunen, die Entscheidungen oberster Gerichte und letztendlich die Ergebnisse und Bedingungen der Tarifpolitik in ihren sozialen Auswirkungen gesehen werden.

Gesamtstruktur und -verlauf des Abbaus von Sozialleistungen durch die Bundesregierung wurden jetzt erstmals im Memorandum '84² für mehrere Jahre untersucht. Danach nahm allein der Bundesgesetzgeber zwischen Ende 1981 und Ende 1983 über 250 steuer- und sozialpolitische Rechtsänderungen vor. Hinsichtlich der Umverteilungswirkungen unterscheidet das Memorandum folgende Maßnahmengruppen, die in unterschiedlicher Zusammensetzung alle drei großen Haushaltoperationen charakterisierten:

- direkte finanzielle Belastungen für die Arbeitnehmer und breite Bevölkerungsschichten durch Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben bzw. Kürzungen und Rücknahmen von Leistungen im sozialen Bereich
- steuerentlastende Maßnahmen und Gewinnförderung zugunsten von Unternehmern und Besserverdienenden
- Abwälzung finanzieller Verpflichtungen der steuerfinanzierten öffentlichen Haushalte auf die beitragsfinanzierten Sozialversicherungshaushalte.

Neben diesen auch quantitativ faßbaren Maßnahmen zur Umverteilung müssen noch die Rücknahme und der Abbau individueller und kollektiver Mindestrechte der Arbeitnehmer im Arbeitsschutz und Arbeitsrecht hinzugenommen werden. Zentrale Rechtsänderungen und Schwerpunktverlagerungen in anderen Politikbereichen, wie z.B. beim HdA-Programm,³ der Forschungs- und Technologiepolitik,³ im Ausländerrecht usw., spielen eben-

falls eine Rolle in diesem Zusammenhang. Von Bedeutung sind auch Entscheidungen der obersten Gerichte in Angelegenheiten der sozialen Sicherung und der Arbeitnehmerrechte gewesen, vor allem die Urteile zur Bildschirmarbeit, zum Unterlassungsanspruch und zum Sozialplan.⁴

Die einzelnen Phasen des Sozialabbaus weisen seit Beginn der Krise folgende Schwerpunkte und Entwicklungstendenzen auf:

- 1975 wurde das 1. Haushaltsstrukturgesetz beschlossen, 1977 und 1981 die Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetze, 1977 und 1978 die Rentenanpassungsgesetze. Diese ersten Kürzungs- und Umverteilungsmaßnahmen sind begleitet von einem faktisch verhängten Reformstopp im Bereich der Sozialpolitik.
- Mit der Haushaltsoperation 1982 geriet dann vor allem die Arbeitslosenversicherung in den Sog der Krisenauswirkungen, da sie unmittelbar mit dem krisenhaften Wirtschaftsverlauf gekoppelt ist. Die Maßnahmen bezogen sich auf Beitrags erhöhungen, Leistungskürzungen wie auch Beschneidungen der ohnehin zu wenig entwickelten aktiven Arbeitsmarktpolitik.⁵ Mit zunehmender Dauer und Steigerung der Arbeitsmarktprobleme gerieten folgend die Renten- und Krankenversicherung in den Sog der Wirtschaftskrise und Sparpolitik.
- Die Operation '83, verbunden mit den bisher größten finanziellen Opfern für Arbeitnehmer und Sozialleistungsempfänger, führte dazu, daß staatliche Sozialleistungen direkt gesenkt und die Selbstbeteiligung der Versicherten in der Renten- und Krankenversicherung eingeführt oder erweitert wurde. Neben dieser indirekten Beitragsanhebung ist vor allem langfristig wichtig, daß die Sozialleistungen weitgehend von der Einkommensentwicklung abgekoppelt und der Anspruch auf dynamische Anpassung unterhöhlt wurde.⁶
- Mit der Haushaltsoperation '84 wird dann die Krankenversicherung unmittelbar für finanzpolitische Ziele instrumentalisiert. Sie muß jetzt arbeitsmarktpolitische Risiken mittragen. Weiter werden erstmals die Lohnersatzleistungen, wie z.B. Arbeitslosen- und Krankengeld, spürbar gesenkt. Spätestens mit der Operation '84 greift die staatliche Umverteilungspolitik auch auf die Tarifpolitik über. Wegen der unmittelbaren Zugriffsmöglichkeiten für den Staat ist der Öffentliche Dienst hier als erster betroffen.
- In den Zeitraum ab 1984 fallen auch die verschiedenen Gesetzentwürfe, die nach den Worten des Bundesarbeitsministers den Arbeitsmarkt »gelenkiger« machen sollen und deshalb wichtige Mindestschutzbestimmungen für die Arbeitnehmer zurücknehmen. Zu nennen sind hier vor allem die Verschlechterungen beim Jugendarbeitsschutzgesetz, die angeblich eine Ausbildungshemmung beseitigen sollten, wie auch der Entwurf für ein Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetz. Danach sollen vor allem die Frau enarbeit am Bau zugelassen und die anachronistische Wochenarbeitszeit von 48 Stunden festgeschrieben werden. Den umfassendsten Eingriff bildet der Entwurf für ein »Beschäftigungsförderungsgesetz«, dessen inhaltliche Kernpunkte u. a. die Einführung befristeter Arbeitsverträge, die Erhöhung der Höchstdauer bei der Überlassung von Leiharbeitnehmern, die Förderung der Teilzeitarbeit und gesetzliche Verankerung von Job-Sharing und Arbeit auf Abruf, die Verschlechterung des Kündigungsschutzes für Teilzeitarbeitnehmer in Kleinbetrieben, die Einführung einer sogenannten Teilarbeitsfähigkeit, Anrechnung von Kuren auf den Urlaub sowie Sozialabgaben bei Geringverdienern⁷ bilden.

2. Gesamtumfang der Umverteilung und Belastung einzelner Gruppen

Das Nettovolumen von Sozialabbau und Umverteilung durch die Haushaltsoperationen '82-'84 einschließlich ihrer jeweiligen Folgewirkungen bis 1985 beläuft sich auf mindestens 210 Milliarden DM. Der Anteil der ersten Maßnahmengruppe von Kürzungen sozialer Leistungen bzw. Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen erreicht dabei den Löwenanteil von rund 176 Milliarden DM. Von diesen wiederum entfällt die finanzielle Hauptlast auf den Abbau sozialer Leistungen mit über 75 Milliarden DM, gefolgt von fast 60 Milliarden DM für mehrmalige Beitragssatzerhöhungen zur Sozialversicherung sowie der Absenkung und Verschiebung des Besoldungsanstiegs im Öffentlichen Dienst und schließlich von 42 Milliarden DM durch Anhebung der indirekten Steuern und Änderungen im Mietrecht.

Demgegenüber werden 9 Milliarden DM netto direkte Entlastungen bei Unternehmer-einkünften aufgeführt sowie schließlich knapp 26 Milliarden DM, mit denen sich der Staat von seinen eigenen finanziellen Verpflichtungen durch Abwälzung auf die Sozialversicherungshaushalte entlastet.

Gegenüber diesen globalen Umverteilungswirkungen machen folgende Zahlen die konkrete Auswirkung deutlicher:

- Für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt belaufen sich die Zusatzbelastungen auf etwa 15% des ohne Sozialabbau verfügbaren Nettoeinkommens, das ja auch schon seit ein paar Jahren abnimmt.
- Bei den Rentnern ist eine Einbuße zwischen 10 und 15% anzunehmen.
- Bei den Sozialhilfeempfängern treten reale Einkommensverluste von 13% ein. Treffen Einbußen der genannten Größenordnungen schon den normalen Arbeitnehmerhaushalt sehr hart, so bedeuten die Einkommen der Sozialhilfe nach den Kürzungen nackte Not.

Am Beispiel der Arbeitslosen soll der soziale Abstieg etwas genauer in Zahlen verdeutlicht werden. Betrug bei steigenden Zahlen von Arbeitslosen 1975 das Verhältnis von Arbeitslosengeldempfängern und Arbeitslosenhilfeempfängern noch je 65% und 10%, so hatten sich Ende 1983 die Relationen auf 40% und 23% verschoben. Besonders nach der Kürzung des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes ab 1.1.84 von 68% auf 63% des vorherigen Nettoeinkommens bei Betroffenen ohne Kinder decken die Unterhaltsgelder zunehmend nicht mehr das Existenzminimum. Nach Berechnungen des DGB muß beispielsweise ein verheirateter Arbeitslosengeldbezieher ein Einkommen von 2058 DM und ein Arbeitslosenhilfeempfänger eines von mehr als 2297 DM erzielt haben, um nicht unter die Sozialhilfegrenze zu rutschen. Die realistische Schätzung des DGB geht davon aus, daß durch diese Neuregelung 20% der Männer und 80% der Frauen, die Arbeitslosengeld beziehen, sich unterhalb dieser Grenze befinden; bei der Arbeitslosenhilfe wird sogar ein Anteil von 50% bei den Männern und 85% bei den Frauen angenommen.

Über die Abdrängung von Arbeitslosen in die Sozialhilfe liegen über die letzten beiden Jahre noch keine umfassenden Statistiken für das Bundesgebiet vor. Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung wies aber beispielsweise für die Stadt Dortmund nach, daß von April 1982 bis April 1983 der Anteil der Arbeitslosenhaushalte, der ganz oder zum Teil Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen muß, von 15,3 auf 25,2% gestiegen ist. Es muß dabei noch gesehen werden, daß die tatsächliche Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen weit hinter den rechtlichen Ansprüchen zurückbleibt. Gerade für die Bedürftigsten gilt nach wie vor, daß Unkenntnis, Stolz, Scham, die Angst vor Diskriminierung oder auch die Angst, die Angehörigen mit in die eigene finanzielle Misere hineinzuziehen, dazu füh-

ren, daß Sozialhilfe gar nicht erst beantragt wird. Untersuchungen für 1981 zeigen, daß von 100 Haushalten, die Sozialhilfeleistungen beantragen könnten, 48 dies nicht taten.

3. Mittelbare Wirkungen des Sozialabbaus

Auch wenn die unmittelbaren einkommensmäßigen Folgen des Sozialleistungsabbaus dramatisch sind, können seine mittelbaren Auswirkungen für die Betroffenen, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, wie auch die Gesellschaft insgesamt, als ebenso einschneidend angesehen werden. Viele soziale Spar- und Umverteilungsmaßnahmen wären ohne diese mittelbaren Auswirkungen, z.B. nur vom Effekt der Haushaltsentlastung gesehen, geradezu unsinnig. Diese Wirkungen sind:

- Soziale Risiken werden in beträchtlichem Ausmaße wieder reprivatisiert und den Arbeitnehmern und ihren Familien aufgebürdet.
- Durch die Ausgrenzung einzelner Personen und ganzer Gruppen wird das konstitutive Solidarprinzip sukzessive unterhöhlt und eine weitere Spaltung und Segmentierung der Arbeitnehmerschaft bewirkt.
- Das Äquivalenzprinzip wird ebenfalls mehr und mehr außer Kraft gesetzt. Der beschäftigte Arbeitnehmer muß für immer weniger Leistungen immer mehr einzahlen, falls er die soziale Sicherung selbst in Anspruch nehmen muß.
- Der Abbau von Mindestschutzbestimmungen des Arbeitsrechts flankiert die Wirkungen des Umverteilungsprozesses. Zunehmende Ausnahmebestimmungen für einzelne Gruppen führen zur Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft und bewirken, daß für immer größere Gruppen von Arbeitnehmern der Anspruch auf ein normales, existenzsicherndes Arbeitsverhältnis illusorisch wird.
- Machen der Druck der Arbeitslosigkeit und die Rücknahme von Sozialleistungen die Besitzer der Arbeitskraft billig und gefügig, so soll der Abbau der Mindestschutzbestimmungen des Arbeitsrechts die flexible Verfügbarkeit der Unternehmer über die Ware Arbeitskraft, weitgehend ungehindert von Arbeitszeit- oder Arbeitsschutzfestlegungen und Kündigungsschutz, sichern.
- Privatisierung und Disziplinierung wie auch die Aufspaltung und Segmentierung der Arbeitnehmerschaft sind nicht nur die Folgen der Krise, sondern auch Politik des Sozialabbaus. Sie gefährdet daher auf lange Sicht den Bestand der Gewerkschaften als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer. Insgesamt gesehen, wird das Sozialleistungssystem zunehmend destabilisiert und zu einem Verschiebebahnhof der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dies hat beträchtliche Folgen für eine rationale und verlässliche Lebensplanung der einzelnen Betroffenen, ihr soziales Verhalten und ihre politischen Einstellungen. Dieser Prozeß wirkt negativ auch auf die (noch) nicht Betroffenen.
- Für die Wirtschaftspolitik verlieren die Sozialhaushalte als großer fester Block konsumptiver Ausgaben ihre nachfragestabilisierende, antizyklische Wirkung.

4. Ursachen, zentrale Begründungen und Strategie der Politik des Sozialabbaus

Die ideologischen Begründungsmuster für die Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung ergeben sich unmittelbar aus den Doktrinen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die grundsätzlich einmal darauf zielt, die Ausgaben und vor allem die Schuldenfinanzierung der staatlichen Haushalte zu reduzieren und andererseits Umschichtungen von den »konsumptiven« Sozialausgaben hin zur Förderung der Gewinne und der Entlastung von Unternehmern und Selbständigen vorzunehmen. Zentrale ideologische Leitbegriffe stellen der angebliche »Mißbrauch« von Sozialleistungen, das »Anspruchsdenken«, die

»Übersorgung«, die »Lähmung der Leistungsbereitschaft«, »bürokratische Ineffizienz« sowie eine angebliche »Entmündigung« durch einen in alle Phasen des Privaten hineinreichenden Sozialstaat dar.

Diese ideologischen Konzepte sind bekanntlich nicht neu. Vor der Verführung zum Anspruchsdenken und der angeblichen Übersorgung wurde schon in Hochkonjunkturzeiten immer wieder von Konservativen gewarnt. Allerdings hat erst die Wirtschaftskrise dazu geführt, daß der bundesrepublikanische »Grundkonsens« gebrochen ist, der unter Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität auch einen Ausbau der Sozialpolitik vorsah. Das auch in Zeiten der Hochkonjunktur immer vorhandene Unbehagen des Kapitals und der konservativ-liberalen Kräfte an den langfristigen Folgen der sozialen Sicherung für die ökonomische und politische Expansion des Kapitalismus schlägt angesichts der langfristigen, schweren Wirtschaftskrise in offen-reaktionäre Politik um. Die »reinigende« Kraft der kapitalistischen Krise, die überakkumuliertes Kapital vernichtet und vor allem den Preis der Arbeitskraft drückt wie auch ihre uneingeschränkte Verfügbarkeit und Mobilität sichert, soll wie in alten Zeiten wiederhergestellt werden. Die seit dem Konkurrenzkapitalismus stattgefundene Entwicklung der Arbeiterbewegung, des kapitalistischen Staates wie des Kapitalismus insgesamt bringt es mit sich, daß diese Auseinandersetzung heute vor allem politisch geführt werden muß. Das anvisierte Umgestaltungsprogramm⁸ der Reaktion ist im übrigen noch lange nicht vollständig realisiert.

Das zentrale Handlungsproblem ist, daß trotz Massenarbeitslosigkeit und Sog auf die Masseneinkommen durch Reallohnverlust und Sozialabbau die angesprochenen ideologischen Leitbegriffe ihre Wirkung nicht unbedingt einbüßen. Nicht nur Verarmung macht also handlungsunfähig, sondern ebenso Vereinzelung, Ausgrenzung und vor allem die Übernahme von Mißbrauchsthese in einem Akt der Selbstverurteilung.

5. Widerstand und Alternativen

Reaktionen der Arbeiterbewegung auf soziale Einschnitte wurden lange Zeit durch Rücksichtnahme auf die sozial-liberale Koalition gedämpft. Die Sozialdemokraten selbst zogen und ziehen sich weitgehend auf die rein defensive Formel von der ausgewogenen Verteilung der Lasten zurück, die als solche eine Notwendigkeit des Sozialabbaus nicht bestreitet und die gravierenden mittelbaren Auswirkungen ausblendet. Spätestens seit der Operation '82 kann von »Ausgewogenheit« ohnehin keine Rede mehr sein.⁹ Die gewerkschaftlichen Demonstrationen von 1982 — noch zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition — setzten ein erstes Zeichen, daß die Gewerkschaften nicht mehr bereit waren, den eingeschlagenen Kurs stillschweigend zu dulden. Auch Selbsthilfebewegungen und Selbsthilfeorganisationen von Betroffenen des Sozialabbaus regten sich in nicht unbeträchtlichem Ausmaß.¹⁰ Von zentraler Bedeutung ist allerdings, daß die Gewerkschaften einen entscheidenden Hebel gefunden haben, um selbst der Politik des Sozialabbaus entgegenzuwirken. Vor allem im Kampf um die 35-Stunden-Woche konkretisiert sich auch die entscheidende Handlungsgrundlage dafür, ob der Sozialstaat realistisch verteidigt werden kann, die Spaltungstendenzen in der Arbeitnehmerschaft abgewehrt werden können und schließlich, ob die Kampfkraft der Arbeiterbewegung überhaupt noch ernstgenommen werden muß. Immerhin hat allein die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche zur Vorlage des einzigen sozialpolitischen »Fortschritts« geführt, wenn man das magere Vorruhestandsmoddell der Bundesregierung als solchen bezeichnen will.

Bei ihrer Verwirklichung hätte die 35-Stunden-Woche allerdings auch unmittelbar beträchtliche positive Auswirkungen für die öffentlichen Finanzen und die Sozialversiche-

runghäushalte.¹¹ Entsprechend den unterschiedlichen Annahmen über den eintretenden Beschäftigungseffekt beträgt der gesamte Entlastungseffekt für die Annahme einer Arbeitszeitverkürzung von 5 Wochenarbeitsstunden, die bis zu 66% durch neue Beschäftigte ausgeglichen wird, mehr als 16 Milliarden DM. Aber auch schon bei einer Verkürzung um eine Stunde und einem Beschäftigungseffekt von lediglich 50% würde eine Entlastung von über 2 Milliarden DM erreicht. Bei der gleichen Arbeitszeitverkürzung unter der Annahme von 66% Beschäftigungswirkung ergeben sich knapp 3 Milliarden DM. An ausgearbeiteten und finanziell durchgerechneten Alternativforderungen zur Politik des Sozialabbaus fehlt es heute weniger denn je. Allerdings rücken zunehmend alte Forderungen aus den 60er Jahren wieder auf die Tagesordnung. Auf die detaillierte Ausbreitung der diskutierten Alternativen kann hier verzichtet werden. Verwiesen sei auf die umfangreichen Ausarbeitungen und Forderungen des DGB und in den Memoranden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu Bäcker, G., u.a.: Sozialpolitik. Eine problemorientierte Einführung, Köln 1980.
- 2 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '84. Gegen soziale Zerstörung durch Unternehmerherrschaft — Qualitatives Wachstum, 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung, Köln 1984 (erscheint demnächst).
- 3 Vgl. den laufenden Informationsdienst Humanisierung der Arbeit des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI), Düsseldorf.
- 4 Durch das Sozialplanurteil wurden die Ansprüche der Arbeitnehmer bei Konkursen praktisch an die letzte Stelle gesetzt; das Urteil zum Unterlassungsanspruch des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz erleichterte es dem Unternehmer, vollendete Tatsachen zu schaffen; das Bildschirmurteil bestritt zentrale Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Einführung neuer Technologien.
- 5 Das Memorandum von 1982 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik entwickelte eine auch finanziell durchkalkulierte Alternative, die nicht nur den Sozialstaat als finanzierbar auswies, sondern neben der Rücknahme der Kürzungen auch noch die Finanzierbarkeit der dringend notwendigen Reformen und Ausweitungen der sozialen Sicherung.
- 6 Vgl. Bäcker, G.: Sozialpolitik 1983, in: Gewerkschaftsjahrbuch, Köln 1984 (erscheint demnächst).
- 7 Vgl. als Überblick: Bispinck, R., und M. Bobke: Arbeitskraft aus der Tube? oder: Wie der Bundesarbeitsminister die Beschäftigung fördern will, in: Die Mitbestimmung 6/1984, Düsseldorf.
- 8 Vgl. detailliert die programmatischen Forderungen der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von 1982 und 1983, das Lamsdorff-Papier von 1982 sowie aktuell die Papiere von George, Albrecht und des Wirtschaftsrates der CDU, um nur einige zentrale herauszugreifen.
- 9 Vgl. die auch heute noch lesenswerte briefliche Auseinandersetzung zwischen dem damaligen sozialdemokratischen Finanzminister Matthöfer und Franz Steinkühler, Frankfurter Rundschau v. 23.11.81.
- 10 1983 trafen sich z.B. die Arbeitsloseninitiativen zu einem 1. Bundeskongreß. Protokolle und dergleichen zu beziehen bei: Fachhochschule Frankfurt/Main, FB Sozialarbeit — FB Sozialpädagogik.
- 11 Vgl. Welzmüller, R.: Wirkung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf Fiskus und Sozialversicherung, WSI des DGB, Düsseldorf 1984.

Eckart Reidegeld

Umriss (wirtschafts-)liberaler Sozialstaatskritik*

1. Vorbemerkung

Folgt man den radikaleren Wortführern der Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte, geht es um die Aufkündigung eines breiten gesellschaftspolitischen Grundkonsenses, um eine säkulare Wende: »Im Laufe der Zeit sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden — Sozialisten wie Liberale, schließlich sogar Konservative. Jetzt geht die sozialdemokratische Epoche zu Ende.«¹ Der damit angesprochene breite, aber nie vollkommene Konsens, um den es geht, lautet formelhaft umschrieben: kapitalistische Wirtschaftsordnung und staatliche Globalsteuerung sowie Strukturpolitik zur Krisenvermeidung, »sozialpartnerschaftliche« Einbindung der Gewerkschaften, maßvolle Korrekturen der Markteinkommen, Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen durch den Staat, auch und gerade für die Menschen, sozialpolitische Schutzvorschriften, die Ermöglichung tarifvertraglicher Regelungen der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, sehr begrenzte Mitbestimmung, ein umfangreiches »System« von Sozialversicherung, Versorgung bzw. Sozialhilfe. Standen bislang lediglich mehr oder weniger bedeutende Details sowie das Ausmaß und Tempo dieser Entwicklung zur Debatte,² so werden jetzt, je nach Anlaß und Autorenschaft verschieden, ganze Bereiche dieses Konsenses in Frage gestellt. Die Operation '82, die Gemeinschaftsinitiative, die Operation '83, die Beschlüsse der CDU/CSU/FDP-Regierung und die schließlich verabschiedeten Maßnahmen im Zuge der Haushaltsaufstellungen zeigen, daß die Aufkündigung dieses Konsenses nicht Papier geblieben, sondern harte Realität geworden ist. Die neuen politischen Mehrheitsverhältnisse, die, wie wir aus einer Elitestudie der zweiten Hälfte des Jahres 1981 wissen, mehrheitlich schon lange von »unseren oberen Dreitausend«, besonders von jenen aus der Wirtschaft, dem Militär, abgeschwächt auch aus den Massenmedien, aus Wissenschaft und Forschung, den Freien Berufen und den Kirchen herbeigewünscht und zudem von über 90% auch für durchführbar gehalten wurde,³ machen zusammen mit den absehbaren sozialökonomischen Entwicklungen ein Fortschreiten auf diesem Wege wahrscheinlich. Zusammen mit den erwähnten Erscheinungen in Wirtschaft, Sozialsektor und Politik nimmt, etwa 100 Jahre nach der Diskussion und Verabschiedung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung unter Reichskanzler Otto von Bismarck, eine Publizistik und politische Rhetorik stark zu, die den Wohlfahrtsstaat in all seinen Erscheinungen angreift und zur Ursache mancher oder aller wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen erklärt, denen die große Mehrzahl der Bevölkerung als Lohn-, Gehalts-, Renten- und sonstige Sozialleistungsempfänger heute ausgesetzt ist. Positionen, die bislang eher ein Schattendasein am Rande der (wissenschafts-)publizistischen Szene gespielt haben, befinden sich unüberseh- und hörbar auf dem Vormarsch, ja sie haben die veröffentlichte Meinung bereits wesentlich geprägt. Vornehmlich — aber nicht nur — handelt es sich um psychologisierende, um wirtschaftliche bzw. wirtschaftsliberale Argumentationsketten, die jene neue Richtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik legitimieren sollen, die zunehmend weniger Rücksicht auf die sozialen Rechte der abhängigen Beschäftigten nimmt.

* Der nachfolgende Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung eines Artikels, der unter dem Titel »Sozialpolitik am Wendepunkt: Umriss der Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte« 1983 in Heft 6 der Zeitschrift »Soziale Sicherheit« erschien, die der DGB im Bund-Verlag, Köln, herausgibt.

2. Die Ursachen: Gesellschaftsstruktur und »Wesen« der staatlichen Sozialpolitik

Die politisch-praktischen und theoretisch-ideologischen Gegenbewegungen gegen die Sozialpolitik sind eng verbunden mit den Konstruktionsmerkmalen dieses Politikbereichs und der weiteren Gesellschaft: mit der Tatsache der Existenz einer grundsätzlich privat verfaßten Wirtschaft, deren Ziel die Realisierung eines möglichst hohen Gewinns durch wirtschaftlich rationalen Mitteleinsatz am — wie auch immer gestalteten — Markt ist, mit der Existenz von wirtschaftlicher Konkurrenz auf nationaler und internationaler Ebene, mit der generellen Unterordnung der abhängig Beschäftigten unter diese Prinzipien des Wirtschaftens. Aus dieser Ordnung der Produktionssphäre, aus den finanzierungs-, produktions- und absatzpolitischen Entscheidungen sind Staat und Gewerkschaften weitgehend, aber nicht völlig ausgeschaltet.

Diese objektive Ordnung konstituiert die ihr zugehörigen Interessen in Form von wirtschafts- und sozialpolitischen Verbänden, des dazugehörenden Personals bis zu ihren Anhängern in Parteien, Parlamenten, Hochschulen, Presse. Historisch — und das beinhaltet die spezifische Einschaltung von Staat und Gewerkschaften bzw. abhängig Beschäftigten in den zunächst unreglementiert sich entfaltenden Wirtschaftsprozess — stellt sich die Sozialpolitik gegen eine reine, weder auf die humanen noch sozialen noch ökologischen Bedingungen Rücksicht nehmende Verwirklichung dieser Prinzipien.

Als Reaktion auf sozialen Druck, krisenhafte Gesellschafterscheinungen, den Eintritt der »Massen« in die Politik (d.h. den Parlamentarismus) usw. führt eine geschichtliche Entwicklung weg vom liberalen privatrechtlichen Arbeitsvertrag, von extremer Vernutzung der Arbeitskraft, von der »unverantwortlichen« Haltung der Betriebsunternehmer gegenüber dem »Risiko« der Erwerbsunfähigkeit hin zur rechtlichen Anerkennung der sozialpolitischen Verbände, besonders der Gewerkschaften, zum Arbeitsschutz, zur Sozialversicherung, zum Tarifvertrag usw. Staatliche Politik und verbandliches Handeln modifizieren die reinen kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien. Der Gewinn der Unternehmen wird vordergründig um gewisse Beträge durch ein Steigen der Lohn- und Lohnnebenkosten verkürzt, die Herrschaftsgewalt der Unternehmer bzw. ihrer Funktionäre wird in gewissem Maße eingeschränkt, die Arbeit wird in bestimmten Situationen vom Verwertungszwang suspendiert, erhält im Produktions- und Reproduktionsbereich gewisse soziale Rechte, Existenzerhaltung ist auch über den Soziallohn möglich.

Sozialpolitik modifiziert also den Wirtschaftsverlauf und beeinträchtigt die reine Anwendung der ökonomischen Prinzipien, indem sie diesen gegenüber die Reproduktionsbedürfnisse der abhängigen Arbeit und andere Erfordernisse bis zu einem gewissen, historisch unterschiedlichen Maße geltend macht. Dadurch garantiert sie gleichzeitig ein bestimmtes Ausmaß an »Arbeitsfrieden«, an relativ ausgebildeter, gesunder, leistungsmotivierter und leistungsfähiger Arbeitskraft, verglichen mit vergangenen Situationen, die eine derartige Modifikation der erwerbswirtschaftlichen Ordnung nicht kannten.

In der ökonomischen Krisensituation mit der Folge der Finanzkrisen der verschiedenen Fisci und Parafisci, mit der Folge des in manchen Bereichen der Wirtschaft (unter den gegebenen Voraussetzungen und aus einzelwirtschaftlicher Sicht) bestandsnotwendigen Bestrebens zur Verkürzung der Kostenseite, wächst der Widerstand gegen diese dispositionsbeschränkenden und »kostentreibenden« Formen wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, gegen die spezifische, die gesellschaftliche Arbeit begünstigende Form des Staatsinterventionismus. Es wird versucht, das Primat der Ökonomie wiederherzustellen, die erstrebte Gewinnmarge bei wachsenden Realisierungsschwierigkeiten am Markt durch Kostenmini-

mierung zu erreichen. Alle Lebens- und Arbeitssituationen, die durch Sozialpolitik sich von den nackten Prinzipien der erwerbswirtschaftlichen Ordnung entfernt haben, stehen unter Druck, die wirtschaftliche wird gegen die soziale Rationalität gesetzt, ja ausgespielt, der zu Zeiten guter Wachstums- und Verwertungsbedingungen versuchte und teilrealisierte »Kompromiß« und relative Konsens über die häufig konflikthaft hergestellte gleichzeitige Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Interessen wird aufgekündigt.

Diese Situation war und ist die Stunde der Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte, deren Wirksamkeit noch dadurch verstärkt wird, daß auch ehemals sozialliberal ausgerichtete Haushalts- und Titelverwalter unter dem Druck fehlender Mittel in diese Debatte mit einstimmten. Das vor allem war der Grund, daß diese Debatte in der Bundesrepublik bald von allen im Bundestag vertretenen Parteien geteilt und getragen wurde, während die Gewerkschaften vor allem auch unter dem Druck der wachsenden Arbeitslosigkeit in die Defensive gerieten. Daß die sich in der aktuellen Debatte ausdrückenden Bestrebungen sowohl inhuman als auch keineswegs für alle Wirtschaftssektoren rational sind, sondern daß die mit Hilfe der Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte unterstützten Haushalts- und Kostenentlastungsstrategien die Krise für bestimmte binnenwirtschaftliche Bereiche durchaus verstärken können, tut dieser Debatte keinen Abbruch,⁴ diese Aspekte bleiben in der Regel sorgsam ausgeklammert.

3. Das Argumentationsgefüge der Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte

3.1 Die These von der politischen Krisenverursachung und der Marktoptimismus

Überwölbender Glaubenssatz eines Großteils der gegen den Wohlfahrtsstaat in seiner jetzigen Ausprägung gerichteten Publizistik oder politischen Rhetorik ist die mehr oder weniger zur Schau getragene Auffassung von der prinzipiellen Krisenfreiheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die derzeitigen Krisenerscheinungen gelten folgerichtig als politisch verursacht. Gegen alle Auffassungen einer immanenten Krisenhaftigkeit unserer Wirtschaftsformation gerichtet, wendet sich eine derartige »politische Krisentheorie« auch gegen den Keynesianismus, der als gescheitert gilt.⁵ In einer ganzen Fülle derart ausgerichteter Publikationen werden Programme und Maßstäbe zur Entstaatlichung bzw. Entbürokratisierung der Gesellschaft entworfen, Banken und sonstige Wirtschaftsverbände stützen diese Auffassungen, die auf parteipolitischer Ebene hauptsächlich von der CDU getragen werden,⁶ in die die liberale Publizistik aber ebenfalls einstimmt.

Konsequent wird »wieder Mut zum Markt« als erfolgversprechender Weg zur Lösung der sozialökonomischen Probleme in der Bundesrepublik empfohlen. Daß in diesem Zusammenhang auch an den Wohlfahrtsstaat gedacht ist, wird deutlich in dem Bemühen, gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung einen Staat zu fordern, der zum Schutze vorstaatlicher Freiheit die Funktionen übernimmt, die von den privaten Wirtschaftssubjekten nicht oder nur schlecht übernommen werden können, die aber zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung unabdingbar sind. In dieser Kombination scheint der liberale Rechtsstaat auf, und die Forderungen nach Entstaatlichung, nach Revitalisierung des Kapitalismus bzw. des Marktes und nach starkem Staat zur Abwehr von Marktstörungen und Marktstörern als Krisenursache werden durchaus miteinander vereinbar. Mit Bezug auf Autoren der neo-liberalen Schule wie etwa *F.A. von Hayek*, *W. Röpke* oder die Autoren der nationalökonomischen Klassik wie etwa *A. Smith*, *J. St. Mill* oder, politknäher, auf *L. Erhard* und *A. Müller-Armack* werden dem Markt zunehmend wahre Hymnen gesungen. So bekennt ein Autor: »Es ist das Verdienst der Nationalökonomie, insbesondere

von A. Smith, den Markt als ein System entdeckt zu haben, das die auf den eigenen Vorteil gerichteten Handlungen zu einem für die Gemeinschaft vorteilhaften Zusammenwirken koordiniert«⁷.

Der Markt wird zur Voraussetzung einer freien Gesellschaft, wird zu einem unübertrefflichen Mittel der Faktorenallokation, die Gesetze von Angebot und Nachfrage geraten zu universell anwendbaren Prinzipien, die Menschen zu *homines oeconomici*, die, beständig ihren Nutzen maximierend, durch die Marktordnung gleichsam hinter ihren Rücken, als nichtintentionale Folgen ihres Handelns, auch den allgemeinen Wohlstand mehren: »Die unsichtbare Hand des Marktes ist *an sich* das flexibelste, teilnahmefreundlichste, bedürfnisgerechteste System, das es gibt.«⁸

Versuche, die Gesetze der Ökonomie nicht zu akzeptieren, sind in den Augen der (wirtschafts-)liberalen Autoren, deren Gedankengut zunehmend die engen Studierstuben und die Katheder verläßt und zum Bestandteil der veröffentlichten Meinung wird, nutzlos, sogar schädlich, auf jeden Fall auch hoffnungslos. » Verständlicherweise«, ohne überhaupt oder hinreichend zu betonen, daß es sich bei diesen Gedankengängen um Modellvorstellungen handelt, von denen sich die Wirklichkeit entfernt hat oder die zumindest ihre Kongruenz mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit erst noch zu erweisen hätten, werden diese Vorstellungen zu Angriffen gegen den Wohlfahrtsstaat benutzt. Dazu eignen sie sich naturgemäß besonders gut, war seine Leistung doch gerade die begrenzte Emanzipation der abhängigen Arbeit aus Zuständen, die dem liberalen Modell schon eher entsprachen. Diese brachten allerdings statt Harmonie und allgemeiner Freiheit die Arbeiterfrage hervor und mit dieser Frage die staatliche Sozialpolitik, den Staatssozialismus als »Bestrebungen zu ihrer Lösung«.⁹ Im Lichte der (wirtschafts-)liberalen Theorie und der sich daraus ableitenden politischen Rhetorik gerät Sozialpolitik dann zwangsläufig zu einem permanenten Verstoß gegen die »wirtschaftliche Vernunft«, ja zu einer Art schleichender Krankheit.¹⁰

3.2 Die These von den unsozialen Folgen staatlicher Sozialpolitik

Staatliche Aktivitäten müssen, sofern sie sich auf die private Wirtschaft richten und die ökonomischen Gesetze zu modifizieren versuchen, mit Reaktionen der Unternehmen rechnen. Staatliche Politik trifft auf private Politik. Genüßlich wird nun von den entsprechenden Autoren ausgemalt, wie staatliche Aktivitäten »... groteskerweise erst die Tatbestände schaffen, die dann mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden«.¹¹ Entsprechend dem Charakteristikum staatlicher Sozialpolitik, vor allem die abhängig arbeitende Bevölkerung von den Marktzwängen teilweise und in bestimmten Situationen zu emanzipieren und die Dispositionsgewalt der Unternehmer in bestimmten Fällen einzuschränken, lassen sich auf fast allen Gebieten staatlicher Sozialpolitik Reaktionen der Kapitaleseite aus den Kosten- und Marktgesetzen folgern, die dem Zweck staatlicher Sozialpolitik zuwiderlaufen — Vermeidungsreaktionen, wenn man so will.

Im Lichte dieser Überlegungen strangulieren mehr Rechte für den Mieter den Mietwohnungsbau, weil sie ihn unrentabel machen. Krankheitsanfällige haben ein hohes Beschäftigungsrisiko zu tragen bzw. kaum noch Beschäftigungschancen, weil, besonders nach der Regelung der Lohnfortzahlung zu Lasten der Unternehmer im Jahre 1970, zu hohe Arbeitskosten befürchtet werden. Dasselbe Argument wird gegen die Schutzvorschriften für Frauen gebraucht, zumindest ein Teil ihrer Arbeitslosigkeit wird den derart verursachten hohen Lohnnebenkosten zugeschrieben. Die sozial erstrebenswerte Erschwerung von Kündigungen und betrieblichen Umsetzungen führe ebenso zur Vermeidung von Neueinstellungen, die wegen der Dispositionsbeschränkung des Kapitals nur schwer wieder rück-

gänglich gemacht werden könnten, wie die Aushandlung von Sozialplänen zum Ausbluten vieler Betriebe. Die Folge sei wiederum eine höhere Arbeitslosigkeit, verursacht durch Produktionseinschränkungen und Zurückhaltung bei der Neueinstellung.¹²

Dieses Erklärungsmuster wird auch auf bestimmte lohnpolitische Strategien bezogen: die An- oder Aufhebung unterer Lohngruppen, aus sozialpolitischen Gründen angestrebt, führe zu einer »Mindestlohnarbeitslosigkeit«. Der marktwidrig überhöhte Preis dieser Kategorie von Arbeit rufe einen Angebotsüberschuß hervor: »Überproportionale Lohnerhöhungen im Vergleich zu den Einkommen qualifizierter Arbeitskräfte haben das 'Wegrationalisieren' solcher Arbeitsplätze reizvoll gemacht und oft sogar erzwungen ... Die sozial gut gemeinten Maßnahmen haben also zu einem besonders hohen Arbeitslosenrisiko der Begünstigten geführt.«¹³ Gemäß der Vorstellung, daß der flexible bzw. bei Überangebot niedrigere Preis alle Märkte räumt, wurden und werden die Gewerkschaften nicht nur vom Sachverständigenrat vor die Frage gestellt, ob »... die Steigerung der Reallohne oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ihrer tarifpolitischen Konzeption Vorrang haben soll«.¹⁴ Aus den unhinterfragt akzeptierten Marktgesetzen leitet sich entsprechend ab: »Die sozialen Kosten darüber hinaus [d.h. über den Vollbeschäftigungslohn, E.R.] erhöhten Reallohnes der Beschäftigten lassen sich an der entsprechenden Rate der Arbeitslosigkeit ablesen.«¹⁵

Nach Auffassung dieser Autoren kommt es also durch Sozialpolitik, durch das Handeln der sozialpolitischen Verbände, d.h. besonders durch die Gewerkschaftsmacht, zu steigender sozialer Desintegration durch die Verursachung zunehmender Arbeitslosigkeit. Diese habe dann wieder höhere Sozialleistungen, die Überforderung der öffentlichen Haushalte, eine defizitäre Zahlungsbilanz usw. bis zur wirtschaftlichen und politischen Krise zur notwendigen Folge. Neben diese genuin sozialpolitischen Krisenursachen träten zu hohe Steuerlasten, sonstige politische und administrative Hemmnisse für Investitionen und Innovationen.

Kritisch ist zu diesen Überlegungen zu sagen, daß es unzulässig ist, lediglich die »Kostenseite« staatlicher Sozialpolitik zu bilanzieren. Darüber hinaus kann der Wirtschaftsverlauf nicht lediglich und auch nicht überwiegend aus der »Preisveränderung« eines Produktionsfaktors erklärt werden. Die Beschäftigung der Arbeitskraft ist nicht ausschließlich vom Preis und von der Disponibilität der »Ware Arbeit« abhängig. Die Mechanismen sind deutlich überzeichnet. Der Kündigungsschutz etwa wird in der sozialen Realität häufig unterlaufen, führt also keineswegs zu dem Ausmaß an Beschränkung unternehmerischer Disposition, den die Autoren dieser Debatte unterstellen.

Die aus diesen Diagnosen abzuleitende Therapie des Wohlfahrtsstaates, nämlich, je nach Autorenschaft, der weitgehende Abbau bzw. die grundlegende Umgestaltung des staatlichen Handelns, wirft tiefgreifende Fragen der Humanität und gewerkschaftlicher Interessenswahrung auf, bedeutet sie doch nicht weniger als eine erneute und verstärkte Unterwerfung der abhängig beschäftigten Menschen unter die Zwangsgesetze der kapitalistischen Ökonomie. Die Opfer einer solchen Strategie wären ebenso zahlreich wie die goldene Zukunft der Arbeitnehmer durch eine entfesselte Ökonomie vage, ja unwahrscheinlich. Bei allen historischen und in anderen Ländern (z.B. USA, Großbritannien) zu beobachtenden Entwicklungen gibt es keinen Grund, auf das Wirken eines — bei dem hohen Vermachtungs- und Konzentrationsgrad der Wirtschaft gar nicht mehr zu entfesselnden — Prinzips zu setzen, von dem auch noch behauptet wird, es setze gleichsam »hinter dem Rücken« der handelnden Subjekte den Wohlstand aller durch.

Andererseits ist unbestritten, daß die Abgabenlast nicht unbegrenzt weitergetrieben

werden kann. Die derzeitigen Kosten bzw. »Soziallastensteigerungen« rühren allerdings nicht aus Leistungssteigerungen auf sozialpolitischem Gebiet her, sondern aus wachsender Arbeitslosigkeit, extremen Kostensteigerungen (z.B. einer exorbitanten Zunahme und Höhe der Ärztzeinkommen, der Gewinne und sonstigen Einkommen) im Gesundheitswesen und einem steigenden (teilweise auch arbeitsmarktbedingten) Rentneranteil. Diese Steigerungen sind vor allem also Folgen wirtschaftlicher Krisenerscheinungen und privater bzw. privatwirtschaftlicher Ausnutzung staatlicher Sozialpolitik. Zugleich wird an diesen von (wirtschafts-)liberaler Seite gedachten, immerhin teilweise nicht ganz unrealistischen und möglichen Reaktionsformen der Privatwirtschaft auf staatliche und verbandliche Sozialpolitik deutlich, daß die Durchsetzung bestimmter sozialer Rechte und Leistungen auch in der gesellschaftlichen Machtverteilung eine mögliche Grenze findet.¹⁶

3.3 Die These von der »Dekadenz der Sozialleistungsempfänger«

Folgt man den (wirtschafts-)liberalen Kritikern des Wohlfahrtsstaates, so führt das Abrücken von ökonomischen Gesetzen nicht nur durch Reaktionen der Unternehmer zu unsozialen Folgen, sondern auch dadurch, daß der Klient des Wohlfahrtsstaats un-, ja asozial wird. Wie der Unternehmer, so reagiert der Arbeitnehmer auf staatliche Sozialpolitik. Wie der Unternehmer hohen Kosten — zumal sozialpolitisch bedingten — ausweicht und derart seinen Gewinn zu erzielen bzw. zu erhöhen bzw. zu erhalten versuche, versuche der Klient des Wohlfahrtsstaates auf seinen Vorteil zu kommen, so die entsprechende Journalistik.

Auch diese Aussagen wurzeln in Modellvorstellungen der liberalen Theorie und lassen sich aus den folgenden »Grunderfahrungen der Menschheit« folgern: erstens, der Mensch setze sich mehr für sich selbst als für andere ein; zweitens, Güter, die ihn wirklich oder vermeintlich nichts kosten, ver- oder gebrauche der Mensch verschwenderisch.¹⁷ Während nun auf dem Markt, wo alles, auch die Arbeit, ihren Preis habe und wo jeder für sein Handeln und Unterlassen einstehen müsse, asoziale Folgen ausgeschlossen seien, züchte der Wohlfahrtsstaat geradezu Asozialität. Auf das Gesundheitswesen bezogen, kommt ein Autor zu der folgenden Aussage: »Die einzelnen Nachfrager verhalten sich individuell rational und behandeln die Leistungen des Gesundheitssektors als freies Gut ... Die zum Preis von Null nachgefragte 'Sättigungsmenge' droht schließlich einen Umfang zu erreichen, der nicht mehr finanzierbar ist.«¹⁸

Da der Staat immer mehr Einrichtungen und Entscheidungen in wichtigen Lebensbereichen des Individuums an sich ziehe, greife so ein Mangel an Verantwortungsbewußtsein um sich, die Folgen der individuellen Fehlhandlungen trage die Allgemeinheit. Durch die Beseitigung von Marktzwängen würden derart feste moralische Grundsätze zersetzt, der Wegfall des disziplinierenden Zwangs ökonomischer Gesetze führe schließlich zu einer fortschreitenden Zerstörung der Persönlichkeit.¹⁹ Die Arbeitnehmer versuchten angesichts der hohen Sozialabgaben und -leistungen, »... das Gebotene möglichst für sich auszunutzen, etwa durch 'Krankfeiern' (mit Lohnfortzahlung), vorübergehende Arbeitsaufgabe (mit Arbeitslosenunterstützung), Invaliditätserklärung oder vorgezogene Rentenberechtigung«.²⁰ Ein ausgesprochenes Desinteresse an einer selbstverantwortlichen, risikovermeidenden Lebensweise, teilweise eine bewußte Inkaufnahme oder sogar Herbeiführung von individuellen Notlagen trete auf, je weiter die kollektive Sicherung gegen Risiken vorangetrieben werde.²¹

Kumulative Effekte im Verhalten des aus den Fesseln der Selbstverantwortlichkeit und des Marktes »befreiten« Individuums seien ausmachbar: »Die Sozialpolitik fördert ihrer-

seits das Anspruchsdenken. Mit dem zunehmenden Angebot von Hilfe löst sie einen wachsenden Andrang von Hilfesuchenden aus. Das beginnt mit der schulischen und beruflichen Ausbildung, verstärkt sich beim Arbeitsverhältnis und kulminiert im Ruhestand ... Man gewöhnt sich an die bestehende Versorgung und verlangt nach mehr.«²²

Schließlich, und hier ist dann der Anschluß an die erschreckendsten Auswüchse der Anti-Wohlfahrtsstaats-Journalistik des späten Kaiserreichs und des Endes der Weimarer Republik erreicht, werden der staatlichen Sozialpolitik der Bundesrepublik »bedenkliche biologische Folgen« bescheinigt: »Das Prinzip, den Schwachen zu helfen, stellt sich dem Vitalismus und dem evolutionären Ausleseprinzip entgegen. Auch mangelhaft leistungsfähigen Menschen wachsen, wenn sie gefordert werden, Kräfte zu, die in ihnen angelegt sind. Dagegen bleibt der Mensch, der nicht gefordert, sondern verwöhnt wird, unentwickelt und kraftlos; er verweichlicht und wird schließlich psychisch und physisch krank ... Sie [die Sozialpolitik, E.R.] kann zur Degenerierung führen.«²³

Inzwischen sind mit allen diesen »Argumenten« wesentliche Leistungskürzungen legitimiert worden. Dabei wurden sowohl stärker kontrollierende Strukturen, die geeignet sind, auch die berechtigte Inanspruchnahme abzuschrecken, eingeführt als auch »Preiselemente« (in Form von Selbstbeteiligungen) in das »... seit fast einem Jahrhundert praktizierte System der Bismarckschen Untertanen-Beglückung ...«²⁴ einbezogen, um die »Marktdisziplin« der Sozialleistungsempfänger zu festigen, allerdings zum Schaden für alle die, denen nun die berechtigte Inanspruchnahme zu teuer wird.

3.4 Die These der Gefährdung von Freiheit und Leistung

Da der Wohlfahrtsstaat bestimmte dispositionsbeschränkende, der reinen Anwendung ökonomischer Prinzipien entgegenstehende Maßregeln kennt, konnte es nicht ausbleiben, daß in der (wirtschafts-)liberalen und konservativen Publizistik bald der Vorwurf seiner freiheitsbedrohenden Qualität erhoben wurde und wird.²⁵ Durch einen unspezifischen Gebrauch des Freiheitsbegriffs wird dabei häufig verunklart, welche Freiheit gemeint ist. Oder es wird sehr grundsätzlich das Bild des selbständigen gegen das eines »betreuten Menschen« gesetzt und der letztere als Produkt dem Wohlfahrtsstaat zugeschrieben.²⁶ Beliebt ist auch die These der ständig gestiegenen Fähigkeit der abhängig Beschäftigten zur Selbstvorsorge und Eigenverantwortung: Der gesetzliche, freiheitsberaubende Zwang »sorgt auch dort für kollektive Sicherung, wo von Hilfsbedürftigkeit nicht gesprochen werden kann und wo der einzelne aus eigener Kraft nach eigener Wahl vorsorgen könnte.«²⁷ Derart lassen sich dann gut die Interessen der Privatversicherungen ins Spiel bringen, die tatsächlich unter einer Ausdehnung der Sozialversicherung in gewissem Umfang gelitten haben. So hebt eine Unternehmerdenkschrift hervor: »Die Befreiung von 70% unserer Bevölkerung aus ihrer verordneten Unmündigkeit ist wohl die ernsteste Aufgabe, die sich dem demokratischen Reformers des Gesundheitswesens am Ausgang des 20. Jahrhunderts stellt.«²⁸ — Beliebt ist auch die Forderung, nur noch die großen Risiken zu versichern. Schließlich kann auch noch die sicherlich nicht zu untertreibende Höhe der Lohnabzüge, die »fortschreitende Sozialisierung des Lohnes« dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Fähigkeit zur »Eigenvorsorge« und Eigentumbildung und damit die »Freiheit« leidet. Versetzt wird dieses Bild mit Schreckensnachrichten vom Moloch Bürokratie, von der Versorgungsmaschinerie, von den vor allem im Sozialbereich festmachbaren staatlich-totalitären Tendenzen, von der Professionalisierung, der Expertokratie usw. usf. In nicht ungeschickter Weise wird in diesem Zusammenhang an Ängste und an Vorurteile appelliert. Die Familienpolitik betreffend, schreibt Arbeitsminister *N. Blüm*:

»Die zunehmende Zerrüttung der Lebensgemeinschaft Familie kann durch kein Kindergeld wettgemacht werden. Der Staat beteiligt sich an der Unterminierung der Familie durch die allgemeine Politisierung aller Lebensbereiche. Das Elternrecht wird abgebaut, und für alle Probleme treten Experten auf. Die Professionalisierung aller Lebensregungen ist ein Angriff auf den gesunden Menschenverstand und die Sozialisierung des Selbstvertrauens. 12 000 Jugendarbeiter wären auf die Familien losgelassen worden, wenn das neue Jugendhilferecht Wirklichkeit geworden wäre. Das Angebot hätte seine eigene Nachfrage geschaffen, und wieder wäre ein Stück Autonomie der Expertokratie zum Opfer gefallen. Ein sublimierender Terrorismus kommt im Gewande der allgemeinen Betreuung daher. Er zerstört Selbständigkeit.«²⁹

Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang, daß gerade der Wohlfahrtsstaat unter den gegebenen Bedingungen der Eigentumsverteilung und der damit einhergehenden Möglichkeiten der Einkommenserzielung, der ungleichen Verteilung der politischen und sozialen Macht für breite Mehrheiten der Bevölkerung zu *der* Voraussetzung von realer Freiheit geworden ist. Als Eigentümer lediglich seiner Arbeitskraft und von für die Einkommenserzielung relativ unbedeutenden Besitz- und Eigentumstiteln wäre der abhängig Beschäftigte ohne staatliche Sozialpolitik um den Preis des Verhungerns nach Aufzehrung der Ersparnisse und Versiegen sonstiger Hilfsquellen gezwungen, seine Arbeitskraft — unter welchen Bedingungen auch immer — zu verwerten oder in die Kriminalität auszuweichen. Die Existenz und erreichte Ausgestaltung des Arbeitsrechts bedeutet immer auch die Freiheit, nicht jede Maßnahme des Arbeitgebers hinnehmen zu müssen.

Das Mietrecht, obwohl inzwischen verschlechtert, schützt unter anderem vor unberechtigter Kündigung. Viele Vorschriften des Sozialversicherungsrechts eröffnen erst die Freiheit, bei Alter, bei Krankheit, bei Invalidität, bei Mutterschaft usw. sich den Zwangsgesetzen des Arbeitsmarktes entziehen zu können. Ohne diese typisch sozialstaatlichen Rechte oder bei entsprechender Verschlechterung und ohne die entsprechenden Bürokratien wäre der Lohn- und Gehaltsabhängige nicht zur Freiheit emanzipiert, sondern Objekt privater Macht und unmittelbarer Zwänger über das heutige Ausmaß hinaus.³⁰

Wie schon die angebliche Gefährdung von Freiheit im Wohlfahrtsstaat, so läßt sich auch die Rede von der Leistungsgefährdung aus dem »Wesen« der Sozialpolitik herleiten. Durch strukturkonservative Erhaltungssubventionen, durch die Verhinderung von Rationalisierungsmaßnahmen führe Sozialpolitik zur Fixierung unergiebigere »Faktorkombinationen«. Weitaus häufiger und vor allem in der massenhaft verbreiteten veröffentlichten Meinung wird die »Leistungsgefährdung« präsentiert, die der Wohlfahrtsstaat auf der Arbeitnehmerseite durch Bestrafung der Leistungsfähigen anrichte. Vom Zwang des Arbeitsmarktes in bestimmten Situationen »emanzipiert«, von der vorgeblichen sozialpolitischen Propaganda gegen Leistung und Leistungsdruck ins Mark getroffen, werde der homo oeconomicus als solcher erschüttert. Leistung werde bestraft, derjenige, der beim Mißbrauch des Wohlfahrtsstaats die höchsten Erfolge aufweise, werde bewundert, eigene Anstrengungen würden als Torheit gelten. Aufgrund der hohen Grenzbelastung der Einkommen mit Sozial- und sonstigen Abzügen erfolge ein Abwandern in die Illegalität, die Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft. Zu hohe Sozialeinkommen, etwa solche, die in der Nähe oder gar über bestimmten, meist unteren Arbeitseinkommen liegen, ließen den Willen zur Arbeit schließlich ganz erlahmen.³¹

3.5 *Der anti-demokratische und verbands-(gewerkschafts-)kritische Standpunkt*

Bei der Fülle der so aus den Marktgesetzen und dem nutzenmaximierenden homo oeconomicus abgeleiteten Mängel, ja fundamentalen Schädlichkeiten des Wohlfahrtsstaats kann

es nicht erstaunen, daß das Urteil der Vertreter dieses Standpunktes über die Demokratie, besonders über die sozialliberale Regierungsperiode, vernichtend ausfällt. Der Wohlfahrtsstaat gilt als bedenkliches Produkt demokratischer Strukturen: »Die Sozialpolitik soll mit Wahlgeschenken für die allgemeine politische Machtstellung, insbesondere die Regierung, werben.«³²

Die Sozialpolitik rückt damit, weil die Machterhaltung für die Regierung primäres Ziel ist und sie diese, durchaus rational handelnd, durch Sozialpolitik erkaufte, in eine Schlüsselstellung und gilt als Ursache dafür, daß die Politik insgesamt nicht mehr objektiv, sachgerecht und ausgewogen, d.h. wohl wirtschaftskonform, vollzogen wird. Die Schurkenrolle spielen dabei die Sozialisten, die finanzielle und wirtschaftliche Grenzen der Sozialpolitik nicht anerkennen würden, kein rechtes Verhältnis zur Wirtschaft und zum Geld hätten und die gewöhnlich vor ihrer politischen Tätigkeit auch nicht in der Wirtschaft gearbeitet hätten. So würden die Führungsaufgaben im Staat vernachlässigt und die Massen durch Versprechungen des Wohlfahrtsstaates und durch inflationäre Politik bestochen.

In dieses Bild paßt wiederum auch das von der CDU entwickelte Konzept der »Neuen Sozialen Frage«, die Entdeckung von Armut und Unterprivilegierung in der Bundesrepublik als Folge der eindeutigen Bevorzugung der angeblich schon über die Maßen privilegierten, organisierten und konfliktfähigen Arbeitnehmer durch gewerkschaftlich-sozialdemokratische Politik.³³ Die eigentlich Schwachen gelten als aus dem Auge verloren,³⁴ wobei sorgsam verschwiegen wird, daß diese überwiegend deshalb sozial schwach sind, weil sie in der einen oder anderen Weise doch zu der angeblich privilegierten Arbeitnehmerschaft dazugehören.

Es gilt konsequenterweise, dieses mächtige Schwungrad zur Ausweitung von Umverteilungsprozessen, die unheilvolle Allianz von Interessenvertretern, den »Gewerkschaftsstaat« — die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände gelten den Wohlfahrtsstaatskritikern als schwach auf dem Gebiet der staatlichen Sozialpolitik — zu blockieren. Feste Prinzipien, die Abwehr von systemfremden Elementen, am besten die radikale Reduzierung und Entpolitisierung der Sozialleistungen und die Ankoppelung an markt- bzw. wirtschaftsbezogene Daten gelten daneben als Mittel und Wege aus der Anspruchsgesellschaft. Eine Ökonomisierung aller Staatstätigkeit, eine restriktive Neudefinition der Rolle von Politik überhaupt weisen darüber hinaus.³⁵

3.6 Die These von der verfassungsrechtlichen Minderwertigkeit des Sozialstaatsprinzips

Schon immer stellte die Sozialstaatskonzeption des Grundgesetzes (Art. 20 I) für konservative, auf die Grund- und Freiheitsrechte der Art. 1-19 abhebende Verfassungsinterpretationen »... eine Verunreinigung oder gar akute Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit und damit der spezifisch konservativen Auffassung von Freiheit ...«³⁶ dar. Die frühe Bundesrepublik vor allem kannte eine ausufernde Diskussion um diese Frage, und diese Diskussion wiederum stand in der Tradition der Diskussion um die zahlreichen sozialen Rechte der Weimarer Reichsverfassung. Wurden diese letzten von der damals herrschenden Meinung der Rechts- und Staatswissenschaft schon bald als »interfraktionelles Parteiprogramm«, als Wünsche und Richtlinien an den Gesetzgeber abgetan, so hob in der Bundesrepublik bald eine Debatte um die Priorität bzw. Nichtpriorität, die Vereinbarkeit bzw. die Nichtvereinbarkeit der rechtsstaatlichen Komponente des Grundgesetzes mit bzw. gegenüber der sozialstaatlichen Komponente an.³⁷

Der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Interpretation des Sozialstaatsprinzips als »... dauernder Verfassungsauftrag zu gerechter, ausgleichender Sozialpolitik«³⁸ wird heu-

te wieder verstärkt ein Nein entgegengesetzt. Es wird behauptet, der Begriff »Sozialstaat« sei ein untaugliches, inhaltsleeres und bedeutungsloses Stichwort: »Er stellt weder ein verfassungsmäßiges Grundrecht noch einen greifbaren Grundwert dar; er kennzeichnet auch keine bestimmte Staatsform und begründet keine allgemeinen sozialen Ansprüche. Was bleibt, ist ein wohlklingendes politisches Schlagwort, das einen hohen Rang und umfassenden Anspruch zu verkünden scheint.«³⁹ Es ist dies sicher eine (noch) extreme Position, die jedoch unter den neuen politischen Verhältnissen und den zahlreichen diskutierten und verlangten Kürzungen und gravierenden Änderungen der Sozialpolitik publizistische Unterstützung finden wird.

4. Schlußbemerkungen

Gerade wegen der teilweise bestechenden Einfachheit und »Folgerichtigkeit« der Gedankengänge, der Verschiebung der ökonomischen Krisenursachen in den vergangenen, sozialliberal beherrschten politischen, besonders den sozialpolitischen Raum, wegen der begründeten Angst weiter Kreise der Bevölkerung, unter das Rad der ökonomischen Krise zu geraten, dürfen die Rezeptionschancen bürgerlicher Sozialstaatskritik nicht unterschätzt werden. Mit der Hoffnung, daß es nach Wiederherstellung der Marktgesetze doch wieder aufwärts gehen müsse, ja daß diese schon vorher in großem Umfang soziale Probleme, besonders die Arbeitslosigkeit, lösen würden, lassen sich durchaus Leistungskürzungen im Sozialbereich rechtfertigen, ja als unumgänglich notwendig zur »Wiederbelegung unserer Wirtschaft« hinstellen.

Gerade der glaubhaften Verbreitung der Auffassung, man handele in Übereinstimmung mit ökonomischen Gesetzen, man wisse, woran die Wirtschaft kranke, kommt um so überraschendere Bedeutung zu, je mehr sich Krisenerscheinungen vertiefen. Zu leicht geht dabei die Einsicht verloren, daß die verkündeten Marktmechanismen im wahrsten Wortsinne erdacht sind, die Modellwelt der (wirtschafts-)liberalen Sozialstaatskritiker mit der Realität bestenfalls wenig zu tun hat. Erst wenn das bewußt gemacht wird, wird deutlich, daß sich die Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte der »Marktwirtschaftler« als ein wichtiges Glied in einer ganzen Kette von Angriffen auf das bisherige Lebensniveau und die bisherigen Sicherungsformen der abhängigen Arbeit ausweist, die alle schließlich die Subsidiarität gegen die Solidarität, die Selbsthilfe gegen die Staatshilfe, die Eigen- gegen eine vermeintliche Fremdverantwortung betonen und neben dem Markt auch noch die Familie, die Nachbarschaft, die Gemeinschaft, Laiensysteme und -gruppen, kleine soziale Netze, freie Verbände als Orte der Bearbeitung sozialer Probleme hervorheben und teils mit euphorischen Erwartungen befrachten.

Das bedeutet nicht, daß die derzeit (noch) bestehenden Formen staatlicher Sozialpolitik unkritisch betrachtet werden sollen und in ihrer Struktur als in jedem Fall gelungen zu feiern sind. Im publizistischen Kampf um die Ideen und Vorstellungen der Menschen gilt es, der öffentlich verbreiteten Illusion entgegenzutreten, im heute bestehenden realen Kapitalismus könnten dem Markt und könnten subsidiären Institutionen ohne weiteres, ja überhaupt aussichtsreich alle oder viele Probleme überantwortet werden, die sich aus der sozialen Lage der abhängigen Arbeit ergeben. Aus historischen, vergleichenden und wirtschaftstheoretischen Überlegungen bzw. Erfahrungen ist der Auffassung zu widersprechen, durch ständige (Lohn-)Kosten- und Haushaltseinsparungen sowie private Opfer, die eine praktische Konsequenz der Anti-Wohlfahrtsstaats-Debatte darstellen, könne die derzeitige Krise auch im Interesse der abhängig Beschäftigten überwunden werden.

Anmerkungen

- 1 So der Werbetext zur Schrift von Dahrendorf, R.: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, 1983.
- 2 So auch die Einschätzung von Ebert, Th.: Sozialpolitik als Krankheit? Anmerkungen zur Renaissance der neo-klassischen Sozialstaatstheorie, in: Sozialer Fortschritt, 31 (1982) 9, S.193-196, hier: S.193.
- 3 Vgl. Wildenmann, R.: Die Elite wünscht den Wechsel. Unsere oberen Dreitausend. Mehr »rechts« als »links«, in: Die Zeit Nr. 11 vom 12. März 1982, S. 6f.
- 4 Vgl. dazu etwa Zinn, K.G.: Außenwirtschaftliche Perspektive einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Ernst-Poerkens, M., u.a. (Hrsg.): Staatsgrenzen. Berlin/W. 1982, S.29-54, zusammenfassend: S.47f.
- 5 Vgl. auch Altvater, E.: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: Prokla 11 (1981) 3, S.5-23, S.6f.
- 6 Vgl. dazu etwa Deutsche Bank: Weniger Staat, in: zeit magazin Nr. 23 v. 4. Juni 1982, S.17; vgl. mit zahlreichen Literaturangaben Reidegeld, E.: Die Entstaatlichungsdebatte ..., in: Recht und Politik 15 (1979) 4, S.216-223.
- 7 Vgl. Issing, O.: Markt, Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit. In: ORDO 30 (1979), S.151-157, hier: S.157.
- 8 So Dahrendorf, R.: Der Markt als Kraft des Fortschritts, in: Die Zeit Nr.43 v. 17. Okt. 1980, S.16 (Herv. E.R.)
- 9 Vgl. zur Arbeiterfrage und Sozialpolitik jener Zeit die immer noch lesenswerte Arbeit von Hitze, F.: Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Berlin 1901.
- 10 Vgl. Ebert, Th.: Von der Dekadenz des Sozialstaats. Die Industrieländer befinden sich auf einem Weg ohne Umkehr, in: Die Zeit Nr. 22 v. 28. Mai 1982, S.31; der Ausdruck (wirtschafts-)liberal wird im folgenden durchgängig statt neo- bzw. ordoliberal benutzt, um den Bezugspunkt und die Interessenorientierung der zitierten Autoren deutlicher zu machen.
- 11 Hamm, W.: An den Grenzen des Wohlfahrtsstaats, in: ORDO 32 (1981), S.117-139, hier S.117.
- 12 Vgl. Gaul, R.: »Viele Betriebe bluten aus.« Weil Entlassungen so teuer geworden sind, vermeiden immer mehr Unternehmen die Einstellung neuer Mitarbeiter, in: Die Zeit Nr.1 v. 31. Dez. 1982, S.17.
- 13 Ebd., S.123.
- 14 Vgl. Aus dem Gutachten der Sachverständigen. Mehr Lohn oder Arbeitsplätze, in: Die Zeit Nr. 49 v. 27. Nov. 1981, S.27.
- 15 Issing, O.: Markt, Freiheit ..., a.a.O., S.155f.
- 16 Vgl. dazu etwa Albrecht, R., und E. Reidegeld: Arbeitsrecht und soziale Realität, in: Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht 34 (1979) 18, S.273-277.
- 17 So in Aufarbeitung der Theorien von H.C. Recktenwald und R. Vaubel die Formulierungen bei Ruß-Mohl, St.: Kann der Markt, was der Staat nicht kann?, in: aus politik und zeitgeschichte B 14/1980 v. 5. April 1980, S.17-27, hier: S.17.
- 18 Issing, O.: Markt, Freiheit ..., a.a.O., S.153.
- 19 Ähnlich in Kritik an entsprechenden Arbeiten von W. Schmid und H. Schelsky: Strasser, H.: Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise. Frankfurt/M. 1979, S.49.
- 20 Huppert, W.: Sozialpolitik — Stolz der Nation. Bedenkliche Folgen des Wohlfahrtsstaates. Zürich 1982, S.73; ähnlich und abgeschwächt: Denkschrift des BDA v. März 1982: Soziale Sicherung in der Zukunft. Leitlinien für die soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen. Vv. Man.
- 21 Vgl. Hamm, W.: An den Grenzen ..., a.a.O., S.120.
- 22 Huppert, W.: Sozialpolitik ..., a.a.O., S.81.
- 23 Ebd., S.85f.
- 24 So denunziatorisch Piel, D.: Die Kehrseite des Krankenscheins, in: Die Zeit Nr.42 v. 9. Okt. 1981, S.21.
- 25 Vgl. Strasser, J.: Grenzen ..., a.a.O., S.43ff.
- 26 So schon Schelsky, H.: Der selbständige und der betreute Mensch. Stuttgart 1976.
- 27 Hamm, W.: An den Grenzen ..., a.a.O., S.119.
- 28 Mehr Marktwirtschaft im Gesundheitswesen. Ein Reformkonzept, Bonn 1983, S.33.
- 29 Blüm, N.: Weniger Staat in der Sozialpolitik. Gesellschaftspolitik ist nicht nur eine Frage des Geldes, in: Die Zeit Nr.14 v. 27. März 1981, S.31.
- 30 Vgl. in diesem Zusammenhang auch Ehrenberg, H., und A. Fuchs: Sozialstaat und Freiheit. Frankfurt/M. 1980, bes. S.19ff.
- 31 Vgl. Strasser, J.: Grenzen..., a.a.O., S.51f.; vgl. auch Denkschrift der BDA v. März 1982..., a.a.O., S.17.
- 32 Huppert, W.: Sozialpolitik..., a.a.O., S.54.
- 33 Vgl. dazu als Ausgangspunkt Geißler, H.: Die Neue Soziale Frage. Zahlen, Daten, Fakten, Freiburg 1976.
- 34 So auch Lohmar, U.: Der Staat ohne Füllhorn. Die Sozialdemokratie in der Krise, in: Die Zeit Nr.45 v. 30. Okt. 1981, S.23.
- 35 Vgl. die entsprechenden Überlegungen bei Luhmann, N.: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München, Wien 1981; Klages, H.: Überlasteter Staat — verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt/M. 1981.
- 36 Vgl. Strasser, H.: Grenzen..., a.a.O., S.48.
- 37 Vgl. dazu Forsthooff, E.: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Bd.12; Abendroth, W.: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied, Berlin/W. 1967.
- 38 Vgl. Ehrenberg, H., und A. Fuchs: Sozialstaat ..., a.a.O., S.21.
- 39 Huppert, W.: Sozialpolitik ..., a.a.O., S.52.

Michael Opielka

Ökologisch und sozial, das gehört zusammen!

Anmerkungen zu einem grünen Sozialstaatsverständnis

Dieser Sozialstaat muß umgebaut werden. Darin sind sich Grüne und viele andere Sozialisten mit Neoliberalen und -konservativen einig, wenn auch aus höchst verschiedenen Motiven. Die entscheidende Frage ist: Welche ideologischen und politisch-praktischen Momente und welche strategischen Optionen bestimmen den Umbau-Wunsch: Soll der Sozialstaat abgebaut werden, um das soziale Wohl der Menschen mehr ihrer individuellen Vorsorge oder »Selbsthilfe« und damit dem »freien« Markt anzuvertrauen — so die liberale Linie in allen politischen Lagern — oder *an die Stelle* der Verstaatlichung des Sozialen neue bzw. verschüttete Formen sozialer Gemeinschaft und Gesellschaft treten? Und: In welchem politischen Gesamtkonzept stehen diese Ziele: Soll der industrialistische Wachstumsweg modernisiert fortgeschrieben werden, oder werden ökologische Alternativen gesehen? Die Diskussion um die Zukunft des Sozialstaats ist, wie solche Fragen zeigen, sehr voraussetzungsvoll. Der Sozialstaat kann folglich nur im Kontext einer umfassenden Gesellschafts- und Politikanalyse und umfassender Zukunftsentwürfe diskutiert werden, was weder hier noch irgendwo sonst bisher geleistet wird.

In diesem Beitrag geht es nur darum, einige knappe Anmerkungen aus grüner Sicht zu formulieren. Nicht ohne Widersprüche wohl und ohne allem in den grünen Reihen Gesagten gerecht zu werden.

I. Kritik am Sozialstaat

Der vorfindliche Sozialstaat beruht auf einer *dreifachen Herrschaft*: 1. des Menschen über die (innere und äußere) Natur (*anti-ökologische Herrschaft*); 2. der Männer über die Frauen (*patriarchale Herrschaft*); 3. der Kapital- und Staatsmacht über Menschen (*kapitalistische Herrschaft*).

Die sozialen Schäden der Herrschaftspraxis versucht der Sozialstaat zu *kompensieren*, ohne die Herrschaft selbst in Frage zu stellen. In diesem Sinne ist der Sozialstaat Reparaturwerkstatt, und eine schlechte obendrein. Sämtliche vorliegenden Sozialstaatskritiken übergehen die Dreiheit der Herrschaft geflissentlich. Die bürgerlich-liberal/konservative Kritik, von Luhmann über Dahrendorf bis Dettling (die radikalen Vertreter einer reinen Marktökonomie à la Gilder oder Schmölders lassen wir einmal beiseite), beschränkt sich auf nachgeordnete Probleme der Bedarfs- und Angebotssteuerung sozialer Leistungen, auf Bürokratiekritik oder kulturelle Defizite. Linke Kritik hingegen reduziert sich weitgehend auf eine Kritik der kapitalistischen Herrschaftsstrukturen, also der *Verteilung* von Geld und Macht. Die hier vertretene Sozialstaatskritik¹ versucht sich umfassender an allen drei Dimensionen. Alle drei hängen eng zusammen, durchdringen sich. Und es läßt sich, dies als hier nicht weiter begründete These, auch keine klare Rangordnung zwischen diesen Dimensionen herstellen, was nicht zuletzt daran liegt, daß ihr jeweiliger Gegenstand an anderen Ebenen ansetzt.

a) Sozialstaat und anti-ökologische Herrschaft

Daß anti-ökologische Herrschaft konstitutiv für den Sozialstaat ist, zeigt sich an seiner Wachstumsfixiertheit, am monetär-quantitativen Wachstumsbedarf für das Überleben der

nur Überschüsse verteilenden Sozialpolitik. Doch die Wachstumsorientierung ist nur die Oberfläche des herrschenden Anti-Ökologismus bzw. des *Industrialismus*, wie die Herrschaft der Industrie und des industriellen Prinzips über die *äußere Natur*, die *innere Natur* des Menschen und über die *sogenannte »Dritte Welt«* (also die Nicht-Industrie-Nationen) genannt werden können.²

Das Herrschaftsprinzip *Industrialismus* kann hier nicht weiter ausgeführt werden, es ist nachzulesen und nachzudenken. Seine Auswirkungen auf die Konstitution des Sozialstaats ergeben sich auf verschiedenen Ebenen und treten daher nicht so leicht zutage. Wesentliche Ergebnisse der linearen und quantitativen Logik des Industrialismus sind zu finden

- in einer *monetären Begrenztheit* von Wohlfahrtsmessungen,
- in einer *Zerstückelung und Parzellierung von sozialen Verhältnissen*, die ihren sinnfälligen Ausdruck in der chaotischen Landschaft der sozialen (Ver-)Sicherung findet: Tausende von Kranken- und Unfallversicherungen, Renten- und Arbeitslosenversicherungen dienen nicht einer dezentralen Vielfalt, sondern sind ein berufsständisches Nebeneinander, bei dem soziale Probleme meist willkürlich bestimmten Institutionen zugeordnet werden,
- was schließlich zur *Ausgrenzung* nicht einpaßbarer und verwertbarer Menschen führt (Psychiatrie, Behinderte, Anstalten, Alten- und sonstige Heime, Großinstitutionen usw.), zu *Bürokratisierung* und herrschaftlicher *Professionalisierung*, wie sie am heftigsten im Gesundheitswesen kritisiert wurde. Hier wird die Grundlage zur *umfassenden Kontrolle* der Menschen gelegt;
- und sie liefert nicht zuletzt das ideologische Korsett einer *Erwerbs- und Lohnarbeitsfixiertheit*, das die kapitalistische Organisation selbst nicht bieten könnte.

Diese anti-ökologische Dimension ist, auch wenn sie von fast sämtlichen Sozialstaatsexperten beharrlich mißachtet wird, von ungeheurer Tragweite — vor allem im Zeitalter der neuen Technologien, von Computerisierung und Verdattung.

b) Sozialstaat und patriarchale Herrschaft

Daß Frauen als fünftes Rad am Sozialstaatskarren laufen, war eigentlich nie zu übersehen.³ Frauen sind, wie Ilona Kickbusch schrieb, im Sozialstaat in einer »no-win-situation«. In ihrer »doppelten Vergesellschaftung« durch Kapital und Patriarchat ziehen sie immer den Kürzeren. Der Hintergrund kann hier nur angedeutet werden in der »doppelten Enteignung der Gebärfähigkeit« durch das Patriarchat — mit der Einführung des Vaterrechts durch den Mann und mit der Einführung der Bevölkerungspolitik durch den Staat⁴ — und der »sexistischen Arbeitsteilung« (Ivan Illich) in Berufs- und Hausarbeit. Der Sozialstaat hat die patriarchale Situation insbesondere in der Familien-, in der Arbeitsmarkt- und der Transferpolitik fort- und festgeschrieben. Sofern dennoch Ansätze zur Gleichberechtigung existieren — und nicht nur zur »Gleichstellung« —, so sind sie seltene Ausnahmen. Zum Sozialstaat gehören sie keineswegs. Der Sozialstaat ist tatsächlich männlich.

c) Sozialstaat und kapitalistische Herrschaft

Die linke Sozialstaatskritik hat den kapitalistischen Herrschaftscharakter des Sozialstaats deutlich herausgearbeitet:⁵

- die völlig ungleichen und ungerechten *Verteilungsregulationen*, die auch von unverdächtigen Forschungen, wie der Transfer-Enquête-Kommission der Bundesregierung, belegt wurden;

- die *Festschreibung des Lohnarbeitsverhältnisses*, der Dominanz des Kapitals bzw. kapitalähnlicher Institutionen (Staat, Großverbände, usw.) über die Arbeitnehmer und damit vor allem die über den Arbeitsmarkt vermittelte *Kopplung von Arbeit und Einkommen*, von Lohn und »Leistung«;
- und die aus der Einbindung der Arbeiter und ihrer Organisationen in das sozialstaatliche System resultierende *Normierung, Reglementierung* und eine — gemäß den aufgestellten Konsumnormen — immer mehr Lebensbereiche umfassende *Kontrolle* des einzelnen Lebens.

Ein Blick auf die sozialen Verhältnisse in den USA, Japan oder in andere Länder mit geringer sozialstaatlicher Tradition zeigt, daß die *Schutzrechte* gegenüber kapitalistischer Herrschaftswillkür nicht geringgeschätzt werden dürfen. Hier formulieren Arbeitsrecht oder Sozialrecht ein Stück »Gebrauchswertlogik«, fordern Respekt vor dem Menschen gegenüber der »kalten Hand« von Markt und Tausch. Doch die von Sozialdemokraten immer wieder betonte These, daß der Wohlfahrtsstaat einer Art »Sozialismus im Kapitalismus« darstelle, die sich bis in die neuesten SPD-Programmpapiere⁵ durchzieht, ist zumindest fragwürdig, wenn der allen sozialen Taten im Kapitalismus innewohnende »Doppelcharakter« (Stabilisierung und Überwindung) nicht präzise analysiert und mit politischer, mit *sozialer Bewegung* vermittelt wird.

Alle drei Herrschaftsdimensionen im Sozialstaat — die anti-ökologische, die patriarchale und kapitalistische — hängen zusammen, sie sind »vernetzt«, wobei, je nach Sachgebiet, die eine oder die andere von größerer Bedeutung ist. Jede Sozialstaatskritik und alle sich daran anschließenden Reformperspektiven haben dies zu berücksichtigen.

II. Ökologische Sozialpolitik

Die Sozialpolitikdebatte der grünen Partei ist im Gange, doch noch recht am Anfang. Ihre Leitmargen scheinen dabei, jenseits existierender Strategiedifferenzen (»Pragmatiker«, »Ökoliberalen«, »Ökosozialisten« usw.), durchaus auf einige gemeinsame Nenner zu kommen — auch wenn in den folgenden Positionen die Hoffnung des Autors kräftig durchschimmert. Es kommt darauf an, ein Konzept »ökologischer Sozialpolitik«⁷ zu entwickeln, das der Dreifaltigkeit der herrschenden Sozialstaatslogik eine neue, eine Gegenlogik vorhält. Sozialpolitik muß daher Teil einer umfassenden ökologischen Politik sein. Ihre Ziele bestünden im wesentlichen aus einer

- *Entgiftungsstrategie*, um die Vergiftung der Umwelt so weit als möglich zu bremsen und rückgängig zu machen, von den Dioxin-Lagerstätten, sterbenden Wäldern und Gewässern bis zu Smog-Luft und Nerven-Lärm. Ein ungeheurer Bereich notwendiger Arbeit, die getan und bezahlt werden muß, um wenigstens *Zeit* zu gewinnen. In diesen Bereich fallen Produktionseinstellungen und -umstellungen in den meisten Großindustrien, fallen Konsum- und Verbrauchsänderungen, fällt eine Neuorientierung des Verkehrswesens oder der Städtebaupolitik. Bereiche also, die bedeutende soziale Folgewirkungen haben. Ökologische Veränderungen würden die sozialen Kosten des Industrialismus erheblich senken und damit gewaltige Ressourcen für eine positive Neugestaltung des sozialen Lebens freimachen.
- In den klassischen sozialpolitischen Bereich gehört eine Umorientierung der sozialpolitischen Interventionen: *Genußfähigkeit statt Arbeitsfähigkeit* muß ihr Ansatzpunkt und ihr Ziel sein! Das impliziert eine Abkehr von der »Wiederherstellung der *Ware* Arbeitskraft«, vom klassischen Lohnarbeitszentrismus des Sozialstaats. Realisiert werden kann dieses Ziel auf verschiedenen Ebenen: beispielsweise durch eine ökologische Ge-

sundheitssicherung, wie sie von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) seit vielen Jahren mit dem Konzept der »gemeinschaftlichen Gesundheitssicherung« ausgearbeitet wird. Vor allem aber durch Alternativen zum klassischen (Lohn-)Arbeitsmarkt, die mit der dritten Dimension ökologischer Sozialpolitik eng zusammenhängen:

— der *Förderung umfassender Selbstverwaltung* in Wirtschaft und Sozialleben.

Das Ziel »Genußfähigkeit« sieht den einzelnen Menschen nicht mehr unter dem Blickwinkel seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit, seines »Nutzens«, sondern als Menschen, dem ein Lebensrecht und ein gesellschaftliches Teilhaberecht qua seiner Existenz zusteht. Das führt zu einer radikalen Strategie der *Abkoppelung von Arbeit und Einkommen* u.a. mit dem Ziel eines »garantierten Mindesteinkommens«. Hierzu gibt es im grünen Feld mittlerweile eine sehr intensive Diskussion.⁸ Kurzfristigere Ziele, wie der Kampf gegen den »Sozialabbau« und Reformen der Sozialhilfe (Ent-Diskriminierung, bedarfsgerechter »Warenkorb«) wie der Sozialversicherungen (z.B. Verlängerung der Arbeitslosengeldzahlung, Sockelbeträge) müssen dabei mit grundsätzlichen Umbau-Alternativen verknüpft werden. Das von mir hierfür favorisierte Modell besteht aus⁹

- einem (elternunabhängigen) *Kindereinkommen* in Höhe von ca. 400 DM (Monat),
- einem *garantiertes Bürgergehalt* für Menschen zwischen 14 und 60 Jahren von ca. 800 DM (+ Wohngeld) und
- einer *Grundrente* von ca. 1200 ab dem 60. Lebensjahr (die mittlerweile von den Grünen gefordert wird).

Dieses Mindesteinkommen wäre unabhängig von jeglicher Erwerbsarbeit und steuerfinanziert. Die Definition der jeweiligen Betragshöhe ist voraussetzungsvoU und kann hier nicht diskutiert werden. Ein garantiertes Mindesteinkommen in einer Höhe, die die gesellschaftliche Teilhabe *garantiert*, würde jedenfalls zu einer klar rahmensetzenden Aufgabe an den Sozialstaat führen: *Er soll Armut verhindern und Teilhabe für alle ermöglichen*. Bislang tat er dies nicht.

Darüber hinaus ist der Arbeitsmarkt völlig neu zu strukturieren, falls es mit dem Ziel der *Zurückdrängung der Lohnarbeit*, gar ihrer Abschaffung ernst ist!¹⁰ — wofür sehr viele Gründe sprechen. Solange kapitalistische Markt- und Bewußtseinsverhältnisse existieren, werden auf Mindesteinkommen zusätzliche Einkünfte (aus Erwerb bzw. öffentlich organisierte Zusatzrente) aufbauen. Aber dieser *Kompromiß aus Kapitalismus und Sozialismus* wäre endlich transparent, damit vielleicht besser politisierbar. Neben einer Förderung der nicht-monetären/marktlichen *Subsistenzwirtschaft*, der *Eigenarbeit*¹¹ muß der Schwerpunkt auf eine umfassende Förderung einer *Selbstverwaltungswirtschaft* gelegt werden. Ansätze sind da: Genossenschaften, alternative Betriebe und Dienstleistungen in kollektivem Besitz. Doch die juristischen und subventionspolitischen Hindernisse sind extrem. Die ferner vorhandenen, etablierten Modelle von »Selbstverwaltung« verdienen den Namen eigentlich nicht; sie sind zentralisiert. Sie haben ihre gemeinwirtschaftliche Logik weitgehend auf dem kapitalistisch-industrialistischen Altar geopfert. Die »neue Heimat«, »Coop« oder die Raiffeisenbanken unterscheiden sich nur für den Eingeweihten von kapitalistischen Konzernen.

Doch die Chancen für eine kluge Förderung umfassender sozialökonomischer Selbstverwaltung scheinen zu steigen. Ihre »moralische Ökonomie« — Bedarfsorientierung, Gemeinwirtschaftlichkeit, Überschaubarkeit usw. — knüpft an verbreitete Haltungen in der Bevölkerung an. Daß die Realität die Idee blamiert, liegt an der schlechten Realität. Die allerdings kann man ändern. Die Auswirkungen einer Selbstverwaltungsoption auf den Sozialstaat sind groß: von der kommunitären Lebensform über die Beteiligung von Nicht-

Fachleuten an den sozialen Dienstleistungen bis zur umfassenden Demokratisierung der Sozialversicherungen und der sozialen Hilfen in der Gemeinde — eine breite Palette von verschütteten Alternativen erscheint am Horizont. Viele Alternativen allerdings müssen noch neu entwickelt werden.

Die Skizze einer ökologischen Sozialpolitik bleibt hier unvollständig. Weitere Bereiche, wie die Entwicklung von Alternativen zur patriarchalischen (Klein-)Familie, die Abschaffung der Anstalten und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen, vor allem der Hilflosen, gehören dazu. Unter den Prämissen Selbstverwaltung, Genußfähigkeit und Entgiftung sind Überlegungen zu einer Neuorganisation des sozialen Lebens als Angebot an die Menschen zu entwickeln, gewiß nicht als Zwang. Bündnisse kann es dabei verschiedene geben. Sehr selten mit konservativen Kräften (z.B. in Fragen der Psychiatriereform, des Anti-Institutionalismus, vgl. Italien), häufiger wohl mit der Sozialdemokratie (vielleicht die Grundrente oder ab und an die Selbstverwaltung). In vielen Fällen wird es jedoch noch lange Zeit Aufgabe der Grünen sein, die Rolle des *advocatus angeli*, des Anwaltes eines besseren Lebens, zu übernehmen. Man wird sehen, ob die Grünen das aushalten.

Anmerkungen

- 1 Eine solche ökologische Sozialstaatskritik liegt leider erst in Ansätzen vor, vgl. dazu Opielka, Michael, Martin Schmollinger und Angelika Fohmann-Ritter (Hrsg.): *Die Zukunft des Sozialstaats*. Bd.I, Stuttgart 1984 (3.Aufl.)
- 2 Eine der Marxschen Kapitalismus-Kritik vergleichbare Industrialismus-Kritik gibt es noch nicht. In der ökologischen Literatur des letzten Jahrzehnts gaben jedoch Arbeiten wie »Global 2000«, des »Club of Rome«, von Lewis Mumford, Johano Strasser und Klaus Traube, André Gorz, Ivan Illich, Rudolf Bahro und vielen anderen wichtige Impulse für eine Kritik des Industrialismus als umfassendes Herrschaftsprinzip.
- 3 Auch wenn es politisch und wissenschaftlich kaum beachtet wurde, vgl. Kickbusch, Ilona, und Barbara Riedmüller (Hrsg.): *Die armen Frauen*. Frankfurt/M. 1984 (i.E.); Durst, Anneliese, und Ilona Ostner: *Der private Haushalt — eine Ressource alternativer Sozialpolitik?*, in: Opielka, M. (Hrsg.): *Die ökosoziale Frage*, Frankfurt/M. 1984 (i.E.).
- 4 Vgl. Opielka, M.: *Familienpolitik ist »Neue-Männer-Politik«* oder: *Warum die Gesellschaft die Liebe erleichtern muß*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Nr. 20/1984.
- 5 Einen vorzüglichen Überblick gibt Krätke, Michael: *Dieser Sozialstaat ist der unsere nicht!?* Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise, in: *spw* 17 (1982), S.407-422, und *spw* 18 (1983), S.58-83.
- 6 Z.B. *Zwischenbericht der Arbeitsgruppe »Sozialpolitisches Programm«* der SPD, »Die Zukunft des Sozialstaats«, Bonn 1984.
- 7 Vgl. Opielka (Hrsg.), *Die ökosoziale Frage*, a.a.O.
- 8 Vgl. Schmid, Thomas (Hrsg.): *Befreiung von falscher Arbeit*. Thesen zum Garantierten Mindesteinkommen, Berlin/West 1984.
- 9 Vgl. Opielka, M.: *Das garantierte Einkommen — ein sozialstaatliches Paradoxon? Warum ein garantiertes Einkommen den Sozialstaat zerstören, retten oder aufheben kann*, in: Schmid (Anm. 8), a.a.O.
- 10 Vgl. Berger, Johannes: *Alternativen zum Arbeitsmarkt*, in: *MittAB* 1/1984, S.63-72.
- 11 Dazu hat Joseph Huber: *Die zwei Gesichter der Arbeit*. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft, Frankfurt/M. 1984, gute Vorschläge gemacht. Seiner Option einer »besser balancierten Dualwirtschaft« sowie seinem Vertrauen in eine Art »öko-kapitalistische« Wende kann ich allerdings nicht folgen. Ein Weg zur »sanften« Gesellschaft muß sich mit Herrschaftsfragen auch offensiv auseinandersetzen. Die Machtfrage läßt sich nicht betriebstechnisch lösen.

Jürgen Egert

Gesundheitspolitik contra Anbieterinteressen

Alternativen einer fortschrittlichen Sozialpolitik am Beispiel des Gesundheitswesens

Gesundheitspolitik in der Sackgasse

Im Jahre 1983 haben wir in der Bundesrepublik für unser Gesundheitswesen zweihundert Milliarden DM ausgegeben. Davon insgesamt hundert Milliarden DM zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherungen und hundert Milliarden für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Ein Blick auf die Ergebnisse dieses finanziellen Aufwandes zeigt, daß Aufwand und Ertrag in einem merkwürdigen Mißverhältnis stehen. Der Gesundheitszustand unserer Bürger ist nicht wesentlich besser als der in vergleichbaren Industriegesellschaften. Im Gegenteil, es scheint so, daß ein Großteil des Aufwandes, den wir treiben, auch noch in die falsche Richtung geht und qualitativ zu beunruhigenden Ergebnissen führt. Wenn dieser Befund stimmt, dann stellt sich die Frage, wer profitiert vom Gesundheitswesen, wer eignet sich die Beitragsgroschen der Versicherten an? Die Profiteure des Gesundheitswesens sind schnell ausgemacht. Den Löwenanteil verdienen niedergelassene Ärzte, Zahnärzte, die pharmazeutische Industrie und nicht zuletzt auch die Krankenhäuser. Die Erbringer der Gesundheitsleistung haben es verstanden, ihren Gewinn am Gesundheitswesen in medizinischen Fortschritt umzudeuten. Allen voran die Ärzte; eine kleine privilegierte Schar mit hohem sozialen Status und stattlichem Einkommen. Während von den Ausgaben im Krankenhaus und in der Pharmaindustrie eine stattliche Zahl von Arbeitnehmern ihren Lebensunterhalt finanzieren, kommt der Anteil in der ärztlichen und zahnärztlichen Praxis überwiegend den Ärzten und Zahnärzten für ihre Tätigkeit zu. Seit 1977 haben sich die Politiker bemüht, dieser kostentreibenden Entwicklung im Gesundheitswesen Herr zu werden. Der Erfolg dieser Bemühungen war zeitlich begrenzt, weil die unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung eingeleitete Politik allein an den Symptomen herumkurierete, aber die eigentlichen Ursachen der fehlerhaften Kostenentwicklung nicht berührte. Im Jahre 1984 ist es müßig, darüber zu rasonieren, warum 1977 die Weichen nicht anders gestellt worden sind. Innerhalb der sozialliberalen Koalition war mit der FDP eine andere politische Alternative kaum durchsetzungsfähig. Die Sitzung der konzertierten Aktion, am 28. März 1984, hat gezeigt, daß sich die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen im zweiten Halbjahr 1983 besorgniserregend nach oben bewegt hat. Der Appell an die im Gesundheitswesen Beteiligten, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Ausgabenentwicklung und damit die Beitragssätze zu stabilisieren und die Geldbeutel der Versicherten zu schonen, zeigt, daß die Kostendämpfungspolitik zunehmend in die Sackgasse gerät. Dieser Sachverhalt zwingt dazu, Klarheit im Grundsätzlichen zu gewinnen. Das wechselseitige Errichten von Tabus, der Austausch inhaltsleerer Schlagworte muß beendet werden. Das Drehen tibetanischer Gebetstrommeln mit Vokabeln wie »bewährtes gegliedertes System«, »kassenartübergreifender Finanzausgleich«, »mehr Eigenverantwortung durch Selbstbeteiligung« oder »einkommensorientierte Ausgabenpolitik« eignet sich zwar, um in Fachkreisen die Wogen der Emotionen höherschlagen zu lassen, die Bürger verstehen diese Diskussionen jedoch kaum. Politiker und Fachleute diskutieren bürgerfremd und dies über und in einem System, das durch das Prinzip der Selbstverwaltung doch eigentlich besonders bürgernah sein sollte. Die Aufgabe von tabuisierten Formeln

und mehr Ehrlichkeit in der Diskussion sind Voraussetzungen für einen Neubeginn in der Gesundheitspolitik. Einer Gesundheitspolitik, die Kostendämpfung und Strukturreform miteinander verbindet.

Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits und Gesundheitspolitik andererseits unterliegen unterschiedlichen Einflußfaktoren. Die Wiederherstellung der Gesundheit, die Verhütung von Krankheiten sind als politische Ziele nur unabhängig gegenüber den jeweiligen wirtschaftspolitischen Zielen definierbar. Die Gesundheit als existentieller Grundwert jedes einzelnen Bürgers ist kaum meßbar an ökonomischen Kategorien. Während etwa die Schaffung neuer oder die gerechtere Verteilung bestehender Arbeitsplätze bestimmte ökonomische Konstellationen zur Voraussetzung hat, müssen Krankheiten sowohl in Zeiten konjunktureller Stabilität als auch in Rezessions- oder Depressionsphasen bekämpft werden. Trotz der relativen Unabhängigkeit zwischen Gesundheits- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Voraussetzungen beeinflusst das erzielte volkswirtschaftliche Gesamtergebnis die gesundheitspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten. Schwankungen im wirtschaftlichen Ablauf spiegeln sich in hohem Maße im wichtigsten gesundheitspolitischen Finanzierungsinstrument, der gesetzlichen Krankenversicherung, wider. Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung und damit ihre Fähigkeit, alle wesentlichen Gesundheitsleistungen für die Versicherten zu finanzieren, hängen entscheidend von dem Grad der Beschäftigung und der Höhe der Löhne und Gehälter ab. Unabhängigkeit hinsichtlich der Aufgabenstellung und Abhängigkeit hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten zur Gesundheitsversorgung kennzeichnen das Spannungsfeld zwischen Gesundheits- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik. In zurückliegenden Zeiten stetigen wirtschaftlichen Wachstums haben sich aus diesem Spannungsverhältnis relativ wenig Probleme ergeben. Der fortschreitende Ausbau unseres Systems der Gesundheitssicherung ließ sich nicht nur weitgehend reibungslos finanzieren, sondern bescherte auch den Leistungserbringern im Gesundheitswesen Realeinkommen von beachtlicher Höhe. In Zeiten stagnierenden Wachstums bzw. nur geringfügig ansteigender Wachstumsraten muß dieses Spannungsverhältnis zu schwerwiegenden Problemen führen.

Grundsätze einer Reform des Gesundheitswesens

Gemessen am finanziellen Einsatz erbringt das Gesundheitssystem bestenfalls mittelmäßige Leistungen. Hohe Reibungsverluste durch weitgehend isoliert nebeneinanderstehende Versorgungsbereiche, durch mangelnde Kooperation und Koordination und durch mangelnde Kosten- und Leistungstransparenz machen es zu teuer. Gesundheitliche Maximalversorgung in einigen Teilbereichen steht mangelhafter Versorgung in anderen Bereichen gegenüber. Dieses Mißverhältnis gilt es zu beseitigen. Die Mängel unseres Gesundheitswesens liegen offen:

- ein vorrangig an der Beseitigung bereits eingetretener Gesundheitsschäden orientierter Medizinbetrieb;
- ein fast völliges Fehlen von Gesundheitsvorsorge und von wirkungsvoller Krankheitsfrüherkennung;
- ein einseitig an medizinischer Hochleistung orientiertes Verständnis von medizinischem Fortschritt;
- ein Krankenversicherungssystem, das die Kosten im wesentlichen ohne weiteres nachdenken einfach über die Beiträge der Versicherten finanziert, ohne die Kostenfaktoren einer Prüfung zu unterziehen.
- ein Krankenversicherungssystem, das durch seine Zersplitterung in Einzelkassen und

Kassenarten einen Pseudowettbewerb erzeugt, bei dem die wirtschaftlich stärkeren Kassen das Schrittempo angeben und die schwächeren zu Maßnahmen verleiten, die sie nur über Beitragserhöhungen finanzieren können;

- ein Abrechnungs- und Leistungssystem, das den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit nicht entspricht und ihr in vielen Fällen diametral entgegensteht;
- ein völlig unterentwickeltes Planungs- und Steuerungsinstrumentarium.

Eine fortschrittliche Gesundheitspolitik muß davon ausgehen, daß ein vermehrter quantitativer Einsatz der kurativen Medizin¹ keinen nennenswerten gesundheitspolitischen Fortschritt im Sinne einer Verbesserung des Gesundheitszustandes der Gesamtbevölkerung verspricht. Alles deutet darauf hin, daß der enorm gestiegene Einsatz an Mitteln der kurativen Medizin den Gesundheitszustand der Bevölkerung kaum positiv beeinflusst. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Lebensbedingungen und Lebensgewohnheiten Gesundheitsbeeinträchtigungen hervorbringen, die durch die Leistungen des Gesundheitswesens in der bisherigen Art und Weise trotz aller medizinischen Fortschritte nicht oder nicht voll ausgeglichen werden können. Gesundheitspolitik muß also in Zukunft weniger denn je Krankenversicherungspolitik sein. Sie darf sich nicht in der Aufgabe erschöpfen, jedem Bürger ein Maximum an Leistungen der kurativen Medizin zukommen zu lassen und die entsprechenden Kosten sozial gerecht zu verteilen. Vielmehr müssen die besondere Bedeutung der Prävention berücksichtigt und entsprechende politische Veränderungen herbeigeführt werden. Dabei ist wichtig, die Institutionen der Gesundheitspolitik und des Gesundheitswesens, z.B. die Krankenkassen, in die Lage zu versetzen, die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung auch wirkungsvoll gegenüber anderen Politikbereichen vertreten zu können und damit im Sinne der Prävention ihren Einfluß zu entfalten.

Ob dies möglich ist, hängt nicht zuletzt entscheidend von der Frage der Organisation des Gesundheitswesens und des Versicherungssystems ab. Wirkungsvolle Prävention, als umfassende Aufgaben begriffen, muß ihren Einfluß in der gesamten Gesellschaftspolitik von der Städtebau- und Verkehrspolitik bis hin zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen und zur Bildungspolitik entfalten. Sie geht also weit über den eigentlichen Bereich der Gesundheitspolitik hinaus. Dennoch wäre es unsinnig, all diese Aufgabengebiete für die Gesundheitspolitik im eigentlichen Sinne reklamieren zu wollen und diese dadurch zu einer Art universellen Gesellschaftspolitik aufzuplustern. Es kommt vielmehr darauf an, ihren Anliegen in den anderen Politikbereichen angemessen Geltung zu verschaffen.

Vorsorge und Früherkennung

Eine der wichtigen Aufgaben der Prävention liegt in dem Versuch, die gesundheitsbeeinträchtigenden Verhalten und gesundheitsgefährdenden Faktoren im sozialen Umfeld des einzelnen zu ändern (subjektive Primärprävention). Hier liegt für die Zukunft ein Schwerpunkt der Aufgaben der gesundheitspolitischen Institutionen. Dazu gehören zunächst die Gesundheitsaufklärung, die Gesundheitsberatung und Gesundheitsbildung. Allerdings waren die bisher angewandten Verfahren und Methoden, die ungezählte Streuung von Informationen und Belehrungen trotz erheblichen finanziellen Aufwandes wenig ergiebig, da Wissen allein kaum eine Verhaltensänderung bewirkt. Dagegen wird der Versuch an Bedeutung gewinnen, Personengruppen mit besonderen gesundheitlichen Risikofaktoren ausfindig zu machen und ihnen gezielt Beratung und Hilfe anzubieten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen in Zukunft das System der medizinischen Versorgung und das Arbeitssicherheitswesen sowie die Sozialarbeit andererseits intensiver zusammenarbeiten.

Ein weiteres Element einer wirksamen Prävention ist die Früherkennung und Frühbe-

handlung bereits eingetretener Krankheiten. Auf diesem Sektor ist mit der Einführung der Vorsorgeuntersuchungen im Krankenversicherungsrecht im Jahre 1971 zwar ein erster Schritt gemacht worden, die Erfahrungen sind allerdings sowohl bezüglich der Inanspruchnahme als auch der Effektivität unzureichend. Die Erwartungen, die an eine Ausdehnung dieser Früherkennungsuntersuchungen geknüpft werden, sind deshalb nicht begründet. Hinzu kommt, daß die meisten Krankheiten, die als Invalditäts- oder Todesursache quantitative Bedeutung haben, nach heutigem Wissensstand entweder nur sehr schwer im Frühstadium diagnostiziert werden können oder, sobald sie einmal aufgetreten sind, nur bedingt therapierbar sind. Auch in der Krankheitsfrüherkennung bietet sich als neuer Weg an, zunächst mit standardisierten, wenig aufwendigen Untersuchungs- und Befragungsverfahren besondere Risikogruppen herauszufiltern und diese gezielt den aufwendigeren Früherkennungsverfahren zuzuführen.

Reform der Versicherungssystems

Ein wichtiger Gegenstand der Reform unseres Gesundheitswesens ist das Krankenversicherungssystem selbst. Dabei muß es Ziel sein, daß sich die Gesundheitspolitik bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Krankenversicherung bedient und nicht wie bisher die Krankenversicherung die Gesundheitspolitik beherrscht. Um neue gesundheitspolitische Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen zu können, muß klar werden, daß in der funktionalen Beziehung die Krankenversicherung die abhängige Variable ist. Unser Krankenversicherungssystem ist gegliedert nach regionalen, berufsständischen und betriebsbezogenen Gesichtspunkten. Es ist historisch gewachsen, eher zufällig denn geplant. Seiner Praktikabilität und die mit ihm einhergehenden Vor- und Nachteile bedürfen einer kritischen Überprüfung. Die Qualität eines Krankenversicherungssystems steht und fällt mit den Vorteilen, die es für die Bürger und Versicherten mit sich bringt. Für viele Bürger ist fraglich geworden, ob das gegliederte System in seiner bestehenden Form wirklich ihrem Vorteil dient. Die Behauptung, das gegliederte System führe zu Wettbewerb unter den verschiedenen Kassen und wirke sich deshalb zum Vorteil für die Mitglieder der jeweiligen Kassen aus, ist mehr als zweifelhaft. Um den größten Teil der Mitglieder kann gar kein Wettbewerb stattfinden, weil sie in einer bestimmten Kasse oder Kassenart pflichtversichert sein müssen. Nur der weitaus geringere Teil der Mitgliedschaft ist für die Kassen überhaupt wettbewerbsfähig, und dies sind überwiegend die »guten Risiken« mit höherem Einkommen. Als Folge dieses »Wettbewerbs« werden sie von den Kassen mit höheren Beiträgen zu den für sie günstigeren Kassen wechseln. Kassen mit ohnehin hohen Beiträgen müssen so noch höhere Beiträge erheben, und günstige Kassen können ihre Beitragsgestaltung künftig noch vorteilhafter gestalten. Der größte Teil der Mitgliedschaft, der ja nicht wechseln kann, hat die finanziellen Konsequenzen dieser Art von Wettbewerb zu tragen.

Angesichts der offenkundigen Mängel ist eine Bereinigung und übersichtlichere Gestaltung unseres Krankenversicherungssystems vordringlich. Die bestehende Gliederung ist unzweckmäßig und führt zu sozial unausgewogenen Ergebnissen, weil sie gute und schlechte Risiken nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Kassen, Arten- und Krankenkassen verteilt. Hinzu kommt, daß für unterschiedliche Kassenarten unterschiedliches Recht besteht. Beides muß korrigiert werden. Eine Einheitsversicherung allerdings ist nicht die erstrebenswerte Alternative, weil sie zu groß und schwerfällig wäre und die anfallenden Aufgaben kaum bürgernah bewältigen könnte. Auch ein allgemeiner, die Kassenarten übergreifender Finanzausgleich erscheint nur auf den ersten Blick als geeignete Maßnahme, um die anstehende Problematik zu lösen. Zwar beseitigt er die Nach- und Vorteile

einer ungleichen Risikoverteilung unter den einzelnen Krankenkassen auch für den Beitragzahler, aber dieser Ausgleich geschieht ohne Berücksichtigung der Ursachen der ungleichen Beitragslast. So werden Krankenkassen mit niedrigeren Beiträgen, die in einer geringer entwickelten Versorgungsdichte begründet sind, ebenso zum Ausgleichsverfahren herangezogen wie Krankenkassen, deren niedrige Beiträge in einer günstigeren Risikoverteilung begründet sind. Gebiete, die in ihrem Angebot an der Infrastruktur im Gesundheitswesen eher unterversorgt sind und aus diesem Grund niedrigere Krankenkassenbeiträge aufweisen, würden demnach durch den Finanzausgleich solche, die eher überversorgt sind und höhere Beiträge aufweisen, auch noch subventionieren. Dies wäre mehr als ungerecht und spricht gegen den Finanzausgleich. Ausgleichsverfahren mindern darüber hinaus die unmittelbare Verantwortungsbereitschaft in den einzelnen Krankenkassen für eine sparsame Haushaltsführung. Auch dies spricht gegen einen Finanzausgleich.

Die prüfenswerte Alternative zum bisherigen System könnte die regional nach einheitlichen Gesichtspunkten gegliederte Krankenkasse sein. Sie wäre so überschaubar zu gestalten, daß sie sowohl verwaltungsmäßig und wirtschaftlich effektiv als auch leistungsstark und bürgernah arbeiten könnte. Alle bisher bestehenden Einzelkassen könnten über die Zwischenstufe einer regionalen Arbeitsgemeinschaft in den neuen regionalen Krankenkassen aufgehen. Neben unmittelbaren Vorteilen für die Versicherten bedeuten einheitlich strukturierte Krankenkassen wesentliche Vorteile bei der Preis- und Honorarfindung. Die bis jetzt zersplitterte Kassenseite ermöglicht es ihren Vertragspartnern, Ärzten und Zahnärzten, eine Kassenart gegen eine andere auszuspielen und so zu Honorarabschlüssen zu kommen, die sie bei einheitlich gegliederten Kassen nicht erreichen würden. Nach einheitlichen Prinzipien gegliederte regionale Krankenkassen erlauben eine wesentlich effektivere Wahrnehmung und Durchsetzung der Interessen der Versicherten. In jedem gegliederten Krankenversicherungssystem mit eigenverantwortlichen Gliedkassen muß es unterschiedliche Beitragssätze für die Versicherten geben. Dies ist ein konstitutives Merkmal solcher Systeme. So sind auch unterschiedliche Beitragssätze in einem umgestalteten Krankenkassensystem durchaus zu erwarten und auch wünschenswert.

Wird eine gewisse Bandbreite in den Beitragssatzhöhen überschritten, erfordert dies Korrekturen. Sie sollten über einen »Problem- oder Feuerwehrfonds« erfolgen, den alle Kassen gemeinsam zum Zweck des Ausgleichs regionaler Struktur Nachteile anlegen müssen.

Preise und Honorare

Neben dem inneren Aufbau unseres Krankenversicherungssystems sind die Grundsätze, an denen sich die Bildung der Preise für Gesundheitsleistungen orientiert, ein weiteres wesentliches Element, das der Reform bedarf. Von diesen Grundsätzen geht keinerlei Anreiz zum wirtschaftlich sinnvollen Verhalten aus. Sie bewirken eine teure gesundheitliche Maximalversorgung. Es kommt darauf an, die Preis- und Honorargestaltung so zu verändern, daß sie wirtschaftlich vernünftiges Verhalten fördert, ohne die Qualität der medizinischen Versorgung negativ zu beeinträchtigen.

Ambulante ärztliche Versorgung

Im Bereich der ambulanten Versorgung erfolgt die Vergütung der von Ärzten und Zahnärzten erbrachten Leistungen nach dem System des Einzelleistungshonorars. Jede vom Arzt während der Diagnostik und Therapie erbrachte Leistung wird einzeln abgerechnet. Es ist leicht erkennbar, daß das Einzelleistungshonorar dazu verführt, möglichst aufwen-

dig zu diagnostizieren und zu therapieren, denn mit jeder einzelnen Leistung wächst das Gesamthonorar für die Behandlung der Krankheit. Polypragmasie² bei den Ärzten und Maximalversorgung für die Patienten sind das Resultat. Durch die Steuerung seines Leistungsaufwandes kann der Arzt und Zahnarzt sogleich auch die Höhe seines Honorars selbst steuern. Führt die Einzelleistungsvergütung zur Maximalversorgung, so minimiert ihr logisches Gegenstück, die Fall- oder Kopfpauschale, den Versorgungsaufwand. Auch dies ist nicht wünschenswert. Es kommt darauf an, ein Honorarmodell zu verwirklichen, das zu einem angemessenen Versorgungsaufwand führt, ihn zumindest aber fördert. Dies könnte eine Vergütungsform bewirken, die bei typischen Krankheiten und Krankheitsverläufen die einzelnen zu erbringenden Leistungen zu einem Gesamtkomplex zusammenfaßt. Dem Arzt würde nicht mehr jede Einzelleistung vergütet, sondern nur der gesamte Leistungskomplex.

Krankenhauspflegesätze

Der tagesgleiche voll pauschalierte Krankenhauspflegesatz enthält keinerlei Anreiz zu wirtschaftlich vernünftigem Verhalten. Es kommt in Zukunft darauf an, den Pflegesatz besser an den Verlauf der Kosten, die die Behandlung eines Patienten im Krankenhaus tatsächlich verursacht, anzupassen. Der Pflegesatz ist am Anfang wie am Ende der Krankenhausbehandlung gleich hoch. Die durch die Behandlung verursachten Kosten aber nicht. Sie sind am Anfang des Krankenhausaufenthaltes höher als der Pflegesatz, am Ende dagegen niedriger. Aufwands- und Ertragsverlauf klaffen auseinander. Am Anfang macht das Krankenhaus betriebswirtschaftlich Verluste, am Ende Gewinne. Die Kosten des Behandlungsfalles sind erst dann erwirtschaftet, wenn die Verluste des Anfangs durch die Gewinne am Ende ausgeglichen sind. Dies ist dann der Zeitpunkt, an dem der Patient vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt her entlassen werden kann. Dieses wirtschaftlich gebotene »Entlassungsdatum« hat mit dem medizinisch gebotenen meist wenig zu tun. Auf diese Weise werden unnötige Kosten »produziert«. Es kommt darauf an, den Ertragsverlauf des Krankenhauses aus einem Behandlungsfall dem Aufwandsverlauf anzugleichen. Dies sollte in Zukunft durch die Einführung degressiver Pflegesätze geschehen, die, nahe bei den Kosten liegend, am Anfang hoch und zum Ende hin sinkend ausgestaltet sein müßten. Dem Anreiz für die Krankenhausbetriebsführung, eine unnötig lange Verweildauer zu produzieren, könnte so entgegengewirkt werden. Des weiteren kommt es darauf an, den Pflegesatz stärker als bisher entsprechend der für den Patienten notwendigen Pflegeintensität auszugestalten. Das Ergebnis müßte sein, an die Stelle eines tagesgleichen voll pauschalierten Pflegesatzes für ein Krankenhaus mehrere degressive pauschalierte Pflegesätze zu setzen.

Arzneimittel

In kaum einem Sektor des Gesundheitswesens sind Versuche so erfolglos gewesen, durch politische Maßnahmen eine vernünftige und sachgerechte Struktur herbeizuführen, wie auf dem Arzneimittelmarkt. Der Arzneimittelmarkt ist unüberschaubar und aufgebläht. Er enthält eine riesige Anzahl von Einzelpräparaten. Dies ist nahezu grotesk vor dem Hintergrund, daß selbst der geübte Arzt allenfalls dreihundert bis fünfhundert Präparate für seinen Verordnungskatalog benötigt. Die Vorstellung vom Markt und seinen den Nachfragern zunutze kommenden Funktionen ist hier völlig in ihr Gegenteil verkehrt worden. Der Arzneimittelmarkt ist kein von der Nachfrageseite dominierter Markt. Er ist ein reiner Anbietermarkt. Akzeptable Verhältnisse auf dem Arzneimittelmarkt zu schaffen,

würde heißen, der Anbietermacht eine gleich gut organisierte Nachfragermacht gegenüberzustellen. Anbieterseite und Nachfragerseite müssen gleichgewichtige Marktteilnehmer werden. Nur so wäre ein vertretbares Ergebnis zu erwarten. Dies aber würde heißen, den Markt wieder erst in seine Funktion zu setzen, ihn wieder zum Ort des Wettbewerbs der Anbieter und zum Ort der Verhandlung und Einigung mit dem Nachfrager zu machen. Im einzelnen bedeutet dies, daß der pharmazeutische Unternehmer als Anbieter mit dem Krankenhausversicherungsträger als Beauftragten des Nachfragers um Ware und vor allen Dingen Preis verhandeln muß. Direkte Vertragsbeziehungen zwischen Pharmaindustrie und Krankenkassen wären notwendig. Einigung zwischen beiden über ein Arzneimittel bedeutet Verordnungsfähigkeit zu Lasten der Krankenkassen, keine Einigung heißt »nicht verordnungsfähig« zu Lasten der Krankenversicherung.

Institutionen

Unser Gesundheitssystem besteht aus grundsätzlich getrennten Versorgungsbereichen, die eine unterschiedliche geschichtliche Entwicklung genommen haben. Sie sind inhaltlich, organisatorisch und finanziell kaum verzahnt. Bejaht man die zentrale Steuerungsmöglichkeit eines Systems durch die Finanzierung, so zeigt sich auf diesem Gebiet eine entscheidende Schwachstelle des Gesundheitswesens. Seine jetzige Finanzierung bietet den Erbringern von Gesundheitsleistungen die Möglichkeit, sich dort »anzusiedeln«, wo der größtmögliche Gewinn zu erwarten ist. So kommt es zu Unter- und zu Überversorgung. Viele Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen haben ihre Ursache darin, daß die Erbringer von Gesundheitsleistungen bis weit in die 70er Jahre hinein grundsätzlich kein Interesse an einer wirtschaftlichen Leistungserbringung zu haben brauchten. Dieses Kernproblem jeglicher Steuerung im Gesundheitswesen ist schon frühzeitig erkannt worden. Allerdings geht die hieraus immer wieder gezogene Schlußfolgerung, nämlich mehr Markt im Gesundheitswesen, am Kern des Problems vorbei. Der Nachfrager kann nur dort gegenüber dem Anbieter seine Rolle als Marktpartner wirksam wahrnehmen, wo er sachkundig und unabhängig die Qualität der angebotenen Leistungen beurteilen, Preise und Leistung ins Verhältnis setzen und zwischen verschiedenen nach Preis und Leistung unterschiedlichen Anbietern wählen kann. Alle diese Bedingungen sind im Gesundheitswesen nicht gegeben. Es kommt daher zunächst darauf an, die bisher getrennten Versorgungsbereiche aneinander anzunähern und starre Grenzen zu überwinden. Dabei ist Ziel, die Versorgungsbereiche letztlich institutionell miteinander zu verzahnen.

Selbsthilfe

Die Professionalisierung weiter Bereiche des Gesundheitswesens hat die familiäre und nachbarschaftliche Selbsthilfe, die noch vor zwanzig Jahren einen besonderen Stellenwert besaß, weitestgehend verschüttet. Die ständig ausgebaute Sicherung der Bürger gegenüber Krankheitsrisiken und ihre Folgen, die Ausweitung der rechtlichen Ansprüche der Bürger auf Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit wurde nicht begleitet und unterstützt durch Maßnahmen, die das Bewußtsein dafür verstärken, daß auch weiterhin eigene Aktivitäten und Hilfen im eigenen Umfeld erforderlich sind. Die Verwirklichung von Rechtsansprüchen auf alle notwendigen Maßnahmen im Krankheitsfall ist kein Ersatz für eigene Hilfestellungen, sondern sie ergänzen einander. Selbsthilfe ist allerdings umgekehrt kein Alibi für Lücken in der sozialrechtlichen Absicherung der Bürger.

Gründe der heutigen Selbsthilfe-Debatte

In den letzten Jahren ist Selbsthilfe zum zentralen Thema der sozialpolitischen Grundsatzdiskussion geworden. Früher festgefügte ideologische Fronten sind dabei in Fluß geraten, Konservative, Liberale, Sozialdemokraten und Alternative wenden ihr Interesse gleichermaßen der Selbsthilfe zu. Dabei entsteht immer wieder Verwirrung, weil auch auf Neuerung und Reform bedachte Sozialdemokraten sich häufig der gleichen Vokabeln bedienen wie Konservative und Wirtschaftsliberale. Aus der Sicht des engagierten Sozialpolitikers ist zu kritisieren, daß dabei häufig ohne zwingenden Grund Zentralbegriffe des politischen Gegners verwandt werden, daß dies ohne allzuviel Kenntnis sozialpolitischer Sachzusammenhänge und häufig auch ohne die notwendige Klarheit der Argumente geschieht, vor allem aber auch, daß man sich der Gefahr, mißverstanden zu werden, nicht hinreichend bewußt ist. Dennoch gibt es in der Tat gute Gründe, daß die Sozialpolitik sich intensiv und konstruktiv mit dem Gedanken der Selbsthilfe auseinandersetzt. Niemand kann den objektiven Problemen des Sozialstats ausweichen, z.B. der Abgrenzung von Selbsthilfe und solidarischer Sicherung, der persönlichen Selbstbestimmung und der Integrität im Sozialstaat, der Bewahrung der Selbsthilfefähigkeit in Fragen der Überbürokratisierung und der Überprofessionalisierung und nicht zuletzt der Frage, wie die Fähigkeit von Selbsthilfeinitiativen im weiteren Sinne zur sozialen Innovation fruchtbar gemacht werden kann.

Daneben gibt es den Tatbestand, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der staatlich organisierten Sicherungssysteme begrenzt ist, begrenzter, als wir es in den letzten 10 oder 15 Jahren angenommen haben. Selbst in den »goldenen Jahren« des Wirtschaftswachstums ist die Vorstellung einer 100%igen sozialen Sicherung letztlich immer eine Utopie gewesen. Daher ist es heute unumgänglich, eine bewußte und sozial verantwortbare politische Entscheidung zu treffen, welche Lebensrisiken in welchem Umfang von der Allgemeinheit aufgefangen werden können und welche privat getragen werden müssen.

Ein weiterer wichtiger Grund für das Interesse am Prinzip der Selbsthilfe ist die Erfahrung, die vielfach mit der sozialpolitischen Praxis und ihrem Verhältnis zu den Menschen gemacht wird. Wer das Instrumentarium des Sozialstaats einer Erfolgskontrolle unterwirft, stellt fest, daß noch so großzügige persönliche Rechtsansprüche, Geldleistungen und professionelle Dienste keineswegs automatisch auch die Lösung sozialer Probleme gewährleisten. Eine formal korrekte Verwaltungspraxis und Expertenwissen sind notwendig, aber vielfach nutzlos, wenn sie einfach »von oben« am Betroffenen exekutiert werden, ohne daß dessen eigene Kräfte freigesetzt und angeregt werden. Die Erfahrungen mit dem modernen übertechnisierten Medizinbetrieb, in der Psychiatrie, in der Praxis der Sozialhilfe illustrieren diesen Sachverhalt. Dies zwingt zu der Schlußfolgerung, daß Selbsthilfe, wo sie sinnvoll möglich ist, als notwendiges und positives Element der Sozialpolitik anerkannt werden muß, nicht nur als eine eigentlich unerwünschte Restgröße des Sozialstaats oder als Ausdruck eines Mangelzustandes.

Subjekte und Bedeutung sozialpolitischer Selbsthilfe

Darüber hinaus beginnt das Feld der politischen Auseinandersetzung um die Frage, was man sich überhaupt unter Selbsthilfe vorzustellen hat, welcher Stellenwert ihr künftig zukommen soll. Diese zentralen Streitfragen der Sozial- und Gesellschaftspolitik müssen beantwortet werden. Wer in erster Linie der Adressat ist, den man zur Selbsthilfe aufrufen möchte, ist bereits Gegenstand heftiger Kontroversen. *Konservative* und solche, die sich in besonderer Weise der traditionellen *katholischen Soziallehre* verpflichtet fühlen, denken in

erster Linie an die Familie als Institution der sozialen Problemlösung. Dabei wird billigend in Kauf genommen, daß die Rolle der Frauen in unserer Gesellschaft wieder neu bewertet wird, daß die zaghaften Ansätze zur Gleichberechtigung der Frau zurückgedrängt werden. Denn wie selbstverständlich denken diejenigen, welche die sozialen Lasten auf die Familie zurückverlagern wollen, dabei an die Frau; der Mann bleibt »Ernährer«, das Haupt der Familie. Dieses überkommene Familienbild scheint ihnen am besten die Selbsthilfetätigkeit des Menschen auch in der heutigen Gesellschaft zu verbürgen. Die *Neoliberalen* propagieren eher das Leitbild des ökonomisch selbständigen Bürgers, der sich kraft eigener Tüchtigkeit, seiner Bildung, eventuell auch seines Vermögens zutrauen kann, die Mehrzahl der Lebensrisiken weitestgehend durch private Vorsorge zu bewältigen, der es schafft, sich in der Wolfsgesellschaft ohne weitere soziale Unterstützung durchzusetzen. *Sozialdemokraten* werden in der Tradition der Arbeiterbewegung vor allem die solidarische und genossenschaftliche Selbsthilfe im Auge haben. Andere Akzente setzen die *Alternativen und Grünen*. Sie orientieren auf die Erprobung neuer Kommunikations- und Lebensformen, auf die Ausbreitung neuartiger kleiner Netze, mit denen man sich bewußt von den traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung abgrenzen will. In der Summe soll das Ganze dann alternativ zur bisherigen Organisation der Wachstumsgesellschaft wirken. Nicht weniger kontrovers ist die bisherige Diskussion über den Stellenwert, den die Selbsthilfe für die Sozialpolitik haben sollte. Ein Streitpunkt ist, ob Selbsthilfe im größeren Umfang eine Alternative zur sozialen Sicherung sein kann. Konservative und Neoliberale neigen vielfach dazu, diese Fragen zu bejahen. Sie gehen teilweise so weit, den Sozialstaat auf eine bloße Sicherung des Existenzminimums zu beschränken und alles andere in den Bereich der Selbsthilfe zu verweisen. Die Perspektive, die Finanzierungslasten für den Sozialstaat zu privatisieren, nimmt dabei einen gewissen Sozialdarwinismus in der Gesellschaft billigend in Kauf. Interessanterweise gibt es zu diesem Denken Parallelen im grün-alternativen Lager, wo man vereinzelt die sozialen Sicherungssysteme pauschal als Netz der sozialen Kontrolle diffamiert und es am liebsten durch ein Geflecht der kleinen Netze ersetzen möchte. Sozialdemokraten bringen in diese Diskussion vor allem das Argument ein, daß die Gegenüberstellung von Sozialstaat und Selbsthilfe eine falsche Alternative sei. Sie bestehen darauf, daß Selbsthilfe das soziale Netz nicht überflüssig machen, sondern nur ergänzen und qualitativ verbessern kann. Schutz vor Arbeitslosigkeit oder Partizipation der älteren Generation am Produktivitätsfortschritt etwa sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die weder durch private Vorsorge noch durch kleine Netze gelöst werden können. Es heiße das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man die zweifellos vorhandene Tendenz zur Überbürokratisierung und Überprofessionalisierung dem Sozialstaat selbst anlasten. Es kommt vielmehr darauf an, Elemente der Selbsthilfe, neue Formen der sozialen Gruppenarbeit und die Leistungsfähigkeit kleiner Netze in das System der sozialen staatlichen Dienstleistung einzubeziehen und für den Sozialstaat und seine Qualität nutzbar zu machen. Aufgabe ist nicht eine Alternative zum Sozialstaat, sondern die bessere Qualität des Sozialstaats.

Selbsthilfe kann dann in Anknüpfung an die Traditionen der Arbeiterbewegung als gemeinschaftliche Selbsthilfe von gleich Betroffenen begriffen werden. Nur so wird das Selbsthilfekzept sozialpolitisch produktiv. Allerdings sollte es in dieser Weise auch ein besonderer Schwerpunkt sozialdemokratischer Sozialpolitik sein. Ideen und Erfahrungen, die mit der sich verstärkenden Selbsthilfebewegung entstanden sind, können für den Sozialstaat nutzbar gemacht und neue Formen der Hilfe und Selbsthilfe in das System der sozialen Sicherung einbezogen werden. Um diese Aufgabe zu leisten, müssen konkrete

Konzepte entwickelt werden, wie sich die Selbsthilfemodelle fruchtbar in den Rahmen des Sozialstaats einbauen lassen, ohne ihre Autonomie und Identität zu untergraben.

Selbsthilfe in der Gesundheitspolitik

Im Gesundheitswesen muß Selbsthilfe einen angemessenen Platz als nicht-professionelles Hilfsangebot einnehmen. Sie sollte in der Regel auf privater Initiative beruhen, als Freundeskreis, Selbsthilfegruppe, Fördergruppe, Aktionsgemeinschaft, Patenschaft, Kontaktkreis, Elterninitiative usw. Nur in Ausnahmefällen sollten auch festorganisierte Einrichtungen wie z.B. Beratungsstellen betrieben werden. Die Stärke dieser Hilfsangebote liegt darin, daß sie auf die Bedürfnisse des Einzelfalls zugeschnitten sind, den Empfänger unbürokratisch und rasch erreichen und häufig sein soziales Umfeld miteinbeziehen. Selbsthilfe sollte sich der allgemeinen menschlichen Unterstützung in sozialen und rechtlichen Bereichen und den technischen Bereichen widmen.

Diese mehr skizzenhaften Vorstellungen über eine Reform des Gesundheitswesens könnten die Strukturen im Gesundheitswesen unter Patienten- und Versicherteninteresse wesentlich positiv beeinflussen, wenn wir Sozialdemokraten uns trauen würden, für diese Vorstellungen mobil zu machen, denn wie überall in der Gesellschaft gilt es, organisierte mächtige Anbieterinteressen zu überwinden.

Anmerkungen

- 1 Behandlende medizinische Versorgung.
- 2 Ausprobieren vieler Behandlungsmethoden und Arzneien.

Bruno Zwingmann

Neuorientierung sozialdemokratischer Sozialpolitik?

Anmerkungen zum Zwischenbericht für ein neues sozialpolitisches Programm der SPD

Unter dem anspruchsvollen Titel »Die Zukunft des Sozialstaates« ist für den Bundestag eine Denkschrift, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion, vorgelegt worden, die als Grundlage für die innerparteiliche Diskussion um ein sozialpolitisches Programm der SPD dienen soll. Die wesentlichen Aussagen dieses Zwischenberichtes werden im folgenden diskutiert.

1. Stellenwert der Diskussion um ein sozialpolitisches Programm

Laut Beschluß des Essener Parteitag von 1980 sollte schon für den Bundestag 1983 ein »über die Rentenreform von 1984 hinausgehendes langfristiges Programm zur Weiterentwicklung der gesamten Sozialpolitik« vorgelegt werden, was zusätzlich noch durch »eine finanziell abgesicherte und mit einer Zeitplanung versehene Beschlußvorlage für diesen Parteitag« ergänzt werden sollte. Die offensichtliche Hilflosigkeit und Ohnmacht der Sozialpolitiker gegenüber den katastrophalen Folgen der bisher schwersten kapitalistischen Krise und vor allem die Bedrohung der finanziellen und politischen Grundlagen der Sozialpolitik als Folge der Krise erzwangen statt einer bloßen »Weiterentwicklung« zunächst einmal ein grundlegendes Überdenken der bisherigen Sozialpolitik und ihrer Bedingungen. Die kapitalistische Krise wie auch die grundlegende Umgruppierung der politischen Kräfte, die in der Wendepolitik und dem Verlust der Regierungsbeteiligung der SPD gipfelte, hatten zur Folge, daß auch »das Selbstverständnis sozialdemokratischer Sozialpolitik schweren Belastungen ausgesetzt« war. Zu den erneut verschärft aufbrechenden Klassenauseinandersetzungen kamen sozialpolitische Grundsatzdiskussionen hinzu, die nicht mehr nur von konservativer Seite her Kritik am Sozialstaat übten. Bis vor wenigen Jahren zeigten sich die Sozialpolitiker von innerparteilichen Grundsatzdiskussionen ziemlich unberührt. Die Kritik an Sozialstaatsillusionen beispielsweise blieb so lange auf die akademische Diskussion beschränkt, wie konkrete Ausbauschritte des Sozialstaates noch möglich waren und sein Bestand nicht gefährdet schien. Mittlerweile droht der Sozialstaat nicht mehr nur theoretisch »illusionär« zu werden, sondern steht ganz praktisch zur Disposition. Der Bericht stellt jetzt fest: »Auch innerhalb der Partei wird die bisherige Sozialpolitik bisweilen kontrovers diskutiert.« Dies stellt übrigens den einzigen Hinweis auf die schwerwiegenden Auseinandersetzungen z.B. zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und regierenden Sozialdemokraten dar.

Mit der Sozialpolitik ist für die SPD jedoch nicht irgendein Politikfeld betroffen. »Neue Orientierungen für die Sozialpolitik, die allgemein für notwendig gehalten werden, berühren zugleich auch Grundfragen sozialdemokratischer Identität.« In der Tat wurde Sozialpolitik mehr oder weniger immer als das eigentliche Merkmal sozialdemokratischer Politik im Unterschied zu Konservativen wie Kommunisten angesehen. Wie in kaum einem anderen Politikbereich findet hier das reformistische Grundkonzept in Zeiten der Hochkonjunktur Anknüpfungspunkte, nach dem durch Aneinanderreihung von Reform an Reform die Reproduktionserfordernisse der Arbeitnehmer durch das Rechtssystem anerkannt und ein ebenfalls schrittweise verbesserbarer Rechtsanspruch auf Schutz erkämpft

werden kann. Ab einer bestimmten Stufe finde dann nicht mehr nur ein quantitativer Ausbau, sondern auch eine qualitative Neuerung der Gesellschaft statt. So definieren die Autoren des Zwischenberichtes als Aufgabe der Sozialpolitik: »Sie soll den arbeitenden Menschen und seine Familie vor den Abhängigkeiten, Gefährdungen und Risiken der industriellen Entwicklung schützen und eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft verwirklichen.« Die Sozialpolitik schaffe mit der Erfüllung dieser beiden Funktionen, der meist sehr konkreten Schutz- und der in aller Regel recht nebulösen Gestaltungsfunktion, »die soziale Infrastruktur für die moderne Industriegesellschaft und die Grundlage für den sozialen Frieden.« Die Verbesserung der industriellen Arbeits- und Lebensverhältnisse soll »zugleich den Aufbau einer sozialen Demokratie und einer solidarischen Gesellschaft unterstützen«.

Es ist schon verwunderlich, daß es lediglich um einen wenn auch umfassenden Schutz vor der »industriellen Entwicklung« und um die »moderne Industriegesellschaft« gehen soll. Die Autoren haben den Kapitalismus begrifflich mit keinem Wort im gesamten Bericht (wieder-)entdeckt, obwohl er sich doch in der Bundesrepublik gerade in den letzten Jahren ausgesprochen deutlich bemerkbar gemacht hat.

Mit der Sozialpolitik steht die sozialdemokratische Grundannahme überhaupt auf dem Prüfstand, daß unter kapitalistischen Bedingungen eine im wesentlichen kontinuierliche und ungefährdete Entwicklung der sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer möglich sei.

2. Bilanz der Sozialpolitik

Der Bericht stellt zunächst pauschal den »großen Aufstieg« heraus, den die Sozialpolitik seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert erlebt hat. Sieht man von der unglaublichen Geschichtsklitterung ab, daß dies »Schritt für Schritt« erkämpft worden sei, womit Etappen des Fortschritts wie auch katastrophale Rückschläge einfach eingeebnet werden, so ist ohne jeden Zweifel der Sozialstaat die herausragende Errungenschaft der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern.

2.1 Die Anfangsjahre der sozialliberalen Koalition

Der Bericht hebt vor allem die ersten Jahre der sozialliberalen Koalition heraus, deren Sozialpolitik den sozialen Schutz ausgebaut und damit eine »qualitative Änderung der Gesellschaft« bewirkt habe. Die Möglichkeit dieser Politik war, wie der Bericht richtig sieht, in erster Linie »wegen der besonderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer lange andauernden Wachstumsphase« gegeben. »Vor diesem Hintergrund gingen die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen weniger um die grundsätzliche Notwendigkeit und die Richtung des sozialpolitischen Fortschritts als um dessen Ausmaß und Tempo.« Die vorgefundene Einkommens- und Vermögensverteilung sei dabei trotz absoluter Zuwächse bei den Arbeitnehmereinkommen kaum verändert worden. Der Schwerpunkt, bezogen auf die Verteilungsverhältnisse, habe bei der sekundären Umverteilung von Einkommen und der sozialen Sicherung für bestimmte Lebenslagen, die vom einzelnen nicht bewältigt werden können, gelegen. Bei der Ausgestaltung der sozialen Sicherung auf dieser Grundlage »wurden die historisch gewachsenen berufsständischen Strukturen festgeschrieben«. Die strukturgestaltenden Bereiche Arbeitsschutz, Arbeitsrecht und Mitbestimmung charakterisiert der Bericht als »vorsichtig dosierte sozialpolitische Eingriffe in das Wirtschaftssystem«. Als politische Bedingung wird festgehalten: »Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer wurde dabei überwiegend im Sinne von Sozialpartnerschaft verstanden«.

2.2 Sozialpolitik ab 1975 —

Sozialabbau und Wandel der politisch-ökonomischen Grundlagen

Im Gegensatz zu dieser erfolgreichen Phase sozialdemokratischer Sozialpolitik gibt der Zwischenbericht an, daß mit Beginn der »weltweiten Beschäftigungskrise« Mitte der 70er Jahre »auch Sozialdemokraten zu Einsparmaßnahmen im sozialpolitischen Bereich gezwungen waren«. Gerechtfertigt und verteidigt werden diese Maßnahmen wie folgt:

»Auch wenn einige Eingriffe, etwa in der gesetzlichen Rentenversicherung oder in der Arbeitsförderung, für die Betroffenen einschneidend waren, blieben diese Maßnahmen insgesamt vertretbar, weil das Sozialleistungssystem nicht in seiner Substanz verletzt wurde. Die Einschränkungen im Sozialleistungsbereich erfolgten in dem Bemühen, den Sozialstaat finanziell zu sichern und die Lasten so weit wie möglich sozial ausgewogen zu verteilen.«

Demgegenüber würden Konservative und Wirtschaftsliberale den Sozialabbau bewußt als Instrument der Wirtschaftspolitik einsetzen. Sie nutzen die Arbeitslosigkeit zur Verschlechterung der Einkommen der Arbeitnehmer, zur Schwächung der Gewerkschaften und zur Disziplinierung der Arbeitnehmer im Betrieb. »Es scheint, daß Konservative und Wirtschaftsliberale den sozialstaatlichen und sozialpartnerschaftlichen Grundkonsens in der Bundesrepublik Deutschland einseitig aufkündigen wollen.« Und weiter führt der Bericht aus:

»Es geht um die Frage, ob die historischen Errungenschaften, die der Sozialstaat für die Arbeitnehmer gebracht hat, rückgängig gemacht werden, ob die Periode sozialstaatlicher und sozialpartnerschaftlicher Entwicklung der Gesellschaft fortgesetzt oder ob sie durch eine neue Periode verschärfter Klassenkonflikte abgelöst wird.«

Ohne den qualitativen Unterschied der konservativ-reaktionären Politik im Vergleich zur sozialdemokratischen Politik selbst in der Endphase der sozialliberalen Koalition leugnen zu wollen, müssen hier doch einige kritische Punkte festgehalten werden. Auch wenn die Beschäftigungskrise »weltweit« ist (genauer gesagt, in der kapitalistischen Welt!), ergibt sich daraus keinerlei Naturnotwendigkeit für eine Politik des Sozialabbaus.

Auch wenn Sozialdemokraten den Sozialabbau als Mittel und nicht als Ziel wie die Konservativen verstanden haben, ändert dies nichts an den objektiven Wirkungen des Sozialabbaus. Spätestens seit der Sparoperation '82 kann nicht mehr ohne weiteres behauptet werden, daß die Substanz des Sozialleistungssystems nicht verletzt worden sei. Was ist überhaupt die »Substanz« des Sozialstaats, bis zu der man im Zweifel zurückgehen kann? War die Operation '82 der letzte noch erträgliche Schritt, oder kann es nicht als sicher gelten, daß bei Fortdauer der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung weitere Schnitte vorgenommen worden wären? Konservative und Liberale pflegen gerne von dem Vertrauen »der Wirtschaft« in die Politik zu reden. Vergleichbares darf durchaus auch für die Arbeitnehmer unterstellt werden, erst recht, wenn man, wie der Bericht, annimmt, daß die soziale Sicherung schon zur »sozialen Grundausstattung der Bürger« gehört. Die ganze Frage ist demnach über die quantitative Größenordnung der sozialen Einschnitte bis 1982 hinaus auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, welche Auswirkungen eine Beteiligung der Sozialdemokraten an dieser Politik auf das Vertrauen der Masse der Arbeitnehmer in die Politik der SPD und den Sozialstaat hat. Die Formel von der »ausgewogenen Verteilung der Lasten« ist völlig defensiver Natur. Darüber hinaus wird mit ihr indirekt die Notwendigkeit des Sozialabbaus als solchem schon anerkannt und seine indirekten qualitativen Wirkungen verneint.

2.3 Ungelöste »alte« und »neue« Grundprobleme sozialdemokratischer Sozialpolitik

Die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition hinterließ unabhängig von den zuletzt behandelten Fragen im Zusammenhang mit dem Sozialabbau eine Reihe von ungelösten Grundsatzproblemen. Der Bericht resümiert folgende:

- Ungleiche und ungerechte Einkommensverteilung. Die schichtenspezifische Inanspruchnahme von Sach- und Dienstleistungen des Sozialleistungssystems verschärft diese Tatsache noch.
- Mangelnde unzureichende Prävention trotz erster Ansätze im Bereich der Humanisierung der Arbeit, des Umweltschutzes usw.
- Organisatorisch-institutionelle Zersplitterungen und Ungerechtigkeiten des bestehenden Systems der sozialen Sicherung.
- Unkontrollierbare Kostensteigerung, nicht nur infolge sozialer Probleme, sondern auch tiefgreifender Strukturdefizite, vor allem der sehr zurückhaltend beschriebene Mechanismus von unkontrollierbarer privater Gewinnerzielung auf Grundlage öffentlich-beitragsmäßiger Finanzierung im Gesundheitswesen.
- Abnehmende Finanzierungsspielräume für öffentliche Sozialleistungen durch geringes Wirtschaftswachstum, was verschärft wird durch die mit größerem Tempo als die wirtschaftliche Entwicklung voranschreitende Rationalisierung.
- Wachsende Zielkonflikte zwischen Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits und Sozialpolitik andererseits als Folge der Abnahme des Finanzierungsspielraums.
- Ein Problem, das jetzt schon diskutiert werden sollte, obwohl es in seinen Wirkungen schwer kalkulierbar sei, stellt nach Meinung der Arbeitsgruppe die absehbare Altersstrukturverschiebung durch den zunehmenden Anteil der über 60jährigen an der Gesamtbevölkerung dar.
- Verschärfung des Verteilungskampfes infolge abnehmender Zuwächse. Auch die Sozialpolitik wird hierin zunehmend einbezogen, und der Druck auf Rücknahme sozialpolitischer Fortschritte durch einen offenen Pakt zwischen Konservativen und Wirtschaftsliberalen mit den organisierten Unternehmern wächst.
- Gefährdung der »Solidarität in der heutigen Gesellschaft« (etwa durch Wiederprivatisierung sozialer Risiken, Diffamierung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen etc.).
- Veränderte Lebenseinstellungen. Ausgehend zunächst von der akademischen Jugend, aber dann auch übergreifend auf andere Teile der Jugend und Arbeitnehmerschaft habe sich ein Wertewandel vollzogen, weshalb nicht mehr uneingeschränkt die Arbeits- und Umweltbedingungen »der industriellen Zivilisation« akzeptiert würden. Wesentliche Elemente der in diesem Rahmen geäußerten Kritik an »Bürokratie« und »Expertentum« sieht die Arbeitsgruppe als berechtigt an, sofern sie nicht »in eine undifferenzierte und pauschale Ablehnung der heutigen Formen der sozialen Sicherung einmündet«.

Im Kern geht es also nicht so sehr um »neue Herausforderungen«, eine Art Aufbruch nach vorn, sondern um eine Skizzierung der neuen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Sozialpolitik bzw. Interessenvertretung überhaupt. Unternehmer, Konservative und Wirtschaftsliberale bekämpfen den Sozialstaat und die erworbenen Besitzstände der Arbeitnehmer zwecks groß angelegter Umverteilung, aber auch zur Durchsetzung ihrer gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, die im Kern Entsolidarisierung und Konkurrenz bedeuten. Neben dieser Grundfrage sieht sich sozialdemokratische Sozialpolitik mit tiefgreifenden Änderungen in der Struktur der Arbeiter-

klasse und Gesamtbevölkerung konfrontiert. Gleichzeitig mit diesen Strukturänderungen wandeln sich Bewußtsein und ideologisch-politische Orientierungen, die auch zu einer kritischen Haltung gegenüber dem *jetzigen* Sozialstaat geführt haben.

3. Vorstellungen und Vorschläge zukünftiger sozialdemokratischer Sozialpolitik

Die Aufarbeitung der neuen Bedingungen bildet den Schwerpunkt des Zwischenberichts. Alternativen werden allerdings nur sehr knapp und lückenhaft umrissen.

3.1 Grundsätzlich-programmatische Leitvorstellungen

Die Arbeitsgruppe stellt als grundsätzliche Leitlinien folgende Punkte heraus:

- *Bindung an »Grundwerte«.* Trotz der auch in dem Bericht beschriebenen Verschärfung der Interessenwidersprüche zwischen den Klassen und mittelbar auch innerhalb der Arbeiterklasse werden diese Interessen nicht zur systematischen Grundlage sozialdemokratischer Alternativvorstellungen gemacht. Angesichts der realen Verschärfung dieser Interessengegensätze und der damit gegebenen zwangsläufigen Eingebundenheit sozialdemokratischer Politik in diese Gegensätze hängt der »Grundwertehimmel« aber mehr als in früheren programmatischen Dokumenten ohne konkreten Bezug in der Luft.
- *Sozialstaatsprinzip.* Festgehalten werden soll an dem Grundsatz, »daß der Staat wesentlich Träger sozialer Verantwortung und Garant sozialer Gerechtigkeit zu sein hat«. Der systematische Grund hierfür wird im folgenden Kernsatz ausgedrückt:
 »Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind in einer privatwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft weder von selbst gegeben, noch können sie allein durch spontan entstehende Selbsthilfe oder caritative Tätigkeit gewährleistet werden. Dazu bedarf es aktiver staatlicher Gestaltung; spontane Solidarität kann nur innerhalb staatlich gesetzter Rahmenbedingungen wirksam sein.«
- *Gegen Rückkehr zur caritativen Sozialpolitik.* Der Orientierung von Konservativen und Liberalen auf soziale Sicherung für »wirklich Hilfsbedürftige« hält der Bericht die sozialdemokratische Grundauffassung entgegen, »daß soziale Sicherung in einer modernen Industriegesellschaft für alle, nicht nur für die Armen, da zu sein hat.« Sozialleistungen seien keine Almosen, sondern Rechtsansprüche.
- *Vorrang für Vorbeugung und Vorsorge.* Über die Abdeckung der elementaren Lebensrisiken hinaus hält der Bericht fest, daß dem »gedanklichen Ansatz ... Prävention, d.h. die qualitative und strukturverändernde Umgestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Gesellschaft, daß spezifische Kennzeichen sozialdemokratischer Sozialpolitik sein« müsse. Aufbauend auf den ersten Vorhaben aus der Zeit der sozialliberalen Koalition komme es in Zukunft darauf an, diese Ansätze über den Gesundheitsbereich hinaus auf alle sozialen Notlagen auszudehnen. Der Bericht sieht selbst, daß eine solche Präventionsorientierung endgültig Sozialpolitik als Ressortpolitik verläßt: »Es geht um eine an sozialen Maßstäben ausgerichtete Gesamtpolitik.« Gefordert wird deshalb ein »umfassendes politisches Präventionskonzept«, was sichern soll, daß bei allen politischen Entscheidungen, vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die sozialen Konsequenzen mehr als bisher berücksichtigt werden. Sozialpolitik kann in dieser Perspektive Gesellschaftspolitik bzw. ein Synonym für die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen in allen Politikbereichen werden. Der Bericht benennt allerdings lediglich das Ziel, er umreißt das geforderte Präventionskonzept nicht einmal in den Grundstrukturen.

— *Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.* Der Bericht verlangt eine wesentliche Verminderung der bestehenden Ungleichheiten in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Auch dies überschreite bei weitem den engeren Rahmen der Sozialpolitik: Eine Verzahnung wird vor allem für die Sozialleistungen mit dem Steuersystem aus dem Familienlastenausgleich gefordert. Über die bisherigen Vermögensbildungsgesetze hinaus sollen die Arbeitnehmer am Produktivvermögen in der Wirtschaft beteiligt werden: »Hierzu sind überbetriebliche tarifvertragliche Lösungen erforderlich. Der Weg zu Tariffonds ist zu ebnen.« Der Bericht erhebt also nicht einmal die Forderung, daß die Gewerkschaften allein diese Tariffonds zu verwalten hätten, wie es in Schweden jetzt zumindest teilweise realisiert wird.

Bei dieser Liste von Leitvorstellungen fehlt unerklärlicherweise der gesamte Forderungskomplex der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Einmal ist hier ein eigenständiger sozialpolitischer Bereich angesprochen, der voll und ganz auch im Rahmen der durch den Bericht vorgegebenen Aufgabenstellung der Sozialpolitik liegt, zum anderen dürften die geforderten weitreichenden Orientierungen für die Sozialpolitik wohl kaum ohne grundlegende Machtverschiebungen zugunsten der Arbeitnehmer auskommen.

3.2 *Schwerpunkte und Themen für die weitere Diskussion*

Unter dem Titel »Zukunft der Arbeit« geht das Papier auf die Schwerpunkte Arbeitslosigkeit, Humanisierung der Arbeit und Rolle der Erwerbsarbeit insgesamt ein. Das Recht auf Arbeit wird dabei als wichtigste innenpolitische Aufgabe der nächsten Jahre bezeichnet. Der spezifische Beitrag der Sozialpolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit wird einmal in Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung und zum anderen in einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gesehen. Während auf die Arbeitsmarktpolitik vergleichsweise detailliert eingegangen wird, übt sich der Bericht zur Arbeitszeitpolitik außer einer allgemeinen Feststellung, »daß alle Formen von Arbeitszeitverkürzung notwendig sind«, in Zurückhaltung. Gerade nach der volltönenden Herausstellung der staatlichen Verantwortung hätte vor allem aus sozialpolitischer Sicht die gewerkschaftliche Forderung nach Senkung der Altersgrenze auf 60 Jahre *durch den Staat* stehen müssen, womit nur ein Punkt aus dieser umfassenden Diskussion angesprochen sein soll.

Zur Humanisierung der Arbeit fordert der Bericht ein über den klassischen Arbeitsschutz hinausgehendes Instrumentarium sowie die Mitbestimmung der Betriebsräte in Fragen der Arbeitsorganisation, der Einführung neuer Arbeitstechniken und der Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse. Es wird deutlich, daß auch hier noch sehr vieles fehlt (so z.B. die Problematik arbeitsbedingter Erkrankungen) oder lediglich plakativen Charakter hat. Der Bericht hält eine Diskussion über die Erwerbsarbeit insgesamt für notwendig, da deren Verknappung auf absehbare Zeit ein gesellschaftliches Hauptproblem darstelle, auch wenn qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Auswirkungen dieser Entwicklung mildern. Auch im Bewußtsein vieler Arbeitnehmer ändere sich die Rolle der Erwerbstätigkeit (freiwillig bei entsprechenden Einkommen, gezwungenermaßen bei Arbeitslosigkeit). Diese Diskussion dürfe aber nicht als Alibi für eine fehlende Vollbeschäftigungspolitik dienen.

In einem zweiten Themenkomplex wird auf konkrete Forderungen für eine Gesamtreform der sozialen Sicherung eingegangen. In seiner heutigen Struktur sei das Sozialleistungssystem auf Dauer nicht ohne Abstriche finanzierbar. In gewissem Umfange müßten wohl auch Steuern und Abgaben erhöht werden, ansonsten aber die verfügbaren Finanz-

mittel intern umgeschichtet und gezielter und gerechter eingesetzt werden. Zu diesen finanziellen Gründen kommen die oben genannten Defizite des Systems der sozialen Sicherung dazu. Die Gesamtreform stelle eine langfristige, nur schrittweise durchführbare Aufgabe dar, die auf gewachsene Ansprüche Rücksicht nehmen müsse. In absehbarer Zeit könnten aber schon Zwischenschritte ins Auge gefaßt werden, wie:

- Strukturreform der Rentenversicherung
- gerechtere Finanzierung der Arbeitsförderung
- Schaffung einer neuen Bemessungsgrundlage für den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung, gegebenenfalls durch einen Wertschöpfungsbeitrag
- Verbesserung und Vereinfachung des Familienlastenausgleichs und bessere Abstimmung mit dem Steuerrecht, der Ausbildungsförderung und der Waisenversorgung
- Reform der Sozialhilfe und Entlastung von sozialen Standardrisiken durch Gewährleistung einer zuverlässigen Mindestsicherung
- Reform der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit durch ein Pflegegesetz oder möglicherweise eine Pflegeversicherung.

Zum Schluß geht der Bericht noch einmal auf die ideologische Grundsatzdiskussion um Selbsthilfe und soziale Dienste ein. Er kritisiert zu Recht Modetendenzen auch in der SPD, die Zentralbegriffe des politischen Gegners ohne die notwendige Klarheit in der Argumentation zu verwenden. Hinter der »Selbsthilfediskussion« verbergen sich jedoch auch objektive Probleme. Der Bericht geht auf die Fragen der Abgrenzung von Selbsthilfe und solidarischer Sicherung sowie auf die der persönlichen Selbstbestimmung und Integrität im Sozialstaat gegenüber Bürokratie und Experten ein. Schließlich wird die Frage behandelt, wie Selbsthilfeinitiativen zur sozialen Innovation fruchtbar gemacht werden können. Generell könne Selbsthilfe, die natürlich nicht vollständig ersetzt werden könne, nur eine ergänzende Funktion zur sozialen Sicherung haben. Verwaltungsmäßige Abwicklung und Erbringung von Dienstleistungen durch professionelle Experten sei auch in Zukunft unverzichtbar, wenn sie auch ergänzt werden müsse durch eine Aktivierung der Betroffenen selbst und deren Befähigung zur Selbsthilfe. Hier sieht der Bericht für den gegenwärtigen Stand ein großes Defizit. Auch die Selbsthilfeinitiativen können und müssen in den Rahmen des Sozialstaats eingebaut werden, ohne ihre Autonomie und Identität zu untergraben. Vorgeschlagen wird, Modellversuche für eine bestimmte Frist mit einem Budget auszustatten, um ihnen eine gewisse Sicherheit unabhängig vom Leistungskatalog des sozialen Sicherungssystems zu geben. Der Bericht stellt weiterhin richtig fest, daß auch das Angebot an professionellen personalen sozialen Dienstleistungen noch unzureichend ist, vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt könne die Diskussion um Selbsthilfe nur auf eine bessere Qualität des Sozialstaates abzielen.

4. Gesamtwertung

Der Zwischenbericht stellt sicher kein Konzept für die »Zukunft des Sozialstaates« dar. Eher vollzieht er nach, daß die Grundlagen dieser Zukunft gefährdet sind und daß eine grundlegende Reform des Sozialstaates vonnöten ist. Eine Reihe von Grundüberlegungen und Forderungen, die während der Zeit der sozialliberalen Koalition nicht ernsthaft angepackt wurden, wie z.B. eine umfassende Prävention, werden wieder präsentiert. Zum Teil gehören dazu Forderungen nach Ausbau von sozialpolitischen Instrumentarien in Bereichen, wo unter sozialdemokratischer Regierung selbst der Abbau zumindest begonnen wurde, wie z.B. bei der Arbeitsförderung. Zudem fehlen hierbei auch noch eine große Zahl von Themen und Bereichen. Dies trifft auch auf Kernfragen der sozialen Sicherung

zu. Es sei hier nur genannt das Verhältnis von Rüstung und Sozialhaushalt, auf das mit keinem Wort eingegangen wird.

Die neuen äußeren Rahmenbedingungen für Sozialpolitik werden zwar skizziert, die eigene Rolle in der zweiten Phase der sozialliberalen Koalition wird allerdings nicht aufgearbeitet. Es herrscht die Grundstimmung »unsere Bilanz kann sich sehen lassen« vor, so als ob dies quantitativ mit der Summe der erfolgten Maßnahmen belegt werden könnte. Treten nicht die unbestreitbaren Erfolge wie z.B. die Einbeziehung bisher nicht berücksichtigter Gruppen in die soziale Sicherung oder die Dynamisierung von wichtigen Sozialleistungen im Bewußtsein der Bevölkerung hinter der Tatsache zurück, daß es so gut wie sicher wäre, daß auch eine SPD-Regierung einen wenn auch gemilderten Sparkurs fahren würde? Es kommt hinsichtlich der objektiven Auswirkungen des Sozialabbaus, wie z.B. Verarmung, Entsolidarisierung usw., nicht darauf an, mit welcher subjektiven Intention diese Politik betrieben wurde, ob, wie bei den Sozialdemokraten, als Mittel zur Haushaltssanierung oder, wie bei den Konservativen und Liberalen, als angestrebter Zweck. Daß in der realen Politik noch keine entscheidende Änderung erfolgt ist, zeigt die Politik in den sozialdemokratisch regierten Ländern und Kommunen, wo auch in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit vorhandene Spielräume für eine durchgehend beschäftigungsorientierte Politik nicht genutzt werden. Ähnlich wie seinerzeit mit der Bundesregierung kommt es auch dort zunehmend zu Konflikten mit den Gewerkschaften. Letztlich ist hier auch wohl nicht eine Frage des mehr oder weniger guten Willens angesprochen, sondern hier geraten auch regierende Sozialdemokraten in objektive Interessenwidersprüche, die ausgefochten werden müssen.

Es besteht die Gefahr, daß auch bei einer stärker ausgearbeiteten Vorlage des sozialpolitischen Programms zwar Modelle und Zukunftsprojektionen entworfen werden, diese dann aber nur einen sehr geringen Wert für die zukünftige Politik haben werden. Das Schicksal des »Sozialplans für Deutschland« der SPD von 1957 sollte hier zu denken geben, zumal nach Vorstellungen der Arbeitsgruppenvorsitzenden Anke Fuchs das Programm in einen neuen Sozialplan einmünden soll. Das Programm muß auch eine Antwort darauf finden, wie konkrete Gegenreaktionen zur laufenden Politik des Sozialabbaus organisiert und vor allen Dingen die ideologische Durchsetzungskraft der Hauptargumentationsmuster von Unternehmern und Bundesregierung für den Sozialabbau durchbrochen werden können. Es geht hier, entfernt vergleichbar mit den Gewerkschaften, auch um eine Forderung des »sich auf die eigene Kraft Besinnens«. Die gesamte konkrete Aktivität der Partei selbst und vor allem ihrer sogenannten Vorfeldorganisationen muß insgesamt darauf gerichtet werden, Notlagen und Folgen des Sozialabbaus deutlich zu machen, Gegenwehr zusammen mit den Gewerkschaften zu organisieren, öffentlich darauf hinzuwirken, daß Rechte bewußt wahrgenommen werden, Betroffene vom Sozialabbau sich organisieren usw. Dafür bedarf es aber umfassender Glaubwürdigkeit, die Partei muß deutlich machen, auf welcher Seite sie steht. Die auch im Bericht angesprochenen autonom entstandenen Selbsthilfebewegungen stellen ja eine praktische Kritik an diesem nicht vorhandenen Engagement innerhalb der SPD dar. Gelingt es, neben der Partei selbst vor allem auch die im sozialpolitischen Bereich tätigen Vorfeldorganisationen wieder mehr als soziale Bewegungen zu etablieren, brauchen auch keinerlei Bedenken mehr zu bestehen, daß autonome Selbsthilfe sich gegen den Sozialstaat als solchen richten könnte. Es darf also nicht nur darauf gewartet werden, daß im Parlament wieder bessere Bedingungen herrschen.

Die SPD muß zusammen mit den Gewerkschaften und auch mit dem »Spektrum links

neben der CDU« gemeinsam eine bindende Garantie für den Bestand des Sozialstaates erarbeiten. Sie muß in den Bereichen, wo sie Regierungsverantwortung trägt, real eine Vorreiterrolle ausweisen können, und dies gilt gerade auch für den Öffentlichen Dienst. Er ist schon deshalb *der* Paradefall für die Stärke in der ideologischen Auseinandersetzung, da hier die Diskussion um die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Arbeitnehmer *unmittelbar* politisch geführt werden muß.

Es ist notwendig, daß sich insbesondere marxistische Sozialdemokraten intensiv an der weiteren programmatischen Diskussion beteiligen. Trotz der aktuell dringlichen praktischen Probleme und Diskussionen darf im übrigen die Grundsatzdiskussion um den Sozialstaat nicht versanden. Seine Perspektiven sind mit einer bloßen Verteidigungsformel von der Sicherung seines jetzigen Bestandes natürlich auf lange Sicht nicht gesichert. Marxistische Sozialdemokraten müssen diese Diskussion um die Perspektiven der Sozialpolitik, also der Politik zur Sicherung der Arbeitnehmer gegenüber ihren unmittelbaren Reproduktionsrisiken, systematisch eingliedern in ihr Gesamtkonzept von Vergesellschaftung, Wirtschaftsplanung und Demokratisierung. So besteht die Chance, daß sich die Einsicht verbreitern läßt, daß für eine wirklich langfristige Sicherung der Arbeitnehmer gegenüber den zentralen Risiken der Lohnabhängigkeit konkrete Sozialpolitik ohne Zweifel unabdingbar, aber, in ihren Ergebnissen auf sich allein gestellt, ständig gefährdet ist, wenn die kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft selbst nicht angegangen werden. Wohl hat der Sozialstaat das Los der Arbeitnehmer in der Tat qualitativ geändert, er stellt allerdings ein stets labiles Gebilde im Interessenstreit dar, wobei der Staat selbst interessengeleiteter Akteur ist, auch wenn ihn Sozialdemokraten verwalten.

Die im Bericht nur genannte Perspektive einer Überwindung der Ressortbefangenheit der Sozialpolitiker muß konsequent weiterentwickelt werden. Das angesprochene Präventionskonzept ist noch weithin unausgearbeitet. Nach Möglichkeit sollte seine Konkretisierung aber strikt im Kontext der Behandlung der systematisch erschlossenen einzelnen Reproduktionsrisiken der Arbeitnehmer, konkretisiert im Kern nach Gefährdungsbereichen, vorgenommen werden. Die Palette der Maßnahmen im Bezug auf die Gefährdungen von Einkommen, Beschäftigung, Gesundheit, Qualifikation, im Alter usw. kann dann von der Analyse der Struktur des Gefährdungsbereiches, seiner Ursachen und Auswirkungen über die finanzielle Abdeckung der Folgen für die Arbeitnehmer zur strukturgestaltenden Prävention aufgezeigt werden.

Im übrigen muß auch *diese* Grundsatzdiskussion breit in der Partei geführt werden. Es darf nicht passieren, daß das neue Grundsatzprogramm intensiv in den Gliederungen der Partei diskutiert wird und vergleichsweise unabhängig davon die »harten Sachgegenstände« von einer Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion in ein eigenes Programm gegossen werden.

**5 Jahre
Wissenschaftliches Volksfest
8. bis 11. Juni
Henry-Ford-Bau der FU Berlin**



**VOLKS
Uni**

*Vorlesungen, Erfahrungsaustausch,
Workshops, Theater,
Lieder, Diskussionen ...*

Aus dem Programm:

- 35-Stunden-Woche. Sinnvolle Produktion. Verkabelung und Heimarbeit. Arbeit als Lebensbedürfnis. Arbeitszeitverkürzung für den Frieden.
- Weiberräte und Frauenliste. Arbeitszeitverkürzung — mehr Freizeit, mehr Privatheit, mehr Familie? Technologietransfer und Frauenausbeutung in der Dritten Welt.
- Strategien für eine neue Mehrheit. Wirtschafts- und Sozialpolitik jenseits des Keynesianismus. Die Grünen — Fundamentalopposition oder Juniorpartner der SPD?
- Körperkultur in den sozialen Bewegungen. Technikfaszination, Technikpanik, Utopien. Kulturpolitik zwischen Populismus und Avantgarde.
- Ziviler Ungehorsam. Angst und Politik. Politik mit der Angst.
- Katholische Kirche und Nachrüstung. Computer, Macht und Theologie.
- Waldsterben. Gesundheitliche Folgen des Sauren Regens. BI-Bewegung.
- Ausländerpolitik. Arbeitszeitverkürzung, Arbeitslosigkeit, ausländische Arbeitnehmer und die Gewerkschaften.

Abendveranstaltungen:

Wolf Biermann, Martin Buchholz, George Reis. — Politisches Nachtgebet für Nicaragua. — Fest: viel Kleinkunst, Musik aus dem In- und Ausland, Tanz.

Weitere Informationen erhältlich über die VOLKSUNI-Briefe (10,- DM im Jahr). Ausführliches Programmbuch gibt's ab dem 1. Mai. Schlafplätze können über das Volksuni-Büro vermittelt werden.

VOLKSUNI-Büro Muthesiusstraße 38
1000 Berlin (West) 41

Tel.: 030/7928920
(Di + Fr 10-16 Uhr)

Dokumentation

Die neue Armut

Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung

Im November 1983 erschien als Nummer 4 in der »Grauen Reihe« der Hans-Böckler-Stiftung unter diesem Titel eine 125 Seiten starke Studie, die eine Arbeitsgruppe aus Ökonomen und Soziologen (Werner Balsen, Hans Nakielski, Karl Rössel und Rolf Winkel) erstellt hatte. Wir dokumentieren die Zusammenfassung.

Die Redaktion

* * *

Mit dem Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) von 1982 und dem Haushaltsbegleitgesetz von 1983 hat in der Bundesrepublik eine Demontage des Systems der Arbeitslosenunterstützung begonnen. Diese Demontage läßt erschreckende Parallelen zum Abbau der Arbeitslosenunterstützungsleistungen in der Weimarer Republik erkennen. Auch damals wurden seit 1929 mit steigender Massenarbeitslosigkeit und den damit einhergehenden Finanzproblemen der Arbeitslosenversicherung Jahr für Jahr die Anwartschaftszeiten verlängert, die Leistungsdauer verkürzt, die Leistungssätze gesenkt. Dies hatte zur Folge, daß 1932 nur noch 30% der registrierten Erwerbslosen die sogenannte Hauptunterstützung (vergleichbar unserem Arbeitslosengeld) erhielten. In dieser Studie wird erstmals umfassend untersucht, wie sich die Gesetzesverschärfungen bei der Arbeitslosenversicherung sowie die anhaltende Dauerarbeitslosigkeit auf die soziale Absicherung der Erwerbslosen in der Bundesrepublik ausgewirkt haben. Wir haben uns hierbei hauptsächlich auf die Arbeitslosen-Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit vom September 1982 gestützt. Auf Grundlage der Strukturanalyse-Daten haben wir von der Statistik-Abteilung der Bundesanstalt eine gesonderte Computer-Auswertung im Hinblick auf den Leistungs- bzw. Nicht-Leistungsbezug von Arbeitslosen vornehmen lassen. Unsere zentralen Ergebnisse sind:

1. 506 000 Erwerbslose erhielten im September 1982 keine Arbeitslosenunterstützung

1,8 Millionen Erwerbslose waren im September 1982 bei den Arbeitsämtern registriert. 506 000 oder 28% von ihnen erhielten keine Arbeitslosenunterstützung. Damit hat sich der Anteil der Arbeitslosen ohne Arbeitslosenunterstützung vom Mai 1975 (10% bis zum September) verdreifacht. Der Anteil der aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzten gemeldeten Erwerbslosen ist allerdings nach der Verabschiedung des AFKG nur geringfügig von 26% auf 28% gestiegen. Das verwundert zunächst, denn durch dieses Gesetz wurden u.a. die Anwartschaftszeiten — also die Zeiten, in denen Arbeitslose beitragspflichtig beschäftigt sein mußten — für den Bezug von Arbeitslosengeld von sechs auf zwölf Monate und für den Bezug von (originärer) Arbeitslosenhilfe von 70 auf 150 Tage heraufgesetzt. Die Bundesanstalt für Arbeit hatte in ihrem Haushaltsansatz für 1982 zunächst mit 44% auch eine wesentlich höhere Quote von ausgegrenzten Arbeitslosen einkalkuliert.

Der relativ geringe Anstieg des Anteils der registrierten Arbeitslosen ohne Unterstützung im Jahr 1982 ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß viele Erwerbslose, die nunmehr bei den Arbeitsämtern leer ausgingen bzw. ausgehen, sich gar nicht mehr als Arbeitslose haben registrieren lassen und in die sogenannte Stille Reserve abgedrängt worden sind.

2. 832000 Erwerbslose gehörten 1982 zur

»Stillen Reserve« der nicht registrierten Arbeitslosen ohne Unterstützung

Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit und Infratest belegen, daß sich viele Erwerbslose nach dem Auslaufen ihres Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückziehen, weil sie keinen Leistungsanspruch mehr haben und sich keine Hoffnungen machen, vom Arbeitsamt eine Stelle vermittelt zu bekommen. Untersuchungen — insbesondere unter jugendlichen Arbeitslosen — belegen, daß viele Erwerbslose, die von vornherein keinen Leistungsanspruch an das Arbeitsamt haben, sich erst gar nicht arbeitslos melden.

Die Verschärfungen der Anspruchsvoraussetzungen haben demnach auch den Effekt, daß hierdurch die registrierte Arbeitslosigkeit anteilmäßig sinkt, die nicht-registrierte Arbeitslosigkeit dagegen anteilmäßig steigt. Nach den Berechnungen des IAB gab es 1982 bereits 832000 nicht registrierte Arbeitslose der Stillen Reserve. 1974 wurden erst 206000 Personen zur Stillen Reserve gerechnet. Innerhalb von acht Jahren hat sich damit die Stille Reserve vervierfacht. Für 1983 ist damit zu rechnen, daß die »verdeckte« Arbeitslosigkeit die Millionengrenze bereits weit überschritten hat.

3. Über 1,3 Millionen Erwerbslose bekamen 1982 keine Arbeitslosenunterstützung

Nicht registrierte Erwerbslose haben selbstverständlich auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe. Deshalb gehören auch sie zu den ausgegrenzten Arbeitslosen. Faßt man die ausgegrenzten gemeldeten und nicht gemeldeten Arbeitslosen zusammen, dann gab es 1982 über 1,3 Millionen Arbeitslose ohne Arbeitslosenunterstützung. 1983 dürfte sich ihre Zahl weiter auf 1,6 bis 2 Millionen erhöht haben.

4. Insbesondere Arbeitslose mit schlechten

Arbeitsmarktchancen werden aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt

Nicht alle Gruppen von (registrierten) Erwerbslosen sind gleichermaßen von Ausgrenzungen betroffen. Überdurchschnittlich häufig werden folgende Arbeitslosengruppen ausgegrenzt:

Jugendliche: 43% der im September 1982 bei den Arbeitsämtern registrierten Jugendlichen erhielten keine Arbeitslosenunterstützung. Bei den ausländischen Jugendlichen waren es sogar 72%.

Un- und angelernte Arbeiter: 30% von ihnen waren im September 1982 aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt gegenüber »nur« 15% der Facharbeiter.

Frauen: 33% von ihnen erhielten keine Arbeitslosenunterstützung. Bei den Männern mußten »nur« 20% ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe auskommen.

Ausländer: 34% der ausländischen Arbeitslosen insgesamt und sogar 41% der türkischen Arbeitslosen gingen beim Arbeitsamt leer aus. Dagegen bekamen »nur« 24% der deutschen Arbeitslosen keine Unterstützung.

Gesundheitlich Eingeschränkte: 29% der gesundheitlich eingeschränkten Erwerbslosen insgesamt und 31% der Schwerstbehinderten erhielten im September 1982 keine Arbeitslosenunterstützung gegenüber 26% der Arbeitslosen ohne gesundheitliche Einschränkung. Auch *Ältere* und — als einzige hochqualifizierte Gruppe — *Arbeitslose mit Hochschulabschluß* gingen überdurchschnittlich häufig beim Arbeitsamt leer aus. Die gleichen Gruppen, die unter den registrierten Arbeitslosen vorrangig zu den ausgegrenzten Erwerbslosen zählen, stellen auch das Gros der Stillen Reserve. Zur Stillen Reserve gehören vorwiegend (verheiratete) Frauen, Jugendliche, Ausländer, Ältere und gesundheitlich eingeschränkte Erwerbslose.

Generell belegen unsere Ergebnisse, daß das System der Arbeitslosenversicherung in der Bundesrepublik die Ungleichheiten, die bereits im Beschäftigungssystem zwischen verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen bestehen, voll aufgreift und verschärft in die Arbeitslosigkeit hineinverlängert.

5. Die Kluft zwischen besser und schlechter abgesicherten Arbeitslosen wird immer größer

Die extremen Unterschiede in der sozialen Absicherung zwischen den verschiedenen Arbeitslosengruppen haben sich erst in den letzten Jahren durch die zunehmende Dauerarbeitslosigkeit und durch die Gesetzesverschärfungen herausgebildet. Das ergab ein Vergleich zwischen der Struktur der ausgegrenzten Erwerbslosen vom Mai 1977 und vom September 1982. So bezogen 1977 noch (anteilmäßig) Deutsche und Ausländer gleich häufig Leistungen vom Arbeitsamt; 1982 gehörten ausländische Arbeitslose deutlich (um zehn Prozentpunkte) häufiger zu den ausgegrenzten Erwerbslosen als ihre deutschen Kollegen. Auch die Schere in der Absicherung zwischen Männern und Frauen sowie zwischen qualifizierten und unqualifizierten Erwerbslosen ist in den letzten Jahren deutlich größer geworden. Dieser Trend wird in Zukunft anhalten. Dafür sprechen mehrere Gründe:

- Die Verschärfungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 schließen in noch stärkerem Maße als vorher Lohnabhängige von der Arbeitslosenunterstützung aus, die nur in geringem Maße im Beschäftigungssystem integriert sind.
- Gerade für ungelernete Jugendliche wird es immer schwerer, überhaupt den Einstieg in das Erwerbsleben zu finden.
- Bei einer möglicherweise einsetzenden Konjunkturbelebung werden die Betriebe ihre Arbeitskräftenachfrage in erster Linie durch die heute relativ große Zahl qualifizierter Arbeitsloser decken.

6. Die wichtigste Ausgrenzungsmöglichkeit ist die Anwartschaftsregelung.

An der durch das AFKG verschärften Anwartschaftszeiten-Regelung scheiterte im September 1982 über die Hälfte der ausgegrenzten Erwerbslosen. Aufgrund der Anwartschaftszeiten-Regelung können nur diejenigen Erwerbslosen Arbeitslosenunterstützung erhalten, die bereits ins Beschäftigungssystem und damit ins System der Arbeitslosenversicherung integriert waren. An den verlängerten Anwartschaftszeiten scheiterten insbesondere:

- *Jugendliche ohne Hauptschulabschluß:* Kein Hauptschulabschluß, kein Ausbildungsplatz und noch nicht einmal die Chance auf einen dauerhaften Hilfsarbeiterjob. So beginnt heute das »Erwerbsleben« vieler unterprivilegierter Jugendlicher. Zusätzlich werden sie dann noch wegen nicht erfüllter Anwartschaftszeiten aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt.
- *Frauen, die (nach der Phase der Kleinkindererziehung) wieder erwerbstätig werden wollen:* Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation haben sie nur geringe Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Auch sie sind zumeist von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen.

Darüber hinaus dürften auch viele Erwerbslose an der Anwartschaftszeitregelung scheitern, die mehrfach arbeitslos wurden. Dazu lagen uns allerdings keine Daten vor. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere *unqualifizierte Lohnabhängige*.

7. Jedes Jahr scheitern mehr Dauerarbeitslose an der Bedürftigkeitsprüfung

Erwerbslose haben höchstens ein Jahr lang Anspruch auf Arbeitslosengeld. Danach müssen sie die niedrigere (Anschluß-)Arbeitslosenhilfe beantragen. Arbeitslosenhilfe erhält allerdings nur, wer im Sinne des AFG als »bedürftig« gilt. An der Bedürftigkeitsprüfung scheitern in erster Linie *Dauererwerbslose*. 46% der Arbeitslosen, die im September 1982 bereits über ein Jahr ohne Erwerb waren, erhielten keine Arbeitslosenunterstützung — zumeist wegen fehlender Bedürftigkeit. Die Bedürftigkeitsprüfung trifft diejenigen Lohnabhängigen, die — wenn sie erst einmal ihre Arbeit verloren haben, nur geringe Chancen haben, nochmals eine neue Stelle zu finden. Dies sind vor allem *Ältere, gesundheitlich Eingeschränkte* und zunehmend auch *Arbeitslose ohne Berufsausbildung*.

Die Bedürftigkeitsprüfung trifft allerdings nicht alle Dauerarbeitslosen gleichermaßen, sondern in erster Linie die *Verheirateten*, deren Ehepartner erwerbstätig sind. 81% der verheirateten Frauen und 34% der verheirateten Männer, die im September 1982 bereits über ein Jahr als arbeitslos registriert waren, erhielten keine Arbeitslosenunterstützung (mehr). Bei den Alleinstehenden waren es jeweils deutlich weniger (38% bzw. 27%).

Die Bedürftigkeitsprüfung ist damit in besonderem Maße *familienfeindlich*. Dies gilt um so mehr, als die Freibeträge, die den verdienenden Ehepartnern der Arbeitslosen bei der Überprüfung ihrer Bedürftigkeit zugestanden werden, deutlich unterhalb der Sozialhilfesätze liegen und seit der Verabschiedung des AFG 1969 noch nie angepaßt worden sind. 75 DM wöchentlich werden dem Ehepartner und 35 DM wöchentlich den Kindern der Erwerbslosen als Freibetrag zugestanden. Jedes Einkommen, das über diese Freibeträge hinausgeht, wird voll von der Arbeitslosenhilfe abgezogen. Da die Freibeträge nicht den steigenden Nominallöhnen und Inflationsraten angepaßt werden, werden jedes Jahr mehr Dauerarbeitslose aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt. Im Mai 1977 erhielten »nur« 33% der über ein Jahr Erwerbslosen keine Arbeitslosenunterstützung. Im September 1982 waren es bereits 46%.

8. Die Verfügbarkeitsprüfung führt insbesondere zur Ausgrenzung ausländischer Erwerbsloser und zur Senkung der offiziellen Arbeitslosenzahlen.

Arbeitslose, die nicht als »verfügbar« gelten, erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Wir können keine statistischen Angaben darüber machen, wie viele Erwerbslose davon betroffen sind. Denn durch das AFKG wurde ein neuer Passus in das AFG eingeführt, nach dem Arbeitslose, die nicht als »verfügbar« gelten, auch gar nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt werden. Damit dienen alle Bestimmungen zur Verfügbarkeit — und hierzu gehört auch die äußerst umstrittene Zumutbarkeitsregelung — auch dazu, die offiziellen Arbeitslosenzahlen zu senken.

Als nicht »verfügbar« gelten alle Erwerbslosen, die prinzipiell nicht bereit sind, die Zumutungen des Zumutbarkeitserlasses zu erfüllen. Dies sind unter anderem arbeitslose Frauen, die — ohne Kinder unter 16 Jahren zu haben — auch nach vier- bis sechsmonatiger Arbeitslosigkeit noch darauf bestehen, nur in Teilzeitarbeit vermittelt zu werden.

Als nicht »verfügbar« gelten auch — und dies erscheint uns als noch schwerwiegender — *ausländische Erwerbslose*, die über ein Jahr ohne Arbeit sind und keine besondere Arbeitslaubnis besitzen, d.h. keine Arbeitserlaubnis, die ihnen freien Zugang zum bundesdeutschen Arbeitsmarkt gibt. Diese Ausländer werden — aufgrund eines gesonderten Verfügbarkeitserlasses — immer häufiger nach dem Auslaufen ihres Arbeitslosengeld-Bezugs aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt, obwohl sie z.T. jahrelang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt haben und — wären sie Deutsche — ein Anrecht auf Ar-

beitslosenhilfe hätten. Nach der Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung laufen diese Ausländer, die dann ihren Lebensunterhalt meist nicht mehr ohne die Sozialhilfe bestreiten können, Gefahr, aus der Bundesrepublik ausgewiesen zu werden. Denn nach dem Ausländergesetz kann ausgewiesen werden, wer seinen »Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet«.

9. Benachteiligungen für Ausgegrenzte bei der Krankenversicherung sowie bei ABM-Stellen

Für ausgegrenzte Erwerbslose werden — anders als für Arbeitslose mit Unterstützung — von der Bundesanstalt für Arbeit keine Krankenversicherungsbeiträge gezahlt. Sie müssen sich also gegebenenfalls (freiwillig) selbst krankenversichern. Auch bei den sogenannten AB- (Arbeitsbeschaffungs-) Maßnahmen werden ausgegrenzte Erwerbslose benachteiligt. ABM-Stellen dürfen nach dem AFG nämlich »grundsätzlich nur Arbeitnehmern zugewiesen werden, die ... für die Zeit unmittelbar vor der Zuweisung Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben oder Anspruch auf eine dieser Leistungen hatten«.

10. Nur wenige ausgegrenzte Erwerbslose erhalten Sozialhilfe

Insbesondere von den Kommunen und ihren Interessenvertretungen — etwa dem Deutschen Städtetag — wird in letzter Zeit ständig darauf hingewiesen, daß die Kosten, die bei der Arbeitslosenunterstützung eingespart werden, auf die Träger der Sozialhilfe verlagert werden. Unsere Untersuchung hat ergeben, daß diese Argumentation nur zum Teil berechtigt ist.

Die Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger ist zwar in den letzten Jahren deutlich gestiegen — insbesondere nach der Verabschiedung des AFKG. Dennoch hat nur ein Bruchteil aller ausgegrenzten Erwerbslosen überhaupt einen Anspruch auf Sozialhilfe. Im September 1981 — nur hierfür liegen uns verwertbare Daten der Sozialhilfestatistik vor — hatten etwa nur 7% aller ausgegrenzten Erwerbslosen einen Anspruch auf »Hilfe zum Lebensunterhalt«.

Parallel zu den Streichungen bei der Arbeitslosenunterstützung gab es in den letzten Jahren auch reale Senkungen bei den Regelsätzen für Sozialhilfe. Sie liegen mittlerweile — nach den Berechnungen des »Deutschen Verein für Öffentliche und Private Fürsorge« — um ein knappes Drittel unter dem tatsächlichen Bedarf zur »Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens«. Nicht die Kommunen, sondern die Erwerbslosen und ihre Familien müssen die Lasten der zunehmenden Ausgrenzungen aus der Arbeitslosenunterstützung hauptsächlich tragen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit werden damit zunehmend auf die Betroffenen abgewälzt und individualisiert.

11. Arbeitslose Sozialhilfeempfänger werden immer häufiger zur »Gemeinschaftsarbeit« zwangsverpflichtet.

Sofern Erwerbslose ohne Arbeitslosenunterstützung Sozialhilfe beziehen, werden sie immer häufiger von den Kommunen zu »Gemeinschaftsarbeit« zwangsverpflichtet. Das heißt: Zu Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung, die mit einer Entschädigung für »Mehraufwendungen« von einer bis drei Mark pro Stunde entlohnt werden. Bei diesen Arbeitsverhältnissen finden die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes keine Anwendung, das heißt: Die Personalräte haben hier keine Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Arbeitslose, die sich weigern, die »Schwarzarbeit der Kommunen« auszuführen, müs-

sen mit einem Entzug ihrer »Hilfe zum Lebensunterhalt« rechnen. Schon im September 1981 gab es bundesweit 3552 Arbeitslose, die »Gemeinschaftsarbeit« verrichteten. Es ist — selbst bei vorsichtiger Schätzung — davon auszugehen, daß mittlerweile über 10000 Arbeitslose zur »Gemeinschaftsarbeit« zwangsverpflichtet sind.

12. Auch die Situation der Erwerbslosen, die (noch) Arbeitslosenunterstützung beziehen, hat sich wesentlich verschlechtert.

Die Versicherungsleistung »Arbeitslosengeld« (ALG) hat seit 1975 zunehmend an Bedeutung verloren. Immer mehr Erwerbslose erhalten nur noch die niedrigere Fürsorgeleistung »Arbeitslosenhilfe« (ALHI). Im Mai 1975 bezogen noch 79% aller registrierten Arbeitslosen ALG. Im September 1982 waren es nur noch 56%. Demgegenüber hat sich der Anteil der ALHI-Bezieher im gleichen Zeitraum von 11% auf 18% erhöht. Die Ergebnisse der laufenden Monatsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit deuten darauf hin, daß der Anteil der ALHI-Bezieher 1983 nahezu 25% erreichen wird.

Die Ursache für diese Substitution des Versicherungsprinzips durch das Fürsorgeprinzip liegt vor allem in der zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit: Immer mehr Erwerbslose verlieren — längstens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit — ihre Ansprüche auf ALG und sind auf die niedrigere ALHI angewiesen. Die materiellen Folgen für die Erwerbslosen sind erheblich: Denn viele ALHI-Bezieher (im Mai 1983: 31,9%) müssen aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung noch mit erheblichen Abzügen von ihrer ohnehin niedrigen ALHI rechnen. Diese Abzüge lagen im Mai 1983 im Schnitt bei monatlich 234 DM. Diese Abzüge müssen — so sieht es das Gesetz vor — die Familien der Erwerbslosen tragen. Das Risiko der Erwerbslosigkeit wird damit auch bei den (Noch-) Leistungsbeziehern zunehmend individualisiert.

Weiterhin hat sich die Situation aller Leistungsempfänger durch die Veränderung der Bemessungsgrundlage der AFG-Leistungen durch das AFKG sowie die Verschärfungen bei der Rentenversicherung im Januar 1983 drastisch verschlechtert. Seit 1982 werden auch die Überstundenzuschläge bei der ALG- und ALHI-Berechnung nicht mehr berücksichtigt. Damit wurde das Äquivalenzprinzip (die Arbeitslosenunterstützung bemißt sich an den eingezahlten Beiträgen) noch weitergehender als vorher durchbrochen. Denn für Überstunden, Weihnachts- oder Urlaubsgeld müssen die Beschäftigten zwar Versicherungsabgaben zahlen; bei der Berechnung der Lohnersatzleistungen werden diese Lohnbestandteile jedoch nicht mitberücksichtigt. Seit 1983 müssen auch die Leistungsbezieher mit erheblichen Renteneinbußen durch die Zeit der Arbeitslosigkeit rechnen. Denn Zeiten der registrierten Arbeitslosigkeit zählen generell nur noch als Ausfallzeiten und nicht mehr als Beitragszeiten. Die Bundesanstalt für Arbeit führt zwar weiterhin für die Bezieher von AFG-Leistungen Beiträge an die Rentenversicherung ab; diese werden jedoch nicht mehr den individuellen Beitragskonten der Arbeitslosen gutgeschrieben, sie dienen nur der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung.

Berichte

Frank Heidenreich

»Ära Hartung« zu Ende

Bundeskongreß der Jungsozialisten

in Bonn - Bad Godesberg, 13. bis 15. April 1984

Zwei Jahre nach dem letzten ordentlichen Bundeskongreß traten die 300 Delegierten unter Bedingungen zusammen, die in vielerlei Hinsicht einen Umbruch für den Verband markieren. 1982 in Lahnstein hatten die Jungsozialisten ihre Kritik am Atlantismus eines Helmut Schmidt und an wirtschaftsliberalen Politikkonzepten eines Lambsdorff noch an die Adresse einer SPD-geführten Bundesregierung gerichtet, deren Ende trotz immer weitergehender Annäherung an die Genscher-FDP schon absehbar war. Nüchtern, ohne jede Spekulation verwies der Bericht über den Lahnsteiner Kongreß auf die bevorstehende, noch gravierendere »Wende nach rechts« im Falle einer CDU-Regierung, »die mit einschneidenden Auswirkungen auf politischer, ökonomischer und ideologischer Ebene verbunden wäre. Dies würde in letzter Konsequenz die völlige Unterordnung unter die offensive Globalstrategie des US-Imperialismus bedeuten.« (O. Scholz/Wasem/Wolf, in: *spw* 16, 1982, 335)

Was damals noch als eine von zwei Möglichkeiten neben der rot-grünen »Wende nach links« beschrieben wurde, ist inzwischen eine durch parlamentarische Mehrheiten vorläufig gesicherte Entwicklungsrichtung. Die SPD ist wieder (parlamentarisch) Opposition, ohne schon umfassend als (gesellschaftliche) Opposition zu wirken. Dieser Widerspruch hat seine Geschichte in der SPD; gerade heute ist er spürbar, weil der ökonomisch illusorische und politisch-ideologisch auf Sozialpartnerschaft bauende Typus sozialdemokratischer Reformpolitik (trotz vieler Einzelerfolge) als Gesamtkonzept scheitern mußte. Mehr noch: Wer '82 Operationen verordnete, kann die neuen Operateure nicht einfach Scharlatane nennen, ohne auf Zweifel an der eigenen Kunst zu stoßen. Und wer jahrelang die bessere NATO-Politik »machen« zu können meinte, darf sich nicht wundern, wenn dem *Nein* des Kölner Parteitags einige nicht recht trauen, die sich inzwischen auch parlamentarisch anderweitig vertreten fühlen. Der absehbare Identitätsverlust der SPD war für Jungsozialisten daher Anlaß, noch zu sozialliberalen Zeiten auf eine »sozialistische Erneuerung der Partei« zu drängen. Auf dem diesjährigen Kongreß verband sich dieser Anspruch mit dem Ziel, die Partei in der Opposition wieder aktionsfähig zu machen und dafür strategisch vorzudenken.

Aber nicht allein die Oppositionsrolle der Partei hat die Koordinaten der Politik der Jungsozialisten verschoben. Mit dem altersbedingten Abgang von *Rudolf Hartung*, der den Verband als hauptamtlicher Sekretär seit 1977 und in den letzten zwei Jahren als Vorsitzender maßgeblich beeinflusste, ergeben sich sowohl Unsicherheiten als auch Chancen. Obgleich er 1982 einer großen Zahl der Delegierten als ein Konfrontationskandidat hatte gelten müssen (und erst im 2. Wahlgang gewählt wurde), stellte die reformistische Mehrheit des Bundesvorstands die Kooperation aller Strömungen weniger in Frage als in manchen Jahren zuvor. Der in der Friedensbewegung von Hartung verfolgte Kurs, Kontroversen nicht mit dem Verzicht auf einheitliches Handeln — etwa bei den Herbstaktionen 1983

— zu erkaufen, sicherte den Jungsozialisten eine wichtige Stellung in der bundesweiten Friedenskoordination. Die Diskussion über die Perspektiven der Friedensbewegung auf dem Kongreß offenbarte denn auch, daß Teile der Reformsozialisten in bestimmten Fragen heute deutlich rechts von Hartung stehen. Nach der Neuwahl des Bundesvorstands besteht andererseits die Möglichkeit, die in der Vergangenheit häufig zurückhaltende Kritik an der Partei besser zu begründen und politisch zuzuspitzen sowie eine Vereinheitlichung des Verbandes auf marxistischer Grundlage voranzubringen.

Inwieweit boten die Diskussionen und Beschlüsse Orientierungen für den Verband im Kampf gegen rechts und für die Schaffung sozialdemokratischer Oppositions- und Konfliktfähigkeit? — Triumphalistische Aussagen sind nicht angebracht. Der Rechenschaftsbericht des scheidenden Vorsitzenden blieb nichtssagend, bot kaum Angriffsflächen; die anschließende Diskussion erlangte nicht den Stellenwert früherer Rechenschaftsdebatten. Lokalpatriotische und bezirksegoistische Sichtweisen waren Ausdruck einer im Kern berechtigten Kritik am Bedeutungsverlust der Bundesgremien für den Gesamtverband. Vertreter der im *Hannoveraner Kreis* zusammengeschlossenen Juso-Linken wiesen auf den Mangel einer aktuellen Standortbestimmung der Jungsozialisten nach dem 6. März hin.

Wie langsam Lernprozesse sich nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition in der Partei durchsetzen, erfuhren die Delegierten anhand der Rede des Fraktionsvorsitzenden *Hans-Jochen Vogel*. Eindeutig wies der Kongreß dessen These zurück, wonach »ein Konzept, das den Markt nicht in Frage stellt« (Vogel), zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit geeignet sei. Vogels Essentials zur »Überarbeitung« des Godesberger Programms — *Bekanntnisse* zur Demokratie, zum Staat, zum »demokratischen Sozialismus« und zum weltanschaulichen Pluralismus; *Anerkennung* der Marktwirtschaft — sind doch nur die alten Formeln in neuer Sprache, angereichert um ökologischen Reformismus. Nicht »Überarbeitung« als face lifting, sondern eine *Revision* von Godesberg, die praktische Schlüsse zieht, ist erforderlich!

Beiträge zur anhebenden Programmdiskussion — so der Vogel — führen in die Irre, wenn sie ihren Ausgangspunkt nicht in einer kritischen Verarbeitung sozialdemokratischer Politik seit Godesberg haben und nicht in erster Linie auf die Ermöglichung einer konflikt- und mobilisierungsfähigen SPD-Politik zielen. Als theoretische Quellen und politische Leitfiguren für die Grundsatzdiskussion heute galten Vogel der gute Lasalle, Wilhelm Liebknecht, Bebel und Bernstein; Marx und Engels, Rosa Luxemburg waren sicher nicht nur »vergessen« worden. Denn weder die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln — immerhin von der AfA als Mittel gezielter Industriepolitik (Stahl, Werften) befürwortet — zog Vogel als Lehre aus den Widersprüchen sozialliberaler Wirtschaftspolitik, noch formulierte er die 35-Stunden-Woche als aktuell wichtigstes Ziel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Vogel: »Wir unterstützen die Gewerkschaften.« Aber wie? — Aus dem unmittelbar folgenden Satz sprachen abwegige Gönnerhaftigkeit und standpunktlose Toleranz eines den Gewerkschaften freundlich gesonnenen Zuschauers: »Wir überlassen es ihnen, wo sie jeweils den Schwerpunkt setzen.« *Hans Janßen*, im Hauptvorstand der IG Metall zuständig für Tarifpolitik, machte in seinem von den Delegierten begeistert aufgenommenen Referat dagegen deutlich, daß gerade die SPD den gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche aus Einsicht in die gesellschaftspolitischen Perspektiven praktisch und aus eigenem Interesse unterstützen müsse. Auch die Diskussionsbeiträge anderer führender Vertreter der Gewerkschaftsbewegung (Günter Volkmar, HBV-Vorsitzender; Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie; Loni Mahlein, ehemaliger Vorsitzender der IG DruPa) in den Arbeitskreisen »Rationalisierung im Büro-Bereich«, »Technolo-

giepolitik« und »Arbeitszeitverkürzung« betonten die zentrale Bedeutung der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Anwesenheit führender Gewerkschafter war zwar nicht Ausweis eines plötzlichen Einflüßgewinns der Jungsozialisten; sie war eher Aufforderung an die ganze Partei, wie die Jungsozialisten in den Kampf um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen einzugreifen.

Der Kongreß bekräftigte die Unterstützung der Jungsozialisten für die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Neben dem Bezirk Westliches Westfalen hatte Südbayern hierzu einen Antrag (»Gegen soziale Demontage — Für Vollbeschäftigung und die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich«) eingebracht, der die Forderung aus dem Zusammenhang der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre begründete. Mit Änderungen und substantiellen Ergänzungen aus Westlichem Westfalen und Berlin wurde ein Beschluß gefaßt, der auf die wichtigsten Fragen richtig antwortet, wenn auch nicht glänzend ist.

Weniger überzeugend als die Debatte zur 35-Stunden-Woche wirkte am Vortag die Beratung zum Antragsbereich Frieden. Eine Vorlage aus Westlichem Westfalen zu Situation und Perspektiven der Friedensbewegung wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Hartung erweitert und unter der Überschrift »Der Widerstand geht weiter — Friedenspolitische Alternativen der Jungsozialisten« vom Bundesvorstand als Antrag eingebracht. Der Text bewertet die weltpolitische Strategie der USA und bezeichnet die angekündigte Stationierung von SS 21-23 als »kritikwürdig«, gleichwohl als sowjetische »Antwort auf die Aufrüstungspolitik der USA«. Die politische Funktion der sozialistischen Länder war auf dem außerordentlichen Bundeskongreß zur Friedenspolitik in Oberhausen 1983 Gegenstand der Beschlußlage gewesen. Nach langatmiger Beratung wurde der Antrag, der im Schlußteil Aktionsvorschläge enthält sowie auf einen Stop des Stationierungsprozesses und auf den Abbau bereits installierter Systeme orientiert, gegen den Widerstand der reformsozialistischen und bayerischen Bezirke mit knapper Mehrheit beschlossen. Unter dem Druck der meisten reformistischen Delegationen, die vor der Schlußabstimmung ihre Ablehnung ankündigten, flüchtete Hartung in Polemiken gegen die Juso-Linke und bekundete plötzlich Verständnis für eine Ablehnung des Antrags. Anders als bei früheren Kongressen fehlte diesmal die breite Einmütigkeit aller Teile der Organisation bei der Beschlußfassung grundlegender Positionen zur Friedenspolitik. Das Abstimmungsergebnis wird möglicherweise die politische Realisierung des Beschlusses zum Nachteil des ganzen Verbandes erschweren. Der angenommene Vertragusantrag zum A 8 aus Hessen-Süd, der die sozialistischen Länder, ihre innere Entwicklung und die Militärpolitik der UdSSR in den Vordergrund stellt, war nicht optimal. Dennoch kann es produktiv sein, wenn die weitere Debatte über die friedenspolitischen Zielsetzungen der Jungsozialisten in Auseinandersetzung mit diesem Papier und dem LDK-Beschluß der Berliner Jungsozialisten vom Mai d.J. geführt wird. Leider ganz ohne Diskussion wurde mit großer Mehrheit und nur wenigen Änderungen ein Antrag der Bezirke des *Hannoveraner Kreises* beschlossen, der die Sicherheitspolitik der Partei kritisiert. Er warnt vor der wachsenden Distanz von Teilen der Partei zum *Nein* des Kölner Parteitag zu Pershing II und Cruise Missiles und lehnt alle Vorschläge ab, die auf eine Substitution nuklearer durch konventionelle Waffen hinauslaufen.

Die Auseinandersetzung über die — zu spät vorgelegten — wirtschaftspolitischen Anträge des Bundesvorstandes (»Wege aus der Krise«) und vom Bezirk Hannover (»Leitsätze«) in der Form von Verfahrensrangleien war für alle Delegierten enttäuschend. Taktische Ziele standen im Vordergrund, fast sämtliche Beiträge aller Seiten boten Inhaltsleere

und schlechte Polemik. Die Bezirke des *Hannoveraner Kreises* bezahlten den Erfolg, daß nichts gegen sie entschieden wurde, auch ihrerseits mit dem Verzicht auf eine produktive Diskussion über Ziele und Instrumente einer wirksamen Antikrisenpolitik. Hartungs Kalkül, auch in dieser Debatte ein gemeinsames Vorgehen aller marxistisch orientierten Jungsozialisten zu verhindern, ging letztlich nicht auf. Mit großer Mehrheit wurde ein außerordentlicher Bundeskongreß im Frühjahr 1985 zu Fragen der Wirtschafts-, Sozial-, Technologie- und Umweltpolitik beschlossen. Auf diesem Kongreß werden die Jungsozialisten grundlegende Beschlüsse fassen müssen; bis dahin heißt es »weiter nachdenken« (taz).

In der Auseinandersetzung um die Bewertung des »Ehrenberg-Papiers« konnte die Ju-so-Linke ihre Positionen deutlich machen. Hoffnungen auf marktwirtschaftliche Regulierung der stofflichen und wertmäßigen Diskrepanzen sowie auf Exporterfolge der bundesdeutschen Wirtschaft (etwa zu Lasten der sogenannten Dritten Welt) taugen nicht für sozialdemokratische Alternativen. Obwohl der vorliegende Antrag aus Südbayern inhaltlich unzureichend war, erhielten die als Änderungen eingebrachten umfangreichen Auszüge aus einem Bundesvorstandsbeschuß, der mit Blick auf die Beschlußlage der Partei (München 1982) eine weit politische Kritik formulierte, keine Mehrheit: Reformistische Bezirke, auch Westliches Westfalen, stimmten gegen eigene Positionen ...

Den erwarteten großen Stellenwert gewann die Frage der Beteiligung von Frauen an der Arbeit des Verbandes und damit der politischen Strukturen. Die Bundesfrauenkommission beantragte für alle Funktionen einschließlich des Bundesvorstands eine Quotierung von 30% für Frauen. Nachdem die Antragsbegründung durch *Gabriele Schwietering* (Bundesvorstand) schwach ausgefallen war, konnte die quer zu allen Fronten kontrovers verlaufende Debatte vielleicht neue Einsichten fördern. Es wurde deutlich, daß Quotierung *allein* nicht ausreicht, um Fraueninteressen durchzusetzen. Sie ist ein Hilfsmittel, um Frauen stärker die Möglichkeit zu geben, auch massiv Einfluß zu nehmen. Wie sehr Einzelkämpferinnen frustriert und in männlich bestimmte Strukturen eingepaßt werden, zeigen die Erfahrungen in der Vergangenheit. Nach dreistündiger Diskussion wurde der Antrag mit hauchdünner Mehrheit angenommen. Es bleibt zu hoffen, daß auch diejenigen Bezirke den Beschluß respektieren und praktizieren, die mit »nein« stimmten. Im übrigen wird es in den nächsten zwei Jahren darauf ankommen, daß die Frauen den ganzen Verband mit einem Gesamtkonzept für sozialistische Frauenarbeit konfrontieren.

Die Personalfrage hatte sich gleich zu Beginn des Kongresses dadurch zugespitzt, daß die vom Bezirk Ostwestfalen-Lippe vorgenommene Nominierung von *Ingrid Petersen-Buggisch* in der Bundesfrauenkommission nicht unterstützt wurde. Die Genossinnen der reformistischen und der bayerischen Bezirke weigerten sich vom Standpunkt ihrer fraktionellen Interessen mit dem Argument, daß andernfalls die Wahl der bereits nominierten Kandidatinnen *Gabriele Schwietering* und *Ruth Winkler* gefährdet würde. Bei den Wahlen zum Bundesvorstand konnten sich die Kandidatin und die Kandidaten marxistischer Orientierung durchsetzen. Das gewerkschaftlich orientierte, marxistische Spektrum um den *Hannoveraner Kreis* setzte bei den Wahlen der sechs stellvertretenden Vorsitzenden *Uwe Kremer* (Hannover, 188 Stimmen) und *Ingrid Petersen-Buggisch* (Ostwestfalen-Lippe, 186) im ersten Wahlgang durch, im 2. Wahlgang erhielt *Olaf Scholz* (Hamburg, 156) die meisten Stimmen. Eine von den Bezirken des *Hannoveraner Kreises* unabhängige marxistische Position vertritt *Werner Nüßlein* (Franken), der im 1. Wahlgang mit 232 Stimmen das beste Ergebnis erzielte. Das reformistisch/öko-sozialistische Spektrum stellt mit dem 34jährigen *Ulf Skirke* den neuen Bundesvorsitzenden (ohne Gegenkandidaten mit 218 gegen 65 Stimmen gewählt) sowie zwei stellvertretende Vorsitzende (*Gabriele Schwie-*

tering im 1. Wahlgang mit 175, Matthias Kollatz im 2. mit 145 Stimmen). Alle drei Kandidaten konnten keine Nominierungen aus ihren »Heimatbezirken« vorweisen.

Nach dem Verlust der politischen Mehrheit auf Bundeskongressen hat das reformistische Spektrum auch im Vorstand keine Mehrheit mehr. Ob eine neue *politische* Mehrheit für die Integration des Verbandes auf marxistischer Grundlage hergestellt werden kann, ist eine offene Frage. Schritte in dieser Richtung werden durch das Fehlen eines Arbeitsprogramms, das Aktionsschwerpunkte hätte festlegen können, nicht erleichtert. Der »Göttinger Kreis« als politisch-theoretische Strömung ist auf dem Kongreß nicht mehr eigenständig aufgetreten. Als verbandspolitischer Faktor haben lediglich die bayerischen Bezirke gewirkt. Die Reformsozialisten als einheitliche Gruppierung haben an Bedeutung verloren. Da keines der beiden großen Spektren alleine über die Mehrheit in Bundesvorstand und Bundesausschuß verfügt, bestehen vielleicht günstigere Chancen dafür, Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt des Verbandes auf möglichst breiter Basis zu stärken. Mehr noch als der alte Vorsitzende wird der neugewählte gezwungen sein, den Kompromiß zu suchen.

Wenn in den Wahlentscheidungen der Kongreß ein Erfolg der marxistischen Juso-Linken war, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß die politischen Aussagen teilweise für alle Strömungen des Verbandes unbefriedigend blieben. In den kommenden zwei Jahren, für die der neue Vorstand gewählt wurde, müssen die Jungsozialisten die Debatte um das neue Programm der Partei mit verstärkter eigener Strategie-Diskussion verbinden. Strategische Antworten auf die Umbruchslagen konnte dieser Kongreß noch nicht geben.

Matthias Zipser

»Selbsthilfe — ein Weg zurück oder ein Modell für die Zukunft?«

**Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung
vom 24. bis 26. Februar 1984 in Berlin/West**

Einige Vorbemerkungen: Diese Tagung hat etwa soviel Geld gekostet, wie alle Norddeutschen Juso-Bezirke an Jahresetat zusammen haben. Dies bedeutete aber auch, daß weder Mühen noch Kosten gescheut wurden, um die Avantgarde der Alternativbewegung, SPD-Spitzenpolitiker und bekannte Wissenschaftler aus dem In- und Ausland nach Berlin zu holen. Jungsozialisten fehlten allerdings fast vollständig. Die Auseinandersetzung mit der »Scene« überließ man Freimut Duve, Peter Conradi und den Partei-Strategen um Peter Glotz. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen vom WSI und vom DGB hatten auf dieser Tagung dann auch einen schweren Stand.

Dieser Bericht beschränkt sich im wesentlichen auf die Diskussion der Arbeitsgruppe, die der Frage »Schafft der Selbsthilfe- und Alternativbereich zusätzliche Arbeitsplätze?« nachging. Eine Gesamtschätzung aller Referate und Debatten muß der Besprechung des demnächst erscheinenden Tagungsbandes überlassen werden.

Es gibt in der Bundesrepublik ca. 30000 Gruppen der Selbsthilfebewegung mit vielleicht einer halben Million Aktiven, wobei das Umfeld insgesamt noch größer ist. Von den 30000 Gruppen werden ca. 2000 dem »alternativ-ökonomischen« Bereich zugerechnet.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Selbsthilfebewegung liegen bei der Wohnraumerhaltung, im Gesundheitsbereich und bei den »sozialen Diensten«. In der Arbeitsgruppe wurden folgende Fragestellungen entwickelt:

- Ist die Selbsthilfebewegung ein Kind der kapitalistischen Krise?
- Sind die Positionen der Selbsthilfebewegung angesichts von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau eher Rückzugspositionen oder ein begrüßenswerter Reformansatz?
- Werden durch die Selbsthilfebewegung neue Arbeitsplätze geschaffen?
- Sind die Arbeitsplätze in den 2000 alternativ-ökonomischen Betrieben auch sozial abgesichert?
- Wie kann eine sinnvolle Verknüpfung von Selbsthilfe und Sozialstaat erreicht werden?
- Sollte man nicht auch »experimentelle« neue Aufgaben im sozialen Bereich erproben?
- Wenn Selbsthilfebewegung als richtig und wichtig eingeschätzt wird, wie kann sie gestärkt und unterstützt werden? (etwa durch ABM-Mittel oder Sozialfonds?)

Olaf Sund (Landesarbeitsamt Düsseldorf) ergänzte diese Fragen, indem er nach der Art der Arbeitsplätze fragte. Sind diese Arbeitsplätze auf Dauer oder auf eine bestimmte Zeit? Werden sie auf eigene Rechnung (»Selbstausschüttung«) oder auf Rechnung Dritter (durch öffentliche Gelder) finanziert? Die Grundsatzfrage lautete: Bietet der Selbsthilfebewegungsbereich eine Zukunft für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungs- und/oder Produktionsbereich? Die Antwort von Sund fiel positiv aus für den Dienstleistungsbereich, wobei man aufpassen müsse, daß nicht etwa durch ABM bisher feste Stellen abgebaut werden. Im alternativ-ökonomischen Bereich sieht er eine mögliche Konkurrenzsituation zu den traditionellen »Zünften«, also vor allem dem Handwerksbereich, wo die Gefahr bestehe, daß ganze Teilmärkte zusammenbrechen. Ein Mindestmaß an sozialer Sicherung, welche die Arbeiterbewegung erkämpft hat, müsse auch von diesen Betrieben erfüllt werden. Da Arbeit die Schlüsselposition für das Leben des Menschen sei und selbst bei Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eine hohe Arbeitslosigkeit bestehen bleibe, gelte es, alle Möglichkeiten der Arbeitsplatzbeschaffung auszuschöpfen. Zu überlegen sei etwa, ob nicht die vielen arbeitslosen Akademiker, vor allem Wissenschaftler und Techniker, in die Betriebe geschickt werden sollten, wo sie als innovative Kraft wirken und längerfristig vielleicht ihren eigenen Arbeitsplatz schaffen könnten.

Gerd Bosch vom Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut des DGB formulierte Vollbeschäftigung als das Hauptziel von allen arbeitsmarktpolitischen Überlegungen. Dem alternativ-ökonomischen Bereich gab er aus folgenden Gründen keine Perspektive:

1. Der Markt in der kapitalistischen Krise wird enger, und der Konkurrenzkampf unter den Alternativbetrieben wird immer stärker.
2. Die etablierten und meist größeren Betriebe fallen in den »Szenemarkt« ein, und der Konzentrationsprozeß schreitet fort.
3. Bei der meist mittelständischen Szene muß man ein Absinken der Kaufkraft durch heftige Reallohninbußen feststellen.

Für Gewerkschafter sei schließlich die Art und Beschaffenheit der Arbeitsplätze wichtig. Nach seinen Informationen und Analysen sind die Arbeitsbedingungen im alternativ-ökonomischen Bereich schlecht, die Löhne niedrig, die Arbeitszeit zu lang und die Sicherheit des Arbeitsplatzes gering. Durch den gesellschaftlichen und ökonomischen Druck, der auf diese Betriebe wirkt, entwickelt sich der Charakter der Arbeit dieser »neuen Selbständigen« innerhalb von kurzer Zeit von der Selbstausschüttung zur Fremdausschüttung. Deshalb werde die »Scenen« einen Teil dieser »neuen Selbständigen« schon bald wieder verlieren.

Beim Sozialen und Dienstleistungsbereich hänge es maßgeblich von der zukünftigen staatlichen Wirtschaftspolitik und dem Willen der politisch Verantwortlichen ab, ob sie weiter diese Bereiche mit »Staatsknete« unterstützen. Daher dürfe sich die Selbsthilfebewegung nicht an der »Machtfrage« im Staat herumdrücken. Das Zusammengehen von Gewerkschaftsbewegung und Selbsthilfebewegung sei vor allem bei lokalen und regionalen Beschäftigungsvorschlägen (-programmen) vorstellbar, wo die Ideen der Alternativgruppen aufgegriffen werden sollten. Die Forderung nach einem 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm sei zwar nach wie vor richtig, aber auch für die Gewerkschaftsmitglieder zu abstrakt. Darüber hinaus könne er sich vorstellen, daß Projekte durch eine Form von Einstiegsfinanzierung mit »experimentellen« ABM-Maßnahmen gefördert werden. Denkbar sei ferner die Übernahme von in Konkurs gegangenen Betrieben in die Hand von Selbsthilfeprojekten, die dann ökonomisch gefördert werden müßten.

Jobst Fiedler (Hamburg) ging darauf ein, wo die Perspektiven der Selbsthilfegruppen unter dem Aspekt der Schaffung von Arbeitsplätzen liegen. Mit dem Blick in die USA, wo der Dienstleistungsanteil auf 70% (in der BRD 55%) gestiegen ist und 21 Mio neue Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Dienstleistungsbetrieben geschaffen wurden, stellte er die These auf, daß durch die Umstrukturierung dieses Bereiches die Selbsthilfebewegung eine zentrale innovative Kraft darstellen kann, gerade im Technologiebereich. Selbsthilfegruppen schüfen vor allem dort neue Arbeitsplätze, wo auch ein neuer Markt sei.

Den zweiten Arbeitsmarkt, wie ihn Hamburg geschaffen hat, definierte er als einen »staatlich organisierten temporären Ersatzarbeitsmarkt«. Man habe in Hamburg bei der Förderung von Arbeitsloseninitiativen positive Erfahrungen gemacht. Im Rahmen der ABM-Maßnahmen sind Staatshilfen für Selbsthilfeprojekte gegeben worden, bei denen rund 300 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Negative Erfahrungen mache man bei dem Versuch der Übernahme von in Konkurs geratenen Betrieben, da die Konkursverwaltung aus den Firmen meist alles Wertvolle herauszuholen und rechtzeitig zu verkaufen suche.

In der anschließenden Diskussion wurde kritisiert, daß die Ursachen und Entwicklungen der Selbsthilfebewegung ausgeklammert wurden. Die Selbsthilfebewegung habe die Frage nach der gesellschaftlich *sinnvollen* (Produktions-)Tätigkeit (wieder) aufgeworfen und versuche, die Trennung von Arbeit und Leben aufzuheben. Den Vertretern aus der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurde vorgeworfen, sie sähen die Selbsthilfebewegung allein unter Arbeitsplatzgesichtspunkten. Was eigentlich im Vordergrund dieser Bewegung gestanden habe, sei »das Bedürfnis nach anderen Produkten, anderen Formen, anderer Qualität« — so ein Redakteur der *taz*.

Klaus Westermann (DGB-Jugendsekretär) sah in den jüngeren Kolleginnen und Kollegen die »Hoffnungsträger«, die in letzter Zeit auch innerhalb des DGB die Frage aufgreifen würden, welche Produkte gesellschaftlich nützlich seien und hergestellt werden sollten bzw. wie die Arbeit inhaltlich aussehen, wie sie organisiert und verteilt werden solle. Es sei traurig, sich von einem konservativen Denker wie Dettling (Abteilungsleiter bei Geißler) sagen lassen zu müssen, die Gewerkschaften würden an Bedeutung verlieren, wenn sie nicht die neuen Anforderungen begriffen. Nach Auffassung von *Dieter Otten* (Universität Osnabrück) hat die Selbsthilfebewegung die Kraft, über die Frage nach der Qualität der Arbeit auch die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Die drei Ziele der inneren Demokratie, der Selbstbestimmung und der Qualität der Produkte seien verallgemeinerbar. Die sozialen Folgen des technologischen Wandels können nur mit den Idealen der Selbsthilfebewegung bewältigt werden.

Über die Fragen der Perspektiven und Möglichkeiten der Selbsthilfebewegung gingen die Meinungen weit auseinander. Der Widerspruch zwischen »ökonomischer Effizienz und politischem Ziel« müsse von den Selbsthilfegruppen geklärt werden (Otten). Der Vertreter eines Selbsthilfeprojektes aus Frankfurt knüpfte an diese Aussagen an: Die produktiven Betriebe stoßen an die Grenzen des Marktes. Trotz des ökonomischen Druckes müsse man sehen, wo sie verlaufen und wie lange man die Inhalte beibehalten kann. Als Perspektiven sah er auch eher traditionelle Lösungen: Die Marktengde wolle man durch »größeren Zusammenschluß« übergehen, um die Inhalte zu erhalten; auch müsse man rationalisieren und neue Produktionsmöglichkeiten erforschen. Die entscheidende Frage für diese Betriebe sei aber die Finanzierung. »Wir brauchen langfristige und billige Kredite.«

Von verschiedenen anderen Diskussionsteilnehmern wurde gefordert, daß die »Betriebsziele« dieser alternativ-ökonomischen Gruppen auch finanziell gefördert werden und nicht auf dem »Opfertisch« der Kapitalbeschaffung enden. Geld hätten auch die Gewerkschaften genug. Es käme bloß politisch darauf an, zu entscheiden, wo sie es anlegen. Über Unterstützung und Finanzierung der Projekte gab es allerdings auch innerhalb der Scene Meinungsunterschiede. Für *Benny Härlin* (Journalist aus Bärnin) bringt die Orientierung auf »Staatsknete« auch viel »Stuss«. *Peter Grottian* (FU Berlin) reagierte auf diese Äußerungen ablehnend: »Wenn Benny Härlin meint, daß Geld Smog im Gehirn ist, dann soll er sich doch mal die Identitätszerstörung durch Arbeitslosigkeit angucken.« Grottian stellte sein Modell der Finanzierung von Selbsthilfeprojekten vor, wodurch steuerbegünstigte Spenden diese Projekte den Status der Gemeinnützigkeit erhalten und sich dadurch finanzieren sollen. In der nur sehr kurzen Diskussion wandte sich *Gerd Bosch* scharf gegen diese unkontrollierten Steuergeschenke, von denen es in der BRD schon genug gäbe. Die Gelder müßten statt dessen direkt in beschäftigungspolitische Maßnahmen gesteckt werden.

Während man sich über die Finanzierung von alternativ-ökonomischen Betrieben nicht einigen konnte, faßte *Marlene Kück* (Statwerke Berlin) die Situation im Sozialen und Dienstleistungsbereich so zusammen, daß man sich dort nicht über den Markt retten könne und deshalb Staatsknete erforderlich sei. *Olaf Sund* wies in diesem Zusammenhang auf die »Experimentierklausel« hin. ABM-Stellen seien vielfach — z.B. bei Frauenhäusern — ein Einstieg für kurzfristige Realisierungen von Projektbedürfnissen, auch wenn sie sich für längerfristige Projekte als Sackgasse erweisen könnten, wie *Gerd Bosch* betonte.

Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: *spw* 22

Viel zu spät bin ich nun mit der Lektüre von Heft 22 vorangekommen. Trotzdem will ich Euch aber einige Zeilen dazu schreiben und Euch zu dieser ausgezeichneten Nummer beglückwünschen. Denn allein schon die Tatsache, daß Klaus Helf und ich sehr häufig SPW-Beiträge in den Seminaren der Erwachsenenbildung einsetzen, spricht für Qualität und Lesbarkeit der Artikel.

In diesem Sinne fand ich auch die Frage »SPD in der Opposition — wohin?« wertvoll und richtig gestellt. Wer nach dem »Wohin« fragt, der darf auch das »Woher« nicht außer acht lassen. Aus dem Gewesenen lernen ist Voraussetzung für die Veränderung der Gewordenen. Irgendwo schreibt Adorno, Erfahrung sei »bestimmte Negation«; deshalb wohnt in jedem Lernen aus Erfahrungen ein Moment der Kritik, der Verneinung, der Häresie. Sich Erinnern an Fritz Sternberg bedeutet, einen solchen Häretiker der sozialistischen Bewegung neuzubeleben für die Diskussion. Mit Gewinn weist *Franz Walter* auf die Sternbergischen Beiträge zur Imperialismuskritik hin und ruft ins Gedächtnis, daß es wichtig ist, die Weltökonomie nicht den USA-Vorträgen des sozialdemokratischen Weltökonom Helmut Schmidt zu überlassen. Daß die alten theoretischen Lösungen, allen voran viele Teile der Imperialismusanalyse Lenins, mit der Überschuldung selbst »realsozialistischer« Staaten und damit ihrer Re-Integration in den kapitalistischen Verwertungszusammenhang brüchig geworden sind, entwickelt *Hans Willi Weizen* in seiner Kritik des Theorems der Arbeiteraristokratie. Beide Artikel helfen, die analytische Schneise zu schlagen für den Weg sozialistischer Diskussion über die regierungstragende Opposition der SPD hinaus.

So gering gerade der systemimmanente ökonomische Spielraum ist, so wichtig ist es auch, ihn auszunutzen. Für die kommunale Praxis können deshalb die methodischen Hinweise für die Erarbeitung regionaler Wirtschaftsprogramme von *Heinz-Gerd Hofschens und Michael Jung* eine hervorragende Starthilfe geben — wenn sie gelesen werden. Aber reicht die ökonomische Phantasie der Parteilinken nicht mehr über den Tellerrand des Heimatortes hinaus? *Klaus Peter Kiskers* Kritik am »Ehrenberg-Papier« »Arbeit für alle — die Zukunft gestalten« endet mit dem Hinweis, die SPD besiege hier ihren »wirtschaftspolitischen Kompetenzverlust«. Dies könnte der *Anfang* eines Artikels sein, der die Mühe nicht scheut, Alternativen zu entwickeln; *nicht ein Fazit*. Denn auch der Gegenantrag des »Frankfurter Kreises« für den Parteitag »Zukunft für alle — die Arbeit gestalten« erinnerte nicht an neue ökonomische Perspektiven oder gar Kompetenzgewinn; eher schon an den alten Hit: »Wenn bei Capri die rote Sonne im Meer versinkt ...« Eine »Politik gegen die Krise«, lieber *Peter Krüger*, wird nicht auf Konferenzen gemacht, auch wenn die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen auf ihrem Bundestreffen im Januar die Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum erhoben hat. Die Skepsis derer, die der Beschlußlage ungläubig gegenüberstehen und lieber Taten sehen wollen, ist ja inzwischen auch bestätigt worden: die AfA nahm ihren Antrag zum Parteitag zurück, da keine Aussicht auf »Mehrheitsfähigkeit« bestünde. (Was ist Mehrheit? «Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen« — ach, Friedrich Schiller!)

Wie gering wiegt in den Beiträgen zur Wirtschaftspolitik in *spw* 22 der Zweckoptimis-

mus gegenüber der »normativen Kraft des Faktischen«! Die sozialdemokratische Linke, so scheint mir, hat durchaus teil am wirtschaftspolitischen Kompetenzverlust der Partei. Die eigene Ideenlosigkeit besiegelt erst, was die Ehrenberg-Kommission verfaßt hat. Vielleicht hilft es da, noch einmal Sternberg zu lesen, wie es *Weinzen* in seiner Rezension von Grebings Sternberg-Ausgabe empfiehlt?

Eine Wohltat dagegen das von *Christiane Rix und Frank Heidenreich* ausgezeichnet geführte *Interview mit Günter Gaus*. Dem verzweifelten Realismus, zu dem Gaus sich bekennt — nämlich wenigstens das rüstungs- und deutschlandpolitisch Machbare zu erreichen —, gelingt eine stärkere Zuspitzung dieser Sachverhalte als Butterwegge und Sauer/Scholz. Dieser Beitrag zur Friedensdiskussion entschädigt für den Mangel an realistischen ökonomischen Perspektiven — behebt ihn aber nicht. *spw* 22 stellt sich dar als ein Heft, das die Frage »SPD — wohin?« ausgezeichnet aufwirft, aber wirtschaftspolitisch — und insofern den Diskussionsstand der Partei korrekt referierend — nicht beantworten kann.

Patrik Baab

Besprechungen

Albers, Detlev: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus. Argument-Verlag, Berlin/West 1983 (192 Seiten, br., 24,80 DM)

Mit zwei Außenseitern der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigt sich Detlev Albers in seinem »Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci«. Otto Bauer, wenngleich unbestrittener Führer der österreichischen Sozialdemokratie in der demokratischen Phase der 1. Republik (1918-1934), geriet nach dem 2. Weltkrieg für Jahrzehnte in Vergessenheit. Die Bedeutung von Antonio Gramscis theoretischen Überlegungen, die dieser zum großen Teil unter schwierigsten Bedingungen in faschistischer Haft angestellt hatte, erkannte zunächst nur die Kommunistische Partei Italiens. Erst als sich die nach dem 2. Weltkrieg durchgesetzten Programme und Strategien der Arbeiterparteien als wenig geeignet erwiesen, offensive Antworten auf die in vielen Bereichen krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung der siebziger Jahre zu geben, gerieten Bauer und Gramsci politisch und wissenschaftlich wieder in den Blick. Albers versucht, ihre Ansätze einer politischen Theorie einem systematischen Vergleich zu unterziehen (11). Ziel dieses Vergleichs ist, auf unbegriffene und wieder vergessene strategische »Elemente für die sozialistische Transformation in den Zentren des Kapitalismus« (18) in den Ausarbeitungen der beiden Theoretiker hinzuweisen.

Bauer und Gramsci sahen sich mit denselben Schlüsselthemen konfrontiert: »Sieg der Revolution und Aufbau eines ersten sozialistischen Staates im Osten, Niederlage der Revolution und politischer Sieg der reaktionärsten Form kapitalistischer Klassenherrschaft; Analyse der Entstehungsbedingungen des Faschismus, antifaschistischer Kampf und die Ausarbeitung neuer Wege zur sozialistischen Gesellschaftsveränderung im Westen« (14). Natürlich gingen sie an diese Themen mit unterschiedlichen Voraussetzungen heran: Bauer war Sozialdemokrat, voll im politischen Tagesgeschäft stehend und von den sozialen und nationalen Problemen der Habsburger Monarchie geprägt. Gramsci griff erstmalig bei den norditalienischen Arbeiterkämpfen am Ende des 1. Weltkriegs aktiv ins politische Geschehen ein. Er wurde Mitbegründer und später Generalsekretär der KPI. Durch die Verhaftung 1926 beraubten ihn die Faschisten der direkten politischen Arbeitsmöglichkeiten. Er verlegte sich daher stärker als Bauer auf die theoretische Reflexion.

Albers zeichnet die Positionen Bauers und Gramscis, die sie zu den genannten Schlüsselthemen bezogen, genau nach. Dadurch bietet sein Buch zunächst eine solide Einführung in das Denken der beiden Theoretiker. Gut ausgewählte und — im Fall Gramscis — ausgezeichnet übersetzte Zitate sowie das Bemühen um eine verständliche Schreibweise erhöhen die Nützlichkeit des Buches. Was die Darstellung stören würde, ist in den Anmerkungsteil verbannt. — Der Autor steht den Thesen der beiden Theoretiker bejahend gegenüber, verzichtet aber nicht auf Kritik, wo sie ihm notwendig scheint (33, 36f., 53, 58, 61 u.ö.). In fast allen untersuchten Bereichen entdeckt er weitreichende Ähnlichkeiten in beider Überlegungen. Gerade dort, wo die Parallelität am deutlichsten ist, erweist sich die Aktualität Bauers und Gramscis für heutige Theoriebildung. Ich möchte vier mir zentral erscheinende Bereiche herausgreifen:

1. Sowohl Bauer als auch Gramsci betonen die Selbsterziehungsaufgabe der Arbeiterbewegung. Sie wissen, daß ohne gezielte und umfassende Kulturarbeit, ohne das bewußte Eingreifen in die Auseinandersetzung um Normen und Haltungen keine hegemoniale Position in der Gesellschaft zu erlangen ist (40, 45, 115f.).

2. Gramsci und Bauer entdecken den in vulgärmarxistischen Verkürzungen verloren gegangenen »subjektiven Faktor« wieder (86, 128 u.ö.; vgl. auch Marx, 1. These über Feu-

erbach, in: MEW, Bd.3, S.5). Die »integrale praktische Organisation der Gesellschaft« (Gramsci, 119) kann nur gelingen, wenn »alle Erscheinungen des menschlichen Bewußtseins« in ihrer Bedeutung erkannt sind (Bauer, 129) und wenn die gegenseitige Bedingtheit von »konkreten individuellen Bewußtseinserscheinungen« und der gesellschaftlichen Entwicklung durchschaut ist (Bauer, 127). »Der Mensch ist zu begreifen als ein geschichtlicher Block aus rein individuellen und subjektiven sowie massenhaften und objektiven oder materiellen Elementen, zu denen das Individuum in einem aktiven Verhältnis steht. Die äußere Welt und die allgemeinen Verhältnisse umzuformen bedeutet, sich selbst zu potenzieren, sich selbst zu entwickeln.« (Gramsci, 149) Deswegen darf die Bedeutung »des einführenden Begreifens von Leben und Geschichte« (Gramsci, 147) nicht unterschätzt werden.

3. Gegen alle »Verflachungen der materialistischen Geschichtsauffassung« (112) arbeitet vor allem Gramsci heraus, daß auch die Materie »historisch und gesellschaftlich für die Produktion« organisiert ist (Gramsci, 120). Eine schallende Ohrfeige für Positivisten, die glauben, unmittelbar aus »der Materie« eine »gesetzmäßige« Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ableiten zu können. Wer »neue Geschichte« (Gramsci) schaffen möchte, kann sich bei der Gesellschaftsanalyse nicht mit bequemer ökonomistischer Verkürzung begnügen (144, 122).

4. Schließlich fegen Bauer und Gramsci in ihrem »Sturmlauf gegen die Tendenz der Kanonisierung« (135) Dogmatismus und Zitatheberei hinweg. Entscheidend ist die von Marx ausgehend in der ökonomischen Analyse entwickelte Methode, mit ihr können und müssen neue Probleme ohne Denk- und Lernverbote angegangen, neue Synthesen ohne Parteischranken gefunden werden (104, 132, 134): »Was heute eine Krise des Marxismus zu sein scheint, es ist nichts anderes als der schmerzhafteste Prozeß der Anpassung des Sozialismus an eine vom Grunde aus umgewälzte Welt.« (Bauer, 130)

Diese verblüffend aktuelle Feststellung Bauers aus dem Jahr 1923 übersetzt Albers in seinem bemerkenswerten Schlußkapitel für die achtziger Jahre, in dem er herausarbeitet, wo wir heute mit neuen Problemstellungen konfrontiert sind. So fragt er, wie »der immer wieder aufbrechende Widerspruch zwischen parteiförmiger Politikorientierung und der ungefilterten Artikulation von Masseninteressen« zu beheben sei (157). Er verlangt eine komplexere Vorgehensweise, eine stärkere »Betonung der Subjektrolle verschiedenartiger revolutionärer Kräfte, als wir dies in den Reflexionen Bauers und Gramscis antreffen« (158). Sie ist wichtige Voraussetzung für ein Zusammenwirken von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen. Die Probleme des Nord-Süd-Gegensatzes, der internationalen Arbeitsteilung und der Systemkonkurrenz in ihrer heutigen Brisanz konnten weder Bauer noch Gramsci damals voraussehen (159f.). Schließlich sind Zweifel »an der produktivistischen Grundorientierung der Arbeiterbewegung« angebracht, wie sie vor allem bei Bauer immer wieder zum Ausdruck kommt. Zu einer auch ökologisch durchdachten Anti-Krisenpolitik unfähig (160), wird sie von den meisten Arbeiterparteien und sozialistischen Staaten noch heute geteilt. Gramsci und Bauer haben methodische und theoretische Anstöße gegeben, um auch diese neuen Probleme anzugehen. Detlev Albers' Versuch, dies zu zeigen, ist geglückt.

Alfred Georg Frei (Darmstadt)

Gransow, Volker: Mikroelektronik und Freizeit. Politisch-kulturelle Folgen einer technischen Revolution. Schriftenreihe Gewerkschaftliche Studien, Band 18. Verlag Die Arbeitswelt, Berlin/West 1981 (123 Seiten, br., 15,- DM)

Unsere bisherige Technik stehe in der Natur wie eine Besatzungsarmee in Feindesland; vom Landesinnern wisse sie nichts, die Materie der Sache sei ihr transzendent, schreibt Ernst Bloch in »Das Prinzip Hoffnung«. Die Allgemeingültigkeit eines solchen Satzes dürfte sich erneut, auf eine besonders fatale Weise, angesichts der zur Zeit schon auf Hochtouren laufenden dritten technischen Revolution der Mikroelektronik bewahrheiten. Volker Gransow zeigt die politisch-kulturellen Folgen dieser Entwicklung auf: Seine Arbeit ist ein Beispiel dafür, wie man in Kürze, ohne Oberflächlichkeit, umfassende Informationen im Rahmen eines ausgeprägten Problembewußtseins vermitteln kann; das Bändchen sollte zum Nach-Denken weit verbreitet, zum Beispiel intensiv im Unterricht genutzt werden.

Mikroelektronik verfügt als Schlüssel-, Querschnitts- und Universaltechnologie heute bereits über 25 000 Anwendungsmöglichkeiten. Die »schöne neue Welt« wird von den einen als »Tor zum Paradies« gepriesen, von den anderen als »Weg in den Abgrund« verdammt. Gransow verfällt weder einem irrationalen Technik-Pessimismus noch einem zivilisatorischen Sing-out-Optimismus; indem er immer wieder darauf hinweist, daß es nun sowohl um eine ganzheitliche Entfaltung alternativer und oppositioneller Kulturen als auch um eine bewußte Nutzung von Teilen der neuen Elektronik zur Schaffung selbstbestimmter und selbstorganisierter Information, Unterhaltung und Kommunikation gehen müsse, verhindert er Lähmung und fördert das Bewußtsein, daß Gegensteuerung noch möglich ist. Diese Chance besteht vor allem dann, wenn die umfassende Bedeutung von Kulturpolitik (»Kultur ist, wie der Mensch lebt und arbeitet«) gerade von den Gewerkschaften begriffen würde.

Die wichtigste Konsequenz der mikroelektronischen Revolution für die Zeitstruktur wird die Vermehrung der Arbeitslosigkeit sein, wenn nicht sehr schnell eine Arbeitszeitreduzierung stattfindet. Disponible Zeit muß in ihren arbeitsrechtlichen wie sozialpsychologischen Dimensionen durchdacht werden. Kulturpädagogik hat die Aufgabe, die Menschen dahingehend zu »begaben«, daß sie ihre Freizeit in Freiheit zu gestalten vermögen. Größte Gefahr droht, daß die Entlastungen, die im Arbeitsprozeß wie im Haushalt durch Mikroelektronik eintreten, nicht dazu genutzt werden, die »Ressource Sinn« mehr als bislang zu erschließen — im Gegenteil: Die Massenkommunikation durch Unterhaltungselektronik läßt ungeahnt-furchtbare Manipulation zu. Allerdings könnte Mikroelektronik auch einen emanzipatorischen, aufklärerischen Prozeß fördern. Im Bereich der Telekommunikation könnte durch den Einsatz von Mikroprozessoren bei der Verkabelung ein Kabelfernsehen entstehen, das durch »offene Kanäle« und »Rückkanäle« den Teilnehmern Selbstbestimmung ermöglicht. »Wahrscheinlich werden aber eher Folgen des konventionellen Fernsehens noch verstärkt wie Verkürzung von Gesprächen, Einschränkung von Kontaktmöglichkeiten usw. Dies gilt auch für Videorecorder und -cassetten, während andererseits Videogruppen alternative und oppositionelle Kulturen bereichern könnten. Beim Bildschirmtext in Verbindung mit dem persönlichen Computer zeigen sich ebenfalls Möglichkeiten sozialer Interaktion, dezentraler Information und Organisation sowie eine Tendenz zur Umkehrung der Sender-Empfänger-Beziehung. In der Realität sind aber wohl weit stärkere soziale Isolation, Konsumismus und Bildschirmsucht zu erwarten.«

Diese widersprüchliche Situation, die generell gilt — Technik ist wertfrei, es kommt auf den Menschen an —, muß uns historisch wie anthropologisch zutiefst beunruhigen: Denn

die große kulturelle Umwälzung, die dem Menschen endlich die Chance eröffnete, die Totalität des Humanen zu verwirklichen, liegt in weiter Ferne. »Naturströmung als Freund, Technik als Entbindung und Vermittlung der im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen, das gehört zum Konkretesten an konkreter Utopie. Doch auch nur der Anfang dieser Konkretion setzt zwischenmenschliches Konkretwerden, das ist, soziale Revolution, voraus; eher gibt es nicht einmal eine Treppe, geschweige eine Tür zur möglichen Naturalianz.« (Ernst Bloch)

Hermann Glaser (Nürnberg)

Heseler, Heiner, und Hans Jürgen Kröger (Hrsg.): »Stell Dir vor, die Werften gehören uns ...« Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik. VSA, Hamburg 1983 (235 S., 16,80 DM)

»Ich bin 27 Jahre hier und kann mir nicht vorstellen, daß sie die AG 'Weser' dichtmachen. So ein großes und modernes Werk — was wollen die damit machen? Wollen die hier Mutterboden auffahren, Kleingärten davon machen, aus den Hallen Gewächshäuser und mit den Kränen die Wurzeln ziehn? ... Wie soll das denn hier in Bremen weitergehen, wenn die alles zumachen: Klöckner, AG Weser, Bremer Vulkan ...? Die Arbeitslosen kosten doch viel mehr als die Hilfe für den Schiffbau. Ich weiß nicht, warum man da nicht ran will« — diese Fragen des Werftschlossers Peter Kernbach stehen am Anfang eines neuerschienenen Buches.

»'Stell Dir vor, die Werften gehören uns ...' Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik?« heißt das von Heiner Heseler und Hans Jürgen Kröger herausgegebene Buch, das Ursachen und Folgen der Werftenkrise untersucht und darüber hinaus Alternativen für einen Ausweg aus der Krise aufzeigen will. Ungewöhnlich an dieser Neuerscheinung ist die Zusammensetzung der Autoren. Da schreiben neben Wissenschaftlern der Universität und der Arbeiterkammer Bremen die Betriebsratsvorsitzenden der Großwerften AG Weser, Bremer Vulkan und HDW; neben den Dokumenten der IG Metall stehen die anschaulichen Berichte von Werftarbeitern über ihre Berufstätigkeit und ihre persönlichen Erfahrungen mit der Werftenkrise, aus denen man nicht zuletzt auch ein eindrucksvolles Bild der körperlich schweren und hochqualifizierten Arbeit der Schiffbauer gewinnen kann.

Heseler und Kröger beginnen ihre Ursachenanalyse mit einer Darstellung der historischen Entwicklung des »Aufstiegs und Niedergangs des deutschen Schiffbaus«. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß in der 100jährigen Entwicklung des Großschiffbaus die heutige Situation der leeren Helgen, der Massenentlassungen, Fusionen und Betriebsschließungen nicht ohne Parallelen ist. »Die Geschichte des Schiffbaus ist eine Geschichte der Konzentration von Unternehmen und von Boomphasen und Krisen, die sich in langanhaltenden und ständig wiederkehrenden Zyklen wiederholen.« (21)

Die allgemeine Ursache für diese zyklische Entwicklung liegt auf der Hand: »Die Entwicklung des Weltschiffbaus wird entscheidend durch den Welthandel und die Welthandelsflotte bestimmt« (27). Es läßt sich folgende Verursachungskette bilden: Bei rückläufiger Weltwirtschaftsentwicklung verringert sich der seewärtige Welthandel. In der Welthandelsflotte entstehen so Überkapazitäten, die zum Verfall der Frachtraten führen, was wiederum die Reeder bewegt, keine neuen Investitionen in Form neuer Schiffe vorzunehmen — den Werften gehen also die Aufträge aus.

In den 50er und 60er Jahren verdoppelte sich im Zeichen der Nachkriegskonjunktur jeweils der seewärtige Welthandel. Die verfügbare Flotte war stets kleiner als der aktuelle Bedarf, was die Gewinne der Reeder (über höhere Frachtraten) natürlich steigerte. In Er-

wartung weiter günstiger Handelsentwicklung bestellten sie verstärkt neue und größere Schiffe. Die Werften bauten ihre Kapazitäten aus und wurden vielfach für den Großtankerbau umstrukturiert, wobei sie zum Teil mit staatlicher Förderung den Markt technisch hochwertiger Spezialschiffe aufgaben.

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1974 sank die Transportnachfrage. Wegen der Ölpreisverteuerung reduzierte sich die Nachfrage nach Tankschiffen besonders rapide, so daß zahlreiche Großtanker direkt nach dem Stapellauf aufgelegt werden mußten. Die geschaffenen Überkapazitäten der Werften produzierten aber zunächst weiter. Selbst im Zeitraum 1979 bis 1982, in dem der Welthandel um 15% sank, stieg die Welthandelsflotte noch an. »Die hohen Überkapazitäten der Reeder mußten notwendig zu einem rapiden Nachfrageeinbruch auf dem Schiffbaumarkt führen« (29). Die Überkapazitäten, die auf den Werften aufgebaut wurden, sind also keine bloßen Managementfehler unfähiger Geschäftsleitungen, sondern sie sind Ausdruck einer aus den Profiterwartungen der Reeder und Werfteigner erwachsenen Überakkumulation, wie sie sie unsere kapitalistische Markt-anarchie gesetzmäßig hervorbringt.

Verschärft wird diese Situation noch durch einen tiefgreifenden Strukturwandel auf dem internationalen Schiffbaumarkt. »1955 entfielen fast 50% des Weltschiffbaus auf zwei Länder: Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. 1982 hat sich das Bild völlig verändert. Fast 60% aller Schiffe werden in Japan und Südkorea gebaut« (32). Allein in Südkorea wurden im letzten Jahr mehr Schiffe gebaut als in der Bundesrepublik, Großbritannien und Schweden zusammen. Der Aufbau gewaltiger Schiffbaukapazitäten in Ostasien, aber neuerdings auch in Brasilien, belastet den übersättigten Markt weiter. Nach Berechnungen der OECD liegen 1983 weltweit die Schiffbaukapazitäten um 40% über der Nachfrage.

Wie reagieren die Werfteigner auf diese Situation? Neben der Forderung nach weiteren staatlichen Subventionen sehen sie die Lösung im drastischen Kapazitätsabbau und in der Ausweitung des Rüstungsanteils, der sich in den letzten fünf Jahren bereits verdoppelt hat.

Schon in der Boomphase seit 1964 hatte eine Entkoppelung von Produktion und Beschäftigung stattgefunden, indem sich zwar der Umsatz bis 1975 nahezu verdoppelte, die Beschäftigung aber stetig verringert wurde. Allein die Großwerften haben 1960 bis 1979 — besonders als Folge von Fusionen — mehr als 30000 Arbeitsplätze in Norddeutschland vernichtet. In der Krise liegt die aktuelle Zielsetzung, auf die sich im April 1983 der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie (VDS) und die Ministerpräsidenten der Küstenländer geeinigt haben, im Abbau weiterer 9000 Werftarbeitsplätze.

Daß die Massenentlassungen zwar möglicherweise die Großwerften für ihre Besitzer wieder profitabel werden lassen, daß sie aber, gesamtgesellschaftlich betrachtet, extrem teuer sind, zeigt eine Berechnung von Heseler/Kröger: Die Entlassung von 9000 Werftarbeitern, die in der Zulieferindustrie und im Handel die Vernichtung weiterer 21000 Arbeitsplätze nach sich zieht, belastet die Allgemeinheit durch Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Steuerausfälle jährlich mit 720 Mio. DM. Rechnet man dazu die staatlichen Subventionen an Schiffbau und Reeder, die einen weitgehend unkontrollierten und unübersichtlichen Dschungel von Reederhilfen, Zinsverbilligungen, Exporthilfen, Abschreibungsgesellschaften und Werfthilfeprogrammen bilden, so müssen die Steuerzahler für diese Subventionen und für die erhöhte Arbeitslosigkeit 1,1 Mrd. DM per annum aufwenden. »Angesichts dieser unvorstellbar hohen Summe ist es sinnvoller und auch kostengünstiger, kurzfristig Schiffbauaufträge stärker zu subventionieren, um so Zeit zu gewinnen, über länger-

fristige Lösungsmöglichkeiten und Alternativen nachzudenken« (163), meinen die Autoren wohl zu Recht, denn es ist nicht nur ökonomisch sinnvoller, sondern sicherlich auch humaner, Geld für Beschäftigung statt für Arbeitslosigkeit auszugeben.

Den Kampf gegen die Entlassungspolitik beschreiben die Betriebsratsvorsitzenden der AG Weser, des Bremer Vulkan und der HDW, Hans Ziegenfuß, Fritz Bettelhäuser und Holger Mahler. Die Strategien der Werfteneigner sind in der Krise weitgehend identisch: Personalabbau, Akkordverschlechterungen, Abbau betrieblicher Sozialleistungen und schließlich die Schließung ganzer Betriebsstätten. Dabei werden alle Register der Desinformation und Einschüchterung gezogen. Die Erfahrungen der Betriebsräte von Ziegenfuß und Bettelhäuser »Sozialpartnerschaft lohnt sich nicht« und »Auf die eigene Kraft vertrauen« stehen programmatisch für die Lernprozesse, die Betriebsräte und Belegschaften in der Krise gemacht haben. Ihre Abwehrkämpfe haben, trotz steigender Aktionsbereitschaft und der Solidarität aus der Bevölkerung, höchstens Teilerfolge gezeitigt, doch es gibt eben keine Alternative zum entschiedenen Kampf der Belegschaften um ihre Arbeitsplätze. — Welche Lösungswege aus der Krise sehen nun die Autoren des vorliegenden Buches? Heseler und Kröger fassen zusammen, was Betriebsräte, IG Metall, die »Memorandum-Gruppe alternativer Wirtschaftswissenschaftler« und Arbeitskreise der Belegschaften erarbeitet haben. Kurzfristig fordern sie, die immensen staatlichen Subventionen (Bremens Senatspräsident Koschnick bezifferte sie für die letzten 20 Jahre auf 12 Mrd. DM) und die Finanzierung potentieller Arbeitslosigkeit für kontrollierte Lohnkostenzuschüsse zu nutzen, um die Werften wettbewerbsfähig zu machen und die Arbeitsplätze und industriellen Kapazitäten zu erhalten. Da selbst bei einer Besserung der Schiffbaunachfrage, die für 1986 prognostiziert wird, eine Auslastung der Werften nur durch den Schiffbau nicht zu erreichen sein wird, schlagen sie dessen Ergänzung durch die Fertigung schiffbaufermer Produkte, durch »alternative Produktion« also, vor. Aufgrund der technischen Ausstattung der Werften und des hohen Qualifikationsgrades der Belegschaften lassen sich solche Umstellungen in 6 bis 12 Monaten realisieren. Im Bereich des Umweltschutzes könnten Kläranlagen, Filteranlagen für Kraftwerke, Müllbeseitigungsanlagen, Ölabsaugschiffe gefertigt werden. Für den Umweltschutz wie für die Energieeinsparung wäre der Bau von Blockheizkraftwerken, Fernwärmesystemen, Wärmeaustauschern und Windkraftwerken gleichermaßen sinnvoll. Im Bereich der schiffbauverwandten Meerestechnik könnten Meerwasserentsalzungsanlagen für die Dritte Welt, Meeresbergbaugeräte und off-shore-Technik produziert werden. — Letztlich wollen Heseler/Kröger zu dem Ergebnis, daß private Werfteneigner an einer solchen, z.T. betriebswirtschaftlich mittelfristig unrentablen, wenn auch gesamtgesellschaftlich ebenso nützlichen wie ökonomisch sinnvollen Alternativproduktion kein Interesse haben. Sie fordern die Vergesellschaftung der Werften unter Mitbestimmung und Kontrolle der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften.

Das Buch aus dem Hamburger VSA-Verlag zeichnet sich durch eine reichhaltige Ausstattung mit Bildern und Tabellen aus. Eine große Zahl grafisch gut abgehobener Dokumente aus Betrieben und Gewerkschaften machen es zu einem Nachschlagewerk für die aktuelle Diskussion. Die häufigen Wiederholungen grundlegender Fakten und Vorgänge in den einzelnen Beiträgen ermüden den Leser allerdings. Ein guter Lektor hätte — auch unter dem Zeitdruck der Aktualität — da durch einige Kürzungen Abhilfe schaffen können. — Trotzdem: Ein Buch, das nicht nur in Norddeutschland eine weite Verbreitung verdient und das in der Debatte um die Zukunft der Werften eine wichtige Rolle spielen wird.

Heinz-Gerd Hofschens (Bremen)

Körper, Ernst-Dieter: Gewerkschaften und Außenpolitik. Die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO. Reihe Campus Forschung, Band 248. Campus Verlag, Frankfurt, New York 1982 (453 S., br., 65,- DM)

Köppers Arbeit stellt die erste umfassende kritische Darstellung der Haltung der westdeutschen Gewerkschaften zur Westintegration der BRD dar. Er greift dabei die Hauptvorgänge dieser Entwicklung auf, die *wirtschaftliche* Integration in die EWG und die *militärische* Integration über die EVG in die NATO. Köpper geht in drei Schritten vor. Seinen allgemeinen einleitenden Bemerkungen läßt er die »Genese der außenpolitischen Konzeption der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahr 1949« folgen. Er greift hierbei auch Entwicklungsstränge aus der Zeit des Faschismus auf, da es ihm (S.17) notwendig erscheint, »die Wurzeln der Politik der Gewerkschaften in Westdeutschland im Hinblick auf ihre außenpolitische Grunddisposition« freizulegen.

Der zweite Teil der Arbeit Köppers ist auf die wirtschaftliche Westintegration gerichtet. Dabei geht er den von ihm erfaßten Zeitraum in zwei Kapiteln an: »Vom Petersberger Abkommen bis zur Gründung der EGKS (1949-1952)« und »Von der Montanunion zur EWG und EURATOM — die Krise und ihre Überwindung (1952-1957/58)«. Auch die Bearbeitung der DGB-Politik zur militärischen Westintegration versieht der Autor mit einer Zäsur; »Die Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung (1949-1952/53)« beschreibt das Kapitel IV, das letzte Kapitel umfaßt den Zeitraum »Vom Scheitern der EVG bis zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO (1954-1955/56)«. Anhand dieses letzten Teils des Buches, das mit dem Zusatz »Der letzte Widerstand« überschrieben ist, sollen die Stärken der Arbeit Köppers, aber auch ihre Grenzen beschrieben werden.

Der Autor befaßt sich zu Beginn des Kapitels mit dem Scheitern der EVG an der französischen Nationalversammlung im August 1954; seine Interpretation: Kompensationsgeschäft zum Verhalten der Sowjetunion bei der Beendigung des Vietnam-Krieges (S.307) kann hier nicht weiter diskutiert werden, ist aber selbst von bürgerlichen Autoren wie Paul Noack widerlegt worden. Im folgenden zeigt der Autor die rasche Entwicklung zum NATO-Beitritt der BRD auf; auch hier (S.309: »Aber schneller, als irgend jemand es vermutet hatte, wurde für die gescheiterte EVG eine Ersatzlösung gefunden«) deuten sich Schwächen Köppers in der Beurteilung makropolitischen Vorgänge und ihrer Triebkräfte an: Der NATO-Beitritt wurde von den USA seit Jahren als Pressionsinstrument gegen Frankreich verwandt, überdies in Frankreich selbst vor allem von den Gaullisten heftig favorisiert.

Der Autor wendet sich dann der innergewerkschaftlichen Diskussion zu, wobei die Stärken der Arbeit deutlich werden: Der DGB-Bundesjugendkongreß Ende September 1954 — Wolfgang Abendroth hatte dort ein (S.311) »politisch engagiertes Referat über die junge Generation in Staat und Gesellschaft« gehalten — lehnt eine jede bundesdeutsche Wiederbewaffnung bedingungslos ab. Der wenige Tage darauf folgende 3. ordentliche DGB-Bundeskongreß in Frankfurt muß »zwangsläufig der Wiederbewaffnung eine große Rolle« einräumen.

Köpper zeigt im folgenden die Versuche der Gewerkschaftsführung auf, die — in den Worten Werner Freitags — »'unglückselige Frage der Wehrhoheit' nicht von den Gewerkschaften, sondern von den Parteien lösen« zu lassen (S.311), und schließt die Beurteilung an, daß er, Werner Freitag, »sich im Grunde bereits mit der Wiederbewaffnung abgefunden hatte.«

Körper fährt fort mit einer Schilderung der — letztlich erfolglosen — Versuche des Bundesvorstandes, einen *Ablehnungsentschluß*, auf den die Gesamtstimmung des Kongresses schließen ließ, zu vermeiden. Und er schließt an die Analyse der — erfolgreichen — Bundesvorstands-Politik, diesen Beschluß mit Leben zu erfüllen (S.315): »Die DGB-Führung war nicht bereit, aus dem Kongreß-Beschluß auch politische Konsequenzen zu ziehen.«

So schreibt er (S.317) zur Agreement-Politik der Regierung Adenauer (von dieser freilich in der Situation ökonomischer Prosperität aus der Position der Stärke heraus betrieben): »Theodor Blank [der designierte Bundesverteidigungsminister, J.M.B.] hatte dem DGB wie der SPD angeboten, beim Aufbau der deutschen Streitkräfte mitzuarbeiten und ihre Vorstellungen einer demokratisch organisierten und in der Verfassung verankerten Armee mit einzubringen.«

Und er schließt seine — zumindest mißverständliche — Beurteilung dieser Politik an: »Dies war in der Tat ein Angebot, durch das sich der alte Anspruch der Gewerkschaften, in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als eine Demokratie fördernde Kraft mitzubestimmen, ansatzweise in einem Sektor verwirklichen ließ. Hier eröffnete sich eine politische Perspektive des Verhältnisses der Gewerkschaften zum Militär, die langfristig eine pragmatische Lösung des gespannten Verhältnisses ermöglichen konnte.«

Die geschilderten positiven Seiten der Arbeit Köppers, unter anderem die Aufarbeitung der kontroversen Diskussion und Aktion zwischen Führung und Basis, müssen einige Einschränkungen hinnehmen, die das Gesamturteil beeinflussen. Die bereits angesprochenen Schwächen Köppers sind um so bedauerlicher, als die Arbeit sich im wesentlichen anti-kommunistischer Schemata enthält und aus solidarisch-kritischer Distanz die außenpolitische Sphäre der BRD-Gewerkschaftspolitik beurteilt. Auch die politische Bandbreite der Literatur des Buches, die von der Rezipierung der DDR-Literatur und der Werke bundesdeutscher Marxisten (Abendroth, Deppe) über DGB-offizielle Literatur bis hin zu den Standardwerken der herrschenden bundesdeutschen konservativen Geschichts- und Politikwissenschaft reicht, bietet prinzipiell günstige Voraussetzungen. Zwei weitere, eher technische Einschränkungen müssen hinzugefügt werden: So erschwert die Sammlung der Anmerkungen am Ende des Buches seine zügige Bearbeitung doch erheblich; nicht einmal simple Zitatbelege sind in den laufenden Text aufgenommen worden.

Als Letztes, dem Autor wohl nicht anzulasten: Die große Zeitspanne zwischen der Fertigstellung des Manuskripts im Herbst 1979 und der Veröffentlichung durch den Campus-Verlag Anfang 1982 hat Ernst-Dieter Köpper die lohnenswerte Möglichkeit versperrt, Kontinuitäten in der (bundes-)deutschen Gewerkschaftsbewegung von der Phase ökonomischer und militärischer Westintegration bis zur heutigen Problematik der Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen aufzuzeigen. Johannes M. Becker (Marburg)

Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen. Diederichs Verlag, Düsseldorf/Köln 1980 (382 Seiten, Ln., 36,- DM)

Die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung erlebt in den letzten Jahren eine Renaissance und füllt nach langen Verdrängungsprozessen inzwischen auch Buchläden in der Bundesrepublik. Intensivierte Forschung erzeugt dabei in der Regel Kontroversen. Die Auseinandersetzungen um die historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft in der Präambel zum DGB-Grundsatzprogramm wie um die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Deppe u.a. deuten jene Gefahren an, die über die unterschiedlichen

neigungsformen von Traditionen der Arbeiterbewegung Geschichte zum Ersatzschauplatz für verdeckte politische Richtungskämpfe werden läßt. Klönne hat eine souveräne Gesamtgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung als Sozialgeschichte vorgelegt, die die Richtungskämpfe nicht ausklammert und den Prozeß der Organisation und Theoriebildung innerhalb der Arbeiterbewegung in den Gesamtzusammenhang wirtschaftlicher Entwicklung zu stellen unternimmt. Auch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft werden anschaulich dargestellt. Nach Wolfgang Abendroths »Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung« liegt mit Klönnes Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine der wenigen Überblicksdarstellungen vor, die die Sozialgeschichte der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung mit der Ideengeschichte und organisationspolitischen Intentionen verbindet. Das Buch überzeugt dadurch, daß es stets gelingt, für den historisch nicht vorgebildeten Leser verständliche Überblicksskizzen zu präsentieren. Mag sich auch mancher an den problemorientierten Einsichten des Autors reiben und mögen sich auch die Parteihistoriker in Ost und West gleichermaßen durch Klönnes Thesen provoziert fühlen: Der Mut des Autors, gerade an den Wendepunkten der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung das eigene Urteil nicht zurückzuhalten und dabei jene Alternativen zur Politik der etablierten Organisationen zu formulieren, die selbst in der Arbeiterbewegung angesichts zunehmender Anpassungstendenzen in der Regel unterdrückt wurden, verdient besondere Anerkennung. Das trifft für die Darstellung der Novemberrevolution ebenso zu wie im Fall der Spaltung der Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik und der Machtübernahme des Hitler-Faschismus. Eine knappe Analyse der wichtigsten Ereignisse wird mit differenzierten und begründeten Urteilen verbunden, was gerade die Darstellung der komplizierten Verhältnisse nach 1945 zeigt.

Angesichts dieser souveränen Abhandlung über deutsche Arbeiterbewegungsgeschichte von der Industrialisierung bis in unsere Tage ist es zu bedauern, daß Anmerkungsapparat und Bibliographie so knapp gehalten wurden. Der Einsatz des Buches in der Bildungsarbeit würde noch erleichtert, wenn Statistiken und andere Hilfsmittel ausführlicher berücksichtigt worden wären. Ein Glossar zu den wichtigsten Personen, eine sorgfältige Dokumentation der bedeutenden Etappen wären nützlich gewesen, ohne das nicht gerade preiswerte Buch noch weiter zu verteuern. Erfreulicherweise liegt eine Lizenzausgabe (1981) bei der Büchergilde Gutenberg vor, die für den Preis von 28,- DM zu erhalten ist.

Jörg Wollenberg (Bremen)

Über die Autorinnen und Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen: Demokratie und Sozialismus in Italien (1978); Herforder Thesen (1980, Mitautor), Versuch über Bauer und Gramsci (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.

Becker, Johannes M., Arbeitsgebiete: Frankreich-Forschung; Militarismus.

Brandt, Arno, geb. 1955, Studium der Volkswirtschaft an der Universität Hannover. Arbeitsgebiet: Marxistische Theorie. Mitglied in SPD und GEW. *Butterwege, Christoph*, geb. 1951; Dr.rer.pol.; Lehrbeauftragter für Soziologie an der Hochschule Bremen; wichtigste Veröffentlichung: SPD und Staat heute (1979). 1974/75 Ausschluss aus der SPD, Mitglied der GEW.

Egert, Jürgen, Arbeitsgebiet: Gesundheitspolitik. SPD-Bundestags-Abgeordneter.

Exner, Burkhard: geb. 1958; Gerichtsreferendar. Mitglied im Berliner Mieterverein, in ÖTV und SPD. Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten.

Glaser, Hermann, geb. 1929; Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg; Arbeitsgebiet: Kulturpolitik der SPD und Kulturtheorie; Mitglied der SPD, der Kulturpolitischen Gesellschaft und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages.

Göbel, Eberhard, geb. 1951; Angestellter an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Ärzteausbildung, Arbeit und Gesundheit. Mitglied der ÖTV und des Berliner Gesundheitsladens.

Guthke, Beate, geb. 1953; Doktorandin. Arbeitsgebiete: Arbeit und Gesundheit, EDV-Technologie. Mitglied des Berliner Gesundheitsladens.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Z. Doktorand und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Wichtigste Veröffentlichung: Arbeiterbildung und Kulturpolitik (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD - Die Falken, Mitglied der *spw*-Redaktion. Berliner Delegierter zum Bundeskongress der Jungsozialisten 1984.

Hofschon, Heinz-Gerd, geb. 1949; Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Germanistik; z.Z. arbeitsloser Lehrer. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Alternative Wirtschaftspolitik. Mitglied der GEW, des BdWi und der SPD, Mitglied im Landesvorstand der Jusos Bremen.

Kortz, Michael, geb. 1954; Studium der Architektur, Kunstgeschichte und Publizistik. Angestellter in einem privaten Planungsbüro. Mitarbeit am regionalen Wirtschaftsprogramm »Vollbeschäftigung und Lebensqualität« für Berlin (West). Mitglied der SPD.

Krätke, Stefan, geb. 1952; tätig beim Forschungsschwerpunkt Stadterneuerung der Hochschule der Künste Berlin. Wichtigste Veröffentlichung: Stadterneuerung ohne Spekulanten (Mitautor, 1983).

Opielka, Michael, geb. 1956; Diplom-Pädagoge, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen im Bundestag für allgemeine Sozial- und Gesundheitspolitik, Koordinator der Bundes-AG Soziales und Gesundheit der Grünen.

Reidgeld, Eckart, geb. 1947; Hochschullehrer an der FHS Hagen. Arbeitsgebiet: Sozialpolitik. Mitglied der ÖTV.

Saß, Fiete, geb. 1955; Mitglied in GEW und SPD, seit Oktober 1983 Bundesvorsitzender des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB).

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Schröder-Jahn, Jürgen, geb. 1936; Freier Fernsehjournalist. Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU).

Scholz, Dieter, geb. 1947; Diplom-Politologe, Mitglied in SPD, HBV und AWO. Mitarbeiter des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Egert. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Westphal, Andreas B., geb. 1958; Student der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Französische Wirtschaftspolitik, Internationalisierung der Produktion. Mitglied in SPD und ÖTV, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Zellner, Wolfgang, geb. 1953; Diplom-Soziologe, zur Zeit arbeitslos. Mitglied in SPD und GEW, von 1980 bis 1983 Vorsitzender des SHB.

Zipser, Matthias, geb. 1959; Diplom-Politologe. Mitglied der SPD, Landesparteitagsdelegierter, stellv. Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten.

Zwingmann, Bruno, geb. 1953; wissenschaftlicher Referent beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB. Mitglied in SPD, SJD - Die Falken und HBV.

Gerhard Bäcker · Reinhard Bispinck

35 STUNDEN WOCHE

Argumente zur Sicherung
und Schaffung
von Arbeitsplätzen
und für mehr Zeit zum Leben.

Vorwort von Hans Janßen (Industriegewerkschaft Metall)

Bestellung über: spw-Verlag, Libellenstraße 6a, Postfach 38 02 28
D-1000 Berlin 38, Telefon: 030/803 34 29

spw



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

214 Seiten, 16,- DM (zuzüglich Porto) — Bestellung über:
spw-Verlag, Libellenstraße 6a, Postfach 38 02 28, D-1000 Berlin 38, Telefon: 030/803 34 29

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4